



Landtag von Baden-Württemberg

73. Sitzung

12. Wahlperiode

Stuttgart, Donnerstag, 28. Oktober 1999 • Haus des Landtags

Beginn: 9:35 Uhr

Schluss: 18:44 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	5785	2. Aktuelle Debatte – Auswirkungen der erhöhten Besteuerung von Veräußerungserlösen, einer neuen Vermögensteuer und einer erhöhten Erbschaftsteuer auf die Wirtschaft in Baden-Württemberg – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP.	5798
1. a) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Stellungnahme des Ministeriums Ländlicher Raum – Neuorientierung in der Naturschutzpolitik; hier: Umsetzung einer Konzeption für einen großflächigen integrierten Naturschutz und eine umweltgerechte Entwicklung von Kulturlandschaften in Baden-Württemberg – Drucksache 12/3719		Abg. Kiel FDP/DVP	5798, 5811
b) Große Anfrage der Fraktion der SPD und Antwort der Landesregierung – Naturschutz als Wirtschafts- und Standortfaktor – Drucksache 12/3449		Abg. Keitel CDU	5799
c) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums Ländlicher Raum – Europäische Naturschutzverpflichtungen und personelle Reduzierung der Bezirksstellen für Naturschutz – Drucksache 12/3942	5785	Abg. Dr. Puchta SPD	5800, 5808, 5813
Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP – Drucksache 12/4512		Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen	5802, 5809
Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen	5785, 5796	Abg. Rapp REP	5804, 5811
Abg. Dr. Caroli SPD	5786, 5797	Minister Dr. Döring	5805
Abg. Zeiher CDU	5788	Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU	5807
Abg. Dr. Glück FDP/DVP	5789	Minister Stratthaus	5812
Abg. Eigenthaler REP	5790	3. Große Anfrage der Fraktion der CDU mit der Antwort der Landesregierung – Zeitgemäße Hauptschulbildung und Reformkonzept IMPULSE Hauptschule – Drucksache 12/4166	5814
Abg. Hauk CDU	5791	Abg. Seimetz CDU	5814
Ministerin Gerdi Staiblin	5792, 5797	Abg. Zeller SPD	5816
Beschluss	5798	Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen	5817
		Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP	5818
		Abg. König REP	5819
		Ministerin Dr. Annette Schavan	5820
		4. Fragestunde – Drucksache 12/4498	
		4.1 Mündliche Anfrage der Abg. Helga Solinger SPD – Weiterführung des Aufgabenfeldes des früheren Instituts für Geschichte der Medizin an der Universität Tübingen	5823
		Abg. Helga Solinger SPD	5823
		Staatssekretär Sieber	5823

4.2 Mündliche Anfrage des Abg. Gerd Weimer SPD – Zeitnahe Auszahlung von Zuschüssen	5824		
Abg. Weimer SPD	5824		
Staatssekretärin Johanna Lichy	5824		
5. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Vermessungsgesetzes und anderer Gesetze – Drucksache 12/4211			
Beschlussempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses – Drucksache 12/4401	5825		
Anträge Drucksachen 12/4501-1 bis 12/4501-4			
Abg. Dr. Inge Gräßle CDU	5825		
Abg. Rudolf Hausmann SPD	5825		
Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen	5826		
Abg. Hofer FDP/DVP	5827		
Abg. Schonath REP	5828		
Staatssekretär Dr. Mehrländer	5828		
Beschluss	5829		
6. Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 14. April 1999 – Bericht über die Europapolitik der Landesregierung im Jahre 1998/1999 – Drucksachen 12/3930, 12/4433	5830		
Abg. Roland Schmid CDU	5830		
Abg. Wettstein SPD	5831		
Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen	5833		
Abg. Lieselotte Schweikert FDP/DVP	5835		
Abg. Käs REP	5836		
Abg. Hauk CDU	5837		
Staatssekretär Stächele	5838		
Beschluss	5842		
7. Antrag der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Sozialministeriums – Verkaufsoffene Sonntage und Ladenschlussgesetz – Drucksache 12/4136	5842		
Abg. Hofer FDP/DVP	5842, 5849		
Abg. Rosely Schweizer CDU	5844		
Abg. Nagel SPD	5845		
Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen	5846		
Abg. Deuschle REP	5848		
Abg. Schuhmacher CDU	5850		
Minister Dr. Repnik	5851		
Beschluss	5853		
8. a) Große Anfrage der Fraktion Die Republikaner mit der Antwort der Landesregierung – Wirtschaftsspionage und ihre Auswirkungen auf die baden-württembergische Wirtschaft – Drucksache 12/4186			
b) Antrag der Fraktion Die Republikaner und Stellungnahme des Innenministeriums – Wirtschaftsspionage und ihre Auswirkungen auf die Wirtschaft in Baden-Württemberg – Drucksache 12/4410	5853		
Abg. Krisch REP	5854, 5857		
Abg. Ruder CDU	5854		
Abg. Wettstein SPD	5855		
Abg. Sabine Schlager Bündnis 90/Die Grünen	5856		
Abg. Kiesswetter FDP/DVP	5856		
Minister Dr. Schäuble	5858		
Beschluss	5859		
9. Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Sozialministeriums – Sozialhilfemissbrauch – Drucksache 12/2823	5859		
Abg. Haas CDU	5859		
Abg. Dr. Walter Müller SPD	5861		
Abg. Renate Thon Bündnis 90/Die Grünen	5863		
Abg. Dr. Noll FDP/DVP	5864		
Abg. Krisch REP	5866		
Abg. List CDU	5866		
Minister Dr. Repnik	5868		
Beschluss	5869		
10. Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 12/4468, 12/4486, 12/4487, 12/4488, 12/4489	5869		
Beschluss	5869		
11. Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 12/4440	5869		
Beschluss	5869		
12. Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Schreiben des Staatsgerichtshofs vom 27. Juli 1999 – Normenkontrollverfahren der Gemeinden Allensbach, Mühlhausen-Ehingen, Volkertshausen und der Stadt Singen betr. § 35 FAG – Drucksache 12/4494	5869		
Beschluss	5869		
13. Kleine Anfragen – Drucksachen 12/4439, 12/4443	5869		
Nächste Sitzung	5869		

Protokoll

über die 73. Sitzung vom 28. Oktober 1999

Beginn: 9:35 Uhr

Präsident Straub: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 73. Sitzung des 12. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie.

Urlaub für heute habe ich den Herren Abg. Bebbler und Troll erteilt.

Krank gemeldet ist Herr Abg. Kurz.

Dienstlich verhindert ist der Herr Minister für Umwelt und Verkehr.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

- a) **Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Stellungnahme des Ministeriums Ländlicher Raum – Neuorientierung in der Naturschutzpolitik; hier: Umsetzung einer Konzeption für einen großflächigen integrierten Naturschutz und eine umweltgerechte Entwicklung von Kulturlandschaften in Baden-Württemberg – Drucksache 12/3719**
- b) **Große Anfrage der Fraktion der SPD und Antwort der Landesregierung – Naturschutz als Wirtschafts- und Standortfaktor – Drucksache 12/3449**
- c) **Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums Ländlicher Raum – Europäische Naturschutzverpflichtungen und personelle Reduzierung der Bezirksstellen für Naturschutz – Drucksache 12/3942**

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung der beiden Anträge jeweils fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion bei gestaffelten Redezeiten und für das Schlusswort zur Großen Anfrage der Fraktion der SPD fünf Minuten.

Das Wort zur Begründung erteile ich Herrn Abg. Kretschmann.

Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Aussprüche: 1996 findet sich im Ausschussprotokoll folgender Satz der Naturschutzministerin:

Sie erlebe bei ihren Kreisbereisungen, dass die größten Probleme nicht durch die Preispolitik oder die derzeitige Haushaltslage entstünden, sondern durch einen überzogenen Naturschutz vor Ort.

(Zuruf des Abg. Göbel CDU)

Zweiter Ausspruch drei Jahre später: In Bezug auf die EU-Richtlinie „Natura 2000“ und die damit zusammenhängende Ausweisung so genannter Flora-Fauna-Habitat-Gebiete spricht die Naturschutzministerin von „Wahnsinn, der auf uns zukommt“. Wie wenig sie mit den Interessen des Naturschutzes und mit der Umsetzung der FFH-Richtlinie etwas am Hut hat, wird am Schluss des Beitrags deutlich. Dort heißt es:

Ich hoffe aber,

– so Staiblin –

dass wir etwas Zeit gewinnen, weil die neue EU-Umweltkommissarin Personal einsparen muss.

Ansprüche: In der Koalitionsvereinbarung von 1996 heißt es:

Die nachhaltige Sicherung von Natur und Landschaft ist ein unverzichtbarer Teil der Politik der Landesregierung.

Taten: Klassischer Naturschutz: Die Bezirksstellen für Naturschutz, also eine wirklich kleine Verwaltung mit noch nicht einmal 50 Mitarbeitern, etwa im Vergleich zur Flurbereinigung mit 500 oder zum Forst mit 1 500 Mitarbeitern, werden halbiert und damit enorm geschwächt, sodass sie ihren Aufgaben gar nicht mehr richtig nachkommen können.

Ehrenamtlicher Naturschutz – in der gestrigen Sitzung ist hier das Hohelied des Ehrenamts gesungen worden –: Durch die Abschaffung des Devolutiveffekts, also der Möglichkeit, Einspruch bei der nächsthöheren Institution zu erheben, was ein wirksames Instrument der ehrenamtlichen Naturschutzbeauftragten war, soll auch dieses Instrument noch zerschlagen werden. Damit werden die Naturschutzbeauftragten demotiviert, und ihre wichtige Arbeit wird geschwächt.

Finanzen: Obwohl sich der Naturschutz im Haushalt eh unter einem Prozent bewegt, werden 1997 fast alle relevanten Haushaltsstellen um mindestens 50 %, teilweise bis zu 80 % gekürzt.

Die zweite Tranche der FFH-Gebiete ist immer noch nicht gemeldet. Damit besteht die Gefahr, dass wir gar nicht an wichtige EU-Fördermittel herankommen.

Jetzt zum neuen Ansatz im Naturschutz. Dabei geht es um großflächige Schutzgebiete. Die LfU hat dazu vor Jahren ein Konzept vorgelegt, nach dem es möglich wäre, 20 großflächige Schutzgebiete auszuweisen und den bisherigen

(Kretschmann)

gen Ansatz, der nicht sehr erfolgreich war, zu ändern. Der bisherige Ansatz ist deshalb nicht erfolgreich, weil die Naturschutzgebiete zu klein sind, weil sie durch Umgebungseinflüsse in ihrem Schutzzweck beeinträchtigt werden und weil sie sich in einem schlechten Zustand befinden. Für die Hälfte der Naturschutzgebiete existieren gar keine Pflegepläne. Darüber hinaus haben wir es mit immer größeren Zerschneidungseffekten zu tun.

Ich nenne ein Beispiel: 1987 hatten wir noch 31 unzerschnittene Landschaftsteile, die größer als 10 000 Hektar waren. Fünf Jahre später, also im Jahr 1992, sind es gerade noch acht solcher unzerschnittenen Gebiete. Jeden Tag werden 12 Hektar Land in Baden-Württemberg überbaut. Ich finde, da wäre der Ausdruck Wahnsinn eher angebracht gewesen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Konzepte der Landesregierung sind dazu überhaupt nicht vorhanden. Da ist noch nicht einmal das Problem erkannt.

Bei den großflächigen Schutzgebietskonzeptionen geht es um einen integrierten Ansatz, den Naturschutz mit einer umweltgerechten Landwirtschaft, mit einer regionalen Vermarktung der dort angebauten Nahrungsmittel, mit dem Tourismus, der dort natürlich ein landesspezifisches Profil haben muss, und mit der regionalen Wirtschaftsförderung zu verbinden.

Es gibt dazu zwei Modellgebiete, nämlich das Modellprojekt Konstanz und das PLENUM-Gebiet im württembergischen Allgäu.

In einer Kabinettsvorlage vom 17. Februar 1999 heißt es dazu:

Das Modellgebiet im oberschwäbischen Hügel- und Moorland ist auf weitere angrenzende Gemeinden im Projektgebiet auszuweiten, und in weiteren Projektgebieten ist mit der Umsetzung zu beginnen. Bis zum Ende der Legislaturperiode soll die PLENUM-Konzeption in insgesamt sieben Projektgebieten ins Werk gesetzt werden. Die bestehende PLENUM-Gebietskulisse und der integrative Ansatz sind als zentrale zukunftsweisende Leitprinzipien bei der Fortentwicklung des PLENUM beizubehalten.

Diese Kabinettsvorlage ist aber noch nicht eingebracht worden. Frau Ministerin, beide Projekte haben Sie bei Amtsantritt schon vorgefunden. Sie sind immer noch nicht ausgeweitet worden, obwohl dort erfolgreich gearbeitet wird. Von der Ausweisung weiterer Gebiete kann überhaupt keine Rede sein. Das haben Sie noch gar nicht vorgelegt. Es darf nur darüber spekuliert werden, weshalb Ihr Haus das noch nicht eingebracht hat; denn es heißt weiter im Entwurf Ihres Hauses:

Der zusätzliche Mittelbedarf für die Umsetzung der Gesamtkonzeption der sieben Projektgebiete liegt bei rund 5,7 Millionen DM jährlich. Die Finanzierung ist sicherzustellen.

Ich vermute einmal, dass Sie Schwierigkeiten haben, das durchzusetzen.

Jetzt soll auf Initiative der Landkreise und Gemeinden im südlichen Schwarzwald ein Naturpark entstehen. Dafür haben Sie aus Ihrer Landesforstverwaltung gerade einmal einen Förster abgestellt. Es ist vollkommen klar, dass es bei einer solchen Konzeption vollkommen unmöglich ist, aus solchen Gebieten wirklich etwas Zukunftweisendes zu machen und dort durch den integrierten Ansatz aus Tourismus, Naturschutz und Landwirtschaft etwas zu entwickeln, das wirklich ein eigenes Profil hat.

Was machen Sie stattdessen? Sie begrüßen den Schneekanonenrummel auf dem Feldberg. Das bezeichnen Sie dann als „Schutz durch Nutzung“. Man muss sich einmal vorstellen, dass der neue Begriff, den wir jetzt verwenden, und damit das Ziel, dass Natur durch naturnahe Nutzung geschützt werden muss, dadurch diskreditiert werden, dass dort ein ganz herkömmlicher Rummel als „Schutz durch Nutzung“ ausgegeben wird, als könnte man unter dem Getöse von zehn Schneekanonen ein neues Profil für ein Tourismuskonzept Südlicher Schwarzwald erstellen. Das geht vollkommen an der Sache vorbei.

Was haben wir also für eine Bilanz zu ziehen? Es gibt eigentlich gar nichts, von dem wir sagen könnten, dieses oder jenes hätten Sie in die Wege geleitet. Es ist auch nicht ein Nullsummenspiel, sondern es ist tatsächlich eine negative Bilanz, wenn man das betrachtet, was Sie im klassischen Naturschutz nicht gemacht und was Sie hier unterlassen haben. Ich bin gespannt darauf, was Sie zu dieser doch verheerenden Bilanz selber sagen werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und des Abg. Fischer SPD)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Zeiher.

(Abg. Haas CDU: Das kann nicht sein! Das ist ein SPD-Antrag! – Abg. Brechtken SPD: Begründung unserer Anträge!)

– Entschuldigung. Das ist richtig. Ich erteile das Wort zur Begründung des Antrags der SPD-Fraktion Herrn Abg. Dr. Caroli.

(Abg. Seimetz CDU: Wenn es sein muss!)

Abg. Dr. Caroli SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn vom Naturschutz die Rede ist, sehen manche Blümchen und Laufkäfer

(Abg. Reddemann CDU: Die meisten! – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Eulen!)

und durch den Frühling eilende Märchengestalten. Ich muss Ihnen aber sagen:

(Abg. Haas CDU: Was sehen Sie?)

Wir sehen das sehr pragmatisch und sehr bodenständig.

(Abg. Hauk CDU: Die neue Sichtweise ist aber auch nicht so einfach!)

Für uns ist der Naturschutz ein Standortfaktor für Baden-Württemberg. Für uns bedeutet der Naturschutz Entwicklungsperspektiven für alle Menschen unseres Landes.

(Dr. Caroli)

Ich möchte in einem ersten Teil darstellen, was man eigentlich von der Naturschutzpolitik eines Landes verlangen muss, ich möchte also einige Grundsätze und Zielsetzungen nennen, und im zweiten Teil möchte ich dann darstellen, wie die Bilanz aussieht, was also das Ministerium geleistet hat.

Beim ersten Teil, wenn es um allgemeine, hehre Grundsätze geht, wird sich ein Konsens sehr schnell herstellen lassen. Denn viele sagen: Solange es nur Zielsetzungen sind, solange es nicht konkret ist, kann man ins gleiche Horn stoßen. Aber bei den konkreten Dingen wird es schwierig.

Die Ministerin hat es bei diesem Thema schwer – das ist keine Frage –, die Naturschutzverwaltung auch. Sie hat es deswegen schwer, weil bei der CDU-Fraktion das Verständnis für Naturschutzfragen gegen null tendiert.

(Abg. Tölg CDU: Oje, oje! – Abg. Haas CDU: Gott im Himmel! – Abg. Göbel CDU: Das ist wieder einmal eine Ihrer Fehleinschätzungen, Herr Kollege!)

Ich sage das einmal in dieser Deutlichkeit. Das wird im Laufe meiner Ausführungen sicher noch deutlicher werden.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Wir sehen das auch so! – Abg. Haas CDU: Sprücheklopfer!)

Meine Damen und Herren, sicherlich sind wir uns einig, dass es darum geht, die Schönheit unserer Kulturlandschaft zu bewahren, gleichzeitig die Artenvielfalt zu bewahren und auch eine Biotopvielfalt herzustellen bzw. zu erhalten. Wir sind uns sicherlich auch darin einig, dass man jetzt nicht mit isolierten Betrachtungen kommen kann, dass man den Blick nicht auf einzelne Parzellen in unserem Land richten darf, sondern dass man die gesamte Fläche betrachten muss. Ein ganzheitlicher Ansatz ist gefragt, und alle, die davon betroffen sind, sollten einbezogen werden, beispielsweise die Landwirtschaft, der Tourismus. Es geht aber auch um Arbeitsplätze im ländlichen Raum. Es geht um Leben, Wohnen, Arbeiten. Dies alles, meine Damen und Herren, hat mit Naturschutz zu tun.

Außerdem ist es wichtig, dass in der breiten Öffentlichkeit Akzeptanz darüber erzielt wird, dass der Naturschutz wichtig ist, dass ihm in unserem Land besondere Bedeutung zukommt. Deswegen muss auch eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit gemacht werden, aber nicht so, wie Sie das tun, Frau Ministerin Staiblin. Mich hat es umgehauen, als ich den damaligen Artikel im „Südkurier“ gelesen habe, wo Sie vom „Wahnsinn“ sprachen. Wie kann man sich zu solchen Äußerungen hinreißen lassen? Sie merken gar nicht, wie sehr Sie damit die Naturschutzfragen diskreditieren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Das verrät, was man darüber denkt!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist richtig, dass man neue Konzepte zum großflächigen Naturschutz entwickelt. Wir haben in Baden-Württemberg keine oder nur wenig Naturlandschaft, wir haben eine Kulturlandschaft.

(Abg. Krisch REP: Aha!)

– Ja, selbstverständlich. Alles, was wir hier vorfinden, ist durch die Hand des Menschen mit geprägt. Deshalb brauchen wir auch Konzepte, die die Landnutzer einbeziehen. Es ist auch möglich, einen Kompromiss zu erzielen, bei dem man sagen kann: Das, was wir anstreben, ist sowohl für die Artenvielfalt gut als auch für die Menschen, die dort wohnen und arbeiten.

Eine Muckenschisspolitik, die nur einzelne Sprengel aus dem Land herausnimmt und sagt: „Darüber machen wir eine Käseglocke, da hat kein Mensch mehr etwas verloren“, liegt völlig daneben. Wir wollen den Menschen mittendrin haben in einer schönen Natur- und Kulturlandschaft in Baden-Württemberg.

Deswegen sind Modellvorhaben wie beispielsweise PLENUM oder das, was in Konstanz geschieht, sehr wohl zu unterstützen. Ich sage an dieser Stelle auch, dass die Naturparkidee, soweit sie etwas mit Naturschutz zu tun hat – das müsste noch geklärt werden –, zu unterstützen ist, und zwar sowohl im Süd- als auch im Nordschwarzwald und auf der Schwäbischen Alb.

Natürlich kostet das Geld, und dieses Geld muss erst irgendwoher kommen. Ich hätte dazu einen Vorschlag: Verzichten Sie auf die unnötige Imagekampagne; dann haben wir genau das, was wir brauchen.

(Zuruf des Abg. Dr. Birk CDU)

Meine Damen und Herren, das, was sich bisher schon bewährt hat, sollte fortgesetzt werden,

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Wir können alles, nur nicht Naturschutz!)

also Landschaftspflege, Vertragsnaturschutz, Ausweisung von Schutzgebieten – das sehen die Herren und Damen von der CDU-Fraktion nicht so gern –, Arten- und Biotop-schutz. Die Öffentlichkeitsarbeit habe ich schon genannt. Ich glaube, über diese Grundsätze kann man sich durchaus einig werden.

Aber jetzt komme ich zur Bilanz. Was hat die Landesregierung gemacht? Wir stehen etwas mehr als ein Jahr vor der nächsten Landtagswahl, die Schonzeit ist vorüber. Jetzt wird es Zeit, Bilanz zu ziehen, was die Regierung vorzuweisen hat.

(Heiterkeit der Abg. Hauk CDU und Dr. Glück FDP/DVP)

Erster Punkt: Eine winzige Naturschutzverwaltung mit gerade mal 54 Leuten

(Abg. Kiefl CDU: Viel zu viel!)

wurde nahezu zerschlagen, bzw. Sie sind dabei, sie zu zerschlagen,

(Abg. Hauk CDU: Reden Sie doch nicht von Dingen, die noch gar nicht eingetreten sind!)

indem Sie von den Bezirksstellen 22 Leute abziehen wollen.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Das ist schon hart!)

(Dr. Caroli)

Die Formulierung, die Sie in der Koalitionsvereinbarung gewählt haben, halten Sie ja selber für absurd, aber Sie kommen nicht mehr davon weg. Ich sage Ihnen: Wenn Sie dabei bleiben, dann hat das verheerende Konsequenzen.

(Abg. Hauk CDU: Ach!)

Die Umsetzung der Europäischen Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie, kurz FFH-Richtlinie genannt, die von Frau Ministerin Staiblin als „Wahnsinn“ bezeichnet wird,

(Abg. Kiefl CDU: Ist es auch!)

ist ohne gebündelte Fachberatung undenkbar. Sie stellt hohe Anforderungen an die fachliche Kompetenz, die nur von einer Gruppe von Fachleuten erfüllt werden. Sie kann von einzelnen, unterschiedlich ausgebildeten Fachleuten an den Landratsämtern nicht landeseinheitlich umgesetzt werden. Was ist die Folge? Planungsunsicherheit, Verzögerungen bei Vorhaben wegen Beschwerden der Verbände bei der EU, ein schlechtes Image Deutschlands in der EU und schließlich Forderungen der EU, nämlich Strafen in Millionenhöhe zu bezahlen.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Meine Damen und Herren, lassen Sie von dieser Formulierung ab, und lassen Sie die kleinen Bezirksstellen für Naturschutz mit ihrem vollen Personalbestand bestehen. Sonst schaden Sie dem Image unseres Landes.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Zweiter Punkt: Abschaffung des Devolutiveffektes. Das muss man ja immer erklären.

(Abg. Weimer SPD: Ja, das ist gut!)

Es geht schlicht darum, dass man ehrenamtlich tätigen Leuten die Möglichkeit nimmt, sich an eine höhere Stelle zu wenden,

(Abg. Scheuermann CDU: Wir wissen das!)

wenn sie mit dem Landrat nicht klarkommen. So einfach ist das.

(Abg. Weimer SPD: Das kann man nicht oft genug sagen!)

Was machen Sie? Die einzige Waffe, die sie noch haben, von der sie nicht einmal sonderlich Gebrauch gemacht haben, nehmen Sie den ehrenamtlich Beauftragten auch noch weg und schwächen damit die Stellung des Ehrenamts. Sie stempeln diese Leute zu Hampelmännern ab.

(Abg. Dr. Birk CDU: Ach, kommen Sie! Verausgaben Sie sich doch nicht so!)

Das ist eine Tatsache, und das wird auch von den Betroffenen so gesehen.

Dritter Punkt: Sie relativieren die Zielsetzungen des Landesnaturschutzgesetzes, indem Sie schwulstig und nebulös von einer neuen Naturschutzpolitik sprechen. Da geht es um großflächigen Schutz, der aber nie genau konkretisiert wird. Man möchte sich immer eher auf der unteren Ebene

einigen. Aber all das, was bisher gemacht worden ist, soll man möglichst nicht so sehr – – Insofern werden die eigentlichen Zielsetzungen oder wird ein Fortschritt völlig verwässert.

Vierter Punkt: Zögerliche Behandlung von Projekten wie PLENUM und Naturparks – abgesehen davon, dass gar kein Geld zur Verfügung steht. 20 Projekte wurden noch zu Zeiten der großen Koalition für PLENUM vorgeschlagen – eines haben Sie in Angriff genommen. Ich sehe nicht, wie es weitergeht und woher das Geld kommen soll. Denn es gibt bei CDU und FDP/DVP, den die Regierung tragenden Fraktionen, keinerlei Ansätze, dies zu puschen.

Für die Naturparks haben Sie gerade einmal knapp über 1 Million DM zur Verfügung gestellt. Für die drei Naturparks bräuchte man mindestens 7 Millionen DM. Auch da keinerlei Aussicht, dass sich etwas bessert.

Meine Damen und Herren, für den Grunderwerb, der beim Naturschutz sehr wichtig ist, wurden 1993 noch 13 Millionen DM ausgegeben. Ich nenne die Zahl für 1998: 0,6 Millionen DM.

Das Arten- und Biotopschutzprogramm findet so gut wie gar nicht statt. Es gibt einige Schutzgebiete, für die es nicht einmal Pflege- und Entwicklungspläne gibt. Diese müssten schon längst aufgestellt sein. Bei der FFH-Richtlinie und der Vogelschutzrichtlinie hat man die Auflage der EU gar nicht erfüllt.

Auch wird kein Bewusstsein für Naturschutz geschaffen. Im Gegenteil, man redet den Bauernverbänden nach und bildet eine Front gegen den Naturschutz, anstatt dass man einen integrierten Ansatz wählt.

(Beifall des Abg. Brechtken SPD)

Insgesamt, meine Damen und Herren, wird von den Verantwortlichen und der Ministerin ein Negativimage verbreitet, zum Schaden des Naturschutzes, zum Schaden für unser Land. Die Bilanz kann negativer nicht sein. Ich muss das nach vier Jahren Tätigkeit einer so genannten Naturschutzministerin so feststellen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Zeiher.

Abg. Zeiher CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ich den Redebeitrag des Kollegen Caroli in den letzten zehn Minuten Revue passieren lasse,

(Abg. Weimer SPD: Dann haben Sie etwas gelernt!)

muss ich feststellen, dass sich die Einstellung der SPD-Fraktion in vielen Bereichen, die den Naturschutz anbelangen, endlich der der CDU-Fraktion angenähert hat. Wenn man die Polemik weglässt, ist das schon einmal ein Erfolg.

(Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Haben Sie Ohrensausen?)

(Zeithar)

Wir haben etwa 80 000 Hektar Naturschutzgebiete,

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Gehen Sie doch einmal zum Arzt!)

wir haben Naturdenkmale und eine Vielzahl gesetzlich geschützter Biotope. Hinzu kommen 770 000 Hektar Landschaftsschutzgebiete

(Abg. Weimer SPD: Sie teilen die Kritik der SPD an diesem Missstand!)

und ein 300 000 Hektar großer Naturpark. Das heißt, große Flächen in Baden-Württemberg stehen bereits unter Schutz. Die letzten 25 Jahre dienten zum Aufbau der Naturschutzverwaltung und zur Sicherstellung der Flächen. Jetzt aber muss als nächste Stufe die Anpassung des Naturschutzes an die veränderten Bedürfnisse im Bereich der Raumnutzung in Angriff genommen werden.

Fast alle Flächen, die für den Naturschutz interessant und schützenswert sind – das haben meine Vorredner zum Teil auch schon gesagt –, haben ihre Entstehung im Wesentlichen der Naturnutzung zu verdanken, ohne Pflege- und Entwicklungspläne. Wenn sich der Zustand der Natur aufgrund veränderter Nutzungsgewohnheiten ändert, kann man keineswegs grundsätzlich von Entwertungen sprechen.

(Beifall des Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen)

– Vielen Dank, Herr Kollege Buchter.

Es muss gelten „Schutz durch Naturnutzung“, und es darf nicht gelten „Schutz durch Verzicht auf Naturnutzung“.

(Abg. Dr. Birk CDU: Sehr gut!)

Eine sektorale biotop- oder artenschutzbezogene Denkweise konnte den Rückgang der Arten nicht verhindern und müsste meines Erachtens deswegen als gescheitert bezeichnet werden.

(Beifall der Abg. Hauk und Behringer CDU – Abg. Dr. Birk CDU: Artenschutz für die SPD kann man demnächst einführen!)

Für mich bietet sich folgende Konzeption an: Wir brauchen einen integrierten, großflächigen Naturschutz unter Einbeziehung der Landschaftspflege- und der Landschaftserhaltungsverbände, dies aber auf freiwilliger Basis und in partnerschaftlicher Zusammenarbeit.

(Zuruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

– Darauf komme ich gleich zurück, Herr Kollege Kuhn.

Wir brauchen eine dauerhafte Erhaltung und Entwicklung von Arten und Biotopen. Voraussetzung für beides ist die Erhaltung eines flächendeckenden Netzes bäuerlich geprägter Landbewirtschaftung, die Entwicklung und die Förderung umweltverträglicher Wirtschaftsweisen – darauf wollten Sie wahrscheinlich hinaus, Herr Kollege Kuhn –, die Schaffung von Vermarktungsstrukturen für die erzeugten Produkte sowie die Schaffung von zusätzlichen Einkommensquellen durch Verbesserung der Strukturen, zum Beispiel im Bereich des Fremdenverkehrs.

Wir brauchen den Erhalt – hier stimme ich mit Herrn Dr. Caroli überein – einer abwechslungsreichen Landschaft mit einer Vielzahl von Tier- und Pflanzenarten als Wohnumfeld für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg als so genannten wichtigen „weichen“ Standortfaktor. Wir brauchen die Entwicklung eines Konzepts zum Naturschutz-Monitoring, zur Umweltbeobachtung und zur Erfolgskontrolle von Naturschutz- und Umweltschutzmaßnahmen, und zwar auch im Zusammenhang mit dem Netz „Natura 2000“. Flankierend dazu bieten sich der Ausbau der Stiftung Naturschutzfonds, die Stärkung der Umweltbildung und der Öffentlichkeitsarbeit, aber auch die Einbeziehung aller Betroffenen bei der Neuausweisung von Schutzgebieten an.

Hierzu brauchen wir zusätzliches Geld. Das ist unbestritten. Die CDU-Fraktion hat sich bei den Haushaltsvorberatungen dafür eingesetzt. Sie wird das auch weiterhin tun.

Lassen Sie mich abschließend nochmals betonen: Um nachhaltige Erfolge in der Naturschutzpolitik zu erreichen, muss die Mitarbeit aller an der Naturnutzung Beteiligten auf freiwilliger Basis sichergestellt sein. Nur so ergibt sich in allen Teilen Akzeptanz. Dies ist Voraussetzung für den Erfolg. Aufgestülpte und aufgesetzte Schutzgebietsverordnungen mit leerem Inhalt nützen der Natur nichts. Schutz und Nutzung der Natur müssen aufeinander abgestimmt sein. Sie ergänzen sich oftmals. Dies bedeutet aber keine Neuorientierung, wie es der Kollege Kretschmann sagte. Diesen Weg hat die CDU schon immer beschritten. Sie wird ihn auch in Zukunft weiter gehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Glück.

Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Weiterentwicklung des Naturschutzes in Baden-Württemberg muss zwei prinzipiellen Grundzielen folgen:

Erstens: Der Naturschutz muss breitflächig angelegt sein. Er darf kein punktueller Naturschutz unter der Käseglocke mit Verbotsschildern „Betreten verboten“ sein.

Zweitens: Wir müssen einen Ausgleich zwischen dem Naturschutz auf der einen Seite und den Naturnutzern auf der anderen Seite herstellen. Naturschutz muss also mit der Landwirtschaft geschehen, Naturschutz muss mit Touristik erfolgen, und Naturschutz muss auch mit den Natursport Treibenden abgestimmt sein.

Wer die Landwirtschaft, meine Damen und Herren, als „subventionierte Naturzerstörung“ diffamiert, der scheidet von vornherein im Flächennaturschutz.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wer nicht ruht, bis auch noch der letzte Kletterfelsen im Donautal gesperrt ist, der verleitet die Kletterer zur Illegalität. Er bringt das Fass zum Überlaufen, und er leistet letztlich einem vernünftigen Naturschutz einen Bärendienst.

(Dr. Glück)

(Beifall bei der FDP/DVP, Abgeordneten der CDU und des Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, die bloße Ausweisung von weiteren Flächen bringt nichts. Wir wissen, dass wir bereits heute nicht die Mittel haben, etwa 50 % der Flächen zu pflegen. Der Vertragsnaturschutz ist eben nicht zum Nulltarif zu erhalten. Wir brauchen hier mehr Mittel, aber irgendwo muss man sich natürlich nach der Decke strecken.

Wir müssen auch künftig bei der Ausweisung von weiteren Gebieten abwägen. Die Ausweitung von Naturschutzgebieten schränkt die Nutzer – die Gemeinden, die Landwirte – ein. Es ist überhaupt keine Frage, dass man bisweilen unpopuläre Entscheidungen treffen muss. Aber eine echte Abstimmung mit den Kommunen ist bisher nicht erfolgt. Das weiß ich aus meiner kommunalpolitischen Erfahrung. Unter anderem haben wir irgendwann einmal einen Zettel vorgelegt bekommen: „Dieses und jenes Gebiet soll Naturschutzgebiet werden. Ihr könnt euch dazu äußern, aber egal, was ihr sagt, nützen wird es nichts.“ Das ist ein Verfahren, das nicht geeignet ist, die Akzeptanz zu erhöhen.

Um erfolgreich sein zu können, müssen wir die Interessen des Naturschutzes und die Interessen der Nutzer miteinander verbinden, und wir müssen eine möglichst hohe Akzeptanz der Maßnahmen erreichen. Das scheint mir besonders wichtig zu sein.

Das Modell PLENUM – da sind wir uns glücklicherweise alle einig – ist ein sehr guter Versuch in die richtige Richtung. Ich bin dankbar dafür, dass die Ministerin bereits zugesagt hat, dass das Modellprojekt Isny verlängert werden soll. Ich denke, wir werden nachher auch etwas über die weiteren Schritte von der Ministerin hören. Die Denksätze beim Modell PLENUM sind richtungweisend. Hier steht eine wirtschaftliche Komponente zweifelsohne im Mittelpunkt, aber mit wesentlichen ökologischen Ausrichtungen im Sinne von Landschaftspflege und Naturschutz. Hier haben wir das Prinzip der Freiwilligkeit – das halte ich für ganz besonders wichtig – und das Prinzip der Bürgerbeteiligung. Selbstverständlich wird in dieses Projekt die Landwirtschaft eingebunden. Nur so erhalten wir letztlich einen flächenhaften Naturschutz und ein flächenhaftes Netz von bäuerlich geprägten Betrieben.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wir halten dies für wichtiger als die Forderung nach weiterer entschädigungsfreier Ausweisung von Naturschutzgebieten.

Die Ankündigung der Ministerin, dass weitere Gebiete folgen sollen, halten wir für erfreulich. Diese Gebiete müssen einen Schwerpunkt haben, der sich aus der Tradition und aus den regionalen Besonderheiten ergibt. Beispielsweise sind Ökoweinbau im Raum Freiburg, Schafhaltung in Verbindung mit kleinbäuerlich strukturierten Betrieben auf der Schwäbischen Alb und die Waldwirtschaft im Nordschwarzwald angedacht. Wir hoffen, dass weitere Projekte zügig umgesetzt werden können.

Meine Damen und Herren, eine wichtige Aufgabe des Naturschutzes – und hier sind ganz besonders die LfU und die

BNLs gefordert – ist die Kartierung von weiteren Gebieten, um ein Netzgebiet zu erreichen. 53 000 Hektar sind bereits ausgewiesen. Eine zweite Tranche wird im Augenblick erarbeitet. Aber auch hier gilt: Qualität vor Schnellschuss. Man sollte jetzt nicht unnötigerweise das Damoklesschwert der Strafzahlungen schwingen, sondern hier gilt es wirklich, für Qualität zu sorgen. Wir sind hier von irgendwelchen Strafzöllen noch furchtbar weit entfernt, wie wir auch dem Papier der Regierung entnommen haben.

Meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang möchte ich noch mit einem Wort auf die BNLs eingehen. Hier gab es ganz unterschiedliche Ausgangspositionen. Man hat sich zu einem Kompromiss zusammengerauft. Dabei musste jeder Zugeständnisse machen. Nur, wenn Sie einseitig sagen, dass 22 Stellen abgezogen werden sollen, müssen Sie auch so ehrlich sein und sagen, wo die hingehen und dass diese nicht verschwunden sind

(Abg. Pfister FDP/DVP: Und hinzukommen!)

und dass 22 weitere Stellen dazukommen. Wenn Sie schon das eine behaupten, müssen Sie das andere dazusagen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Lassen Sie mich jetzt doch noch ein Wort in diese Richtung sagen. Wenn Sie wirklich die BNLs in der jetzigen Form erhalten wollen, verstehe ich überhaupt nicht, warum Sie in dieser Suppe herumrühren. Das Ministerium ist bisher wegen einer Fülle von anderen Aufgaben offensichtlich noch nicht dazu gekommen, die Umsetzung zu vollziehen.

(Heiterkeit der Abg. Pfister FDP/DVP und Buchter Bündnis 90/Die Grünen)

Ich kann mit der jetzigen Situation leben. Wenn Sie meine persönliche Meinung hören wollen: Ich kann mit der Situation auch bis zum Jahr 2001 leben. Liebe Kameraden, hochverehrte Kollegen, darin wollen wir möglichst nicht so arg viel rühren.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: „Kameraden“, wie darf ich das verstehen?)

Ein letzter Satz. Die intakte Natur in Baden-Württemberg ist ein Kapital, auch für den Fremdenverkehr. Ich bitte die Landesregierung, in ihrer Imagekampagne auch darauf hinzuweisen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Eigenthaler.

Abg. Eigenthaler REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die „Neuorientierung der Naturschutzpolitik des Landes“ ist für eine kleinere Oppositionspartei mit erdrutschartigen Stimmenverlusten ein nicht gerade bescheidener Anspruch an dieses Parlament.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Meinen Sie jetzt sich?)

– Nein, Sie haben schon richtig geraten.

(Eigentlicher)

Dieser Antrag samt zwei weiteren Drucksachen kann in der knappen Zeit von fünf Minuten wohl nur sehr oberflächlich behandelt werden. Auch wenn er vermutlich als Serie in Einzelbereiche aufgeteilt wurde und hier ausschließlich die „Umsetzung einer Konzeption für einen großflächigen integrierten Naturschutz und eine umweltgerechte Entwicklung von Kulturlandschaften“ gefordert wird, konnte man dazu noch keine entsprechenden Finanzierungsmöglichkeiten aufzeigen.

Selbst wenn man davon ausgehen kann, dass die Anträge an den Fachausschuss überwiesen werden, der seitens der Mehrheitsfraktionen – wie auch von der Ministerin – stark landwirtschaftlich beeinflusst ist, müssen wir jetzt im Plenum zu einigen Punkten Stellung nehmen, die nicht ausschließlich, zumindest nicht vordergründig, den Naturschutz in Baden-Württemberg betreffen.

Sie beeinflussen den Natur- und Umweltschutz global, was nach meiner Meinung als Einheit zu betrachten wäre und in dem Antrag der Grünen nur in der Begründung deutlich wird. Dort heißt es nämlich – ich zitiere –:

Der Naturschutz muss von der gescheiterten

– man höre: von der gescheiterten –

biotop- und artenbezogenen, sektoralen Denkweise Abschied nehmen und stattdessen versuchen, landschaftsbezogen unter Einschluss bestehender Nutzungen zu planen.

Das, finde ich, ist ein Schlüsselsatz dieses Antrags. Das ist der Abschied der Grünen oder, um es im Stil der gestrigen „Redekultur-Tiefschlagrunde“ zu formulieren, der „Grützen“ von der Käferzählerphilosophie und die Hinwendung zur landschaftsbezogenen und nutzungsrelevanten Planung und Strategie beim Naturschutz. Na, endlich haben sie begriffen, könnte man glauben. Naturschutz kann nur und muss im Einklang mit der Landwirtschaft, mit unseren Bauern nutzerkonform gestaltet werden.

(Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen: Keine Vorlesung hier! Nicht drausbringen lassen!)

– Das wollten Sie doch! Oder?

(Abg. Dr. Caroli SPD: Nicht unbedingt! Eine Zeile ist verrutscht!)

Naturschutz heißt in erster Linie: Pflege und Erhalt unserer einmaligen Kulturlandschaft,

(Beifall bei den Republikanern)

Schutz unserer herrlichen Heimat mit Obstwiesen, mit reich bestellten, gepflegten, fruchtbaren, nicht versteppten Feldern und mit den derzeit gerade wieder in bunten Farben leuchtenden Wäldern, die auch als Freizeit- und Erholungsbonus einen hohen Nutzwert im Tourismusangebot darstellen,

(Zuruf des Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen)

wie das auch in ähnlich schwärmerischen Worten unsere Agrarministerin erst gestern schön formuliert hat und wie

nicht zuletzt wir das seit Beginn unserer Landtagsarbeit immer wieder gefordert haben.

(Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen: Der ist schon mal im Wald spazieren gegangen!)

Man könnte wirklich glauben, auch die Grünen hätten es jetzt kapiert, wenn man vergisst, was sie aus dieser Einsicht und ihrer 180-Grad-Wende im Antragsteil letztlich wieder daraus stricken: nichts außer der pauschalen Forderung, ein sechs Jahre altes Konzept der LfU jetzt aber zügig umzusetzen. Mit ebenso pauschalen wie viel sagenden und doch nichts sagenden Zielformulierungen aus einem historischen Parteiprogramm verfallen sie dann wieder ihren alten Strickmustern mit der gebetsmühlenhaften Aufzählung ausgeleierter Parolen – von Neuorientierung keine Spur mehr!

Die in der Antragsbegründung erwähnten Mittel zur Ko-finanzierung aus Programmen und Subventionen der Agenda 2000 für Handwerk, ländlichen Raum, Landnutzung, Strukturförderung, Tourismus und Umweltschutz werden kaum greifen, um alle 20 Projekte der LfU komplett finanzieren zu können. Gerade bei der Finanzierung sollte nicht mit einem Wust von weiteren Programmen, sondern mit einer übersichtlichen Bündelung und zielgenauen Einsetzung der Mittel ein neuer, nutzungsorientierter Natur- und Umweltschutz eingeläutet werden.

(Beifall bei den Republikanern)

Ein moderner, neu formulierter Naturschutz im Konsens mit allen Naturnutzern und den Verwertern von natürlichen Ressourcen unserer Heimat Baden-Württemberg – Baden-Württemberg mit einem dicken Bindestrich! –, das ist auch das Ziel der Republikaner in diesem unserem Landtag.

(Beifall bei den Republikanern)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hauk.

Abg. Hauk CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Kollege Kretschmann, Sie sprachen zum Abschluss Ihrer Rede von einer verheerenden Bilanz der Naturschutzpolitik. Also, machen wir uns nichts vor: Wir haben eine Beruhigung in der Konfrontation zwischen Naturschutz und Naturnutzern erreicht, und zwar nicht einseitig dadurch, dass auf Naturschutzseite nachgegeben wurde, sondern dadurch, dass Naturnutzer und solche, die im Bereich des Naturschutzes Ansprüche erheben, stärker miteinander kooperieren. Wenn Sie das als eine verheerende Bilanz bezeichnen, dann weiß ich nicht, wovon Sie sprechen.

Im Grundsatz haben wir heute nach 20 Jahren Naturschutzgesetzgebung eine weitaus bessere Naturschutzpolitik, als wir es uns je hätten träumen lassen.

(Beifall bei der CDU)

Das Wichtige ist – und das sind die neuen Entwicklungen, die Sie offensichtlich total übersehen –, dass heute der Naturschutz als Bewegung von unten kommt. Warum sind denn überhaupt Entwicklungen wie im südlichen Schwarzwald möglich geworden, dass sich Kommunen, Landwirtschaft und Tourismus bereit finden, gemeinsam Natur-

(Hauk)

schutzkonzeptionen zu entwickeln und dann auch noch dafür einzustehen, die Natur zu nützen, um sie so zu schützen? Das ist der wahre neue Ansatz, den Sie verkennen.

Lieber Kollege Caroli, Sie beklagen mangelnden Naturschutz, Sie beklagen mangelnde Naturschutzmittel. Dazu will ich nur eines festhalten: Baden-Württemberg steht in der Summe, wenn man all die Bereiche, von denen Sie selbst einige genannt haben – Landschaftspflege, Vertragsnaturschutz etc. –, einbezieht, nach wie vor mit an der Spitze der Bundesländer, was die Ausgaben für den Naturschutz angeht.

Aber ich möchte noch ein Weiteres ansprechen. Das hat auch mit der neuen Bundesregierung zu tun.

(Zurufe von der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen: Oh!)

– Entschuldigung, man muss die Wahrheit auch zur Kenntnis nehmen. – Sie haben – ich sage es noch einmal – mit Ihrer unseligen Nettozahlerdiskussion die Agrarpolitik von Fischler, diesen Ansatz, der eine zweite Säule in der Agrarpolitik darstellt, nämlich Agrarumweltprogramme und Weiterentwicklung der ländlichen Räume, zwar nicht gänzlich, aber weitestgehend im Keim erstickt. Das sind genau die Mittel, die uns im Naturschutzbereich in den nächsten Jahren fehlen werden.

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Das ist unglaublich, was hier abgeht!)

Wir werden versuchen, das, was wir an Kofinanzierungsmitteln jetzt noch gedeckelt von Brüssel erhalten werden, auch in den Bereich der Naturschutzpolitik hineinzugeben. Keine Frage! Aber es hätte uns weitaus mehr zur Verfügung gestanden, wenn nicht Schröder ständig von der Nettozahlerposition gesprochen hätte

(Widerspruch bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Zuruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

– liebe Kollegen, schauen Sie sich die Zahlen in der Verteilung mal an – und genau dort gekürzt worden wäre, wo es der Umwelt und der Natur am meisten wehtut, nämlich in dieser zweiten Säule der Agrarpolitik.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein dicht besiedeltes Land wie Baden-Württemberg braucht in der Naturschutzpolitik andere Konzepte als andere Bundesländer. Ich denke, wir sind bei uns im Land auf einem guten Weg.

(Beifall bei der CDU – Abg. Capezzuto SPD: Glauben Sie das selber, was Sie gesagt haben? – Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: So ein Stuss!)

– Die Zahlen lügen nicht.

Präsident Straub: Das Wort erteile ich der Ministerin für den ländlichen Raum, Frau Gerdi Staiblin.

Ministerin für den ländlichen Raum Gerdi Staiblin: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ihre Aussagen, Herr Kretschmann und Herr Dr. Caroli, zur Naturschutz-

politik des Landes Baden-Württemberg haben eines deutlich gemacht: Das, was gut gemacht wird, und das, was in der Naturschutzpolitik in den vergangenen drei Jahren positiv umgesetzt werden konnte, wollen Sie gar nicht sehen und erwähnen Sie deswegen auch gar nicht.

Genau diesen Ansatz habe ich von Anbeginn an praktiziert, nämlich einen gemeinsamen Naturschutz mit ehrenamtlichen Verbänden, mit hauptamtlichem Naturschutz, mit der Landwirtschaft und nicht gegen die Landwirtschaft.

(Beifall bei der CDU – Abg. Reddemann CDU: Sehr richtig!)

Ich glaube, dass wir gerade deswegen in den vergangenen drei Jahren ein gutes Stück weitergekommen sind, nämlich nicht wie in der Vergangenheit im Gegeneinander, sondern im Miteinander, für das gleiche Ziel kämpfend.

Einige Schwerpunkte der Naturschutzpolitik des Landes Baden-Württemberg möchte ich gern aufzeigen. Da muss man sich, meine Damen und Herren, die Frage stellen, wüber wir eigentlich sprechen, wenn es um den Naturschutz und die Naturschutzpolitik des Landes Baden-Württemberg geht. 1,4 Millionen Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche – das sind 41 % der Landesfläche –, von 80 Meter über dem Meeresspiegel im Rheintal bis zu nahezu 1 500 Meter auf dem Feldberg, das, meine Damen und Herren, ist die Fläche, die von unseren Bäuerinnen und Bauern bewirtschaftet wird. Allein der Unterschied zwischen 80 und nahezu 1 500 Metern macht deutlich, unter welchen Schwierigkeiten die Landwirtschaft betrieben wird und wie Landschaftsschutz und Naturschutz gemeinsam praktiziert werden.

Nicht unerwähnt lassen möchte ich aber auch 1,3 Millionen Hektar Waldfläche. Bei uns im Lande Baden-Württemberg wird in der Forstwirtschaft die Nachhaltigkeit beispielhaft praktiziert. Die Tatsache, dass bei uns im Lande Baden-Württemberg alle zwei Minuten ein Holzhaus nachwächst, meine Damen und Herren, macht deutlich, dass wir uns in diesem Bereich überhaupt keine Vorwürfe machen müssen, wir hätten das eine oder andere nicht getan.

Für die Bewirtschaftung der Flächen unseres Landes sind unsere Bäuerinnen und Bauern, unsere Winzerinnen und Wengerter, die Obstbauern und -bäuerinnen und die Gartenbaubetriebe verantwortlich. Sie arbeiten nach dem Prinzip der Nachhaltigkeit, aber auch nach dem Prinzip der Weiterentwicklung. Nachhaltigkeit ist für mich kein feststehender Begriff, sondern Nachhaltigkeit bedeutet für mich, dass man sich den ständigen Entwicklungen in diesem Bereich anpassen kann und anpassen muss. Das heißt, wir wollen Ressourcen nur in dem Maße nutzen, wie sie erneuerbar sind. Deshalb habe ich die Naturschutzpolitik von Baden-Württemberg unter das Leitthema „Schützen durch Nützen“ gestellt.

Den Flächenverbrauch in unserem Lande müssen wir – Herr Kretschmann, in diesem Punkt gebe ich Ihnen Recht – sehr ernst nehmen. Ich sage Ihnen heute auch, welches Ziel ich hierbei verfolge, weil Sie das angesprochen haben. Ich meine, wir müssen in unseren Dörfern wegen des zunehmenden Flächenverbrauchs sehr viel stärker alte Bausubstanzen finanziell unterstützen, weil es besser ist, das Bau-

(Ministerin Gerdi Staiblin)

en in Altbauwohnungen und den Ausbau von Dachgeschosswohnungen zu fördern, als den Wohnbau zu unterstützen, der mit Flächenverbrauch verbunden ist.

Auch im Bereich der Aussiedlungshöfe habe ich eine Initiative ergriffen, indem ich gesagt habe: Wir müssen bündeln. Wir müssen überprüfen, in welchen Bereichen es möglich ist, vorhandene Bausubstanz zu nutzen, und dann im Dorf leer stehende Ökonomiegebäude nutzen. Wenn wir den Erhalt vorhandener Bausubstanz finanziell unterstützen, tragen wir dazu bei, dass unsere Dörfer als lebendige Dörfer erhalten werden und dass die Zersiedlung eingeschränkt werden kann.

Ich meine, dieser Ansatz ist richtig und gut, und wenn wir das in Zukunft über das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum besser, stärker und differenzierter umsetzen können, ist es im Sinne von uns allen.

Natürlich dürfen wir die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Baden-Württemberg nicht außer Acht lassen. Für einen bedeutenden Teil der modernen Wirtschaftsunternehmen und der hoch qualifizierten Arbeitskräfte sichern wir in unserem Lande einen hohen Wohn- und Freizeitwert unserer schönen Landschaft.

Eine nachhaltige Entwicklung unseres Landes und seiner Landschaften kann nicht auf kleine Teilflächen reduziert werden. Den Vergleich mit der Käseglocke, den Sie gezogen haben, möchte ich schärfstens zurückweisen. Ich glaube, dass bei uns im Lande Baden-Württemberg keine Käseglockenpolitik betrieben wird, sondern dass gerade bei uns ein flächendeckender Naturschutz praktiziert wird.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Das können Sie doch nicht ernsthaft behaupten!)

– Sie sind derzeit zu viel in Berlin, Herr Kuhn. Sie wissen das gar nicht mehr.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Sie können doch nicht ernsthaft behaupten, hier gebe es einen flächendeckenden Naturschutz, Frau Staiblin! Da machen Sie sich doch lächerlich! – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage . . .

Ministerin für den ländlichen Raum Gerdi Staiblin: Nein.

Präsident Straub: . . . des Herrn Abg. Reddemann?

(Abg. Dr. Caroli SPD: Wenn Herr Reddemann fragt, dann schon!)

Ministerin für den ländlichen Raum Gerdi Staiblin: Am Ende meiner Ausführungen gern.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Jetzt sind Sie erschrocken, dass es der Reddemann ist, gell?)

Meine Damen und Herren, das Thema ist ernst genug, und ich denke, wir sollten uns mit diesem Thema heute auch ernsthaft beschäftigen.

Ein paar Sätze zur FFH-Richtlinie. Die Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie wurde in der Europäischen Union im Jahr 1992 als für alle Mitgliedsstaaten verbindlich beschlossen. Ziel ist der Aufbau eines europaweiten Netzes besonderer Lebensräume und Vorkommen gefährdeter Tier- und Pflanzenarten, und mit dem Netz „Natura 2000“ soll das europäische Naturerbe für kommende Generationen europaweit bewahrt werden. Zu dieser Verantwortung stehen wir.

Wir arbeiten derzeit mit Hochdruck an der abschließenden Meldeliste. Bei der Auswahl der Gebiete werden wir einen strengen fachlichen Maßstab anlegen und nur solche Gebiete benennen, die wirklich von herausragender europäischer – –

(Zuruf des Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen)

– Für Sie gilt das Gleiche; auch von Ihnen lasse ich keine Zwischenfrage zu.

(Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen: Vielleicht am Schluss!)

Ziel ist, das erforderliche umfassende Konsultationsverfahren mit den Verbänden auf Landesebene und den Gemeinden spätestens Anfang 2000 durchzuführen. Die Meldung kann dann noch im ersten Halbjahr 2000 erfolgen.

Nun zu der von Ihnen angesprochenen Personalpolitik. Ich kann Ihre Argumentation überhaupt nicht ernst nehmen. Ich weiß auch nicht, wie ich sie einzuschätzen habe. Überall, zumindest was mein Ressort betrifft, werden Personalstellen eingespart, nur im Naturschutz

(Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen: Ist die Referatsstelle besetzt oder nicht? Das möchte ich wissen!)

bekommen wir 22 Personalstellen dazu. Im Koalitionsvertrag ist festgeschrieben, dass die Bezirksstellen für Naturschutz und Landschaftspflege 44 Stellen an die untere Naturschutzbehörde abzugeben haben. Auch hier haben wir, denke ich, für den Naturschutz entschieden, indem nicht 44 Stellen, sondern 22 Stellen in die untere Naturschutzbehörde eingegliedert werden und zusätzlich 22 Stellen aus anderen Bereichen zur Stärkung der unteren Naturschutzbehörde umgesetzt werden sollen. Das heißt doch unter dem Strich, dass die Naturschutzverwaltung 22 Stellen mehr bekommt, obwohl in allen anderen Bereichen ein Personalstellenabbau erfolgt. Ich weiß nicht, was Sie daran zu kritisieren haben.

(Abg. Göbel CDU: Aber kritisiert muss werden!)

Sie fordern doch auch immer ein, dass wir vor Ort eine Stärkung vornehmen und politische Rahmenbedingungen vor Ort setzen sollen, dort, wo ein aktiver Naturschutz praktiziert werden kann. Ich verspreche mir in der Tat durch diese Entscheidung, dass wir vor Ort einen noch stärkeren, einen differenzierteren und einen noch besseren Naturschutz praktizieren können.

Mir war es wichtig, meine Damen und Herren – und dies, denke ich, müssen auch Sie respektieren –, dass die Bezirksstellen für Naturschutz und Landschaftspflege erhalten

(Ministerin Gerdi Staiblin)

bleiben. Mit diesem Konzept bleiben unsere BNLs erhalten, und die untere Naturschutzbehörde wird gestärkt.

Ein paar Takte zum PLENUM-Konzept, das Sie auch angesprochen haben. Freuen Sie sich doch darüber, dass das in der Koalition mit Ihrer Verantwortung auf den Weg gebracht werden konnte. Ich stehe zu diesem PLENUM-Konzept. Ich habe es vor drei Jahren angetroffen, nach zweijähriger Anlaufzeit. Ich stelle mich hinter und vor dieses Konzept. Ich will dieses Konzept weiterentwickeln. Wir haben inzwischen landesweit viele Kommunen und viele Bürgermeister, die sich auch für das PLENUM-Konzept interessieren. Im Zuge der Agenda 21 ist ein weiteres Ziel, weitere PLENUM-Projekte umsetzen zu können.

Sie haben den finanziellen Bereich angesprochen. Sie haben dabei völlig Recht. Wenn wir uns alle einig sind, dass wir für den künftigen Naturschutz Geld brauchen, dann schreiten wir doch zu den Taten. Wir haben dazu Vorstellungen. Wir haben die Vorstellung, über die Zukunftsoffensive die Naturschutzpolitik finanziell zu unterstützen. Ich denke, dass wir hier eine gute Chance und Möglichkeit haben, die Gemeinnützigkeit in Bereichen der Naturschutzpolitik zu ermöglichen. Auch im Zusammenhang mit der Imagekampagne basteln wir derzeit an einem Konzept. Wir müssen nur darauf achten, dass das, was in der Vergangenheit in Niedersachsen praktiziert wurde, verbessert wird. Ich will keinen Flop in die Welt setzen. Es geht mir darum, über ein so genanntes Naturschutz-Bingo oder Umwelt-Bingo das eine oder andere zusätzlich auf den Weg bringen zu können, um auch für diesen Bereich finanzielle Mittel breit einzufangen.

Eines ist für mich ganz klar: Großflächiger Naturschutz kann nicht per Gesetz verordnet werden. Naturschutzziele großflächig umzusetzen, das geht nur gemeinsam mit den Menschen vor Ort. Das ist auch der Ansatz des PLENUM-Projektes.

Ich möchte auch Konstanz nicht unerwähnt lassen. Auch dort wurden in den vergangenen Jahren wirklich beispielhafte Konzepte entwickelt. Beispielhafte Konzepte wurden im Zusammenhang auch mit der Kantinenversorgung und der Versorgung der Schmieder-Klinik umgesetzt. Das sind meiner Meinung nach alles Entwicklungen und positive Signale, wie künftig auch diese beiden Projekte flächendeckend umgesetzt werden können.

(Zuruf von der SPD: Versprochen!)

Nur, meine Damen und Herren, eines muss ich auch deutlich machen: Mit Geld allein werden wir nicht zu dem Ziel einer künftig sich weiterentwickelnden Naturschutzpolitik des Landes Baden-Württemberg kommen. Geld ist das eine und das Engagement der Menschen – gestern haben wir über das bürgerschaftliche Engagement gesprochen – das andere. Ich habe in den vergangenen drei Jahren erlebt, dass immer dort eine aktive Naturschutzpolitik vor Ort praktiziert wird, wo Menschen vor Ort hinter einem Projekt stehen. Wenn Menschen dies tun, sind sie auch bereit, sich finanziell zu beteiligen. Meine Damen und Herren, es wäre nicht finanzierbar, wenn wir das, was wir uns für den Naturschutz im Land Baden-Württemberg vorgenommen haben, finanziell dem Land überlassen würden.

(Beifall bei der CDU)

Mich hat sehr gewundert, dass Sie das MEKA-Programm – das Marktentlastungs- und Kulturlandschaftsausgleichs-Programm – überhaupt nicht angesprochen haben. Das ist das Programm, das ich mit Mitteln der Europäischen Union um 60 Millionen DM erhöhen und von 170 Millionen DM auf 280 Millionen DM erhöhen möchte, wodurch flächendeckende Landwirtschaft, Kulturlandschaftsausgleichsfinanzierung und Marktentlastung möglich werden und wodurch auch ein flächendeckender Grundwasserschutz praktiziert werden kann. Das ist meiner Meinung nach eine politische Entscheidung, die in die Richtung geht, dass wir auch die zweite Säule Fischlers in diesem Gesamtpaket des Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum für das Land Baden-Württemberg nutzen. Die Tatsache, dass das Land eine Mark zur Verfügung stellt, damit die zweite Mark von Brüssel hinzukommen kann, müsste meiner Meinung nach auch von Ihnen einmal positiv erwähnt werden.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Pfister FDP/
DVP – Abg. Hans-Michael Bender CDU: Jawohl!)

Ich möchte ein Zweites hinzufügen: Es ist Ihnen anscheinend – Herr Kretschmann und Herr Dr. Caroli, ich habe gehört, dass Sie sehr aufmerksam die Zeitung lesen – entgangen, dass wir durch die Initiative des Landes Baden-Württemberg vor drei Jahren im Konsens mit den Vertretern der neuen Bundesländer erreicht haben, dass die Mittel der Gemeinschaftsaufgabe in den Folgejahren zugunsten der alten Bundesländer und zulasten der neuen Bundesländer umgeschichtet werden. Deshalb haben wir in diesem Jahr die Situation, dass uns für die Ausgleichszulage 9 Millionen DM mehr zur Verfügung stehen. Meine Damen und Herren, auch diese 9 Millionen DM werden in den benachteiligten Regionen, in den Berggebieten, in den Steillagen, für die Landschaftspflege eingesetzt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Auch ein paar Takte zum ökologischen Landbau, den Sie ebenfalls unter den Teppich gekehrt haben. Über den MEKA fördern wir auch den ökologischen Landbau. Mein Ministerium hat früh die Chance einer ökologischen Wirtschaftsweise erkannt und sie auch immer tatkräftig gefördert.

(Zuruf des Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen)

So wurden die Landesverbände des ökologischen Landbaus seit dem Jahr 1990 mit 3,1 Millionen DM gefördert. Über die Förderung der biologisch wirtschaftenden Betriebe erhalten sie bereits über den bisherigen MEKA

(Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen)

– jetzt müssen Sie mir einmal genau zuhören – dreimal so viel wie konventionell wirtschaftende Betriebe. Ein konventionell wirtschaftender Betrieb erhält also im Jahr im Durchschnitt zwischen 2 000 und 3 000 DM, während ein alternativ wirtschaftender Betrieb im Durchschnitt zwischen 9 000 und 10 000 DM erhält. Wir nehmen damit eine Spitzenstellung im Ländervergleich ein. Wir haben derzeit 2 850 Ökobetriebe, die ca. 51 000 Hektar Fläche bewirtschaften; das entspricht über 3,5 % der Fläche des Landes Baden-Württemberg. Nach der Zahl der Ökobetriebe liegt Baden-Württemberg im Bundesvergleich an erster Stelle.

(Ministerin Gerdi Staiblin)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Gisela Meister-Scheufelen CDU: Sehr gut!)

Ein paar Worte zur Naturschutzbilanz des Landes Baden-Württemberg. Trotz schwieriger Rahmenbedingungen haben wir im Naturschutz während der ersten Hälfte der Legislaturperiode einiges erreicht. Ich meine, meine Damen und Herren, wir haben mehr erreicht, als mancher wahrhaben möchte. Seit Juni 1996 sind 83 Naturschutzgebiete mit über 8 000 Hektar Fläche ausgewiesen worden. 1 472 Landschaftsschutzgebiete mit einer Gesamtfläche von 750 000 Hektar – das sind 21 % der Landesfläche – wurden ausgewiesen. Die Kartierung nach der §-24-a-Biotopkartierung kommt planmäßig voran. Nach derzeitigem Stand sind für über drei Viertel, also für über 75 % der Gemeinden Baden-Württembergs die Kartierungen im Gelände bereits abgeschlossen. Dabei wurden 110 000 Biotop erfasst. Der Naturpark Südschwarzwald wurde auf den Weg gebracht. Auch hier gehe ich den Weg nicht von oben nach unten, sondern von unten nach oben: Der Naturpark in der Gemeinsamkeit mit der Landwirtschaft, mit den Naturschutzverbänden, mit dem Tourismusverband, mit Handel, mit Gewerbe, mit Mittelstand – ich denke, nur so werden wir künftig eine Naturschutzpolitik des Landes Baden-Württemberg umsetzen können.

Die Anzahl der Naturschutzbeauftragten haben wir um 27 auf 220 erhöht; auch davon hat niemand gesprochen. Sie haben gesagt, dass das Devolutivrecht abgeschafft werden soll; Sie haben aber auch hinzugefügt, dass es bisher kaum in Anspruch genommen wurde. Also muss man sich fragen, ob man es überhaupt braucht.

(Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen: Das ist ja Unfug!)

Das Konzept zur Errichtung und Einrichtung der Naturschutzzentren wurde weitgehend umgesetzt. Es hat kein Mensch mehr daran geglaubt, dass das siebte und vorerst letzte Naturschutzzentrum des Landes Baden-Württemberg auf dem Feldberg auf den Weg gebracht wird. Sie wissen, wir haben vor wenigen Tagen die Grundsteinlegung auf dem Feldberg vorgenommen, und Sie wissen auch, dass ich dort sehr großen Wert darauf gelegt habe, dass heimische Naturalien verwendet werden, dass mit Holz gebaut wird. Es waren ja andere Pläne vorgesehen.

Der Fachdienst Naturschutz, der bei der Landesanstalt für Umweltschutz eingerichtet wurde, hat sein erstes Jahr erfolgreich bestanden. Auf meine Initiative hin hat die Landesregierung mit Unterstützung des Landtags davon abgesehen, den in § 1 a des Baugesetzbuchs vorgesehenen Naturschutzausgleich in der Bauleitplanung auszusetzen. Ökosponsoring und Industriepatenschaften habe ich auf den Weg gebracht. Erwähnen möchte ich auch das grenzüberschreitende Freiraumkonzept mit unseren Nachbarn in Frankreich und der Schweiz.

Meine Damen und Herren, ich denke, dass sich diese Bilanz der vergangenen drei Jahre sehen lassen kann.

(Abg. Brechtken SPD: Ich denke, also bin ich!)

Da Sie, Herr Kretschmann, mich vorhin aus einer Zeitung – ich weiß nicht, welche Zeitung es war – zitiert haben, so

möchte ich zwei Dinge dazu anmerken. Es kann etwas wahnsinnig schön sein, und es kann auch etwas wahnsinnig schlecht sein.

(Abg. Brechtken SPD: Manchmal ist das Schöne das Schlechte!)

Sie waren ja bei dieser Pressekonferenz nicht dabei, und Sie wissen sicherlich auch aus eigener Erfahrung, dass oftmals durch das Weglassen eines Wortes oder eines Satzes der ganze Satz entstellt wird.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Welches Wort haben Sie denn weggelassen?)

– Ich habe dort gesagt, Herr Kuhn, dass es im Zusammenhang mit der Ausweisung der FFH-Gebiete sein könnte, dass der ganze Kaiserstuhl als FFH-Gebiet gemeldet werden müsste, und dann habe ich hinzugesetzt, und dazu stehe ich: „Das wäre ein Wahnsinn.“

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Bringen Sie doch eine Gegendarstellung!)

– Da müsste ich jeden Tag Gegendarstellungen bringen, um alles zu berichtigen, was falsch berichtet wird.

(Abg. Brechtken SPD: Dann müssen Sie sich aber sehr häufig missverständlich ausdrücken, Frau Ministerin! Vorsicht!)

Meine Damen und Herren, ein Weiteres möchte ich noch anfügen: Ab dem nächsten Jahr, wenn bei der Glücksspirale ein Los statt 5 DM 5 Euro kostet, sollen die zusätzlich eingespielten ca. 5 DM – jetzt bin ich schon vorsichtig – für Natur- und Umweltschutz zur Verfügung gestellt werden. Dies hat unser Ministerpräsident bereits in der Regierungserklärung aufgenommen.

(Zuruf des Abg. Eigenthaler REP)

Zur „Käseglocke“ habe ich schon etwas gesagt, zu PLENUM auch, und auch das Thema Feldberg habe ich abgehandelt. Meine Damen und Herren, ich setze künftig auf Nachhaltigkeit, ich setze auf Freiwilligkeit, ich setze auf Partnerschaft, und ich setze auf bürgerschaftliches Engagement. Dazu brauchen wir aber auch Konzepte, wir brauchen eine Bündelung.

Ich fasse noch einmal zusammen: Nachhaltigkeit ist kein feststehendes Ziel, sondern ein sich ständig entwickelnder Prozess. Jeder Bürger ist Betroffener, und jeder Bürger muss sich auch zu den Akteuren zählen.

(Beifall bei der CDU – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Frau Ministerin, mir liegen noch zwei Wortmeldungen für Zwischenfragen vor, und zwar der Abg. Reddemann und Buchter.

Bitte schön, Herr Abg. Reddemann.

Abg. Reddemann CDU: Frau Ministerin Staiblin, teilen Sie meine Auffassung, dass es andere Bundesländer bei der Ausweisung von Naturschutzflächen wesentlich einfacher haben, zum Beispiel Schleswig-Holstein, wo 17 % der Naturschutzgebiete aus Wattenmeer bestehen,

(Abg. Brechtken SPD: Mehr Wattenmeer nach Baden-Württemberg!)

(Reddemann)

dass sich andere Bundesländer also wesentlich leichter tun, die FFH-Richtlinie zu erfüllen, als eine hoch entwickelte Kulturlandschaft, die dicht besiedelt ist wie Baden-Württemberg?

(Abg. Brechtken SPD: Mehr Wattenmeer nach Baden-Württemberg, das ist die Lösung!)

Ministerin für den ländlichen Raum Gerdi Staiblin: Ich kann diese Auffassung voll teilen und möchte hinzufügen – Sie haben es schon angesprochen –, dass wir ein dicht besiedeltes Land mit nahezu 300 Personen pro Quadratkilometer haben. Ich denke, dass die anderen Länder nicht so dicht besiedelt sind. Wir müssen allen gerecht werden, und uns fehlt in der Tat das Meer. Aber dafür haben wir den Wein, und das ist sicher der bessere Ersatz.

(Abg. Reddemann CDU: Beim Wattenmeer gibt es auch keine Bewirtschaftungsbeschränkungen!)

– So ist es.

Präsident Straub: Jetzt Herr Abg. Buchter, bitte.

Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen: Frau Ministerin, können Sie bestätigen, dass die Stelle des Referatsleiters, der in Ihrem Haus für den Arten- und Biotopschutz zuständig ist, aufgrund eines Todesfalls vakant ist, dass aber noch keine Ausschreibung erfolgt ist und es keine Bemühungen gibt, um diese Stelle wieder zu besetzen, und dies, obwohl, wie Sie richtig dargestellt haben, im Bereich Flora-Fauna-Habitat extrem viel Arbeit anliegt?

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Ab in die Fragestunde!)

Können Sie also bestätigen, dass Ihre Personalplanung ein großes Loch hinterlassen hat?

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Das gehört nicht hierher!)

Ministerin für den ländlichen Raum Gerdi Staiblin: Können Sie mir sagen, welche Lücken durch diesen Todesfall bisher entstanden sind?

(Abg. Kiefl CDU: Richtig! – Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Das hat er doch gerade gesagt! – Unruhe)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kretschmann.

Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen: Meine Damen und Herren! Frau Ministerin Staiblin, ich finde, eine solche Rede, wie Sie sie gerade gehalten haben, kann man nach einem Jahr halten, aber nicht nach drei Jahren. Nach drei Jahren haben wir ein Recht darauf, zu erfahren, was in den zentralen Fragen geschehen ist. Die zentrale Frage ist der neue Ansatz eines integrierten Naturschutzes. In diesem Punkt gibt es ja Einigkeit zwischen diesem Haus, wenigstens zwischen vier Fraktionen, wenn ich es richtig erkannt habe, und Ihrem Haus, soweit ich es Ihrer Kabinettsvorlage entnommen habe. Nach drei Jahren geht es darum, zu sagen: erstens, zweitens, drittens, viertens. Welche Schritte werden jetzt eingeleitet, um das umzusetzen?

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: So ist es!)

Dass meine Kritik richtig ist, wird durch den Zusatzantrag der CDU- und der FDP/DVP-Fraktion bestätigt. Natürlich kann die Sie tragende Fraktion Sie offen nicht hart attackieren. Das kann man in unserem Rollenspiel wohl nicht erwarten. Aber wenn nach drei Jahren ein solcher Antrag vorliegt, „Leitlinien für die Naturschutzpolitik zu erarbeiten, die die weitere Umsetzung der neueren Erfahrungen aus den integrativen Naturschutz- und Landschaftsprojekten zum Ziel haben“, dann, muss ich sagen,

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Peinlich!)

ist das das höchste Maß an unverhohlener Kritik,

(Abg. Dr. Caroli SPD: Ein Eingeständnis des Defizits!)

das sich eine Regierungsfraktion im parlamentarischen Gang überhaupt erlauben kann.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD – Abg. Hauk CDU: Das sind schlimme Unterstellungen, lieber Kollege Kretschmann!)

Darum geht es. Es geht um die Dimensionen, die Sie offensichtlich nicht erkannt haben. Hier geht es darum, dass zum Beispiel der Fremdenverkehr einer der größten Arbeitgeber im ganzen Land ist und über mehr Arbeitsplätze verfügt als die Automobilindustrie. Hier geht es darum, dass in der ländlichen Regionalentwicklung und in der Landwirtschaft eine ungeheure Wertschöpfung stattfindet. Sie wissen doch genauso gut wie ich, wie gefährdet unsere heimische Landwirtschaft ist.

Man müsse die Chance ergreifen, im integrierten Konzept Wirtschaftsförderung, Tourismusförderung, Naturschutz und umweltverträgliche Landwirtschaft für diese großflächigen Schutzgebiete neue Leitbilder zu erstellen, steht in Ihrer Kabinettsvorlage. Solche Leitbilder sind überhaupt nicht vorhanden und nicht auf den Weg gebracht. Dann zu glauben, man könne in solch riesigen Gebieten wie dem südlichen Schwarzwald vorankommen, indem man dort einen Beamten aus der Forstverwaltung abordnet, ist doch eine illusionäre Vorstellung.

Wenn man ein integriertes Konzept mit Landwirtschaft, Tourismus, regionaler Wirtschaftsförderung und Naturschutz will, braucht man dafür ein Team, das die Sache vor Ort managt. Wir haben bei unserem Vor-Ort-Besuch im Südschwarzwald festgestellt: Dort herrschte bei den Kommunen und den Landkreisen große Aufbruchstimmung und Begeisterung.

(Zuruf des Abg. Hauk CDU)

Kreise und Gemeinden dort haben die Möglichkeit, ihre Kompetenz, ihren Sachverstand und ihre Personalpower einzubringen. Aber selbstverständlich muss das Land etwas tun, damit das auch gebündelt wird und aus den verschiedenen Interessen ein gemeinsames Konzept wird. Das können wir überhaupt nicht erkennen.

Genauso wenig können wir erkennen, wie Sie es in der bis zum Ende der Legislaturperiode verbleibenden Zeit schaffen wollen, noch weitere fünf Gebiete in die Gänge zu

(Kretschmann)

bringen. Das können Sie hier ja einmal erläutern. Ich kann mir dies schlecht vorstellen. Sie haben es noch nicht einmal geschafft, das PLENUM-Gebiet, das Sie vorgefunden haben und von dem alle sowohl aufseiten des Naturschutzes als auch aufseiten der Vermarkter der Ansicht sind, dass es aus beiden Gründen unbedingt erweitert werden müsse, zu erweitern. Das ist immer noch nicht erfolgt. Darum geht es aber im Kern. Was ist bei diesem neuen Ansatz nach drei Jahren passiert und in die Gänge gebracht worden? Wir können nicht feststellen, dass Sie dies in die Gänge gebracht haben.

Dass Ihr Ministerium im Einzelnen auch sehr viele positive Ansätze erbracht hat, bestreite ich überhaupt nicht. Es wäre ja auch noch schöner, wenn ein Ministerium nach drei Jahren überhaupt nichts vorzuweisen hätte. Ich meine, das macht ja der Beamtenapparat schon von allein.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD – Heiterkeit)

Darum geht es überhaupt nicht. Vielmehr geht es darum, wie in den zentralen Fragen, bei denen es um die Zukunft des Landes Baden-Württemberg geht, gehandelt wird. Dabei stelle ich fest, dass das Land und seine Schönheiten in Ihrer Imagekampagne überhaupt nicht existieren; man denkt immer, in Baden-Württemberg gebe es nur Dübel und sonst nichts.

(Beifall bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen – Heiterkeit – Zurufe von der CDU – Zuruf des Abg. Eigenthaler REP)

Ob allein das das Image des Landes hochpuschen wird, möchte ich bezweifeln.

Es geht darum, dass wir der Wertschöpfung im ländlichen Raum, den Strukturen im Land und unserer Landschaft wieder eine Zukunft geben. Das ist nur durch integrierte Ansätze möglich. Diese müssen auf den Weg gebracht werden. Darauf haben Sie und wir, darauf hat das ganze Parlament ein Recht.

(Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

Darum beantragen Sie von den Regierungsfractionen es jetzt. Wir wollen, dass in den nächsten drei Monaten bis zur Beratung des Haushalts endlich einmal etwas auf den Tisch gelegt wird. Andernfalls wird aus allen Rohren geschossen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von der CDU)

Präsident Straub: Das Wort zu einem kurzen Schlusswort erteile ich Herrn Abg. Dr. Caroli.

(Abg. Reddemann CDU: Schießt der auch?)

Abg. Dr. Caroli SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der SPD-Fraktion steht zu ihrer Großen Anfrage ein Schlusswort zu. Ich halte es in der Form, dass ich einige Appelle an das Ministerium richte.

(Abg. Reddemann CDU: Das ist immer gut!)

Zunächst einmal, Frau Ministerin Staiblin: Geben Sie dem ungeliebten Kind Naturschutz in der Zukunft mehr Zuwendung.

Zweitens: Stärken Sie die Naturschutzverwaltung, und schwächen Sie sie nicht, damit die CDU-Fraktion Sie nicht, wie heute in ihrem Antrag, in einem Antrag auffordern muss, nachzuprüfen, ob die Verwaltung die Aufgaben der EU überhaupt noch bewältigen kann. Diese dritte Frage im Antrag Drucksache 12/4512 ist ja für Sie eine Blamage.

Drittens: Bringen Sie Naturschutz auf der ganzen Fläche stärker in die Diskussion, und zwar mit Konzepten, die Nützen und Schützen als gleichberechtigt darstellen.

Vierter Punkt: Lassen Sie es nicht länger zu, dass Landwirtschaft und Naturschutz gegeneinander ausgespielt werden. Wehren Sie solchen Tendenzen, und setzen Sie sich endlich einmal auch bei den Bauernverbänden durch.

Fünfter Punkt: Bauen Sie MEKA aus, aber nehmen Sie Dinge heraus, die dort nicht hinein gehören, wie beispielsweise den Drillreihenabstand, für den 21 Millionen DM ausgegeben werden.

(Zuruf des Abg. Göbel CDU)

Sechster Punkt: Legen Sie endlich Leitlinien auf den Tisch, aber lassen Sie diese nicht als Papiertiger verkommen, sondern setzen Sie sich für eine konkrete Umsetzung ein.

Mit einem Satz: Kommen Sie endlich heraus aus der Blamage.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von der CDU: Oje! – Abg. Reddemann CDU: Das war ein Rohrkrepierer! – Zuruf des Abg. Hauk CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Ministerin Staiblin.

(Abg. Weiser CDU: Ich habe eine Frage an Herrn Dr. Caroli! – Gegenruf des Abg. Brinkmann SPD: Zu spät! Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben! – Unruhe – Abg. Weiser CDU: Ist die noch gestattet?)

– Nein. – Bitte schön, Frau Ministerin.

(Zuruf des Abg. Weiser CDU – Gegenruf des Abg. Dr. Caroli SPD: Sie kennen doch die Formalitäten! Sie sind doch Vizepräsident, soviel ich weiß! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Ich darf um Ruhe bitten. – Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Caroli wurde vom Rundengong gerettet! – Heiterkeit)

Ministerin für den ländlichen Raum Gerdi Staiblin: Ich kann das, was ich vorhin angesprochen habe, noch einmal mit Zahlen verdeutlichen. Die im Mai 1998 eingeweihte Käseküche – die Käseküche wurde nicht vor drei Jahren, sondern im Jahr 1998 eingeweiht – –

(Unruhe – Abg. Dr. Caroli SPD: Es geht um die Glocke, nicht um die Küche!)

– Nein, es geht um die Käseküche im PLENUM-Projekt in Isny.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Um die Gerüchteküche!)

Herr Dr. Caroli, ich glaube, Sie waren noch gar nicht dort.

(Ministerin Gerdi Staiblin)

In dieser Käseküche, die wir als neues Konzept in dieses PLENUM-Projekt aufgenommen haben, wurde die Verarbeitung von ursprünglich 1 000 Kilogramm Milch pro Tag auf 2 000 Kilogramm pro Tag aus sieben Betrieben verdoppelt. Der Allgäuland-Käserei haben wir mit einer neuen Produktlinie nach Bioland-Kriterien Chancen für rund 18 PLENUM-Landwirte und 2,5 Millionen Kilogramm Milch pro Jahr eröffnet. Sie wissen: 1 Pfennig mehr pro Liter Milch bedeutet für das Land Baden-Württemberg 20 Millionen DM mehr. Hier kann ein zwischen 7 Pfennig und 10 Pfennig pro Liter Milch höherer Preis erzielt werden.

Die Vermarktung von nach PLENUM-Kriterien erzeugtem Rindfleisch bei allen Metzgereien des Projektgebiets hat bei den ca. 40 beteiligten Landwirten zu einem bis zu 20 % höheren Ertrag pro verkauftem Rind geführt.

Mit der Aktion „100 Solardächer“ konnte beim örtlichen Handwerk Know-how aufgebaut werden, das heute, auch nach dem Auslaufen der Förderung, wirkungsvoll für die Beratung der Bauherren bei der Planung und beim Einbau von weiteren Solardächern eingesetzt wird. Sie wissen auch, dass die beiden Kommunen Isny und Leutkirch als erste Gemeinden europaweit die Zertifikate nach dem Ökoaudit erhalten haben. Aus dem Modellprojekt Konstanz entwickeln sich – aber das würde heute sicher zu weit führen – interessante, zukunftsorientierte Projekte.

Wenn Sie vorhin angesprochen haben, dass die Initiative des Naturparks Feldberg in so kurzer Zeit eine Aufbruchstimmung erzeugte, dann, meine Damen und Herren, ist das ein großes Lob für mich. Sie wissen, dass ich den Naturpark Feldberg auf den Weg gebracht habe. Ich freue mich, dass dies in so kurzer Zeit mit so viel Annahme und breiter Resonanz so viel Aufbruchstimmung erbrachte. Als ich vor drei Jahren das PLENUM-Projekt angetroffen habe, war von dieser Begeisterung, wie sie jetzt in der kurzen Zeit beim Naturpark Feldberg spürbar geworden ist, noch nichts zu spüren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der SPD –
Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Das
war ja auch Käse!)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der Anträge. Hierzu rufe ich noch den Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 12/4512, auf. Ich gehe davon aus, dass alle Anträge an den Ausschuss für Ländlichen Raum und Landwirtschaft überwiesen werden sollen. – Dem wird nicht widersprochen. Dann ist so beschlossen. Die Große Anfrage ist durch die heutige Aussprache erledigt.

Punkt 1 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Auswirkungen der erhöhten Besteuerung von Veräußerungserlösen, einer neuen Vermögensteuer und einer erhöhten Erbschaftsteuer auf die Wirtschaft in Baden-Württemberg – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat die üblichen Redezeiten festgelegt: 50 Minuten Gesamtredzeit ohne

Anrechnung der Redezeit der Regierung, je fünf Minuten für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und je fünf Minuten für die Redner in der zweiten Runde.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kiel.

Abg. Kiel FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Worum geht es der FDP/DVP bei dieser Debatte?

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP, der CDU und des Bündnisses 90/Die Grünen
– Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Gute Frage!)

Die Antwort wird folgen. Wir wollen einerseits verhindern, dass durch die rot-grüne Politik in Berlin die Wirtschaft von Baden-Württemberg, insbesondere der Mittelstand, noch weiter belastet wird, und wir wollen andererseits erreichen, dass das, was bereits beschlossen worden ist und furchtbar in die mittelständische Wirtschaft hineinragt, korrigiert wird.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der
CDU – Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es!)

Dabei möchte ich bei dem, was bereits beschlossen wurde, unterscheiden. Ich denke nur an die Besteuerung der 630-DM-Jobs oder an die Regelung der Scheinselbstständigkeit oder aber auch an die erhöhte Besteuerung der Veräußerungserlöse. Andererseits möchte ich auch deutlich machen, wohin es führen würde, wenn wieder eine höhere Erbschaftsteuer oder gar eine Vermögensteuer eingeführt würde.

Es ist also die Frage: Wie kann Schaden von Selbstständigen, kleineren und mittleren Unternehmern, von Handwerk und Handel abgewendet werden? Diese sind schließlich eine der Säulen der Wirtschaft Baden-Württembergs.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der
CDU)

Zunächst einige Anmerkungen.

Erstens: Es wird überhaupt nicht bezweifelt, dass eine Steuerreform längst überfällig ist, denn die letzte große Steuerreform vor etwa zehn Jahren hat immerhin dazu geführt, dass die Bürgerinnen und Bürger in unserer Bundesrepublik um über 50 Milliarden DM entlastet wurden. Es ist nun einmal unserem Steuersystem eigen, dass es, solange es nicht grundlegend geändert wird, alle paar Jahre korrigiert werden muss und dass insbesondere die Steuersätze herabgesetzt werden müssen, weil sonst allzu viele Ungerechtigkeiten und eine soziale Schieflage eintreten.

Zweitens: Heute wissen wir, dass unser Steuersystem grundlegend geändert werden muss, denn die Globalisierung ermöglicht nun einmal der Wirtschaft, ihre Produktion und damit natürlich auch bei uns dringend notwendige Arbeitsplätze ins Ausland zu verlegen, wo die steuerlichen Belastungen eben geringer sind. Wir brauchen ein wesentlich vereinfachtes Steuersystem, das auch den Bürgerinnen und Bürgern und ausländischen Investoren klarmacht, wie ihre Belastung ist, und das von ihnen auch durchschaut werden kann. Beides ist überfällig, und beides bedarf jetzt der Korrektur.

(Kiel)

Was uns aber die rot-grüne Koalition in Berlin zumutet, trägt dem in keiner Weise Rechnung. Im Gegenteil, vieles will einfach nicht gelingen. Der Vertrauensverlust ist ganz gewaltig.

In unserer Aktuellen Debatte geht es also darum, rechtzeitig, bevor die neuen Steuergesetze in den Bundesrat kommen, wobei sie dann wahrscheinlich im Vermittlungsausschuss landen werden, Weichen dahin gehend zu stellen, dass Korrekturen angebracht werden, wie sie für die 630-DM-Jobs und für die Scheinselbstständigkeit bereits vorgenommen worden sind. Aber weitere Korrekturen müssen einfach erfolgen, wenn man diesem Schaden abhelfen will.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Was wollen wir da? Erstens: Keine Wiedereinführung einer Vermögensteuer.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Auch keine Abgaben!)

– Auch keine Abgabe. – Man muss sich einmal Folgendes überlegen: Als die Vermögensteuer gestrichen wurde, stand schließlich das Bundesverfassungsgericht dahinter. Der Ausfall ist letztendlich kompensiert worden, ja sogar überkompensiert worden allein durch die Erhöhung der Grunderwerbsteuer, der Erbschaftsteuer und die Veränderung der Bewertungsgesetze beim Grundvermögen.

(Im Saal klingelt das Handy eines Abgeordneten. –
Abg. Dr. Puchta SPD: Telefon für Kiel!)

Das hat nicht die Armen getroffen! Es ist derselbe Kreis gewesen, der dies zu bezahlen hatte. Also ist die jetzige Diskussion doch nichts anderes als eine erneute Neiddebatte.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/DVP: Diese Meinung teilen die Grünen auch!)

Meine Damen und Herren, Substanzbesteuerung ist Gift für einen Wirtschaftsstandort.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. List CDU: Sehr richtig!)

Zweitens: Keine weitere Erhöhung der Erbschaftsteuer. Dies würde die Unternehmensnachfolge in mittelständischen Betrieben weiter ganz wesentlich erschweren. Meine Damen und Herren, allein in Baden-Württemberg steht in den nächsten fünf Jahren die Übergabe von etwa 48 000 mittelständischen Unternehmen an. Das darf man doch nicht erschweren. Die brauchen Kapital, deren Liquidität darf doch nicht gekürzt werden.

(Beifall des Abg. Kiesswetter FDP/DVP)

Die müssen umstrukturieren, müssen neue Wege gehen. Das ist doch in der Regel so. Und dann sollen sie das alles für die Erbschaftsteuer abgeben? Das kann doch wohl nicht wahr sein.

Drittens: Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Rücknahme der erhöhten Besteuerung von Veräußerungs- und Aufgabegewinnen ist ebenfalls ganz entscheidend; denn davon sind in erster Linie Familienbetriebe betroffen.

Es sind die Bäcker, die Metzger, die Schlosser usw. usf. Ich meine, dass diese Härte auch für die Freiberufler nicht zu akzeptieren ist.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Was ist denn geschehen? Die haben sich doch darauf eingerichtet, ihren Lebensabend dadurch finanzieren zu können.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Die rot-grüne Koalition in Berlin will ja schließlich auch, dass wir in Zukunft mehr Eigenständigkeit haben. Das ist ja das liberale Element. Dagegen kann ich doch gar nichts sagen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Aber gleichzeitig werden die Lebensversicherungen besteuert, gleichzeitig werden Veräußerungsgewinne höher besteuert.

(Zuruf des Abg. Mühlbeyer CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir brauchen weniger Steuern, nicht mehr. Der gewerbliche Mittelstand ist das Rückgrat baden-württembergischer Wirtschaft, und das dürfen wir nicht brechen.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Keitel.

Abg. Keitel CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Diskussion über die Auswirkungen der Steuerpolitik der Bundesregierung auf die Wirtschaft in Baden-Württemberg steht im Mittelpunkt dieser heutigen Aktuellen Debatte. Ich denke, dass es richtig ist, dabei noch einmal deutlich zu machen, mit welchen Vorgaben die rot-grüne Koalition vor stark einem Jahr angetreten ist.

Meine Damen und Herren, ich habe das alles noch im Ohr: Man wollte die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft in Deutschland verbessern.

(Abg. List CDU: Oje, oje!)

Man wollte eine unternehmensfreundliche Steuerpolitik auf den Weg bringen.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Hört, hört!)

Wenn ich jetzt ein Jahr zurückblicke, will ich die Ergebnisse dieses Jahres unter folgendes Stichwort stellen: Alles, was angepackt worden ist – vieles ist angepackt worden –, war mittelstands- und leistungsfeindlich.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, ich will das gerne Punkt für Punkt darlegen. Ich weiß, dass Sie dabei protestieren werden, aber Fakt ist, dass Sie ein „Steuerentlastungsgesetz“

(Keitel)

auf den Weg gebracht haben, das die Wirtschaft mit summa summarum 15 Milliarden DM mehr belastet hat.

(Abg. List CDU: Richtig!)

Es ist Fakt, dass die 15 Milliarden DM, die Sie an Entlastungen an Bezieher kleinerer Einkommen gegeben haben, durch eine Ökologiesteuer zweimal aufgeessen worden sind. Zweimal! Sie sollten hier einmal sagen, welcher Bürger bei Anrechnung der Ökologieabgaben heute wirklich mehr Geld in der Tasche hat.

Meine Damen und Herren, die Ökologiesteuer benachteiligt erneut Mittelstand und Handwerk. Bei energieintensiven, großen Branchen hat man nachgegeben, beim Mittelstand und beim Handwerk kassiert man knallhart ab.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Schweinerei!)

Meine Damen und Herren, Sie haben vorgegeben, eine Unternehmensteuerreform auf den Weg zu bringen. Die haben Sie zunächst einmal auf das Jahr 2001 verschoben.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Ihr habt nie eine gemacht! – Gegenruf des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Weil ihr es blockiert habt!)

Nun, Herr Kuhn, liegt ein Konzept vor, das zum Ziel hatte, die Körperschaftsteuer auf 25 % zu senken. Zusammen mit der Gewerbesteuer wären das dann summa summarum etwa 35 % Gesamtsteuersatz für Großkonzerne, für Kapitalgesellschaften gewesen. Sie haben übersehen, dass 90 % der Unternehmen in Deutschland Einzelunternehmen sind, Privatunternehmen.

(Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Die wären durch dieses Konzept massiv höher belastet worden.

Inzwischen haben Sie durch den Protest der Öffentlichkeit und den Protest der Wirtschaftsinstitutionen erkannt, dass man da etwas verändern muss, „nachbessern muss“, nennt man das in Ihrer Sprache.

Inzwischen war dann deutlich geworden, dass man eine Unternehmensteuer von insgesamt 25 % haben will. Auch das hat sich im Hause Eichel inzwischen erneut ad absurdum geführt.

Jetzt höre ich in diesen Tagen, man wolle einen fiktiven Unternehmerlohn einführen und damit 150 000 DM als Unternehmerlohn versteuern. Ich kann nur sagen: Flickschusterei, wo Sie hinsehen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Nun gibt es die unselige Diskussion über Steuererhöhungen. Ich habe gedacht, wir redeten in den nächsten Jahren in unserem Land über Steuersenkungen. Doch nun führt Ihre Partei eine unselige Diskussion. Weil Sie am linken Flügel Wählerschichten wegbrechen sehen, glauben Sie, die Erbschaftsteuer erhöhen und die Vermögensteuer wieder einführen zu müssen. Alles Folterwerkzeuge, von denen ich gedacht habe, dass wir sie vergessen hätten, und

ich habe auch gedacht, dass wir schon weiter und auf dem richtigen Weg wären, um unser Land für den Wirtschaftswettbewerb in der Welt fit zu machen.

(Abg. Rapp REP: Abzocker!)

Schauen Sie in andere Länder! Die denken an solche Dinge nicht mehr, aber wir holen die alten Marterwerkzeuge wieder heraus und meinen, damit die Wirtschaft in unserem Land flottmachen zu können.

Meine Damen und Herren, das, was Sie sich jetzt mit der Besteuerung von Veräußerungserlösen geleistet haben, halte ich, der ich selbst Freiberufler bin, ein Stück weit für einen Anschlag auf das, was Sie jeden Tag fordern, nämlich die private Altersvorsorge.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, das ist ein harter Schlag für all diejenigen, die auch über ihren Beruf und mit ihrem Vermögen ein Stück weit Altersvorsorge betrieben haben. Ich kann nur sagen: Sie sind auf dem falschen Weg, und dieses Land braucht eine Steuerreform aus einem Guss.

Herr Kuhn, Sie sollten drei Kriterien im Auge haben: niedriger, einfacher und – die ersten beiden führen dazu – gerechter. Sie haben aber diese drei Kriterien mit allem, was Sie jetzt angepackt haben und was Sie vorhaben, diametral verfehlt, und Sie führen dieses Land, wenn Sie so weitermachen, in eine große Krise. Daran wird auch das, was uns die Wirtschaftsweisen jetzt an Wachstum prognostiziert haben, nichts ändern. Dieses Wachstum rührt nämlich aus dem Export her und aus großer wirtschaftlicher Vorgabe anderer Länder, von Ländern, in denen man das, was hier in diesem Land in der Tat versäumt wird, auf den Weg gebracht hat.

Ich bedanke mich sehr herzlich.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Puchta.

Abg. Dr. Puchta SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Kiel hat eigentlich die richtige Frage gestellt: Worum geht es der FDP/DVP mit dieser Aktuellen Debatte? Ich habe mich das auch gefragt.

(Zuruf des Abg. List CDU)

Ich habe zunächst gedacht, es soll schlicht und einfach eine Vorlage sein, damit der Herr Wirtschaftsminister wieder einmal hier sprechen darf. Aber dann habe ich gehört, dass es in der Regierungskoalition heftige Auseinandersetzungen gab. Jetzt soll offensichtlich sowohl der Finanzminister reden

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Nein!)

als auch Herr Döring Profilierungsübungen machen dürfen.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Das machen wir nicht! Einer!)

(Dr. Puchta)

Das ist wohl wirklich der tiefere Sinn der Aktuellen Debatte. Denn Ihnen von der FDP/DVP kann damit nicht ernst sein. Zum einen verfolgen im Augenblick gerade einmal sechs Leute Ihrer eigenen Fraktion die von Ihnen beantragte Aktuelle Debatte, zum anderen ist der Herr Fraktionsvorsitzende nicht hier, und zum Dritten haben wir eine Enquete „Situation und Chancen der mittelständischen Unternehmen, insbesondere der Familienunternehmen“, und da geht es gerade um die Auswirkungen auf Baden-Württemberg. Wenn es Ihnen ernst wäre, hätten Sie die Ergebnisse der Enquete abgewartet.

Es gibt einen zweiten Grund. Es ist nämlich auch nicht nachvollziehbar, dass Sie die Besteuerung von Veräußerungserlösen angreifen. Denn das ist Teil der Petersberger Beschlüsse, die Ihre Regierung gefasst hat.

(Widerspruch bei der CDU – Abg. Keitel CDU:
Du liebe Zeit, lesen Sie sie einmal nach! Nachlesen, nachlesen! – Weitere Zurufe)

Wir haben das rückgängig gemacht.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Die ganzen Beschlüsse lesen! Die Beschlüsse im Zusammenhang lesen! – Unruhe)

– Beruhigen Sie sich doch! Es kommt noch viel besser. Denn ausgerechnet die Bankrotteure, die 1 500 Milliarden DM Schulden hinterlassen haben und die die höchste Steuer- und Abgabenbelastung aller Zeiten in diesem Land hinterlassen haben, stellen sich hin und kritisieren nach einem Jahr, dass diese Regierung eine Steuerreform vorgelegt hat – –

(Anhaltende Unruhe)

– Beruhigen Sie sich doch, meine Damen und Herren!

(Abg. Brinkmann SPD: Ich höre nichts mehr, Herr Präsident!)

Die Regierung hat eine Steuerreform vorgelegt, deren Markenzeichen es ist, dass die Durchschnittsverdiener zunächst einmal entlastet wurden, und deren Markenzeichen es ist,

(Abg. Hauk CDU: Dass alle belastet werden!)

dass gleichzeitig die Nachfrage- und die Angebotsseite verbessert werden sollen.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Ökosteuer!)

Ich sage Ihnen: Wir haben zum Beispiel durchgesetzt, dass bis zum Jahr 2002 alle Familien im Durchschnitt um 350 DM im Monat entlastet werden.

(Abg. Hauk CDU: Das holen Sie mit der Ökosteuer wieder herein! – Abg. Keitel CDU: Das frisst die Ökosteuer dreimal auf! – Anhaltende Unruhe)

– Herr Präsident, können Sie bitte dafür sorgen, dass ich mein eigenes Wort noch verstehe.

(Abg. Moser SPD: Die Meute da drüben soll sich einmal beruhigen; Herr Mayer-Vorfelder ist ganz ruhig!)

Wir haben dafür gesorgt, Herr Kiel, dass der Eingangssteuersatz um 23 % gesenkt wird. Wir haben dafür gesorgt, dass der Spitzensteuersatz um 11,3 % gesenkt wird.

(Abg. Kiel FDP/DVP: Und gleichzeitig mehr draufgelegt!)

Jetzt kommt das Entscheidende für den Mittelstand in Baden-Württemberg. Diejenigen von Ihnen, die gestern Abend beim Geno-Verband waren, haben gehört, dass die Eigenkapitalquote der Unternehmen in Frankreich ungefähr 30 % beträgt und dass sie in Deutschland nur 7 % beträgt. Das ist doch die Hinterlassenschaft Ihrer Regierung.

(Abg. Zeller SPD: So ist es!)

Deshalb haben wir die Körperschaftsteuer für einbehaltene Gewinne um 80 % abgesenkt.

(Zuruf des Abg. Mayer-Vorfelder CDU)

Das ist eine Maßnahme, um die Eigenkapitalbasis in den Unternehmen zu fördern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Abg. Kiel FDP/DVP: Und alles wegsteuern! – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abgeordneter Dr. Puchta, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Scheffold?

Abg. Dr. Puchta SPD: Selbstverständlich.

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Scheffold.

Abg. Gerd Scheffold CDU: Herr Kollege Dr. Puchta, ich darf Sie fragen, ob Sie uns die Eigenkapitalquote aus den Siebzigerjahren, als die SPD regiert hat, nennen können.

Abg. Dr. Puchta SPD: Ich kann Ihnen die Zahl jetzt natürlich nicht nennen. Aber es ist ganz einfach: Sie war deutlich höher als 7 %, Herr Scheffold. Denn es war doch gerade das Problem, dass Sie die einbehaltenen Gewinne fast doppelt so stark besteuert haben wie die ausgeschütteten. So etwas kann nie und nimmer zur Eigenkapitalbildung beitragen.

(Abg. Moser SPD: So ist es!)

Die Ankündigung der Steuerreform für die breite Masse und die Unternehmen und die Umsetzung, die teilweise schon stattgefunden hat, haben dazu geführt, dass die Nettolohngehaltssumme in Deutschland in diesem Jahr immerhin um 3,9 % höher ist als im Jahr 1998.

(Abg. Beate Fauser und Abg. Hofer FDP/DVP:
Bei wem?)

Dies macht sich natürlich auf dem Arbeitsmarkt genauso bemerkbar wie die Absenkung der Lohnnebenkosten. Wir haben dieses Jahr immerhin schon rund 170 000 Arbeitsplätze mehr geschaffen, und die Arbeitslosenzahl – Sie alle haben es in den letzten Tagen gelesen – wird im Jahr 2000 mindestens auf 3,9 Millionen absinken.

(Abg. Keitel CDU: Nullsummenspiel! – Abg. Seimetz CDU: Demographische Entwicklung! – Abg. Mayer-Vorfelder CDU: Benzinpreiserhöhung!)

(Dr. Puchta)

Dies, meine Damen und Herren, ist das Ergebnis der Steuerentlastung der breiten Massen; das können Sie nicht wegdiskutieren.

(Abg. Capezzuto SPD: Es tut euch schon weh, dass es so läuft! – Zurufe der Abg. Keitel und Mayer-Vorfelder CDU)

– Ich kann auch etwas zur Ökosteuer sagen, Herr Ex-Finanzminister, nämlich: Die Nettoentlastung – völlig im Gegensatz zu dem, was Sie, Herr Kiel, hier gesagt haben – bei den gesamten Maßnahmen wird 20,5 Milliarden DM betragen.

(Abg. Keitel CDU: Wer hat das errechnet? – Gegenruf des Abg. Moser SPD)

Das ist ein Volumen, das zustande kommt, wenn man die Belastung und die Entlastung gegeneinander aufrechnet. Im Übrigen ist es auch, was die Steuervereinfachung betrifft, ein erheblicher Fortschritt, denn das gesamte Umschichtungsvolumen beträgt immerhin 139 Milliarden DM.

(Abg. Keitel CDU: Die gesamte Bilanz ist mies! – Zuruf des Abg. Kiel FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, ich finde es ja völlig legitim, dass Sie von der FDP, von der Freien Demokratischen Partei, die ja letztlich von sich sagt, sie sei die Partei der Beserverdiener,

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

eher die Millionäre entlasten wollen

(Abg. Kiel FDP/DVP: Bei euch fangen die bei 50 000 DM brutto an!)

und nicht die breite Masse der Arbeitnehmer, wie wir es tun.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kuhn.

Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Herr Kiel, ich will zunächst einmal zu der Belastung für den Mittelstand durch die Besteuerung von Veräußerungsgewinnen, von der Sie gesprochen haben, etwas sagen.

Ich habe mir das einmal genauer angeguckt. Bisher waren ja 50 % nicht zu versteuern. Jetzt ist es so, dass der gesamte Veräußerungsgewinn zu versteuern ist,

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

aber dieser Veräußerungsgewinn auf fünf Steuerjahre gestreckt werden kann. Das war eine Nachbesserung, die wir für sehr wichtig gehalten haben.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Das war doch schon in den Petersberger Beschlüssen! – Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Ich habe jetzt die Zahlen. Das bedeutet

(Zurufe der Abg. Hofer und Beate Fauser FDP/DVP)

– hören Sie jetzt einfach einmal zu; das ist eine Debatte, bei der man sich verständigen sollte –, dass die Leute praktisch bis zu 500 000 DM Gewinn von der neuen Regelung gegenüber der alten Regelung profitieren. Dies sind Zahlen, die Sie sich von Steuerberatern bestätigen lassen können; Sie können sie aber auch vom Bundesfinanzministerium bekommen.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Das heißt – das ist ja auch ganz logisch –: Bis zu einer Summe von 500 000 DM wird nicht der Verkaufserlös, sondern der Gewinn besteuert. Ich behaupte, dass dies für den normalen Handwerksbetrieb zutrifft.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Weil der keinen größeren Veräußerungsgewinn erzielen kann, gibt es durch diese Maßnahme sogar eine Entlastung; erst bei höheren Veräußerungsgewinnen gibt es eine zusätzliche Belastung. Ihre Behauptung, Herr Kiel, bei Betriebsveräußerungen würden die normalen baden-württembergischen Handwerksbetriebe belastet

(Abg. Kiel FDP/DVP: Ja! Ja!)

und die Altersvorsorge werde dadurch einkassiert oder abgeschmolzen, hält einer empirischen, praktischen Überprüfung nicht stand.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD)

Im Übrigen habe ich diesen Vorschlag von Ihnen – ohne die Möglichkeit der Streckung auf fünf Jahre – auch in den Petersberger Beschlüssen gefunden. Das heißt, da wären die Kleinen wirklich drangekommen.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Stimmt doch gar nicht!)

Deshalb rate ich an dieser Stelle einfach zu einer etwas ruhigeren Tonart.

Ich möchte eine zweite Bemerkung machen, und zwar zum Thema Vermögensteuer. Ich glaube, dass wir alle ernst nehmen sollten, dass viele Menschen in der Bevölkerung der Überzeugung sind, und zwar in allen Parteien – wenn Sie die Umfragen zur Vermögensteuer anschauen, werden Sie das feststellen –, dass wir im Steuersystem eine soziale Schieflage im Hinblick auf die Einkommensgerechtigkeit bekommen. Viele Menschen haben dieses Gefühl. Es gibt Menschen, die ganz ohne Arbeit, rein wegen ihres Vermögens, immer mehr verdienen, und andere, die arbeiten und auf keinen grünen Zweig kommen.

(Zuruf des Abg. Kiel FDP/DVP)

– Herr Kiel, ich möchte jetzt keine Zwischenfrage zulassen, sondern einmal argumentieren. Ich lasse keine Zwischenfrage zu.

Ich finde, dass man dieses Gefühl ernst nehmen sollte, weil es einer Lebensrealität vieler Menschen entspricht und man es nicht mit Themen wie Neidsteuer oder so etwas überfrachten sollte.

(Abg. Keitel CDU: Hoffentlich! – Zustimmung der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

(Kuhn)

Sie wissen, dass ich trotzdem gegen die Vermögensteuer und auch gegen eine Vermögensabgabe bin, und zwar aus einem praktischen Grund. Sie kann nämlich das Ziel, das sie vorgibt, mehr Vermögensgerechtigkeit zu erzielen, faktisch nicht erreichen.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Das sage ich an die Kolleginnen und Kollegen auf dieser Seite. Bei Gerechtigkeit geht es nicht um Symbolik, sondern allein um Faktizität, weil die Leute am Schluss merken, ob es gerechter wird oder nicht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der Hauptgrund, meine Damen und Herren, ist übrigens gar nicht der Verfassungsgerichtsspruch mit der hälftigen Teilung, sondern eher der, dass ganz praktisch, wenn Sie eine Vermögensteuer nur auf Privatvermögen erheben würden, sehr viele Betriebsvermögen verlagert würden.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Das sagen wir doch!)

Machen Sie eine doppelte Vermögensteuer, also auch auf Betriebsvermögen, haben Sie faktisch eine Substanzbesteuerung, und dies wäre schlecht für den Wirtschaftsstandort Deutschland.

Deswegen sage ich klar: Auch wenn ich das Bedürfnis, mehr Gerechtigkeit herzustellen, akzeptiere und für richtig finde, was übrigens meine Fraktion völlig teilt, so ist die Vermögensteuer nicht das richtige Instrument. Die Vermögensabgabe krankt vor allem daran, dass Sie die definierten Zwecke, die Sie dafür, wenn es rechtskonform gehen soll, bestimmen müssen, nicht so leicht zustande kriegen. Das ist also kein Instrument, das geht nicht. Ich will auch einmal deutlich sagen, dass normale Haushaltsaufgaben, wie beispielsweise Bildung, nicht über eine Vermögensabgabe finanziert werden können, sodass das wahrscheinlich das falsche Modell ist.

(Beifall bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Herr Kiel, Sie haben meiner Meinung nach zur Erbschaftsteuer zu pauschal geredet. Ich will einmal deutlich machen, was die Regelung von 1997 bedeutet hat, weil das viele vergessen haben: Sie ging auf ein Verfassungsgerichtsurteil zurück, weil in der Bundesrepublik Deutschland insbesondere die Vererbung von Kapital gegenüber der von Grundvermögen diskriminiert war.

Man hat verschiedene Regelungen getroffen. So hat man die Steuersätze bei großen Erbschaften gesenkt. Das wollen wir einmal festhalten. Man hat sie – Herr Mayer-Vorfelder wird sich daran erinnern – in der Hoffnung gesenkt, dass man dann, wenn weniger Erbschaften in das Ausland verlagert werden, doch ein größeres Aufkommen erzielen könnte. Man hat bei kleineren Erbschaften die Steuersätze angehoben, was praktisch nicht so schlimm war, weil man gleichzeitig die Freibeträge erhöht hat.

Jetzt sehen wir uns einmal das Ergebnis an: Man hat gehofft, dass man – ich will die Zahl vorlesen – durch diese Reform ein zusätzliches Aufkommen in Höhe von 2,1 Milliarden DM erzielen kann. Man hat aber nur 0,7 Milliarden DM erzielt.

Der ganze Erbschaftsteuerpopanz wird meiner Meinung nach einfach überschätzt. Wenn Sie sich die Zahlen anschauen, stellen Sie fest, dass 1998 in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt 270 Milliarden DM vererbt worden sind. Das Erbschaftsteueraufkommen beläuft sich insgesamt in allen Ländern – es handelt sich um eine Ländersteuer – auf 4,8 Milliarden DM. Das bedeutet, dass wir einen realen durchschnittlichen Steuersatz von 1,8 % haben. So lauten die Fakten.

Da zu sagen, die Erbschaftsteuer würde heute den Mittelstand rasieren, ist übertrieben. Dies noch dazu, wenn Sie wissen, dass die Finanzämter, wenn eine Erbschaftsteuer tatsächlich nicht gezahlt werden kann, sie jederzeit auch über mehrere Jahre hinweg stunden, sodass der Betrieb sozusagen nicht wirklich geschwächt wird. So ist die Realität.

Ich sage Ihnen aber, dass der Verfassungsgerichtsspruch von damals noch nicht ganz verwirklicht ist. Auch heute noch sind die Grundvermögen wesentlich besser gestellt als die Kapitalvermögen.

(Abg. Kiel FDP/DVP: Viele zahlen noch mehr als 50 % Steuern!)

Schon aus diesem Grund scheint mir eine Reform der Erbschaftsteuer notwendig.

Es gibt übrigens eine Kommission auf Bundesebene, in der die Länder vertreten sind, da es sich um eine Ländersteuer handelt. Ich würde der FDP/DVP, die hier mit an der Regierung ist, einfach den Ratschlag geben, ihre Vorschläge zur Reform der Erbschaftsteuer in diese Kommission einzubringen. Dann wird man weitersehen. Die Nummer, die Sie hier aber abfahren, die Erbschaftsteuer kille den Wirtschaftsstandort, ist einfach eine Übertreibung, die mir zeigt, dass Sie hier einmal reden wollen, dass Sie aber offensichtlich nicht so genau darauf gesehen haben, Herr Kiel.

Eine letzte Bemerkung: Ich bin der Meinung, dass für die Frage der Gerechtigkeit im Steuersystem die Frage, ob wir zu einer klareren und saubereren Besteuerung von Zins-einkünften kommen, eine ziemlich zentrale Rolle spielt.

Wir unterstützen sehr die Bemühungen, die von der EU-Kommission vorgeschlagen worden sind. Sie lauten wie folgt: Jedes Land führt entweder eine 20-prozentige – so lautet der Vorschlag – einheitliche Quellensteuer ein, oder, wenn es das nicht will, es wählt das System der Kontrollmitteilungen, das in den USA und in einigen anderen Ländern gängige Praxis ist.

Ich bin der Meinung, dass das der richtige Weg wäre. Es liegt im Moment an Luxemburg und England, die sich im Pingpongspiel daraus verabschieden wollen. Wenn wir das aber nicht haben, müssen wir entweder eine pauschale Abgeltungssteuer – das ist wahrscheinlich die ungerechtere Lösung, aber die effektivste für das Steueraufkommen – oder ein System von Kontrollmitteilungen einführen. Das ist gerechter, dabei tritt aber das Problem der Kapitalflucht deutlicher zutage.

Das Problem muss man aber lösen, weil in der Bevölkerung das Gerechtigkeitsempfinden genau an der Stelle ansetzt und gesagt wird: Es gibt Menschen, die gar nicht

(Kuhn)

mehr arbeiten müssen, weil sie allein von den Zinserträgen immer reicher werden. Sie müssen auch nicht systematisch Steuern zahlen, weil wir dafür insgesamt kein adäquates Steuer- und Kontrollsystem haben.

Ich komme zum Schluss: Herr Kiel, ich verstehe, dass Sie sich diesem Thema überhaupt nicht gewidmet haben. Das entspricht dem Profil Ihrer Partei. Ich bin aber der Meinung, dass das Thema in einer Steuerdiskussion doch angesprochen werden müsste.

Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Rapp.

Abg. Rapp REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn ich auf der einen Seite Herrn Keitel und auf der anderen Seite Herrn Kuhn und Herrn Puchta höre, muss ich mir manchmal schon sagen: Wer jetzt kritisiert und 16 Jahre mit allem einverstanden war, ist wohl auch nicht ganz im Recht. Ich denke, man kann zu Herrn Schröder und seiner Regierung stehen, wie man will, eines ist sicher: Er ist Konkursverwalter von Kohl.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner – Widerspruch bei der CDU – Abg. Keitel CDU: Du liebe Zeit!)

– Ja, das ist so. Und weil er dies ist, sollten wir immer gewisse Zeiten zusammenfassen und fragen: Was ist seither passiert? Was ist in den letzten zehn Jahren passiert? Da kommt Sie von der CDU schlecht weg, und die SPD kommt schlecht weg.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Aufhören! – Abg. Capezzuto SPD: Muss man sich das anhören?)

Ich würde einmal behaupten: Finanzpolitische Beratungen und die Steuergesetzgebung kann man bei der rot-grünen Koalition in Bonn eher als Chaostage als als Politik bezeichnen. Ich glaube, Sie sollten sich hier ein bisschen zurückhalten.

Wir haben doch mit dem ganzen Steuersystem, das in den letzten Jahren auch noch zu Zeiten –

(Abg. Dr. Birk CDU: Das ist eine Rede für die Vitrine!)

– Sie können über Vitrinen reden; ich rede jetzt über die Steuer.

(Abg. Dr. Birk CDU: Eine Rede über und für die Vitrine!)

Wir haben doch in den letzten Jahren eine immer größere Rechtsunsicherheit bekommen. Wenn ein Kioskbesitzer nicht mehr in der Lage ist, seine Steuererklärung selbst abzugeben, dann haben wir doch ein Problem geschaffen, das irgendwann einmal beseitigt werden muss. 630-DM-Gesetz: Wackelpartie, viel zu teuer inzwischen. Das Scheinselbstständigkeitsgesetz macht vor allem im Mittelstand

und im Handel Probleme und muss beseitigt werden. Das ist eine absolute Schwachstelle. Ich kann nicht verstehen, dass Rot-Grün dieses Thema aussitzt und einen Gewöhnungsprozess erwartet. Da muss mehr passieren, da muss schneller etwas passieren, damit es wieder ein Stück vorwärts geht.

Meine Damen und Herren, Rot-Grün mutet uns steuerpolitisch sehr viel zu; das stimmt. Die Ökosteuer hat nichts mit Ökologie zu tun, sondern ist ein reiner Kassenfüller, weil man irgendwelche Geschenke, die man machen will, gegenfinanzieren muss. Dann diese Veräußerungssteuer! Es war immer so, dass Selbstständige häufig geplant haben, nach ihrem Ausscheiden aus dem Betrieb durch Erlöse aus dem Verkauf von Maschineneigentum, Immobilieneigentum, das in Firmenbesitz ist, ihren Altersunterhalt zu verdienen. Wenn ich jetzt abrupt von heute auf morgen so ein Gesetz bringe, dann ist doch klar, dass für viele das Konzept der Altersversicherung von heute auf morgen geplatzt ist.

(Abg. Deuschle REP: Richtig! So ist es!)

Solch einen politischen Fehler kann man sich nicht leisten.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

Es war doch bisher so, dass ab dem 55. Lebensjahr, wenn ich mich nicht täusche, 60 000 DM ohnehin steuerfrei waren und der Rest hälftig versteuert wurde. Das war eine relativ gerechte Sache, weil natürlich andere Leute ihre Altersversorgung, zumindest zum Teil, auch von der Steuer absetzen können. Die einen tun es ein Leben lang, die anderen durften es dann absetzen, wenn sie in den wohlverdienten Ruhestand gegangen sind. Hier müsste etwas geschehen.

Das kann man nicht einfach jetzt so kurz abtun, Herr Kuhn. Da wird für viele Menschen die Lebensplanung zerstört. Da funktioniert sie nicht mehr hundertprozentig. Die Erbschaftsteuer ist doch ein Riesenproblem für junge Menschen, die Firmen übernehmen müssen, weil der Senior durch Tod ausscheidet. Da kommt zuerst das Finanzamt. Die jungen Menschen müssen in Vorlage treten und eine Riesenerbschaftsteuer zahlen, bevor sie die erste Mark eingenommen haben. Mit dieser Hypothek auf dem Buckel sollen sie dann noch Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze schaffen. Das ist ein total falsches Konzept, das nicht aufgehen kann. Auch hier muss sofort der alte Zustand wieder hergestellt werden. Die Erbschaftsteuer ist ohnehin in den Augen der Bevölkerung sehr häufig eine sehr ungerechte Steuer, weil sie bereits Versteuertes dadurch, dass jemand stirbt, noch einmal dem Staat zuführt. Es ist keine faire Steuer für denjenigen, der sich etwas erarbeitet hat und es in der Regel an seine Kinder weitergeben will.

All diese Gesetze, die im Ad-hoc-Verfahren von Rot-Grün geschaffen worden sind, kann man als finanzpolitische Rohrkrepierer bezeichnen. Sie wären es im Prinzip nicht wert, diskutiert zu werden, wenn die Konsequenzen dieser Gesetze für die Wirtschaft, für den Mittelstand nicht so dramatisch wären.

Es ist kürzlich berichtet worden, 30 % der Deutschen zahlten 70 % der Steuern. Wenn sich die derzeitige Entwick-

(Rapp)

lung fortsetzt, dann werden diese 30 % möglicherweise bald 80 % der Steuern zahlen. Das darf nicht sein. Auch die Steuerlast muss eine gewisse Gerechtigkeit haben. Wir haben natürlich die Hypothek der globalisierten Wirtschaft, in der sich jeder seinen Standort aussuchen kann. Aber da muss ich an Ihre Adresse sagen: Das wussten Sie vorher, bevor Sie solche Dinge gemacht haben, bevor Sie aufgemacht haben. Dann dürfen Sie nachher nicht kommen und darüber weinen, dass es eben so ist, wie Sie es entschieden haben.

Meine Damen und Herren, die Erbschaftsteuer habe ich schon angesprochen. Auch die Wiedereinführung der Vermögensteuer ist so ein Flop. Bei der Substanzbesteuerung bewegen Sie sich auf einem ganz schmalen Grat zwischen der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und der Wirklichkeit. Durch eine Umbenennung in „Vermögensabgabe“ riskieren Sie, dass Sie eine Steuer erheben, die Sie am Ende gar nicht bekommen dürfen und Jahre später vielleicht rückerstatten müssen. Auch hier denken Sie nicht über den heutigen Tag hinaus – wie bei allem, was Sie tun.

Mehr darüber in der zweiten Runde. Meine Sprechzeit – nicht meine Zeit – ist abgelaufen.

(Heiterkeit und Beifall bei den Republikanern)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Wirtschaftsminister Dr. Döring.

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Puchta, natürlich ist die Debatte heute aktuell. Sie können nicht sagen: „Warten wir, bis die Ergebnisse der Enquete-kommission vorliegen.“ Das dauert noch über ein Jahr.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Jeder einzelne Tag, den Sie mit Ihrem steuerpolitischen Chaos ins Land gehen lassen,

(Abg. Zeller SPD: Oh!)

schadet dem Standort Baden-Württemberg und dem Standort Deutschland. Deswegen ist die Debatte aktuell und hochnotwendig.

(Beifall bei der FDP/DVP und der Abg. Ingrid Blank CDU)

Ich will es der Reihe nach machen.

(Abg. Dr. Puchta SPD: 16 Jahre Chaos sind vorbei!)

– Was hilft es, wenn man sagt, man hätte schon vor ein paar Jahren eine Steuerreform machen sollen? Ist das vielleicht richtig? Aber denken Sie einmal daran, wer im Bundesrat zwei Jahre lang eine Steuerreform, die auf dem Tisch lag, blockiert und verhindert hat.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Zum Glück!)

Das waren Sie! Sie haben die Steuerreform zwei Jahre verhindert, als wir sie auf den Weg bringen wollten. Das haben Sie zu verantworten und niemand sonst.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Zeller SPD: Wir haben doch hier keine Märchenstunde!)

– Stichwort Märchenstunde, Kollege Zeller: Lassen Sie uns zum Märchenerzähler Puchta kommen. Es ist ja gerade das Unsaubere an Ihrer Diskussion, was mich mächtig enttäuscht hat, dass Sie vorhin in so übler Art und Weise die FDP kritisiert haben: Ihr wollt die Millionäre schützen, und deswegen seid ihr gegen eine Vermögensabgabe.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Habe ich nicht gesagt!)

– Natürlich haben Sie das gesagt.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Das stimmt doch nicht!)

Es ist von Ihnen eben nicht geplant, an die Superreichen mit der Jacht in Marbella und der Penthousewohnung in New York sowie dem Golddepot in der Schweiz heranzugehen. Der stellvertretende finanzpolitische Sprecher Ihrer Bundestagsfraktion erklärt schon jemanden mit dem eigen genutzten Haus für 300 000 DM als ziemlich vermögend, meine Damen und Herren.

(Zurufe von der CDU: Hört, hört! – Widerspruch bei der SPD – Abg. Dr. Puchta SPD: Völliger Quatsch!)

Genau darum geht es. Sie gehen an diejenigen heran, die eine Weile gearbeitet und etwas gespart haben, die ein Reihenhauseingestell haben. An deren Vermögen wollen Sie heran.

(Abg. Zeller SPD: Herr Döring, Sie müssten rot werden vor lauter Lügen!)

Dagegen müssen wir uns wehren, weil Sie denen wegnehmen, was sie ihr Leben lang erarbeitet haben. Es geht eben nicht um die Vermögensteuer für die Superreichen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Zeller SPD: Schämen Sie sich! Das ist verlogen!)

– Was heißt „Das ist verlogen!“? Das steht in allen Zeitungen

(Abg. Dr. Puchta SPD: Wo?)

und ist von Ihnen bisher nicht dementiert worden. Das kommt doch überall.

(Abg. Zeller SPD: Wer hat das beschlossen?)

– Der stellvertretende finanzpolitische Sprecher Ihrer Bundestagsfraktion verbreitet das allerorten und will dies auch tatsächlich haben.

(Abg. Ingrid Blank CDU zur SPD: Ihr wisst gar nicht mehr, was ihr beschließt! Das ist ja noch schlimmer! – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Die Neidhammel von der SPD haben das beschlossen! – Gegenruf des Abg. Dr. Puchta SPD: Ja, Herr Zahnarzt!)

(Minister Dr. Döring)

Etwas verstehe ich überhaupt nicht, und das ist ein weiterer Punkt, warum die Debatte aktuell ist: Es gibt eine hochaktuelle IHK-Umfrage in Baden-Württemberg.

(Abg. Zeller SPD: Das ist doch keine seriöse Debatte!)

Nach dieser Umfrage, die seit drei Wochen auf dem Tisch liegt, sind etwa 25 % der Betriebe in Baden-Württemberg nicht sicher, ob sie nicht ihren Firmensitz ins Ausland verlagern sollten. Grund dafür ist vor allen Dingen die chaotische Steuerpolitik der Bundesregierung in Deutschland

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Gefährliche Politik!)

und vor allem die fortgesetzte Verunsicherung, weil man nicht weiß, wie es weitergeht mit Belastungen oder Entlastungen. Sie führen eine ständige Belastungsdiskussion, und diese schadet dem Standort Deutschland und dem Standort Baden-Württemberg ganz immens.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Puchta SPD: 20,5 Milliarden DM Nettoentlastung!)

Sie müssen sich an den Fakten orientieren und zur Kenntnis nehmen, was die Betriebe als Hauptbelastungsgrund ansehen.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Was haben Sie hingebbracht, und was haben wir hingebbracht? Sie haben nichts hingebbracht!)

Sie diskutieren ständig darüber, wie wir noch mehr Belastung erreichen können.

Vom ZEW in Mannheim gibt es ebenfalls eine aktuelle Umfrage, also keine olle Kamelle von vor ein paar Jahren.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Die ist vom März, die Sie meinen!)

– Deshalb kann man sie für dieses Jahr noch heranziehen.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Für die FDP schon!)

– Herr Puchta, bitte nicht so von oben herunter. Dazu war Ihr Vortrag zu schwach, als dass Sie sich das erlauben könnten, was Sie gerade machen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Aus der ZEW-Umfrage geht hervor, dass die Betriebe in Deutschland um ca. 40 % mehr belastet werden als vergleichbare Betriebe im übrigen Europa. Dringend notwendig wäre eine Steuerentlastung, eine Steuerreform mit Steuersenkungen. Sie dagegen packen immer noch etwas oben drauf. Das ist das Schädliche an der ganzen Diskussion.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Das stimmt doch einfach nicht! Das ist unseriös!)

– Was ist daran unseriös?

(Abg. Dr. Puchta SPD: Weil es nicht stimmt!)

Die Zahlen sind doch da.

(Abg. Dr. Puchta SPD: 20,5 Milliarden DM Nettoentlastung!)

Ich will eine weitere Zahl nennen, die Sie in Ihren Haushalt schon fest eingerechnet haben.

(Abg. Birzele SPD: Mann, oh Mann!)

Voller Steuersatz – –

(Zuruf des Abg. Dr. Puchta SPD)

– Hören Sie doch zu, und motzen Sie nicht so unqualifiziert herum.

(Zuruf des Abg. Birzele SPD)

– Nein, ich führe jetzt an, was Sie bei Ihrem Sparpaket voll eingerechnet haben.

Voller Steuersatz auf Veräußerungsgewinne: Sie rechnen mit Einnahmen zwischen 3 Milliarden und 3,5 Milliarden DM. Das haben Sie schon fest eingerechnet und eingeplant. Heruntergerechnet auf Baden-Württemberg bedeutet dies – deswegen ist das hier ein Thema –, dass Sie dem Mittelstand in Baden-Württemberg bei der Veräußerung eine Belastung von 500 Millionen DM auferlegen. Das ist das Thema, über das wir diskutieren müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und des Abg. List CDU)

Das ist nichts Unseriöses, sondern das sind Zahlen, die Sie in Ihrem Haushalt fest eingeplant haben. Heruntergerechnet auf Baden-Württemberg bedeuten sie: Entweder nehmen Sie dem Freiberufler, dem Mittelständler, dem Handwerker bei der Veräußerung seines Betriebs, in den er ein Leben lang für seine Altersversorgung investiert hat, insgesamt 500 Millionen DM weg – das ist schon schlimm genug –, oder Sie belasten diejenigen, die dazu bereit sind, Betriebe zu übernehmen – weil kein Familiennachfolger vorhanden ist –, mit zusätzlich 500 Millionen DM, weil es von irgendwoher bezahlt werden muss. Aus diesem Grund sind wir entschieden gegen den vollen Steuersatz auf die Veräußerungsgewinne, da er diese katastrophalen Auswirkungen hat.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

Ein Weiteres dabei ist ganz besonders misslich. Die Landesregierung bemüht sich nach Kräften darum, Existenzgründer zu fördern. Bei unserem Existenzgründungsprogramm haben wir in den letzten drei Jahren mittlerweile ein Niveau von etwa 30 % für Übernehmer erreicht. Das finde ich gut. In den nächsten fünf Jahren ist in 55 000 Betrieben die Nachfolge nicht geregelt – 55 000 Betriebe in Baden-Württemberg! Bei 60 % dieser Betriebe brauchen wir Leute, die dazu bereit sind, einen solchen Betrieb zu übernehmen.

(Zuruf des Abg. Deuschle REP)

Es handelt sich um ein Volumen von etwa 420 000 Arbeitsplätzen allein in Baden-Württemberg, über die wir hier reden. Das erschweren Sie massiv mit dem vollen Steuersatz auf die Veräußerungsgewinne.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

(Minister Dr. Döring)

Das, was Sie da vorhaben, muss diskutiert werden und vor allem verhindert werden.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. List CDU
– Abg. Kluck FDP/DVP: Sehr richtig!)

Es kommt ein weiterer Punkt hinzu. Es kann nicht wahr sein, dass wir uns hier mit öffentlichen Mitteln, mit Steuergeldern darum bemühen, die zur Übernahme Bereiten zu fördern und zu unterstützen, während Sie das wieder wegnehmen. Das passt doch hinten und vorn nicht zusammen. Sie sagen: „Wir brauchen eine Gründermotivität, wir brauchen die Bereitschaft, Handwerk und Mittelstand zu fördern.“ Sie hauen ihnen jeden zweiten Tag ständig vors Schienbein und wundern sich dauernd darüber, dass da allmählich eine große Demotivationsplatz greift. Deswegen ist das, was Sie da auf den Weg bringen, so schädlich, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wenn Sie über die Erbschaftsteuer diskutieren – das zeigen auch die Zahlen vom Herrn Kollegen Kuhn –, dann müssen Sie Tiefgang beweisen. Ich sage Ihnen: Ich würde bei der Erbschaftsteuer das glatte Gegenteil machen. Ich würde die Freibeträge verdoppeln. Denn bei denen, die einen Betrieb erben und übernehmen, fallen in der Regel in der ersten Linie zunächst einmal gewaltige Investitionen für Sanierung, Renovierung und Innovationen an, die umgesetzt werden müssen. Deshalb muss ich den Unternehmen die Liquidität erhöhen. Deswegen würde ich den Freibetrag bei der Erbschaftsteuer verdoppeln, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Puchta SPD: Wegen der Erbschaft der alten Tante, oder was?)

– Gleich.

Lassen Sie mich noch ein Thema aufgreifen, weil man nach Alternativen fragt. Ich habe überhaupt nichts dagegen. Darüber sollte man sich – da sind wir gar nicht weit auseinander – viel mehr Gedanken machen: Wie komme ich an die großen Vermögen heran, damit sie für die Gemeinschaft nutzbar werden? Nicht dadurch, dass ich sie laufend mit zusätzlichen Strafsteuern überziehe, sondern dadurch, dass ich Anreize dafür gebe, dass diese Vermögen gewinnbringend für die Gemeinschaft eingesetzt werden. Das heißt, gehen Sie endlich eine Reform des Stiftungsrechts an – das wäre viel sinnvoller –,

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

und sagen Sie: „Das, was in den nächsten Jahren vererbt wird,

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Kein Problem! Völlig richtig!)

nutzen wir im Mäzenatentum und im Stiftungsbereich. Wir brauchen keine Vermögensteuer, keine Erbschaftsteuer, sondern ein neues Stiftungsrecht.“ Das wäre der richtige Weg, meine Damen und Herren. Dafür setzen wir uns ein.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Scheffold.

Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich eingangs einige Anmerkungen zu der erhöhten Besteuerung auf Veräußerungserlöse machen. Ich halte es durchaus für richtig – das darf ich eingangs sagen –, dass dieses Thema auch weiterverfolgt und im Zusammenhang mit der Mittelstandsenquête dann auch noch näher beleuchtet wird.

Lassen Sie mich nur eines sagen, Herr Kollege Puchta, weil Sie das vorhin fälschlicherweise wieder vorgebracht haben. Sie haben gesagt, das stehe auch in den Petersberger Beschlüssen der CDU. Das ist schon richtig, aber Sie haben natürlich nur die halbe Wahrheit gesagt, Herr Kollege Puchta.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Ich habe nicht mehr gesagt, als dass es drinsteht! – Gegenruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Weglassen kann auch falsch sein!)

– Ja, aber das genügt dann nicht, Herr Kollege Puchta. Das genügt dann eben nicht. In den Petersberger Beschlüssen steht nämlich, dass wir auch die Steuersätze radikal senken wollen.

(Abg. Keitel CDU: Bravo! Das ist das Entscheidende!)

Ich darf Ihnen das deutlich sagen. Der Eingangssteuersatz nach den Petersberger Beschlüssen wäre bei uns 15 % gewesen. Bei Ihnen sind das 1999 in der ersten Stufe 23,9 %, und erst in der zweiten Stufe sind es 19,9 %. Das sind immer noch um 25 % mehr, als wir als Eingangssteuersatz vorgesehen haben. Der Spitzensteuersatz liegt bei uns bei 39 %. Er erfährt bei Ihnen zunächst keine Änderung und ist auch in der zweiten Stufe im Jahr 2002 erst bei 48,5 %.

Das sind die Unterschiede, meine sehr verehrten Damen und Herren. Deswegen hat es überhaupt keinen Sinn, die Sachen, die wir vorgehabt haben, und das, was Sie jetzt umgesetzt haben, miteinander zu vergleichen. Da vergleichen Sie Äpfel mit Birnen, und dagegen verwahren wir uns.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Keitel CDU: Sehr richtig! – Zuruf der Abg. Ingrid Blank CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir verwahren uns im Übrigen auch dagegen, dass Sie jetzt wieder hier vorgebracht haben: „Ihr habt 1,5 Billionen DM Schulden hinterlassen, und wir haben jetzt damit herumzuwirtschaften.“

(Abg. Keitel CDU: Das ist lächerlich!)

Sie waren doch neulich beim Vortrag Ihres Bundesfinanzministers Eichel. Er war doch hier in Stuttgart. Da saßen Sie in der ersten Reihe und haben zugehört. Ich hoffe, Sie haben das auch verstanden und aufgenommen. Er hat das ja selbst gesagt: 600 Millionen DM sind Ausgaben, die ganz konkret in die neuen Bundesländer geflossen sind. Das ist doch ein ganz großer Unterschied, den wir von 1982 über 1989 bis 1998 haben. Das sind doch Zeitab-

(Dr. Stefan Scheffold)

schnitte, die Sie nicht einheitlich bewerten können, sondern eben nur mit der Unterbrechung im Jahr 1989.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Es kommt hinzu, dass wir auch beim Erblastentilgungsfonds noch 330 Millionen DM abzuziehen haben.

(Abg. Kiel FDP/DVP: Milliarden!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das sind doch die Fakten.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Milliarden! –
Abg. Keitel CDU: Milliarden! Richtig, Herr
Kuhn!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe erst gestern aus der Frankfurter Allgemeinen Zeitung einen Zeitungsausschnitt herausgezogen, wonach jüngste Umfragen zeigen, dass die mittelständischen Unternehmen zunehmend Arbeitsstätten ins Ausland verlagern und neue Arbeitsplätze vorwiegend jenseits der Grenzen schaffen. Nur noch eine geringfügige Minderheit der Unternehmen wolle mehr im Inland investieren. Das verwundert mich natürlich nicht angesichts des Hickhacks, das Sie in der Steuerpolitik vollziehen.

Wenn ich das doch aufgreifen darf: In der Vermögenssteuerdiskussion haben Sie das ja im Grunde genommen schon in Ihrem Wahlprogramm enthalten gehabt, einen höheren Beitrag der hohen Vermögen zu verlangen. Dann hatten Sie das auch in Ihrer Koalitionsvereinbarung drin.

Dann habe ich etwas eigentlich sehr Vernünftiges von Ihrem Bundeskanzler gelesen. Er hat nämlich in einem „Spiegel“-Interview noch im August auf die Frage, ob er die Vermögenssteuer einführen wolle, geantwortet: „Nein. Die Bundesregierung hat klar gesagt, aus welchen Gründen sie das nicht will.“ Er führt das dann aus. Meine sehr verehrten Damen und Herren, da konnte man den Eindruck haben: Der Mann hat verstanden. – „Ich habe verstanden.“

Nur kurze Zeit darauf erfahren wir, dass wir jetzt einen Leitantrag zum Bundesparteitag der SPD haben, in dem das Thema „Belastung großer Vermögen“ erneut diskutiert wird. Offensichtlich gilt also: „Wir haben nicht verstanden.“ Das ist dann wie in der Mathematik. Wenn wir nicht verstanden haben, gilt auch der Satz „Ich habe verstanden“ nicht mehr. Das zeigt sich im Begleitbrief zum Leitantrag von Herrn Müntefering. Dort heißt es:

Auf Vorschlag des Parteivorsitzenden Gerhard Schröder ist dann folgende Passage beschlossen worden: . . .

Es ist nämlich beschlossen worden, dass wieder darüber nachgedacht wird, „leistungslose oder gar spekulative Verwaltung großer Geldvermögen zu besteuern“. Damit ist die Vermögenssteuer gemeint. Schon die Ausdrucksweise irritiert mich: „leistungslose oder gar spekulative Verwaltung großer Geldvermögen zu besteuern“.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Menschen ihr Vermögen einsetzen, um Aktien zu kaufen, dann lassen sie das Vermögen doch nicht spekulativ oder leistungslos herumliegen, sondern investieren sie es in Unternehmen

und fördern die Unternehmen und damit auch den Arbeitsmarkt.

(Zuruf des Abg. Keitel CDU)

Das Gleiche gilt, wenn sie das Geld ihrer Bank geben. Auch die Bank lässt das Geld ja nicht im Strumpf oder im Tresor liegen, sondern setzt es auch wieder ein, um Kredite zu vergeben und damit den Wirtschaftskreislauf anzuregen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das können wir so nicht stehen lassen. Das liegt wahrscheinlich auch nur daran, dass Sie in letzter Zeit ein paar weniger erfreuliche Wahlergebnisse hatten und jetzt wieder eine Gerechtigkeitsdiskussion anfangen wollen, die hinten und vorne nicht begründet ist. Eine Gerechtigkeitslücke gibt es in diesem Zusammenhang nicht. Es geht nicht um die übergroßen Vermögen, die hier besteuert werden könnten. Mit der Vermögenssteuer können Sie den Mittelstand besteuern. Das sagen auch die Zahlen. Die Vermögenssteuer wird derzeit hauptsächlich vom Mittelstand getragen. 71 % des Vermögenssteueraufkommens werden von Personen bezahlt, die allein stehend 55 000 DM Einkommen haben und als Verheiratete 110 000 DM.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Wir haben
keine Vermögenssteuer mehr!)

Das sind die Fakten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Bundesverfassungsgericht gibt auch vor, dass die großen Vermögen deswegen nicht belastet werden können, weil die Einkommensteuer ja schon bei über 50 % liegt. Da gilt der Halbteilungsgrundsatz. Die unteren Einkommen sind ja freigestellt. So bleibt im Grunde nur der Mittelstand. Beim Mittelstand haben wir kein Verständnis für zusätzliche Belastungen.

Ergänzend darf ich schließlich noch sagen: Für die Unterstellung einer zusätzlichen Gerechtigkeitslücke besteht auch deswegen kein Grund, weil wir damals die Erbschaft- und die Schenkungsteuer erhöht und damit genau diese Vermögen zusätzlich belastet und getroffen haben. Wir können Ihrer Diskussion deswegen nicht folgen. Wir bitten, diese unsägliche Diskussion möglichst bald einzustellen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser
FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Puchta.

Abg. Dr. Puchta SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn wir noch einmal versuchen, wirklich ein bisschen seriös und ernsthaft miteinander zu diskutieren, und zwar im Gegensatz zu dem, was der Herr Wirtschaftsminister hier gemacht hat,

(Minister Dr. Döring: Konkrete Zahlen!)

dann müssen gerade Sie von der FDP/DVP doch wirklich Folgendes anerkennen: Wenn wir auf der einen Seite wissen, dass wir ein bestimmtes Gesamtsteueraufkommen von

(Dr. Puchta)

ungefähr 775 Milliarden DM im Jahr 1998 und auf der anderen Seite Staatsaufgaben haben, brauchen wir, solange niemand hingehet und ganz gezielt und dezidiert sagt, welche Staatsaufgaben in welchem Volumen er abbauen will, dieses Steuervolumen in Höhe von rund 700 bis 800 Milliarden DM, wenn wir nicht weiter so, wie die alte Regierung es gemacht hatte, immer tiefer in die Verschuldung hineinmarschieren wollen.

Jetzt sage ich Ihnen: Vor diesem Ausgangspunkt muss man sich wirklich ernsthaft über die Erbschaftsteuer Gedanken machen. In der Tat ist doch die Erbschaftsteuer noch eine der marktgerechtesten Steuern überhaupt, wenn es um die Chancengleichheit geht.

(Abg. Rapp REP: Was? – Abg. Keitel CDU: Das ist dein Grundverständnis!)

Meine Damen und Herren, die Marktwirtschaft lebt davon, dass in der Ausgangsposition gleiche Chancen für die Menschen bestehen. Deshalb ist – noch einmal –, wenn Sie die einzelnen Steuerarten gegeneinander aufrechnen, die Erbschaftsteuer eine der gerechtesten Steuern überhaupt.

(Abg. Rapp REP: Ein sozialistisches Grundverständnis!)

Um es ganz klar zu sagen: Es geht bei dieser Debatte im Gegensatz zu dem, was Sie gesagt haben, Herr Döring, nicht um das Eigenheim und nicht um das Häusle. Es geht auch nicht um das, was für die Kinder erspart wurde.

(Unruhe und Zurufe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Darf ich um Ruhe bitten.

Abg. Dr. Puchta SPD: Meine Damen und Herren, es geht um diejenigen, die von Beruf Sohn oder Tochter sind, die Millionenvermögen ererben und von den Zinseinkünften leben können, ohne selbst einen Finger zu krümmen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Keitel CDU: Das ist eine Neiddiskussion ohnegleichen!)

Um die geht es.

Dann sage ich Ihnen noch etwas anderes, weil Sie immer wieder eine Milchmädchenrechnung machen, wenn Sie sagen: Steuersätze weiter senken und dadurch auf Dauer Steuereinnahmen durch mehr Wirtschaftswachstum erhöhen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das sagt doch Herr Schröder auch!)

– Warten Sie einmal ab.

In der Wissenschaft hat man dieses Thema vor ungefähr 20 Jahren unter dem Stichwort Laffer-Kurve diskutiert. Reagan war dann derjenige, der in den USA die Grenzsteuersätze von 50 % auf Einkommen und 70 % auf Zinsen – so hoch waren sie übrigens einmal in den USA – auf 28 % abgesenkt hat. Wissen Sie, was das Erste war, was dann Clinton im Jahr 1993 gemacht hat? Clinton hat diese Grenzsteuersätze von 28 % wieder auf 40 % heraufgesetzt. Jetzt sagen Sie mir, wann der Wirtschaftsaufschwung in den USA war. War er in den Achtzigerjahren oder in den

Neunzigerjahren? Wenn Sie gewisse Staatsaufgaben haben, müssen Sie auch dafür sorgen, dass die Staatseinnahmen seriös finanziert werden.

Jetzt komme ich zu dem, was Herr Scheffold gesagt hat. Wenn man sagt, es habe von den 1,5 Billionen DM aufgrund der Wiedervereinigung 600 Milliarden DM Alt schulden gegeben, dann müssen Sie sich an die Diskussion erinnern, die wir miteinander geführt haben. Wir hatten immer gesagt, es sei absolut unseriös, die deutsche Wiedervereinigung auf Kosten zukünftiger Generationen zu finanzieren. Wir waren dafür, sofort eine Abgabe zu erheben.

(Beifall bei der SPD)

Die Menschen in Deutschland wären in den Achtzigerjahren und Anfang der Neunzigerjahre bereit gewesen, diese für die Wiedervereinigung zu bezahlen. Sie waren zu feige, Sie waren nicht durchsetzungsfähig.

(Unruhe)

Und jetzt müssen die zukünftigen Generationen diese Last tragen. Sie versuchen, uns hier vorzuführen, obwohl es uns gelungen ist, zum ersten Mal eine Nettoentlastung für die breite Masse in Höhe von 20,5 Milliarden DM durchzuführen. Die Bevölkerung spürt dies. Ich sage Ihnen: Bei der Bundestagswahl im Jahr 2002 wird sich das bemerkbar machen. Die Arbeitslosigkeit liegt weit unter 4 Millionen, und wir werden diese Wahl dann wieder gewinnen.

(Beifall bei der SPD – Lebhafter Widerspruch bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kuhn.

Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Döring, in einem Punkt stimme ich selbstverständlich mit Ihnen überein, und das will ich ausdrücklich betonen: Es ist ein kluger Weg, jetzt in der Bundesrepublik ein neues Stiftungsrecht zu etablieren.

Das steht übrigens auch in einem gewissen Verhältnis zur Erbschaftsteuer. Wenn Sie eine klare Erbschaftsteuer und ein gutes Stiftungsrecht haben, das gemeinnützige Stiftungen von der Erbschaftsteuer freistellt, wird ein Schuh daraus, weil die Leute dann eine Alternative dazu sehen, Steuern zu vermeiden. Dieser Punkt ist auf dem Weg. Es gibt dazu einen Gesetzentwurf der grünen Bundestagsfraktion, der, wenn ich richtig informiert bin, zwischen den Koalitionspartnern in Berlin auch beraten wird.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Ja, Sie setzen sich aber nie durch! – Abg. Kluck FDP/DVP: Wie beim Panzer!)

Zweiter Punkt: Mich hat erstaunt, dass Sie zu meiner Aussage, bei Veräußerungsgewinnen bis zu 500 000 DM profitiere man nach dem neuen Recht sogar gegenüber dem alten – halbe Versteuerung in einem Jahr – nichts gesagt haben. Das wäre ja doch interessant gewesen, weil Ihre Grundmelodie ja heißt: Kleinbetriebe und der Mittelstand werden bei dieser Regelung rasiert. Ich glaube dagegen, zeigen zu können, dass dies bei den Kleinbetrieben und beim Handwerk so nicht der Fall ist.

(Zuruf des Abg. Rapp REP)

(Kuhn)

Dritter Punkt, Erbschaftsteuer: Herr Döring, Sie haben vorgeschlagen, neue Freibeträge einzuführen.

(Zuruf des Abg. Dr. Puchta SPD)

Ich bin mir nicht ganz sicher, ob Sie die Ausnahmen der Reform von 1997 für betriebliche Erbschaften kennen. Damals wurden so massive Freibeträge und Sonderregelungen im Rahmen der so genannten Generationenbrücke eingeführt. Erstens wird nach dem Steuerbilanzwert und nicht nach dem Verkehrswert besteuert; der liegt immerhin um 25 % unter dem Verkehrswert.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Zweitens werden alle betrieblichen Erbschaften in Steuerklasse I versteuert, unabhängig davon, wer Erbe ist. Drittens gibt es einen Betriebsvermögensfreibetrag von 500 000 DM. Viertens wird das darüber hinausgehende Vermögen nur zu 60 % als Bemessungsgrundlage angesetzt. Sie haben also wirklich ein abgestuftes Modell, um betriebliche Erbschaften besser zu stellen. Deswegen ist der Vorschlag, man müsse neue Freibeträge einführen, nicht nötig.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Das ist ganz und gar neu!)

Ich will noch eine letzte Bemerkung zur Unternehmensteuer machen, nachdem Herr Keitel dies auch angeführt hat. Sie fragen immer nach Be- und Entlastungen. Jetzt soll eine Unternehmensteuerreform mit einer Nettoentlastung der Unternehmen von 8 Milliarden DM kommen.

(Abg. Keitel CDU: Ich habe gehört, 15! Einmal 15, einmal 8! – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Die habt ihr vorher draufgepackt!)

– 8 Milliarden DM zum 1. Januar 2001.

Wenn Sie einmal den Gesamtkomplex anschauen, stellen Sie doch fest, dass man sich auf einige Sachen einigen kann. Bisher sagen alle Körperschaftsteuerpflichtigen Betriebe, das bisherige Recht schwäche erstens das Eigenkapital, weil thesaurierte Gewinne mit 40 % und andere mit 30 % besteuert werden. Das ist ein wichtiger Grund.

Zweitens: Das gegenwärtige Anrechnungsverfahren bei der Körperschaftsteuer ist im Großen und Ganzen betrachtet nicht europatauglich, weil potenzielle Investoren aus anderen Ländern hier damit riesige Schwierigkeiten haben. Also ist es gut, dies zu verändern.

Jetzt gibt es einen wichtigen Punkt, auf den wir achten müssen. Was passiert – das haben Sie zu Recht gesagt – mit den 90 % der Firmen, die Personengesellschaften sind?

(Abg. Keitel CDU: So ist es!)

Wie geht man damit um? Dazu sage ich ganz klar: Eine Unternehmensteuerreform, die eine Nettoentlastung von 8 Milliarden DM bringt, muss einen wesentlichen Beitrag dieser Nettoentlastung bei den kleinen und mittleren Firmen ankommen lassen. Das ist die entscheidende Prüffrage. Da können Sie verschiedene Sachen machen.

(Zuruf des Abg. Keitel CDU)

Das ist in den Brühler Empfehlungen auch dargestellt worden.

Sie müssen nur darauf achten, dass Kleinaktionäre – wir wollen ja eine neue Aktienkultur in der Bundesrepublik haben, die immer über die kleinen Leute losgeht; die müssen da auch mitmachen – nicht diskriminiert werden, wenn Sie dieses Halbeinkünfteverfahren ansetzen.

Jetzt gibt es verschiedene Möglichkeiten: Entweder schafft man zusätzliche Freibeträge. Das, was Sie als fiktiven Unternehmerlohn dargestellt haben, haben Sie nicht verstanden.

(Zuruf des Abg. Keitel CDU)

Das ist eine Maßnahme, die in der Wirkung dafür sorgen würde, dass kleine und mittlere Betriebe eben nicht belastet, sondern entlastet werden. Das kann man so machen, und das kann man technisch anders machen.

(Abg. Keitel CDU: Nein! – Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Jetzt sage ich, was schwierig ist für die SPD. Wenn das nicht geht, wenn wir keine klare Entlastung beim Mittelstand und bei den Kleinbetrieben in diesen Modellrechnungen, die gerade gemacht werden, haben, dann gibt es nur eine Alternative, nämlich den Spitzensteuersatz bei der privaten Einkommensteuer weiter zu senken.

(Abg. Keitel CDU: So! Warum machen Sie das nicht?)

Das ist der Punkt, der einen anderen Weg darstellen würde.

(Abg. Keitel CDU: Der einzige Weg!)

Generell an die Kollegen von der FDP/DVP und der CDU: Schauen Sie sich einmal an, was die CSU jetzt vorgeschlagen hat – an dieser Stelle hat Herr Puchta völlig Recht –: 50 Milliarden DM Nettoentlastung, Steuersätze von 15 % und 30 %. Schauen Sie, wie die CSU mit diesem Vorschlag umgegangen ist. Sie hat gesagt: Dies trauen auch wir uns nicht, weil 50 Milliarden DM Neuverschuldung im Jahr 2000 und 50 Milliarden DM im Jahr 2001 – bis sich ein Selbstfinanzierungseffekt einstellt, dauert es ja einige Jahre – nicht einmal mit den Maastricht-Kriterien vereinbar sind.

Deswegen war der Finanzminister, der letztes Mal etwas freizügig gesagt hat, wir machten es halt über zusätzliche Staatsverschuldung, auf dem Holzweg. Sie können 8 Milliarden DM, Sie können vielleicht 15 Milliarden DM Nettoentlastung riskieren, weil da die Selbstfinanzierung einigermaßen kalkulierbar ist, aber in den Größenordnungen, in denen Sie angesiedelt sind, nämlich 50 Milliarden DM und Steuersätze von 15 % und 30 %, ist es nicht finanzierbar, wenn man sich die Haushalte des Bundes und der Länder anschaut. Wir sind ja als Land Baden-Württemberg mit 42,5 % bei dem, was Sie da anrichten würden, mit dabei, und die Gemeinden sind mit 15 % auch mit dabei.

Deswegen hat es keinen Sinn, wenn Sie hier niedrige Steuersätze beschwören, für die ja jeder wäre – wir doch auch –, bei denen aber die Gegenfinanzierung einfach nicht stimmt. Am Beispiel der Veräußerungsgewinne kann man

(Kuhn)

ja sehen, dass Sie bei jedem Vorschlag, die Bemessungsgrundlage zu verbreitern, dagegen waren. Das, was Sie hier praktizieren, erinnert mich – ich habe da Erfahrung von früher mit meiner Partei – an etwas, was wir früher Fundamentalopposition genannt haben.

Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kiel.

Abg. Kiel FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Man sollte eines immer wieder an den Anfang und in den Mittelpunkt stellen: Wir brauchen nicht mehr Steuern, sondern wir brauchen weniger Steuern, und das Bundesverfassungsgericht hat das klar gesagt. Daran muss man sich messen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Jetzt möchte ich zu einigem, was gesagt worden ist – es sind auch Schlagworte genannt worden –, auch etwas sagen.

Zunächst einmal, Herr Kuhn: Die Stimmung draußen im Land ist katastrophal. Deshalb darf man nicht mit schönen bundesweiten Durchschnittszahlen operieren, sondern muss jeden einzelnen Fall nehmen. Sie wissen selbst – Sie kommen doch selbst draußen herum –, was Ihnen dort gesagt und auch nachgewiesen wird. Sie wissen auch, wie viele Millionen ein Unternehmer im fortgeschrittenen Alter, der seinen Betrieb als Altersversorgung gesehen hat, im Grunde genommen braucht, um daraus eine Rente zu bekommen, die Sie oder ich zu gleicher Zeit bekommen. Das sind immens hohe Zahlen. Deshalb hagelt das so sehr in diesen Bereich hinein.

Ich möchte Ihnen, Herr Puchta, ein paar Dinge noch einmal in Erinnerung rufen, weil Sie etwas gesagt haben, was mich stört. Sie haben gesagt, wir, die FDP, seien die Partei der Besserverdiener

(Abg. Birzele SPD: Das war doch Ihre eigene Aussage! – Abg. Dr. Puchta SPD: Haben Sie doch selber gesagt!)

– nein, ich komme dazu –, obwohl Sie Folgendes ganz genau wissen: Herr Scharping hat als Ihr damaliger Bundesvorsitzender auf die Frage, wann denn bei ihm der Besserverdienende anfangen, den Betrag von 50 000 DM genannt. Daraufhin ist er gefragt worden, ob brutto oder netto. Da hat er gesagt: brutto. Dann hat er es auf netto korrigiert.

Dann hat Herr Hoyer von der FDP gesagt: Wenn es so ist, dass der Besserverdienende bei der SPD bei 50 000 DM Jahresgehalt brutto anfängt, dann fühlen wir uns denen verpflichtet, dann sind wir die Partei der Besserverdienenden.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: So ist es!)

So und nicht anders! Deshalb bitte ich Sie, keine Geschichtsklitterung vorzunehmen und dies nicht irgendwie noch einmal zu gebrauchen, weil das nämlich letztendlich auf Sie zurückfällt.

Ich möchte, wenn jetzt von den Großverdienern die Rede ist, ein Weiteres sagen: Denen brauchen wir nicht zu helfen. Die wissen sich bei einer Globalisierung selbst zu helfen, die wissen, wohin sie ihr Geld bringen können. Für die trete ich nicht ein. Aber, meine Damen und Herren, ich würde, wo immer es geht – –

(Abg. Birzele SPD: Wie bitten Sie die zur Kasse?
– Abg. Dr. Puchta SPD: Ihnen persönlich glaube ich; aber der Zahnarzt hat andere Interessen! – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Ich darf schließlich noch ein Letztes sagen. Ich bin ja sehr froh darüber, dass der von Ihnen gestellte Bundeswirtschaftsminister, Herr Müller, erst am 24. dieses Monats in einem Interview gesagt hat:

Und hinter der Frage zusätzlicher Vermögensbesteuerung oder Vermögensabgabe, wie immer man das nun nennen will, steckt stets der gleiche Denkfehler, dass man meint, wenn am Ende die Gleichheit erreicht ist, sei das ein Beleg dafür, dass am Anfang jeder die gleichen Chancen hatte.

Ich glaube wirklich, dass Sie sich das auch einmal durch den Kopf gehen lassen sollten.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Wer hat das geschrieben?)

Weil Sie Amerika zitiert haben, lassen Sie mich den Ökonomen Laffer zitieren, der sagt: Das Steueraufkommen wird ab einer bestimmten Höhe der Steuersätze gegen null gehen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Sie sind ja für Minussteuer!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Rapp.

Abg. Rapp REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe sehr aufmerksam zugehört. Herr Kollege Puchta, der Ruck nach links zum Sozialismus pur war in Ihrer Rede unverkennbar. Die SPD sagt de facto: Jeder wird nackt geboren. Damit sind Sie schon wieder sehr, sehr weit nach links gerückt und befriedigen wieder irgendeine Klientel.

(Abg. Wieser CDU: Reden Sie doch einmal zur Sache!)

– Richtig. Ich finde es trotzdem nicht richtig, dass man etwas, was bereits versteuert ist, beim Unglück eines Todesfalles noch einmal in extremem Maß besteuern will. Das sollten Sie sich auch einmal merken.

Eine vernünftige Steuerpolitik betrifft nicht nur die Einnahmen, sondern zeigt sich auch beim Sparen. Herr Kuhn hat gestern gesagt: „Der Bund bezuschusst die Rentenkasse mit mindestens 110 Milliarden DM pro Jahr.“ Wir wissen, dass davon mindestens 100 Milliarden DM Kosten für Zuwanderung sind, Mittel, die ausgegeben werden, egal, ob es dafür einen Rechtfertigungsgrund gibt oder nicht. Deutschland ist schön, und hier lebt es sich gut ohne Arbeit.

(Abg. Hauk CDU: Das stimmt doch gar nicht!)

(Rapp)

– Natürlich. Hier lebt es sich gut ohne Arbeit. Deshalb lassen wir alle herein, und wenn es um die Einnahmen geht, schröpfen wir die eigenen Bürger.

(Zuruf des Abg. Seimetz CDU)

So kann man keine Politik machen. Das sollte immer und immer wieder gesagt werden.

(Abg. Hauk CDU: Das ist unglaublich!)

Ein nächster Punkt, wenn es um die Ausgaben geht. Wer nimmt sich denn die jährlichen Berichte des Bundesrechnungshofs und des Landesrechnungshofs groß zu Herzen? Da wird so weitergemacht wie bisher, ob das richtig ist oder ob es nicht richtig ist. Der Bundesrechnungshof hat kürzlich davon gesprochen, dass jährlich zig Milliarden verschwendet würden; aber seit Jahren kümmert sich keiner darum. Man kann bei den Bürgern die Steuerschraube nicht immer weiter anziehen, wenn man selbst alles schleifen lässt, weil man niemandem wehtun will.

(Beifall bei den Republikanern)

Zur Steuerreform: Eine Reform kann keine Reform sein, wenn sie nicht am Schluss deutlich entlastet. Eine kostenneutrale und einnahmeneutrale Reform ist keine Reform, sondern eine Vorgaukelei, die nur Verwirrung stiftet und draußen nichts bringt. Genauso sind ja letzten Endes Ihre Pläne auch verwirklicht worden.

An der Diskussion über ständig höhere Steuern und ständig höhere Abgaben usw. möchten wir uns überhaupt nicht beteiligen. Wenn wir von Steuerpolitik sprechen, möchten wir, dass in erster Linie bei den Ausgaben gespart wird. Erst wenn dort nichts mehr hereinzuholen ist, muss man sich Gedanken machen, einmal an die Einnahmen heranzugehen. Aber bei den Einsparreserven, die wir in diesem Land noch haben, brauchen wir an neue Einnahmen überhaupt nicht zu denken.

(Beifall bei den Republikanern)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Finanzminister Stratthaus.

Finanzminister Stratthaus: Meine Damen und Herren, ich möchte eine Sache aufgreifen, die Herr Kuhn angesprochen hat. Dabei ging es um den Veräußerungsgewinn. Herr Kuhn hat ausgeführt, dass sich der Veräußerer bis zu einer Differenz zwischen Erlös und Buchwert von 500 000 DM nach der Änderung der Steuergesetze sogar besser stellen würde. Dies ist die reine Wahrheit, aber nicht ganz die volle Wahrheit. Ich werde das gleich erläutern.

Es ist so: Wenn der Veräußerer tatsächlich keinen Pfennig, keine Mark weiteres Einkommen im entsprechenden Jahr hat, stellt er sich besser. Aber Sie müssen doch davon ausgehen, dass der, der ein Unternehmen verkauft, wenn er dabei einen Erlös erzielt, der wesentlich höher ist als der Buchwert, und dadurch ein Gewinn in Höhe von 500 000 DM entsteht, normalerweise auch weiteres Einkommen hat.

(Zuruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

In diesem Fall würde Steuer anfallen.

(Zuruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

– Ich wollte das nur noch einmal sagen, weil Sie den Herrn Wirtschaftsminister aufgefordert haben, noch etwas zu sagen. Er hatte nicht mehr die Redezeit;

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Er hat immer Redezeit!)

deswegen wollte ich noch darauf hinweisen.

Das Zweite ist das Stiftungsrecht. Ich darf Ihnen sagen, dass die Landesregierung eine Gesetzesinitiative für den Bundesrat vorbereitet.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Sehr gut!)

Wir wollen eine Änderung des Stiftungsrechts, um gerade Privaten mit großen Vermögen Gelegenheit zu geben, Vermögen für gemeinnützige Zwecke zur Verfügung zu stellen. Wir hoffen, dass diese Initiative, entweder pur oder abgewandelt, durch die Regierungsfractionen im Bund unterstützt wird.

(Zuruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

Dann kann das geltendes Recht werden.

Lassen Sie mich aber, wenn ich schon das Wort habe, noch zwei Gedanken zur Diskussion äußern.

Eines ist doch ganz klar: Die Unternehmensteuer wird so, wie sie zurzeit diskutiert wird, nicht kommen.

(Abg. Keitel CDU: Eine Katastrophe!)

Die Vermögensabgabe wird so, wie sie zurzeit diskutiert wird, nicht kommen. Warum dann diese Diskussion? Meine Damen und Herren, sie werden deswegen nicht kommen, weil die Grünen im Bund offensichtlich gegen die Unternehmensteuer

(Abg. Keitel CDU: So ist es!)

– ich habe eben eine lange Ausführung darüber in der FAZ gelesen – und auch gegen die Vermögensabgabe sind. Schon deswegen werden sie nicht kommen.

(Zuruf des Abg. Kluck FDP/DVP)

Weiterhin müssen die beiden Gesetze durch den Bundesrat. Dort werden sie erst recht keine Mehrheit finden. Warum wird dann eigentlich diese Gespensterdiskussion geführt? Das will ich Ihnen jetzt einmal erklären.

(Zuruf des Abg. Kluck FDP/DVP)

Die SPD hat ganz bestimmte Gründe, diese Diskussion zu führen,

(Abg. Keitel CDU: Linke Wählerklientel bricht weg!)

obwohl sie ganz genau weiß, dass sie keinen Erfolg haben wird.

(Minister Stratthaus)

Warum eigentlich diese sehr komplizierte Unternehmensteuerreform? Ihre Ideologen sind dagegen, dass die Steuersätze der Einkommensteuer vermindert werden. Ihre Experten wissen aber: Wir müssen die Unternehmen entlasten. Von diesem Gegensatz rührt diese seltsame Unternehmensteuerreform her. Man sagt dann, man müsse zwischen dem reichen Privatmann und dem Unternehmen unterscheiden. Man macht gute und schlechte Gewinne. Man will einbehaltene Gewinne weniger versteuern als ausgeschüttete. Dahinter steht das Bild, dass der Unternehmer ein Playboy sei, der sowieso alles verjuble.

(Abg. Keitel CDU: Mallorca!)

Darüber, dass diese Reform in die ganz falsche Richtung geht, sind sich doch alle zunächst einmal einig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Die thesaurierten Gewinne sollen weniger versteuert werden, und das in einer Wirtschaft mit einem ganz schnellen Strukturwandel. Das würde doch letzten Endes bedeuten, dass zum Beispiel alte Unternehmen, die keine Zukunftschance mehr sehen – nehmen wir zum Beispiel die großen Tabakkonzerne –, die aber vielleicht hohe Gewinne haben, die sie nicht brauchen, festverzinsliche Wertpapiere kaufen werden. Damit sparen sie die hohen Steuern. Das ist die eine Seite. Auf der anderen Seite sind junge Existenzgründer, wachsende Unternehmen bitter auf die ausgeschütteten Gewinne der anderen Unternehmen angewiesen, aber die müssen dann viel Steuern zahlen. Meines Erachtens ist schon die ganze Richtung falsch. Es gibt eine ganze Reihe weiterer Gründe dagegen.

Das Nächste ist – das ist heute schon einige Male gesagt worden – dieser seltsame Grundsatz der halben Besteuerung. Das bedeutet doch – das ist fast wörtlich von den Grünen –, dass sich der kleine Aktionär wesentlich schlechter stellt als bisher, während sich der große Aktionär wesentlich besser stellt.

Weiterhin bedeutete diese Unternehmensteuerreform, dass vor allem die Konzerne entlastet würden. Das können Sie doch letzten Endes nicht wollen.

(Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

Ich darf noch einmal sagen: Die ganze Sache wird diskutiert, weil Ihre Experten weniger Unternehmensteuer fordern und die Ideologen fordern, die Einkommensteuersätze dürften nicht gesenkt werden.

Genauso ist es bei der Diskussion über die Vermögen. Sie wissen ganz genau, dass einer neuen Vermögensteuer und einer Neuregelung der Erbschaftsteuer der Bundesrat zustimmen muss. Dort wird das keine Mehrheit finden. Die Vermögensabgabe werden Sie aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht durchsetzen können; denn Voraussetzung wäre, dass sich die Nation, das Volk in einer Notlage befinden würde. Herr Puchta, eine solche Notlage hat vielleicht die Bundesregierung, aber das ganze Volk ganz bestimmt nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Deshalb wird das auch nicht klappen.

Ich bin der festen Überzeugung, dass die SPD diese Diskussion führt, damit sie zu ihren Neidhammeln sagen kann: „Wir haben etwas getan, aber die böse CDU hat es abgelehnt.“ Sie wollen das nämlich gar nicht.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Das ist keine gute Begründung!)

– Doch, deshalb führen Sie die ganzen Diskussionen. Sie wissen ganz genau, dass die Vermögensteuer nicht kommt, aber Sie beruhigen die Leute, die neidhammelig reagieren. Das ist der Grund.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Birk CDU: Gut! –
Abg. Keitel CDU: Sehr richtig!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Puchta.

Abg. Dr. Puchta SPD: Herr Präsident, der Finanzminister hat mich jetzt doch noch einmal herausgefordert.

Herr Stratthaus, etwas zu den von Ihnen angesprochenen einbehaltenen und nicht einbehaltenen Gewinnen. Das ist völlig richtig: In der Geschichte des deutschen Steuerrechts gab es schon alle Lösungen. Teilweise wurden einmal die einbehaltenen stärker als die nicht einbehaltenen Gewinne besteuert und umgekehrt. Teilweise hat man sie auch gleich besteuert. Das ist eine Frage, die man meiner Meinung nach von Zeit zu Zeit immer anders beantworten muss.

Diese Frage muss man natürlich in einer globalisierten Weltwirtschaft anders beantworten als in geschlossenen Märkten. Ich füge aber ausdrücklich hinzu: Man muss sie in Zeiten der Massenarbeitslosigkeit auch anders als in Zeiten der Vollbeschäftigung beantworten. Dazu stehen wir. Die jetzige Bundesregierung ist mit dem Vorsatz angetreten, in erster, in zweiter und in dritter Linie und vor allem immer in erster Linie die horrende Massenarbeitslosigkeit abzubauen. Deshalb ist es richtig, dass man jetzt sagt, einbehaltene Gewinne sollten steuerlich geringer belastet werden, damit eben zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen und zusätzliche Investitionen getätigt werden. Das bedeutet wirklich nicht, dass ich ein für alle Mal und für alle Zeiten bei diesem Modell bleiben will.

Noch ein Zweites zur Vermögensteuer: Es ist sicherlich richtig – da sind wir uns in vielem einig –, dass es sich um eine Substanzsteuer handelt, die schlecht ist, und dass der Aufwand für die Erhebung in keinem Verhältnis zu dem steht, was hineinkommt. Deshalb haben wir auch gesagt, dass wir die Vermögensteuer auf betriebliche Vermögen abschaffen wollen.

Wenn wir im Augenblick aber in jeder Minute 150 000 DM an Zinsen bezahlen müssen und wissen, dass es so nicht weitergehen kann, wenn wir weiter wissen, dass Sie bei der Finanzierung der deutschen Einheit Fehler gemacht haben,

(Abg. List CDU: Sie haben sie gar nicht gewollt!)

müssen wir auf der anderen Seite auch überlegen, wie wir jetzt zu einem Abbau der Verschuldung kommen können. Deshalb sagen wir in dieser Notsituation: Wir wollen in

(Dr. Puchta)

Deutschland eine Entschuldungsabgabe einführen. Zu dieser Entschuldungsabgabe müssen in erster Linie die etwas beitragen, die die dickeren Taschen haben.

(Abg. Keitel CDU: Jetzt heißt es Entschuldungsabgabe! Immer neue Worte erfinden Sie! Immer neue Abgaben! – Minister Dr. Döring: Unglaublich!)

Sie können nicht weiter die Masse der Menschen in diesem Land belasten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Aktuelle Debatte ist damit beendet.

Punkt 2 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Große Anfrage der Fraktion der CDU mit der Antwort der Landesregierung – Zeitgemäße Hauptschulbildung und Reformkonzept IMPULSE Hauptschule – Drucksache 12/4166

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Besprechung fünf Minuten je Fraktion, wobei gestaffelte Redezeiten gelten, und für das Schlusswort fünf Minuten.

Das Wort in der Aussprache erteile ich Herrn Abg. Seimetz.

Abg. Seimetz CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal danke ich der Landesregierung, Ihnen, sehr verehrte Frau Ministerin Schavan, für die umfassende Antwort auf unsere Große Anfrage „Zeitgemäße Hauptschulbildung und Reformkonzept IMPULSE Hauptschule“. Ich empfehle der Opposition und den ihr nahe stehenden Organisationen, diese Drucksache gründlich zu lesen.

(Abg. Zeller SPD: Haben wir gemacht!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es muss mit unüberlegten öffentlichen Debatten Schluss sein, in denen die Hauptschule als Restschule diffamiert und damit das Selbstwertgefühl unserer Schülerinnen und Schüler verletzt wird.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der SPD: Wer macht das?)

– Ihr!

Diese Debatten sind mit einer der Gründe für die zurückgehenden Zahlen beim Übergang auf die Hauptschulen. Ich bitte dennoch zu beachten, dass mit 35 % immer noch der größte Teil der Schüler – ein starkes Drittel – nach der Grundschule in die Hauptschule geht. Gerade vor diesem Hintergrund halte ich es für unverantwortlich, die Hauptschule in öffentlichen Diskussionen in dieser Weise herabzusetzen und deren Schülerinnen und Schüler in Misskredit zu bringen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Die Eltern werden dabei verunsichert, und ein Lernkonzept, das in unserer differenzierten Schullandschaft unverzichtbar ist, wird einfach kaputtgeredet.

Natürlich, meine Damen und Herren – daran besteht überhaupt kein Zweifel –, steht die Hauptschule vor großen Herausforderungen. Eines unserer Probleme ist, dass die Hauptschule eigentlich keine Wahlschule ist. Tatsache ist aber auch, dass Ihnen jeder Lehrer an Realschulen oder Gymnasien sagt, dass mindestens 15 % ihrer Schüler eigentlich nicht in die Realschule oder ins Gymnasium gehören. Das heißt doch, dass wir uns überlegen müssen, wie wir die Schülerströme begabungsgerecht in die richtigen Schulen lenken.

(Abg. Rau CDU: Richtig!)

Ich kann Ihnen keinen Königsweg nennen, aber wir sollten nach Lösungen suchen. Das heißt dann auch, dass die unseligen Diskussionen aufhören müssen, die dazu führen, dass viele Eltern allein aus Gründen des Sozialprestiges ihre Kinder nicht auf die Hauptschule schicken.

Niemand bestreitet, dass die Hauptschule vor großen Herausforderungen steht. Die Antwort der Landesregierung auf unsere Große Anfrage zeigt aber auch, dass sich die Hauptschule erfolgreich diesen Herausforderungen stellt. Schon 1996 hat die Landesregierung den „Runden Tisch Hauptschule“ eingerichtet. In fast zweijährigen Beratungen wurden Maßnahmen diskutiert und abgestimmt, die in wichtigen Punkten die IMPULSE Hauptschule prägen. Die CDU-Fraktion und ich persönlich haben dieses Reformkonzept von Anfang an kritisch begleitet und unterstützt. Meine Damen und Herren, das, was dabei herauskam, ist seit Jahren die beste Antwort auf die spezifischen Erfordernisse der Hauptschülerinnen und Hauptschüler,

(Beifall des Abg. Rau CDU – Abg. Rau CDU: Sehr richtig!)

deren Belange uns und mir als Leiter einer großen Hauptschule natürlich auch persönlich ganz besonders am Herzen liegen.

Dieses Konzept orientiert sich am Bildungsbedürfnis und Bildungsanspruch der Kinder und Jugendlichen und soll einen Beitrag dazu leisten, die Ausbildungschancen unserer Schülerinnen und Schüler zu verbessern. Was wir gewiss nicht brauchen, ist eine Hauptschule in Form einer Art Schmalspurrealschule.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der CDU: Sehr gut!)

Die Hauptschule hat ihr eigenes Profil, das sie von den übrigen Schularten unterscheidet. Sie ist im Vergleich zu den anderen weiterführenden Schularten durch eine stärkere pädagogische und praktische Ausprägung und eine stärkere Schülerorientierung gekennzeichnet.

(Abg. Wieser CDU: Und durch bessere Lehrer!)

Auf diesem Erziehungs- und Bildungsauftrag baut das Reformkonzept auf.

Ich will angesichts der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit die Kernpunkte von IMPULSE Hauptschule nicht im Einzelnen darstellen. Diese können Sie alle nachlesen; Sie haben alle die Antwort der Landesregierung. Ich möchte hier nur kurz auf das Projekt „Guter Start in der Haupt-

(Seimetz)

schule“ und das Teilprojekt „Praxiszug Hauptschule“ eingehen,

(Abg. Rau CDU: Der ist ganz wichtig!)

Ersteres, weil die zurzeit erprobten Verbesserungen in der Eingangsstufe das Profil der Hauptschule verdeutlichen, und Letzteres, weil die Schule, die ich leite, eine von 114 Schulen in diesem Schuljahr ist, in denen dieses Projekt erprobt wird. Ich kann Ihnen deshalb von eigenen und unmittelbaren Beobachtungen und Erfahrungen berichten.

Zum Ersten: Im Rahmen des Projekts „Guter Start in der Hauptschule“ werden an annähernd 500 Hauptschulen in Baden-Württemberg Konzepte zur Verbesserung der Eingangsstufe erprobt. Die Eingangsstufe soll stärker pädagogisch ausgerichtet sein, die Schülerpersönlichkeit soll gestärkt und die individuelle Leistungsfähigkeit der Schüler gesteigert werden. Dies ist auch nach meiner festen Überzeugung dringend erforderlich. Eine vom Sozialministerium in diesem Jahr herausgegebene Studie belegt, dass gerade Hauptschüler von ihren Fähigkeiten weit weniger überzeugt sind als ihre Altersgenossen, die andere Schulararten besuchen. Hauptschüler erleben sich häufig als unterlegen und haben Minderwertigkeitsgefühle. Dies beeinflusst die Schulleistungen negativ und führt zu einem Gefühl sozialer Isolation und damit auch zu einer sinkenden Bereitschaft, sich sozial zu engagieren. Dem steuern wir mit dem Projekt IMPULSE „Guter Start in der Hauptschule“ gegen, indem wir beispielsweise das Klassenlehrerprinzip stärken, Klassen übergreifende Eingangsstufen einführen oder die Grund- und Hauptschullehrer und -lehrerinnen Stufen übergreifend einsetzen.

Zum Zweiten: Mit dem „Praxiszug Hauptschule“ geben wir den Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit, Praxisluft zu schnuppern und schon sehr frühzeitig in Kontakt mit den Betrieben zu kommen, in denen sie später unter Umständen ihre Ausbildung absolvieren. Im Rahmen dieses Projekts gehen die Schülerinnen und Schüler, in meiner Schule beispielsweise im zweiten Halbjahr der Klasse 8 und im ersten Halbjahr der Klasse 9, an vier Tagen in die Schule und an einem Tag in einen Betrieb, dies ein ganzes Jahr lang. Auf diese Weise erfahren sie, was nach der Schule auf sie zukommt. Sie lernen die berufliche Wirklichkeit nachhaltig kennen und bekommen dadurch auch mehr Sicherheit bei der Berufswahl. Das ist ganz wichtig.

Ein zweiter, nach meiner Erfahrung sehr wichtiger Effekt kommt hinzu: Die Betriebe lernen die Schülerinnen und Schüler im Rahmen des Praxistages kennen und erhalten ebenfalls größere Sicherheit bei der Frage, wen sie später zur Berufsausbildung übernehmen.

(Abg. Wieser CDU: Kompetenter Fachvortrag!)

In der vergangenen Woche hat Herr Staatssekretär Köberle meine Schule besucht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Birk CDU: Das beweist: Die Landesregierung ist unterwegs!)

Es war ein sehr schöner Tag.

(Abg. Wieser CDU: Hat er die Grüße der Landesregierung überbracht?)

– In seiner Person.

Wir waren am Nachmittag in zwei Betrieben

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: In der Kantine!)

und haben von den Meistern gehört, dass sie den jeweiligen Praktikanten einen Ausbildungsvertrag anbieten werden.

(Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Ich will damit sagen, dass durch die Einführung des Praxiszugs an unseren Schulen die Ausbildungsbereitschaft von Betrieben auch für schwächere Schüler gefördert wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

– Vielen Dank. – Auch dies ist eine Erfolgsbotschaft dieses Konzepts.

Ich könnte noch lange, schier endlos über die erfolgreichen Reformansätze,

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Endlos nicht!)

mit denen wir unsere Hauptschule für die sich ändernden Rahmenbedingungen fit machen, berichten.

(Abg. Ingrid Blank CDU: Nur zu!)

Ich habe nicht nur an meiner eigenen Schule, sondern auch in vielen Gesprächen immer wieder erfahren, wie erfolgreich diese Reformansätze zurzeit umgesetzt werden.

Wir werden die unbestreitbar bestehenden Probleme der Hauptschule nicht von heute auf morgen lösen.

(Abg. Wieser CDU: Da berichtet der Fachmann!)

Ich bin jedoch davon überzeugt, dass wir mit den vorgestellten Reformansätzen auf dem richtigen Weg sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Nicht umsonst, meine Damen und Herren, hat im Frühjahr dieses Jahres die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände das Reformkonzept IMPULSE Hauptschule allen anderen Bundesländern empfohlen.

(Zuruf des Abg. König REP)

Diese Unterstützung und Anerkennung von der Abnehmerseite, den potenziellen Arbeitgebern, ist gut und wichtig.

(Abg. Wieser CDU: Aber da drüben sitzen die Totengräber der Hauptschule!)

Genauso wichtig sind aus meiner Sicht aber auch die Anerkennung und die Akzeptanz vonseiten der Eltern.

(Abg. Kluck FDP/DVP: Sehr richtig!)

(Seimetz)

Diese Akzeptanz wird durch unsachliche, teilweise auch wenig kompetente Miesmacherei vonseiten der Opposition und gewisser Gruppen sicherlich nicht gefördert.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Wintruff SPD: Keine unqualifizierten Behauptungen!)

Ich fordere Sie, insbesondere Herrn Zeller und Co., dazu auf, den Hauptschulen keine verbalen Prügel in den Weg zu werfen,

(Beifall der Abg. Ingrid Blank CDU)

sondern gemeinsam mit uns daran zu arbeiten, dass die Hauptschule in unserer Bildungslandschaft auch weiterhin die ihr zukommenden sehr wichtigen Aufgaben wahrnehmen kann.

Ich komme zum Schluss, meine lieben Kolleginnen und Kollegen. Die Lehrerinnen und Lehrer der Hauptschulen sind durch dieses Konzept ganz überwiegend neu motiviert. Sie leisten im schwierigsten Schulfeld hervorragende Arbeit. Für diese engagierte Erziehungs- und Bildungsarbeit sage ich den Kolleginnen und Kollegen unserer Hauptschule ehrlich und herzlich Danke schön. Jetzt dürfen Sie alle klatschen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP sowie der Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Zeller.

Abg. Zeller SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bitte Herrn Kollegen Seimetz, genau aufzupassen, was ich jetzt sage. Vielleicht ist er dann in der Lage, seine Vorurteile zu korrigieren.

(Abg. Wieser CDU: Wenn es sich lohnt!)

Meine Damen und Herren, aufgrund ihrer besonderen Situation ist die Hauptschule, verglichen mit den anderen Schularten der Sekundarstufe I, die weiterführende Schule, die aus eigener Kraft das höchste pädagogische Kompetenzprofil erarbeitet hat. – Wo ist Ihr Beifall, Herr Seimetz?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Birk CDU: Sie haben kein einziges Mal geklatscht!)

Ich möchte mich an dieser Stelle namens der SPD-Fraktion bei den Lehrerinnen und Lehrern für ihre innovative und nicht immer einfache Arbeit recht herzlich bedanken.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU, des Bündnisses 90/Die Grünen und der FDP/DVP)

Die Hauptschulen setzen sich mit den Problemsituationen ihrer Schülerinnen und Schüler konstruktiv auseinander. Sie tun dies, obwohl sie in der Vergangenheit trotz vielfacher Beschwörungen oftmals im Stich gelassen wurden.

Die Hauptschule als weiterführende Schulart hat in einem gerade in Baden-Württemberg gewollt selektiven Schulsystem ihre Eigenständigkeit bzw. ihr eigenes Profil vor allem durch das erweiterte Bildungsangebot begründet. Mit EBA sollten die Hauptschulen interessante Angebote bekommen, die Theorie und Praxis stärker miteinander verbinden und deswegen auch eine wertvolle pädagogische Arbeit darstellen. Aber anstatt die entsprechenden Ressourcen und Rahmenbedingungen zur Verfügung zu stellen, wurden zum Teil auch die Hauptschulen zum Steinbruch der Einsparungen im Bildungswesen benutzt. Ich nenne nur Abbau beim EBA oder beim Fremdsprachenunterricht.

Es wurde und wird teilweise heute noch eine unehrliche Diskussion geführt. Zum einen wurde in der Vergangenheit das Unterrichtsangebot kontinuierlich gekürzt – das lässt sich einwandfrei nachweisen –, insbesondere im so genannten Ergänzungsbereich, ohne dass gleichzeitig die Lerninhalte reduziert worden wären. Zum anderen haben sich die Ansprüche an die Hauptschule permanent erhöht. Man kann aber nicht einerseits die Rahmenbedingungen der Hauptschule verschlechtern und andererseits einen höheren Output erwarten. Das geht nicht. Die Hauptschule gibt es nicht. Das wurde auch in der Antwort auf die Große Anfrage deutlich gemacht.

Interessant ist ja, dass sich die Quoten des Übergangs in die Hauptschulen in den letzten Jahren ständig verringert haben und überall dort niedrig sind, wo die Hauptschule mit anderen Schularten der Sekundarstufe I konkurrieren muss. Zum Teil liegen die Übergangsquoten unter 20 %. Dies führt zu einem riesigen Problem: Inzwischen nimmt die Anzahl der Kleinsthauptschulen zu. Ich meine, Sie können nicht länger die Augen vor der Tatsache verschließen, dass hier eine strukturelle Ungleichheit besteht.

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Vor noch nicht allzu langer Zeit wurde gerade auch von Ihrer Fraktion, Herr Seimetz, die zweizügige Hauptschule als eine Voraussetzung für eine effektive Schularbeit gefordert. Heute ist davon nichts mehr zu hören.

Nun will ich gar nicht bestreiten, dass mit dem Programm IMPULSE ein positiver Weg beschritten werden soll. Aber nach wie vor sind es Ansätze und sind Sie in Ankündigungen stecken geblieben. Solange Sie nicht bereit sind, die Rahmenbedingungen wirklich zu verbessern, bleiben diese Vorhaben weitgehend Absichten.

Deshalb sage ich Ihnen: Die Hauptschulen brauchen eine entscheidende und entschiedene öffentliche politische Unterstützung.

(Beifall bei der SPD)

Ich kann aufgrund der Kürze der Zeit – es ist bedauerlich, ein solch wichtiges Thema in fünf Minuten abarbeiten zu müssen – jetzt leider nur ein paar Stichworte nennen, was wir von Ihnen – auch von Ihnen, Frau Ministerin – erwarten.

Die strukturelle Frage, also die Garantie des Besitzstands von kleinsten Hauptschulen, muss überdacht werden. Es müssen auch neue kooperative, integrative Schulformen

(Zeller)

möglich sein. Um das erweiterte Bildungsangebot – ich nenne hier auch Arbeit – Wirtschaft – Technik – und praxisorientierten Unterricht zu ermöglichen, brauchen wir mehr Zeit, das heißt mehr Stunden und damit mehr Stellen.

Natürlich brauchen wir auch mehr Ausbildungsplätze, gerade auch für die schwächeren Hauptschüler.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das ist richtig!)

Diese sind dringend notwendig. Wir wollen diese schwächeren Hauptschüler im Grunde genommen durch ein zehntes Schuljahr auch an den Hauptschulen stärken. Mit diesem zusätzlichen Jahr sollen sie die Voraussetzungen bekommen, eine Ausbildungsreife besser zu erreichen. Da wäre zu fragen, inwieweit das BVJ in der heutigen Form dann eigentlich noch notwendig wäre.

Unbestritten ist auch, meine Damen und Herren, dass wir den Ganztagsbereich ausweiten müssen. Der Bedarf ist riesengroß. 43 Hauptschulen in Baden-Württemberg sind einfach zu wenig. Ich wiederhole nochmals, was ich auch gestern von dieser Stelle aus gesagt habe: Inzwischen ist die Bundes-CDU im Begriff, die veränderte familiäre Lebenswirklichkeit anzuerkennen.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Frau Merkel!)

Es wird Zeit, Frau Ministerin, dass Sie auf diesem Wege folgen.

Die Notwendigkeit von Jugendsozialarbeit an Schulen ist unbestritten und durch viele Experten bei den Anhörungen der Jugendenquetekommission bestätigt worden. Schulsozialarbeit darf aber nicht auf so genannte wenige Brennpunktschulen konzentriert bleiben, sondern muss gerade auch Bestandteil an den Hauptschulen sein.

(Beifall bei der SPD)

Darüber hinaus, sage ich Ihnen, müssen wir dazu kommen, den Klassenteiler von 33 Schülern an den Hauptschulen zu verringern. Er ist eindeutig zu hoch. Wir sollten den Schulen den Freiraum geben, damit sie dies am besten selbst vor Ort lösen können.

Es sind also nicht nur organisatorische, personelle und strukturelle Veränderungen notwendig, sondern es sind auch inhaltliche Veränderungen notwendig. Ich denke dabei, wir sollten auch daran gehen, den Bildungsplan auf Kernmodule zu reduzieren, und den Schulen die Freiheit geben, zusätzliche Module anzubieten und vor allem den AWT-Bereich und mehr Praxis sowie Lernortvielfalt zu stärken. Das Gleiche gilt für den Informations- und Informatikbereich.

Lassen Sie mich zum Schluss noch einen Satz zur Lehrerausbildung sagen. Wie gesagt, die Zeit reicht leider nicht aus.

Es gibt, meine Damen und Herren, keine Rechtfertigung dafür, dass Hauptschullehrer eine kürzere Ausbildungszeit haben als Realschullehrer. Es gibt auch keine Rechtfertigung dafür, dass Hauptschullehrer und Realschullehrer unterschiedlich bezahlt werden.

Ein Satz noch zum Schluss: Die Präsenzzeit der Lehrerinnen und Lehrer auch an den Hauptschulen muss sich deutlich erhöhen. Sie, Frau Schavan, können die Hauptschule am besten dadurch aufwerten, dass Sie endlich bereit sind, in Ihrem Hause ein eigenes Referat für Hauptschulen zu schaffen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Rastätter.

Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir Grünen unterstützen alle Bemühungen und Initiativen, die Hauptschülerinnen und Hauptschüler zu stärken und sie besser auf das Berufsleben vorzubereiten, damit sie sich im Leben auch beruflich bewähren können.

Herr Seimetz, von Ihrem Appell oder Ihrer Aufforderung, die Hauptschüler nicht abzuqualifizieren, fühle ich mich deshalb überhaupt nicht angesprochen.

(Abg. Seimetz CDU: Ich habe auch nicht Sie angesprochen!)

Vielleicht noch eine persönliche Bemerkung dazu: Als ehemalige Hauptschülerin, aus der etwas geworden ist, habe ich dazu nun wirklich überhaupt keinen Grund.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Ui! – Abg. Seimetz CDU: Ich habe auch nicht Sie gemeint! – Abg. Zeller SPD: Hast du jetzt zugehört, Hermann? Behauptest du immer noch den gleichen Kram?)

Vieles von dem, was wir Grünen für die Hauptschulen gefordert haben, findet sich nun in der Tat in den IMPULSEN Hauptschule wieder. Das ist für uns besonders erfreulich, weil die Landesregierung – diesen Vorwurf kann ich Ihnen nicht ersparen – die Hauptschule zu lange vernachlässigt hat und zu lange unzureichend auf den wachsenden Problemdruck reagiert hat. Ich möchte dazu nur einige Stichworte erwähnen.

Sie haben zwar immer Bekenntnisse dazu abgegeben, die Hauptschule aber de facto benachteiligt.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Das war eine Bekenntnisschule!)

Das EBA, das erweiterte Bildungsangebot, haben Sie abgebaut und die Notwendigkeit von Schulsozialarbeit zu lange negiert. Sie haben tatenlos zugehört, wie die Hauptschüler bei dem Konkurrenzkampf um die geringer werdende Zahl von Lehrstellen oft hinten herunter fielen, und Sie haben auch zugehört, wie besonders im ländlichen Bereich die Hauptschulen immer kleiner wurden und kein vernünftiges pädagogisches Angebot mehr für die Kinder dort machen konnten.

Inzwischen haben Sie das Konzept IMPULSE Hauptschule vorgelegt. Es findet unsere Zustimmung.

Positiv bewerten wir auch die Art des Zustandekommens, denn dieses Programm IMPULSE Hauptschule ist keine

(Renate Rastätter)

Kopfgeburt. Es ist kein Ergebnis eines abgeschotteten Arbeitskreises im Kultusministerium, sondern es ist das Ergebnis eines Dialogs, zu dem die Kultusministerin eingeladen hat, eines runden Tisches, indem die Betroffenen an einen Tisch geholt wurden: die Arbeitgeber, die Gewerkschaften, die Eltern, die Lehrer und Lehrerinnen. Vieles, was die Schulen unter ihrem Problemdruck von sich aus an praxisbezogener Vorbereitung der Hauptschülerinnen und Hauptschüler auf das Berufsleben entwickelt haben, ist in das Konzept eingeflossen. Und deshalb ist es ein Modell geworden, das praxistauglich ist und vor Ort angenommen und hoffentlich auch umgesetzt wird; denn vieles ist natürlich zunächst einmal zusammengefasst worden und muss jetzt erst auf den Weg gebracht werden.

Es fällt mir deshalb auch leicht, einige Projekte des Konzepts IMPULSE Hauptschule zu loben, weil sich darin auch sehr viele Forderungen von uns Grünen wieder finden, etwa die stärkere pädagogische Ausrichtung in der Eingangsstufe. Herr Seimetz, Sie haben ja darauf hingewiesen, dass die Schülerinnen und Schüler sehr häufig nach der Grundschule entmutigt und ohne Selbstvertrauen und ohne Zuversicht in ihre eigenen Fähigkeiten in die Hauptschule kommen und dass sie dort erst einmal Ermutigung und Bestätigung erfahren müssen. Deshalb ist es gut, dass jetzt dort auch Berichtszeugnisse statt Ziffernnoten erteilt werden dürfen.

Dann ist vor allem auch die Praxisorientierung in dem Konzept IMPULSE Hauptschule zu loben: die Kooperation mit den beruflichen Schulen, die Praxistage, die Zusammenarbeit von Schule und Betrieb und vor allem auch die Öffnung der Hauptschule in das soziale und gesellschaftliche Umfeld, in die Gemeinde hinein, damit diese Jugendlichen besser in die Gesellschaft integriert werden können; denn es handelt sich um Jugendliche, die es in unserer Gesellschaft wirklich am schwersten haben, Fuß zu fassen und sich in der Gesellschaft Perspektiven zu erarbeiten.

Allerdings, Frau Kultusministerin, meine Damen und Herren, sind weitere Maßnahmen erforderlich, damit die Hauptschule ihrem Auftrag, diese jungen Menschen gut zu fördern und auf das Leben vorzubereiten, auch wirklich gerecht werden kann. Schulsozialarbeit muss flächendeckend an den Schulen, die unter erschwerten sozialen und pädagogischen Bedingungen arbeiten, verankert werden. Die Anschubfinanzierung ist ein erster Schritt. Ich glaube, das Land muss sich dauerhaft beteiligen. Wir brauchen auch Ganztagschulen, weil die Förderung nur auf den Vormittag bezogen nicht ausreicht. Das ist auch für die vielen ausländischen Jugendlichen, die wir an der Hauptschule haben, wichtig.

Wir dürfen auch nicht die Augen vor dem Problem der kleinen Hauptschulen verschließen. Die Grundschule muss im Dorf bleiben, aber ich glaube, wir müssen dabei berücksichtigen, dass die kleinen Hauptschulen, die zum Teil nur noch 40 bis 50 Schüler haben, nicht überlebensfähig sind. Ich habe in Ravensburg Gespräche mit dem Elternbeirat geführt. Dort gibt es eine Hauptschule mit 49 Schülern und 5 Lehrkräften. Das kann kein Zustand sein. Da fordern auch die Eltern, dass für ein gutes pädagogisches Angebot eine vernünftige, leistungsgerechte Hauptschule entsteht. Wir brauchen hier qualifizierte Hauptschulen in einer ver-

nünftigen Größe. Ich fordere Sie auf, sich auch einmal in Rheinland-Pfalz umzuschauen. Die dortige regionale Schule, in der unter einem Dach Hauptschul- und Realschulabschluss angeboten werden, und zwar sogar in integrativer Form, ist ein Erfolgsmodell. Das würde ich mir auch als Erfolgsmodell im ländlichen Raum in Baden-Württemberg wünschen.

Zum Schluss möchte ich noch etwas zum Thema Hauptschullehrkräfte sagen. Meine Schwester ist Hauptschullehrerin in einem sozialen Brennpunkt in Karlsruhe. Das Engagement und die Kompetenzen der Lehrkräfte an der dortigen Schule machen es erforderlich, sie mit anderen Lehrkräften im Sekundarstufenbereich gleichzustellen. Hauptschullehrerinnen und -lehrer sind die Lehrkräfte, die die größten pädagogischen und fachlichen Qualifikationen benötigen. Wenn wir diese Schritte ergreifen, wenn wir diese Maßnahmen vornehmen, sehe ich gute Perspektiven für diese Jugendlichen, die unsere Gesellschaft braucht und für deren Unterstützung wir uns alle nach Kräften engagieren sollten.

Ich bedanke mich.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Gut, dass wir hier über die Hauptschule reden, und gut, dass vonseiten des Kultusministeriums so viel getan wird, wie in der Antwort der Landesregierung auf diese Große Anfrage berichtet wird.

Der „Runde Tisch Hauptschule“ hat gute Ergebnisse gebracht, zum Beispiel den verstärkten Praxisbezug, die viel besseren Kontakte zur Wirtschaft, die Einführung von Team- und Projektarbeit. Trotzdem befällt mich bei der Lektüre dieser Großen Anfrage ein gewisses Unbehagen. Das hat zwei Hauptgründe.

Zum Ersten ist die Hauptschule wieder einmal als Problemschule dargestellt.

(Abg. Zeller SPD: Von wem?)

Wenn ich laufend aufzähle, welche Probleme es gibt und was ich dagegen tun muss,

(Abg. Zeller SPD: Von wem denn?)

kann ich wirklich keine Imageverbesserung erreichen.

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

Vielleicht müssten wir wirklich einmal deutlich herausstellen, was man mit einem Hauptschulabschluss alles tun kann.

(Unruhe)

Der zweite Punkt, der mir Unbehagen bereitet: Als Konsequenz aus diesen vielfältigen Problemen werden vor allem Fördermaßnahmen entwickelt. Fördern, fördern, fördern! Fortführung des Kindergartens bis zum Schulabschluss?

(Heiderose Berroth)

Wenn wir das Profil der Hauptschule stärken wollen, müssen wir endlich anfangen, die Schülerinnen und Schüler dort ernst zu nehmen, ihnen etwas zuzutrauen und ihnen Chancen für eigene Erfahrungen zu geben, auch Erfahrungen mit Fehlern.

(Zuruf der Abg. Sabine Schlager Bündnis 90/Die Grünen)

Wir müssen nicht fördern, sondern die Leistungen der Jugendlichen herausfordern. Ist denn wirklich Stolz angebracht, wenn die Quote der bestandenen Prüfungen von 96 % auf 98 % steigt? Oder ist eher zu fragen, was eine Prüfung wert ist, bei der eine Noteninflation droht und bei der derjenige, der das Zeugnis nachher verwendet, um Einstellungen zu tätigen, gar nicht genau weiß, was er davon halten soll?

(Abg. Zeller SPD: Kühne Behauptung! – Abg. Deuschle REP: Eben!)

Wenn der Hauptschulabschluss etwas wert sein soll, muss Qualitätssicherung betrieben werden.

(Abg. Zeller SPD: Die FDP/DVP versteigt sich heute!)

Das bedeutet eben nicht, dass wir hier noch ein Sonderprojekt und da noch ein Schnörkelchen anfügen, sondern dass wir einen soliden Sockel brauchen.

(Abg. Zeller SPD: Wann waren Sie zuletzt in der Hauptschule? – Abg. Wintruff SPD: Auslese!)

Nur wenn der Sockel solide gebaut wird, ist die Stabilität des Ganzen gesichert.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Und, Herr Zeller, das ist unabhängig von der Stundenzahl, die dort unterrichtet wird.

Ganz klar, stabiler Sockel bedeutet: Alle müssen die Grundfertigkeiten sicher beherrschen und dieses Wissen auch anwenden können.

(Abg. Deuschle REP: Vor allem die Sprache!)

Die Chancen der Hauptschüler werden nicht dadurch besser, dass sie immer wieder in Richtung Realschule gebracht werden sollen. Sie werden dann besser, wenn die Ausbildungsbetriebe feststellen, dass die Absolventen das mitbringen, was als Grundlage für die Ausbildung gebraucht wird. Deutsch und Rechnen sind die wichtigsten Grundpfeiler, verbunden mit praktischen Fertigkeiten.

Ein zehntes Schuljahr, Herr Zeller, nützt da überhaupt nichts. Das muss ab dem fünften Schuljahr vermittelt werden.

(Zuruf von der SPD: Ab dem ersten!)

Erst wenn diese Grundfertigkeiten vorhanden sind, kann aus dem in der Anfrage aufgeblätterten bunten Strauß noch die eine oder andere Blume dazukommen.

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

Ich stimme Ihnen allerdings zu, Herr Zeller: Mit den kleinen Hauptschulen ist das schwierig zu leisten. Wir sollten die Ressourcen bündeln und vielleicht vor allem dafür verwenden, mehr Ganztags Hauptschulen anzubieten.

(Abg. Zeller SPD: Machen Sie es doch endlich! Sie schwätzen immer bloß rum!)

Eine große Gefahr sehe ich darin, dass statt der früher oft beklagten Null-Bock-Mentalität offensichtlich im Bereich der Hauptschulen eine Null-Chancen-Mentalität um sich greift. Sowohl von Gruppen in diesem Haus als auch leider von manchen Lehrern wird dies genährt. Wir müssen da sehr aufpassen, weil das wirklich nicht weiterführt.

Stattdessen will auch ich eine große Anerkennung aussprechen für die von vielen engagierten Lehrkräften geleistete hervorragende Arbeit.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Wir müssen dringend prüfen, wie wir künftig sicherstellen, dass sich die Besoldung endlich an der aktuellen Leistung eines Beamten orientiert und nicht lebenslang an einer vor vielen Jahren einmal absolvierten Grundausbildung.

Mein besonderer Dank gilt allen, die trotzdem schon heute in der täglichen Arbeit an Hauptschulen Schüler dadurch motivieren, dass sie sie als Personen akzeptieren, ihnen aber auch deutlich vermitteln, was sie von ihnen erwarten, und konkrete Wege aufzeigen, die zum eigenverantwortlichen Lernen und eigenverantwortlichen Leben führen.

Danke.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. König.

Abg. König REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte mit dem Positiven anfangen: Ich bewerte positiv, dass in der heutigen Debatte zur Hauptschule die linke Seite des Hauses ein – so möchte ich sagen – Bekenntnis zur Hauptschule abgelegt hat. Einzig und allein die Kollegin Rastätter hat zum Schluss noch leicht die Kurve hin zur regionalen Gesamtschule gekriegt.

Als Angehöriger einer Fraktion, die klar zum gegliederten Schulsystem steht, finde ich es sehr gut, dass wir heute einmal über die Hauptschule diskutieren, eine Schule, die Probleme hat. Ich möchte nicht von der Problemschule Hauptschule sprechen, sondern davon, dass die Hauptschule in der Tat Probleme hat. Frau Kollegin Berroth, das muss man erkennen. Deshalb ist es auch notwendig, sich hier Gedanken zu machen, wie man diese Probleme einigermaßen lösen kann.

Auch wir Republikaner finden es deshalb gut, dass es ein Reformkonzept IMPULSE für die Hauptschule gibt; das ist prima. Und dass in dieses Reformkonzept sehr viel mit eingepackt ist, zeigt sich allein dadurch, dass quer durch alle Fraktionen jeder etwas Positives daran finden kann. Das gibt es hier in diesem Haus sehr selten.

Auch wir Republikaner finden verschiedene Ansätze positiv und möchten Sie ermuntern, in der Tat in dieser Rich-

(König)

tung im Modell und im Versuch weiterzufahren. Lassen Sie uns später über die hoffentlich positiven Ergebnisse diskutieren.

Ich möchte jetzt die Gelegenheit nutzen, in das Reformkonzept selbst einzusteigen. Dieses Reformkonzept gliedert sich in vier Kernpunkte.

Der erste Kernpunkt – guter Start in die Hauptschule – sieht drei Modellvarianten vor, nämlich zunächst das Modell A: jahrgangsübergreifend. Das bedeutet, dass Schüler verschiedenen Alters drin sein können, aber es muss auch ein Grund vorhanden sein, warum man gerade die zusammenfasst. Wahrscheinlich nach Leistung; so sehe ich das, Frau Ministerin. Ich gehe davon aus, dass Sie das nachher noch entsprechend erläutern. Okay, darüber kann man nachdenken.

Auch das Modell B, das erprobt wird, ist ein Modell mit „Jahrgangsklassen neuen Zuschnitts“. Für meine Fraktion und für mich ist es sehr interessant. Allerdings finde ich in der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage zu diesem Modell B des ersten Kernpunkts keine Ausführungen darüber, um was für neue Zuschnitte es sich dabei handelt. Handelt es sich etwa um die neuen Zuschnitte, die wir seit Jahren fordern, dass man Jahrgangsklassen so zuschneidet, dass in einer Klasse diejenigen sind, die gut deutsch sprechen, und in der Parallelklasse diejenigen sind, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind? Auch das wäre ein vernünftiger, guter neuer Zuschnitt.

Ich gehe davon aus, dass es in den inzwischen, was weiß ich, ich glaube 140 Schulen, die an diesem Modell B teilnehmen, die eine oder andere Sprachklasse gibt. Frau Ministerin, geben Sie mir nachher bitte Auskunft, in welcher Form das gedacht ist und wie das in den einzelnen Schulen praktiziert wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Kernpunkt 2 mit dem Projekt „Erfolg in der Hauptschule“ wird von uns ganz klar unterschrieben. Ich finde es sehr gut, dass man den Praxisbezug der Hauptschule zu den Betrieben, aber auch zur Berufsschule verstärkt. Sehr gut finde ich auch diesen Praxiszug Hauptschule, den wir ja im Rahmen von OiB schon teilweise verwirklicht hatten. Aber wenn ich dann lese, er ersetze nicht die OiB, meine ich: Okay, das soll er auch nicht. Aber er soll die OiB ergänzen, die OiB erweitern.

Herr Drautz, Sie sehen mich so fragend an, weil Sie wohl nicht wissen, was „OiB“ ist. Es ist die „Orientierung in Berufsfeldern“.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Ich habe überhaupt nichts gesagt!)

– Ich finde es gut, dass Sie mir da zustimmen.

Aber, meine Damen und Herren, es gibt auch noch andere Fragen. Zum Kernpunkt 3 – Projekt „Leistungsmessung in der Hauptschule“ – habe ich besondere Fragen zum Teilprojekt 4: Änderung von Zeugnissen. In Klammern steht: „Fachnoten + Beschreibung überfachlicher Qualifikationen“. Die Frage ist: Sollen die neuen Verbalbenotungen, von denen ich – das wissen Sie – überhaupt nichts halte,

weil es sich meistens um Wischiwaschi-Aussagen handelt, die bisherigen Kopfnoten ersetzen, oder sollen sie den Kopfnoten-Katalog sozusagen erweitern? Für mich ist das eine Frage, die ganz entscheidend ist.

Einen weiteren Punkt, der Probleme aufwirft, möchte ich auch noch ansprechen.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Die ganze Rede wirft Probleme auf!)

Das ist die Benotung der Projektprüfungen.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Peinlich!)

Zumindest für mich als Lehrer in der Praxis ist ein Problem: Wie kann ich eine schülergerechte Benotung finden, wenn der eine oder andere mehr oder weniger in der Gruppe untertaucht, aber das Projekt letztendlich von dem einem oder anderen voll durchgezogen wird? Kann da noch eine unterscheidende Benotung stattfinden? In der Praxis gibt das große Probleme.

(Abg. Zeller SPD: Jetzt haben Sie Ihre Unfähigkeit bewiesen! – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

Abg. König REP: Meine Damen und Herren, wir Republikaner finden es gut, dass ein Konzept einer Reform der Hauptschule vorgelegt wird. Die Praxis wird zeigen, was sich im Einzelnen auf die Hauptschulen günstig und positiv auswirkt. Das andere müssen wir dann eben fallen lassen.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Ministerin Dr. Schavan.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Hauptschule gibt es seit 30 Jahren, und wer diese drei Jahrzehnte überblickt, stellt zweierlei fest: viel öffentliche Debatte mit immer wieder neuer Infragestellung dieser Schulart und gleichzeitig eine ständige pädagogische Entwicklung, die zumindest im Urteil der Eltern und der Schüler und Schülerinnen Früchte trägt.

Das hat unter anderem eine Befragung deutlich gemacht, die der Karlsruher Erziehungswissenschaftler Professor Rekus 1998 in mehreren Bundesländern – in Nordrhein-Westfalen, in Niedersachsen und in Baden-Württemberg – durchgeführt hat. Das ist eine interessante Studie über die Erwartungen der Eltern an diese Schulart, über die Zufriedenheit und über die Prioritäten, die Eltern mit der Hauptschule verbinden, und mit der interessanten Erkenntnis, dass der Zufriedenheitsgrad der Schülerschaft mit der eigenen Schule an keiner Schulart so hoch ist wie an der Hauptschule. Das sind eher ungewöhnliche Ergebnisse, verglichen mit dem, was öffentlich immer wieder diskutiert wird.

Ich glaube, dass das Programm IMPULSE Hauptschule, über das wir heute sprechen, eine wichtige Ergänzung zu dem vorangegangenen Entwicklungsschritt in den Achtzi-

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

gerjahren war und ist, der in die flächendeckende Einrichtung der Werkrealschule gemündet ist.

(Zustimmung des Abg. Seimetz CDU)

Es kann also keine Rede davon sein, dass wir uns ausschließlich auf die Schüler und Schülerinnen konzentrieren, die Schulprobleme oder Probleme außerhalb der Schule und dann auch Schulprobleme haben, sondern es ist schon in einem früheren Entwicklungsschritt Sorge dafür getragen worden, dass der Teil der Schülerschaft, der einen mittleren Schulabschluss machen kann und dafür eine entsprechende Begabung und Motivation mitbringt, dies an unseren Hauptschulen tun kann. Ich glaube, es war ein richtiger Schritt, in beiden Bereichen Akzente zu setzen.

Ich will auf wenige Punkte eingehen, die in der Diskussion angesprochen und zum Teil mit kritischen Fragen verbunden wurden.

Erster Punkt: Es ist nach meiner Einschätzung richtig – und dazu habe ich in den bisherigen Beiträgen einen großen Konsens festgestellt –, dass wir die Hauptschule wirklich als ein Schulkonzept, als ein Lernkonzept begreifen, das sich wesentlich als Praktikerschule erweist. Das heißt aber auch, dass die so genannten praktischen Fähigkeiten, die Schülerinnen und Schüler haben, in der Schule zum Zuge kommen müssen. Deshalb wünsche ich mir für die weitere Entwicklung, dass wir im Bereich der Hauptschule Profile schaffen, die dieser besonderen Art von Fähigkeiten gerecht werden.

Ich glaube, dass wir uns alle aber auch im Klaren darüber sein sollten, dass – jetzt greife ich es einmal in der Form des Satzes von Frau Berroth auf – Lesen, Schreiben, Rechnen und praktische Fähigkeiten noch nicht das Hauptschulkonzept ausmachen, sondern für uns alle wohl klar sein muss, dass auch in der Hauptschule ein Konzept von Grundlagen der Allgemeinbildung notwendig ist, denn dies ist Voraussetzung für Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

Wir haben mit der Profilbildung in jedem Oberschulamtsbezirk mit einer Hauptschule mit Sportprofil begonnen, und wir wollen das ausbauen, ergänzt um musische Profile, gestalterische Profile und vielleicht auch um Profile im Bereich sozialer Praxisanteile mit den entsprechenden Praktika. Meine Vorgängerin hat ja hier im Raum Stuttgart eine großzügige Initiative ermöglicht. Viele hoffen, dass wir auch in anderen Städten wie Mannheim und Karlsruhe Nachahmer finden.

(Zuruf der Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen)

Schulen sehr bewusst finanzielle Möglichkeiten zu geben, um an Profilen zu arbeiten, das ist ein guter Akzent, der auch in unserer Schulentwicklung eine Rolle spielen wird.

Ich möchte auf das Thema kleine Hauptschule eingehen. Es ist gar keine Frage, dass sich in Flächenländern spätestens zum Zeitpunkt des Schülerrückgangs die Frage der Schulstandorte stellen wird. Das ist auch in Bayern und in Niedersachsen so. Meine persönliche Überzeugung ist, dass wir Schulstandorte im ländlichen Raum, in der Fläche wirklich hoch schätzen sollten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Es ist eine Gratwanderung, keine Frage. Aber ob eine Schule mit 49 Jugendlichen und fünf Lehrern für diese 49 Jugendlichen nicht eine enorme Chance ist, würde ich zumindest einmal offen halten. Deshalb stehe ich zum Beschluss des Ministerrats, jetzt nicht über die Zusammenlegung von Schulstandorten nachzudenken, sondern dem Satz „Die Schule gehört ins Dorf und bleibt im Dorf“ einen hohen Stellenwert zu geben,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der FDP/DVP und der Republikaner)

weil die Schule in einem Dorf mehr ist als die Schule. Auch etwa in der Begleitung dieser Schulen können wir sehr wohl feststellen, wie die Ergebnisse sind. Ich habe noch nie gehört, dass Schüler und Schülerinnen aus dem ländlichen Raum, die von einer kleinen Hauptschule kommen, Probleme hätten, eine Lehrstelle zu finden, oder Probleme bei der Weiterqualifizierung hätten. Deshalb sollten wir nicht so schnell den Eindruck erwecken, als könne die kleine Schule mit der dann übrigens auch sehr kleinen Klasse weniger bringen als das große System. Jetzt ist unser Standpunkt klar: Wenn die Schülerzahlen zurückgehen, wird man neu nachdenken müssen. Aber auch dann muss in einem Land wie Baden-Württemberg alles daran gesetzt werden, dass möglichst kurze Schulwege und möglichst viele Standorte erreicht werden und der ländliche Raum möglichst wenig benachteiligt wird.

Ein weiterer Punkt, auf den ich aufmerksam machen wollte, ist heute interessanterweise von der Opposition nicht angesprochen worden – sicher aus gutem Grund. Normalerweise wird ja immer gesagt, dass es bei uns ganz furchtbar sei, weil wir so viele große Klassen hätten. Die Hauptschule in Baden-Württemberg – 1 200 Schulen sind es – ist eine Schulart mit einem hohen Anteil sehr überschaubarer Klassen. Wir haben eine durchschnittliche Klassenfrequenz von 20,9 Schülern. In 80 % der Klassen 5 bis 9 sind 25 oder weniger Schüler, in 40 % der Klassen 20 oder weniger Schüler. Es gibt zusätzliche Deputate für die Städte Stuttgart und Mannheim, die besonders viele Brennpunktschulen haben. Von den Rahmenbedingungen her befindet sich die Hauptschule also in einer guten Lage. Das ist auch gut so und wird sich in den nächsten Jahren weiter entwickeln. Das sind überschaubare Gruppen. Das ist gerade für die Schülerinnen und Schüler in dieser Schulart von großer Bedeutung.

Ich halte die Einschätzung zum erweiterten Bildungsangebot, die jetzt deutlich geworden ist, für problematisch. Wir haben nicht einfach erweitertes Bildungsangebot abgebaut und durch nichts ersetzt, sondern es gibt Veränderungen im Ergänzungsbereich nach unten – das ist keine Frage –,

(Zuruf des Abg. Zeller SPD – Abg. Brechtken SPD: „Änderungen“ ist gut!)

aber Sie wissen auch, dass das erweiterte Bildungsangebot in Bezug auf seine Wirksamkeit nicht das Nonplusultra war. Deshalb gehen wir jetzt andere Wege. Wir haben

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

nicht einfach im Ergänzungsbereich abgebaut, sondern wir haben gesagt:

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

Wir gehen neue Wege für die Verbindung zwischen Schule und Praxis. Dazu gehört der Praxiszug, dazu gehören die Kooperationsklassen, und dazu gehören mehr Praktika. Aufgrund der ersten Erfahrungen, die in diesen über 500 Schulen gemacht werden, bin ich der Meinung, dass die unmittelbare Verbindung zwischen Theorie und Praxis, also nicht die Rekonstruktion innerhalb der Schule, der sinnvollere und wirksamere Weg ist. Manche Schüler erhalten an diesem Praxistag eine ganz neue Motivation für die Schule.

(Beifall des Abg. Seimetz CDU)

Es handelt sich um einen Motivationsfaktor. Das ist das entscheidende Moment, das dann auch dazu führt, dass Betriebe in Kontakt mit diesen Jugendlichen kommen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Zeller SPD: Das ist der Punkt! Sie haben das Unterrichtsangebot insgesamt seit vielen Jahren reduziert!)

– Herr Zeller, nein, wir haben nicht das Unterrichtsangebot reduziert, sondern wir haben viel von dem, was im Ergänzungsbereich war und was sich ausschließlich im Raum von Schule abspielte, verändert und gesagt: Wir brauchen Praxiszüge. Wir brauchen den Tag im Betrieb. Wir brauchen neue Formen.

(Abg. Zeller SPD: Alles klar! Sie haben reduziert!)

– Ja, wenn wir das haben, liegt der Schlüssel nicht im erweiterten Bildungsangebot, sondern er liegt in anderen Formen. Es sagen Ihnen übrigens viele in den Hauptschulen: Der jetzige Weg ist der wirksamere Weg.

Meine Damen und Herren, zu Recht ist gesagt worden, für die Schülerschaft an der Hauptschule seien Ganztagsangebote zunehmend wichtig. Herr Zeller, ich habe noch nicht richtig begriffen, was Sie gestern und heute mit meinen Vorstellungen von Familie gemeint haben, aber das muss ich wohl auch nicht begreifen.

(Abg. Zeller SPD: Das ist Ihr Problem!)

Jedenfalls gibt es in Baden-Württemberg derzeit 44 Ganztags Hauptschulen. Wir haben das Programm auf 120 Hauptschulen ausgelegt. Das bedeutet, es wird natürlich eine deutliche Erweiterung geben. Das ist richtig so.

Es gibt entsprechende Entwicklungen in der Schulsozialarbeit. Den dritten wichtigen Faktor möchte ich aber auch noch hinzufügen, das ist nämlich die Jugendberufshilfe. Das ist für die Hauptschule in der Gleitphase zum beruflichen Schulwesen, in der Phase von der Schule hin in die Beschäftigung und die weitere Ausbildung ein ganz wichtiger Faktor, nämlich die gezielte Begleitung und Beratung vor allem derjenigen, die sich schwer tun und die zu den Benachteiligten gehören. Das gehört künftig zu den Stichworten Ganztagschule und Sozialarbeit als drittes Stichwort in Baden-Württemberg wesentlich dazu.

Meine Damen und Herren, für die Hauptschule gilt, dass derzeit im Bereich von Grund- und Hauptschule ungefähr 760 Deputate in der Förderung von Deutschkenntnissen angesiedelt sind. Die Landesregierung hat beschlossen, zusätzlich 4 Millionen DM zu investieren. Ich bin der Meinung, dass wir in diesem Bereich immer mehr tun können, aber dass mit diesen 760 Deputaten zuzüglich der 4 Millionen DM auch ein wesentlicher Schritt getan ist.

Herr König, Sie wissen, ich halte gar nichts von der Trennung.

(Abg. König REP: Leider, leider halten Sie nichts davon!)

Wir haben in der Hauptschule einen Anteil von 23,6 % ausländischer Jugendlicher. Es ist ganz klar, dass das Zukunftskonzept nicht Separierung heißen kann. Das Konzept kann nicht heißen Schulen für Ausländer und Schulen für Deutsche, sondern das Konzept muss heißen, gemeinsam mit dem Lernen voneinander und begleitet durch genügend Möglichkeiten vorab in der Förderklasse Deutschkenntnis zu erwerben.

(Abg. König REP: Da sollen auch Allochthone dabei sein, Aussiedler, alle, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind!)

Ich freue mich, dass wir immer mehr Fördervereine an Hauptschulen haben. Auch das ist in Baden-Württemberg kein Privileg von Gymnasien mehr. An über 500 Hauptschulen gibt es jetzt Freundes- und Förderkreise. Es gibt weitere Gründungen, vor allen Dingen durch die Unterstützung der Robert-Bosch-Stiftung. So ist es, finde ich, im Ganzen genommen nachvollziehbar, dass nicht nur die deutschen Arbeitgeberverbände gesagt haben, dieser Weiterentwicklungsprozess sei vorbildhaft und werde wesentlich von den Schulen getragen und die Hauptschule sei eine wirklich innovative Schulart, sondern auch das Handwerk im letzten Jahr 54 % aller Lehrstellen an Absolventen von Hauptschulen vergeben hat. Es ist also nicht wahr, dass diejenigen, die eine Hauptschule besuchen, keine Perspektive haben. Sie haben in dem Maße Perspektiven, in dem es uns gelingt, pädagogisch weiterzuentwickeln, zu differenzieren, verschiedene Wege junger Menschen in der Hauptschule zu begleiten und im öffentlichen Bewusstsein deutlich zu machen:

(Abg. Zeller SPD meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Das Lernen, das deutlich an Praxis und Realität ausgerichtet ist, ist ein innovatives Lernen, ist zukunftsfähiges Lernen und führt in Beschäftigung und qualifizierte Ausbildung. Weil das der entscheidende Faktor ist, deshalb sage ich auch: Wenn wir in Baden-Württemberg derzeit die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit generell in Deutschland haben, dann hat das auch etwas mit der guten und wirkungsvollen Arbeit unserer Hauptschule zu tun.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Frau Ministerin, Herr Abg. Zeller hätte noch gerne eine Zwischenfrage gestellt.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Die Diskussion ist doch zu Ende.

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, die Große Anfrage ist durch die Besprechung erledigt.

Der Tagesordnungspunkt 3 ist damit erledigt.

Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass der Untersuchungsausschuss „Förderpraxis bei der ländlichen Sozialberatung der Bauernverbände“ um 14:00 Uhr im Eugen-Bolz-Saal zusammentritt.

Ich unterbreche die Sitzung bis 14:30 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 13:07 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:30 Uhr)

Stellv. Präsident Birzele: Meine sehr verehrten Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Fragestunde – Drucksache 12/4498

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 1 auf:

Mündliche Anfrage der Abg. Helga Solinger SPD – Weiterführung des Aufgabenfeldes des früheren Instituts für Geschichte der Medizin an der Universität Tübingen

Frau Abg. Solinger, Sie haben das Wort zur Verlesung Ihrer Anfrage.

Abg. Helga Solinger SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

- a) Mit welcher Konzeption und mit welchen personellen, sachlichen und finanziellen Ressourcen wird gegenwärtig, das heißt nach der Emeritierung des früheren Lehrstuhlinhabers zum Ende des Sommersemesters 1998 und nach dem Vollzug des k.w.-Vermerks an seiner Stelle, das frühere Institut für Geschichte der Medizin an der Medizinischen Fakultät der Universität Tübingen in Forschung und Lehre weitergeführt?
- b) Teilt die Landesregierung die Auffassung, dass das Aufgabenfeld des Instituts für Geschichte der Medizin weitergeführt und insbesondere seine Bibliothek erhalten bleiben sollte, damit die medizinhistorische Fundierung der Tübinger Medizinischen Fakultät fortgeführt werden kann und die Lehr- und Forschungstradition des Tübinger Instituts auch künftig fruchtbar wird?

Stellv. Präsident Birzele: Herr Staatssekretär Sieber, Sie haben das Wort zur Beantwortung der Anfrage.

Staatssekretär Sieber: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage der Frau Abg. Solinger wie folgt:

Zu a: Mit der Frage wird ein typisches Problem der Universitäten vor Ort bei der Umsetzung der mit der Landesregierung im Solidarpakt ausgehandelten Einsparauflagen angesprochen. Im Zuge der Umsetzung dieser Einsparauflagen des Solidarpakts hatte die Universität Tübingen im Jahre 1998 beschlossen, die C-4-Professur Geschichte der Medizin nach dem altersbedingten Ausscheiden des Lehrstuhlinhabers im Oktober 1998 anders zu verwenden.

Dem Land und der Universität ist es aber gelungen, auf den bereits im April 1998 neu eingerichteten Lehrstuhl für Ethik in der Medizin einen renommierten Wissenschaftler zu berufen, der nicht nur im Fach Ethik in der Medizin, sondern auch im Fach Geschichte der Medizin habilitiert ist. Er leitet seit Oktober 1998 als kommissarischer Direktor das Institut für Geschichte der Medizin. Das Institut ist damit arbeitsfähig und nimmt weiterhin die bisherigen Aufgaben in Forschung und Lehre wahr. – Dies zur aktuellen Situation.

Zu b und damit zur künftigen Situation: Die Medizinische Fakultät plant außerdem, das Institut für Geschichte der Medizin und das Institut für Ethik in der Medizin mittelfristig zu einem Institut für Ethik und Geschichte der Medizin zusammenzuführen. Die Universität bemüht sich, in diesem neu zu gründenden Institut eine zusätzliche C-3-Professur für Geschichte der Medizin einzurichten.

Es besteht also die klare Absicht, die Arbeit des Tübinger Instituts für Geschichte der Medizin auf dem erreichten hohen Niveau weiterzuführen. Dies schließt selbstverständlich auch die Erhaltung der umfangreichen und renommierten Bibliothek sowie der bundesweit bekannten und überaus geschätzten Datenbank aller medizinischen Dissertationen seit 1970 ein.

Ergänzend möchte ich darauf hinweisen, dass die vor Ort getroffenen Entscheidungen allein in den Entscheidungsbereich der Universität fallen. Die unmittelbaren Einwirkungsmöglichkeiten des Landes sind dementsprechend gering. Dies ist politisch so gewollt und entspricht der Vorstellung einer modernen Gesellschaft, die auch ihren Universitäten eine weitgehende Entscheidungshoheit überträgt.

Stellv. Präsident Birzele: Zusatzfrage, Frau Abg. Solinger.

Abg. Helga Solinger SPD: Herr Staatssekretär, nach diesen sehr beeindruckenden letzten Worten frage ich Sie: Sieht es die Landesregierung nicht auch als ein denkbar schwieriges Signal nach außen hin an, dass in der heutigen Zeit, bei unserer gesundheitspolitischen Diskussion, gerade das Gebiet Geschichte der Medizin geschwächt werden könnte? Ist es deshalb nicht auch notwendig, dass die Landesregierung ein Auge darauf hat, dass dieser Aspekt gewahrt bleibt?

Staatssekretär Sieber: Frau Kollegin Solinger, der Landesregierung ist es sehr wichtig, dass die Arbeit des Instituts für Geschichte der Medizin an der Universität Tübingen fortgeführt werden kann. Ich habe darauf hingewiesen,

(Staatssekretär Sieber)

dass es dem Land und der Universität bei der Besetzung des Lehrstuhls für Ethik in der Medizin gelungen ist, jemanden zu finden, der dieses wichtige Fach gleichrangig mit vertreten kann.

Stellv. Präsident Birzele: Keine weiteren Zusatzfragen. – Dann rufe ich die Mündliche Anfrage unter Ziffer 2 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Gerd Weimer SPD – Zeitnahe Auszahlung von Zuschüssen

Bitte schön, Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort zur Verlesung Ihrer Anfrage.

Abg. Weimer SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

Sieht die Landesregierung eine Möglichkeit, Zuschüsse, so genannte Freiwilligkeitsleistungen, zum Beispiel im Zuständigkeitsbereich des Sozialministeriums zeitnäher zum Jahresbeginn und nicht erst zur Jahresmitte zur Auszahlung anzuweisen?

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort zur Beantwortung der Anfrage erhält Frau Staatssekretärin Lichy.

Staatssekretärin Johanna Lichy: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantwortet das Sozialministerium Ihre Mündliche Anfrage, Herr Abg. Weimer, wie folgt:

Wesentliche Voraussetzung für die Bewilligung und Auszahlung von Zuwendungen ist die haushaltsrechtliche Freigabe der Mittelbewirtschaftung durch die Verwaltungsvorschriften des Finanzministeriums zum Haushaltsvollzug. Diese können erst nach der Verabschiedung des Haushalts durch den Landtag ergehen. Für die Bewilligung und Auszahlung von Zuwendungen sind dann die Verwaltungsvorschriften zu § 44 der Landeshaushaltsordnung maßgebend.

Voraussetzung für eine Bewilligung ist aufseiten des Landes insbesondere die Bereitstellung der erforderlichen Ausgabe- und Betriebsmittel. Aufseiten der Zuwendungsempfänger ist es die rechtzeitige Antragstellung mit allen erforderlichen Unterlagen. Bei jährlich wiederkehrenden Förderungen gehört dazu oft auch der Verwendungsnachweis oder das Rechnungsergebnis für das Vorjahr sowie die Prüfung durch die Bewilligungsbehörde – in der Regel sind dies die Regierungspräsidien – und letztlich die Erteilung des Bewilligungsbescheids und der Eintritt der Rechtsbeständigkeit mit Ablauf der Rechtsbehelfsfrist. Zuwendungen dürfen nämlich nicht vor Bestandskraft des Zuwendungsbescheids ausgezahlt werden. Die Zuwendungsempfänger werden daher darauf hingewiesen, dass sie diese Bestandskraft und damit auch die Auszahlung durch eine Rechtsmittelverzichtserklärung schneller herbeiführen können.

Die Regierungspräsidien sind bemüht, die Zuwendungen so rasch wie möglich zu bewilligen und auszuzahlen, da viele Maßnahmenträger gerade im Sozialbereich, wie Sie gesagt haben, auf die Mitfinanzierung durch das Land angewiesen sind. Im Rahmen der laufenden Kontakte mit den Bewilligungsbehörden werden diese regelmäßig um eine

zügige Abwicklung der Zuwendungen gebeten. Der tatsächliche Auszahlungstermin soll damit in weitestgehendem Umfang so nahe wie möglich an den Beginn der Förderperiode – in der Regel das Haushaltsjahr – gerückt werden. Auch durch die Übertragung der Abwicklung von Förderprogrammen auf die LKB – dies ist zum Beispiel bei den Arbeitslosenprogrammen so – soll eine weitere Beschleunigung im Verfahrensablauf herbeigeführt werden.

Ich darf persönlich ergänzen: Wenn Sie Fälle kennen – konkrete Beispiele –, bei denen die Abwicklung der Zuwendungen tatsächlich lange gedauert hat, dann melden Sie dies bitte, Herr Abgeordneter. Wir gehen dem selbstverständlich nach. Wir haben uns auch wiederholt bemüht, Abwicklungen so schnell wie möglich durchzuführen. Aber wenn die Anträge oder die Nachweise nicht rechtzeitig eingegangen sind, können wir oft auch nicht abhelfen.

Stellv. Präsident Birzele: Zusatzfrage, Herr Abg. Weimer.

Abg. Weimer SPD: Frau Staatssekretärin, Ihr Angebot nehme ich gern an. Aber ich glaube, dass es sich um ein generelles Problem handelt. Stimmen Sie mir zu, dass es nicht gerade einen Beitrag zur Stärkung von bürgerschaftlichem Engagement darstellt, wenn beispielsweise ein freigeinntzlicher Träger eines Kindergartens – ehrenamtliche Kräfte, die das organisieren – bis zu einem halben Jahr vorfinanzieren muss, bis im Juli endlich der Zuwendungsbescheid und das Geld vom Land kommen?

(Abg. Haas CDU: Dann wird es besser!)

Staatssekretärin Johanna Lichy: Ich habe Ihnen das ja gesagt, Herr Abgeordneter. Das ist einfach deshalb so, weil der Haushaltsvollzug korrekt sein muss. Daher gibt es für kleinere Träger tatsächlich oft Schwierigkeiten. Wir sind ihnen auch gern dabei behilflich, dass sie ihren eigenen Haushalt zeitnäher aufstellen und sich einfach zeitnäher mit den Förderkriterien auseinander setzen können. Wir nehmen immer wieder mit den Regierungspräsidien Kontakt auf und legen auch den Auszahlungstermin so weit wie möglich nach vorn. Aber, wie gesagt, vor einer Auszahlung müssen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden. Wenn ich das so ergänzen darf: Es ist auch oftmals eine Übungssache der einzelnen Träger. Wenn man einmal weiß, woran es ein bisschen klemmen könnte, dann kommt man beim nächsten Mal einfach schneller zu Stuhle.

Stellv. Präsident Birzele: Zweite Zusatzfrage, Herr Abg. Weimer.

Abg. Weimer SPD: Ist Ihnen bekannt, dass das Finanzministerium mit dieser Frage sehr restriktiv umgeht, und sind Sie bereit, auf das Finanzministerium dahin gehend einzuwirken, dass dann zum Beispiel in solchen Einzelfällen großzügiger und unbürokratischer mit Ausnahmeregelungen gearbeitet werden kann?

Staatssekretärin Johanna Lichy: Wir können uns natürlich nicht über die finanz- und haushaltstechnischen Dinge hinwegsetzen. Wir haben schon sehr oft auch bei den Regierungspräsidien nachgehakt und sind behilflich. Aber, wie gesagt, die Förderkriterien müssen berücksichtigt werden, und die Antragstellung muss natürlich schon korrekt sein. Wir können nicht einfach sagen, einstweilen solle ein-

(Staatssekretärin Johanna Lichy)

mal ausgezahlt werden. Dort, wo es keine Probleme gibt, machen wir dies selbstverständlich.

Wie gesagt, das Angebot gilt: Melden Sie uns Einzelfälle. Wir gehen ihnen gern nach.

Stellv. Präsident Birzele: Es liegen keine weiteren Anfragen vor. Damit ist die Fragestunde beendet und Punkt 4 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Vermessungsgesetzes und anderer Gesetze – Drucksache 12/4211

Beschlussempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses – Drucksache 12/4401

Berichterstatlerin: Abg. Dr. Inge Gräßle

Frau Abg. Dr. Gräßle, wünschen Sie als Berichterstatlerin das Wort?

(Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Nicht als Berichterstatlerin!)

– Nein.

Das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache über den Gesetzentwurf eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Das Wort erhält Frau Abg. Dr. Gräßle.

Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir sind unter uns, wie schön.

Die Erste Beratung und die Beratung im Ausschuss haben uns den Stand in Sachen Vermessungswesen vor und nach dieser Novelle wägen lassen. Die Argumente sind, denke ich, ausgetauscht. Es gab eine Veränderung bei den Ausbildungszeiten. Ansonsten haben wir keinen Veränderungsbedarf gesehen, nachdem die CDU-Fraktion der Ansicht ist, dass diese Novelle zwar ein Schritt in die richtige Richtung ist, dass dieser Novelle aber zwingend eine weitere Novelle und eine Modernisierung des gesamten Gesetzes folgen muss.

Es liegen Zusatzanträge vor, die teilweise deckungsgleich im Wirtschaftsausschuss gestellt wurden. Sie betreffen die Abstimmung mit den Kommunen, die ÖbV-Zulassung, die Ausbildungsdauer und die Altersteilzeit. Einige dieser Punkte sind bereits im Wirtschaftsausschuss beraten worden. Auch da sind die Argumente ausgetauscht. Die Auseinandersetzung über die Altersteilzeit sollten wir dort führen, wo sie geführt werden muss, aber vor allem nicht bei diesem Tagesordnungspunkt. Für die CDU-Fraktion liegt kein Veränderungsbedarf für diese Novelle vor.

Ich habe auf die Auseinandersetzung über diese Novelle vielfältige Reaktionen erfahren und möchte nun auf das eingehen, was jetzt aus der Sicht der CDU-Fraktion noch kommen muss.

Wir sind nach wie vor stark daran interessiert, dass die Auseinandersetzung über die Frage, wie ein modernes Vermessungswesen im 21. Jahrhundert in einem Land aussehen muss, weitergeht. Wir sind daran interessiert, mit allen beteiligten Gruppen ins Gespräch zu kommen, auch mit den Beschäftigten und mit den Gewerkschaften. Wir wollen eine Novellierung ins Auge fassen, die den Bedürfnissen der Grundstückseigentümer und der Wirtschaft in diesem Land entgegenkommt und die eine Antwort auf die Notwendigkeiten einer modernen Gesellschaft gibt.

Wir laden alle Betroffenen, die ÖbVs und die Beschäftigten, dazu ein, mit uns in Kontakt zu treten, an der Novellierung des Gesetzes teilzunehmen und ihre Sicht der Dinge einzubringen.

Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Hausmann.

Abg. Rudolf Hausmann SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es wäre schön, wenn das, was nun stattfindet, ein richtiger Schritt in die richtige Richtung wäre. Allerdings sind so viele Fragen, Frau Gräßle, die aufgeworfen sind, ungeklärt und nicht gelöst,

(Minister Dr. Döring: Was?)

dass wir diesen Gesetzentwurf, wenn nicht Zusatzanträgen zugestimmt wird, ablehnen werden.

(Minister Dr. Döring: Oh!)

Ich will auf eine ganz spannende Diskussion eingehen, Herr Döring. Wir haben über die Zulassungsvoraussetzungen für die öffentlich bestellten Vermessungsingenieure und -ingenieurinnen diskutiert. Dabei haben Sie den Vorschlag gemacht, die vier Jahre Praxis als Eingangsvoraussetzung für die Fachhochschulabgänger – ein Jahr Praxis für die Universitätsabgänger – zu reduzieren. Daraufhin gab es eine Flut von Briefen. Die haben Sie auch offiziell und dann in die einzelnen Büros bekommen. Da stand drin, die Praxisausbildung der Fachhochschulabsolventen sei im Prinzip anwendungsorientierter – die haben zwei Praxissemester während der Ausbildung – als die der Uni-Absolventen. Auf jeden Fall wollten Sie mindestens gleiche Eingangsvoraussetzungen.

Im Wirtschaftsausschuss konnten Sie sich der Argumentation auch nicht völlig widersetzen, und Sie haben dann die geniale Idee gehabt, die Differenzierung von 4 : 1, die Sie vorhatten, auf 3 : 1 zu verändern. Ich frage Sie jetzt: Um Gottes willen, warum war es nicht möglich, eine gleiche Eingangsvoraussetzung festzulegen, nämlich zwei Jahre für beide, weil der Fachhochschulabsolvent mindestens die gleiche Praxisvoraussetzung hat? Auf diese Frage haben Sie leider Gottes keine Antwort gegeben. Sie kommen, wie gesagt, mit drei Jahren für Fachhochschulabsolventen und einem Jahr für die Universitätsabsolventen. Das ist völlig unverständlich. Sie haben nachher die Chance, Ihre Meinung noch zu ändern. Es gibt hierzu Anträge von uns und von den Grünen.

(Rudolf Hausmann)

Zweiter Punkt: Stellungnahme des Städtetags. Ich will es nicht lange ausführen, aber einfach darauf hinweisen: Im Kienbaum-Gutachten, das damals die Grundlage für die ganze Reform des Vermessungswesens war, und später dann vom Wirtschaftsministerium ist erklärt worden, die Einführung der ÖbVs solle für die Kommunen so zuverlässig und deswegen einvernehmlich für eine bestimmte Zeit stattfinden, dass die Kommunen die Chance hätten, sich auf die veränderte Gesetzeslage einzustellen und damit in der Konkurrenz zu den öffentlich bestellten Vermessungsingenieuren auch gleiche Chancen im Wettbewerb zu bekommen. Leider bei Ihnen Fehlanzeige. Die Stellungnahme des Städtetags liegt vor. Die Interessen der Kommunen in dieser Frage sind nicht berücksichtigt.

Den Teil Gebührenordnung haben Sie nicht einmal problematisiert. Ich will dazu keine Ausführungen machen. Ich habe dazu bereits in meiner letzten Rede etwas gesagt. Die jetzige Gebührenordnung, die jetzige Regelung wird dazu führen, dass sich die ÖbVs natürlich auf die lukrativen Dinge stürzen werden, also auf Vermessungsarbeiten eher im städtischen Bereich, wo man halt pro Quadratmeter mehr verdient, und die Vermessungsarbeiten im ländlichen Bereich, wo es kein anderer macht, werden eben an den öffentlichen Dienst vergeben werden. So etwas nennt man Sozialisierung von Defiziten. Und nächstes oder übernächstes Jahr schimpfen Sie dann wieder auf die Ineffektivität des öffentlichen Dienstes, wozu Sie im Augenblick die Grundsteinlegung machen.

Vierter und letzter Punkt – damit will ich es auch zu diesem Thema bewenden lassen –: soziale Flankierung. Frau Gräßle, Sie haben dies das letzte Mal zumindest thematisiert, aber nicht beantwortet. Was wir jetzt machen, heißt: Wir beschleunigen, dass öffentlich bestellte Vermessungsingenieure und -ingenieurinnen in Aufgaben hineinkommen, die bisher von staatlichen und städtischen Vermessungsämtern wahrgenommen wurden.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Richtig!)

Das bedeutet aber, dass wir gleichzeitig schauen müssen, was mit den Beschäftigten passiert; denn das bedeutet weniger Stellen im öffentlichen Bereich. Und was bedeutet das für die zumindest in der Zeit der großen Koalition gemeinsam erklärte Absicht, einen Einstellungskorridor für die jungen Leute beizubehalten? Antwort: Fehlanzeige, bzw. bei der Diskussion vor wenigen Wochen haben Sie sich grundsätzlich gegen die Einführung von Altersteilzeit und von Vorruhestandsregelungen ausgesprochen, wie sie im öffentlichen Dienst bereits tarifiert sind und wie sie die Landesregierung von Baden-Württemberg, noch bevor Schröder an die Regierung kam, im Bundesrat ausdrücklich befürwortet hat. Da ist jetzt Fehlanzeige. Sie setzen es nicht um. Sie sagen Nein.

Unter diesen Umständen will ich zum Schluss kommen und sagen: Wer so mit sachlichen Argumenten umgeht, die im Raum stehen, und diese Fragen einfach unbeantwortet lässt, wer so mit sozialen Fragen umgeht und diese unbeantwortet lässt, wer so mit der Zukunft der Jugend, auch wenn es da, gemessen an der Gesamtbevölkerung, um wenige Menschen geht, umgeht, der kann nicht erwarten, dass da zugestimmt wird. Ich möchte Sie bitten, sich unseren

Anträgen doch noch anzuschließen. Ansonsten werden wir diesen Gesetzentwurf ablehnen.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Hildebrandt.

Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der vorliegende Gesetzentwurf ist nur ein Stück, er ist aber hoffentlich nicht das, als was er in der Diskussion schon bezeichnet wurde, nämlich ein Stückwerk. Er ergibt sich folgerichtig aus Entscheidungen, die schon vorher, zum Teil auch in der vorherigen Legislaturperiode, getroffen worden sind. Insofern könnte man sagen, er gehöre mit zur Gesetzesroutine und könne hier abgehakt werden.

Wenn man aber genau hinhört, wie der Gesetzentwurf auch von den Befürwortern und von Antragstellern bezeichnet wird – zum Beispiel „ein erster Schritt in die richtige Richtung“ –, wird man nachdenklich. Wer nämlich in der Lektüre solcher Texte geübt ist und Erfahrung hat, der weiß, dass, wenn etwas als „erster Schritt in die richtige Richtung“ bezeichnet wird, das auf Deutsch und im Klartext heißt: Da fehlt noch viel, da ist etwas falsch.

(Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Nein! Das überinterpretieren Sie!)

Das „Zwiespach“ der Politikersprache kann ein bisschen aufgedeckt werden. Man muss das nicht überinterpretieren, aber die Ankündigung der Notwendigkeit einer weiteren Gesetzesnovellierung in kurzer Frist deutet natürlich darauf hin, dass wir es hier tatsächlich mit Stückwerken zu tun haben. Natürlich sind darin Regelungen enthalten, die gemacht werden müssen, mit denen wir auch einverstanden sind, zum Beispiel die Erleichterung der Abmarkungspflicht. Ich denke, dass wir das auch gegen die Einwände, die von anderer Seite vorgetragen worden sind, unterstützen können.

(Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: So, also!)

Ich glaube, dass dies kein Streitpunkt ist. Auch die anderen Punkte, über die wir uns sonst streiten, dürften nicht so schwerwiegend sein. Sie sollten aber trotzdem genannt werden, um die Probleme aufzuzeigen.

Privatisierung: Ich will das jetzt nicht zum Anlass nehmen, überhaupt über die Probleme bei der Privatisierung öffentlicher Aufgaben zu reden. Ich will aber doch die Gelegenheit nutzen, die Landesregierung daran zu erinnern, dass mit dem Rückkauf der UMEG schon deutlich geworden ist, dass sich Privatisierung erstens im konkreten Fall bewähren muss und im konkreten Fall die Vorteile gegenüber einer Wahrnehmung durch die öffentliche Hand auch gezeigt werden müssen. Zweitens müssen die Übergangsprobleme gelöst werden. Wir haben hier solche. Wenn die Privatisierung durchgreift, müsste man eigentlich bei einheitlichen Eingangsvoraussetzungen für die öffentlich bestellten Vermessungsingenieure auch sagen, dass sie einen Rechtsanspruch darauf haben, bestellt zu werden, das heißt, dass der Zugang durch ein Angebot an Vermessungsingenieure, die das machen wollen, geregelt wird.

(Dr. Hildebrandt)

Das ist auch nicht die Regelung, die Sie jetzt vorschlagen. Sie haben das geändert, indem Sie sagen, „soweit öffentliche Belange dem nicht entgegenstehen“. Das ist okay, das muss so sein,

(Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Dann hören Sie auf zu granteln!)

weil wir ein ungeklärtes, ungelöstes Nebeneinander von öffentlicher Tätigkeit und Tätigkeit der öffentlich bestellten Vermessungsingenieure haben.

Der Forderung nach einer klaren Aufgabentrennung, einer klaren Aufgabenzuweisung für die öffentlich bestellten Vermessungsingenieure sind Sie mit dem Hinweis entgegengetreten, dass es sich hierbei um hoheitsrechtliche Befugnisse gemäß Grundgesetz handle, die in der Regel Angehörigen des öffentlichen Dienstes zu übertragen seien, das heißt, auch von der staatlichen Vermessungsverwaltung wahrgenommen werden müssen. Das heißt, wir haben da eine Parallele, eine Parallelführung von einem Ansatz von Privatisierung dieser Aufgaben, indem wir sie weiter den öffentlich bestellten Vermessungsingenieuren übertragen, und der Notwendigkeit, die staatliche Vermessungsverwaltung nach wie vor vorzuhalten. Da besteht auch Konsens.

Daraus ergeben sich dann die Probleme, von denen der Kollege Hausmann eines genannt hat, nämlich die Frage der Gebührenordnung, die nicht so geregelt werden kann, wie das jetzt vorgesehen ist.

Daraus ist die Konsequenz zu ziehen: Wir haben noch einmal einen Antrag gestellt, der schon im Wirtschaftsausschuss behandelt wurde, der die Übergangsregelungen betrifft. Das ist, was die Zulassungsvoraussetzungen betrifft, auch keine klare und eindeutige Lösung. Das kann auch nicht sein, weil wir diese Parallelführung haben, aber das beinhaltet eine vom Städtetag zu Recht geforderte Übergangsregelung.

Wir unterstützen, dass die öffentliche Bestellung der Vermessungsingenieure für zehn Jahre im Benehmen – nicht im Einvernehmen, das ist ein Unterschied – mit den betroffenen Gemeinden erfolgt, sodass die Folgekosten oder die Folgeprobleme bei diesem Übergang nicht einseitig auf den Schultern der betroffenen Gemeinden lasten, also zum Beispiel Rückgang der Gebühren, entsprechende finanzielle Verluste mit den sich für die Gemeinden daraus ergebenden Personalproblemen.

Ich bitte Sie, wenigstens diesem Änderungsantrag zuzustimmen. Falls das nicht geschieht, werden wir dem Gesetzentwurf die Zustimmung verweigern.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Hofer.

Abg. Hofer FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich stimme der Frau Kollegin Dr. Gräßle zu, dass das, was wir heute beschließen, sicherlich nicht die letzte Novellierung im Vermessungswesen ist

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Wohl wahr!)

und dass es ein erster und wichtiger Schritt zu einer stärkeren Beteiligung privatberuflicher, freiberuflich tätiger Vermessungsingenieure ist. Deswegen wird es kein Stückwerk sein, aber es wird noch einiges kommen müssen.

Am Beispiel Vermessungswesen können wir, glaube ich, jetzt einmal ganz anschaulich sehen, wie zäh und schwierig der Prozess ist, den politischen Willen nach Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen auch wirklich umzusetzen.

Umso wichtiger erscheint mir deshalb, dass die einzelnen Schritte, die jetzt zielführend gemacht werden, auch wenigstens konsequent gemacht werden.

Der wichtigste Punkt ist ja im Grunde genommen, dass man von der bisherigen Bedarfsprüfung im Einzelfall abgerückt ist und lediglich noch prüft, ob etwa das öffentliche Interesse an einem geordneten Vermessungswesen entgegensteht. Gerade deshalb, weil dies der eigentliche Kernbereich dieses Gesetzes ist, wäre das Einführen von Ermessensentscheidungen oder die Forderung nach Herstellung von Benehmen und Einvernehmen in 25 Fällen über zehn Jahre hinweg im Grunde genommen eine Verwässerung.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Ich sage es einfach mal so. Ich weiß, ich bin da angreifbar, aber ich sage aus einer gewissen Erfahrung, dass die Städte hier durchaus Steuerungsmöglichkeiten haben. Sehr viele Vermessungsingenieure und Mitarbeiter sind bei uns in den verschiedensten Bereichen tätig, insbesondere in den Stadtplanungsämtern, und dort machen sie eine hervorragende Arbeit.

Die Zulassungspraxis sollte jedenfalls – und das ist ganz wichtig – einheitlich und landesweit nach den gleichen gesetzlichen Kriterien geregelt sein.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wir begrüßen natürlich auch die Aufhebung von Befreiungstatbeständen und Ermäßigungen bei den Vermessungsgebühren. Das erhöht natürlich den ÖbV-Anteil. Dass man die Zeiten der Beschäftigung in der Katastervermessung reduziert hat, ist, glaube ich, unbestritten. Unstreitig ist, dass das Verhältnis 4 : 1 nicht richtig war. Ich habe das schon in der ersten Lesung gesagt. Ich glaube schon, dass man noch eine gewisse Differenzierung der beiden Ausbildungsgänge, die sich ja nach Art, Dauer und Inhalt schon unterscheiden, machen kann. Aber man kann darüber streiten, ob nun drei Jahre oder zwei Jahre besser wären. Drei Jahre haben wir mit dem Koalitionspartner vereinbart.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließen: Es ist für mich keine Frage, dass es bei der Anwendung des neuen Gesetzes natürlich noch Reibungen und Schwierigkeiten geben wird. Das liegt einfach daran, dass der Landesvermessungsbetrieb ein auf Wirtschaftlichkeit ausgerichteter Betrieb ist, der natürlich sehen muss, dass er möglichst viele Gebühren hereinholt, um seine Mitarbeiter auch in einem richtigen Kosten-Leistungs-Verhältnis erscheinen zu lassen, und der im Grunde genommen vom Ansatz her das Gegenteil von dem tun muss, was man gleichzeitig wünscht, und zwar eine Erhöhung des Anteils der ÖbVs.

(Hofer)

Darin, dass sich so etwas nicht von selber löst, gebe ich Ihnen, Herr Dr. Hildebrandt, Recht. Man wird Prioritäten setzen müssen. Es wird gar nicht anders gehen. Frau Dr. Gräßle hatte einmal vorgeschlagen, zu prüfen – und ich würde das auch anregen, Herr Staatssekretär –, ob es auf dem Gebiet der Flurneuordnung denn nicht zahlreiche Aufgaben gibt, die man über die Vermessungsbetriebe erledigen kann. Nur darf man es dann natürlich nicht in der Weise machen, dass man seitens der Flurneuordnung sagt: Das kostet nichts, weil die Vermessungsämter ja sowieso vorhanden sind.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Das ist kein richtiger Weg. Wenn man schon einen Betrieb hat, dann muss man zumindest innere Verrechnungen machen. Man muss eine Rechnung stellen. Dann kommen auch Einnahmen.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Ich habe mir – nur als weiteres Beispiel; auch das würde ich gern, Herr Staatssekretär, zur Empfehlung und zur Prüfung weiterleiten – sagen lassen, dass man beim digitalisierten Liegenschaftskataster sehr wohl noch über die Quantität in die Qualität gehen kann und damit durchaus auch Entgelte von den interessierten Kommunen erzielen kann. Das wäre ein Weg, mit dem man gleichzeitig den Mitarbeitern in der Vermessungsverwaltung wieder neue Perspektiven geben könnte. Eine solche Priorisierung und eine solche Aufgabenverteilung scheinen mir auf Dauer unerlässlich zu sein.

Ich möchte an dieser Stelle noch etwas sagen. Mein Fraktionsvorsitzender, Herr Pfister, hat bei der Beratung über die Altersteilzeit schon eine Anregung gegeben. Ich möchte bei der Altersteilzeit schon unterscheiden, ob gewissermaßen Stellen wieder besetzt werden oder ob sie dazu dient, Stellen entfallen zu lassen. Deshalb ist da für mich das letzte Wort noch nicht gesprochen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Schonath.

Abg. Schonath REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Über diesen Gesetzentwurf wurde hier im Plenum sowie im Wirtschaftsausschuss hinreichend beraten. Zu diesem Gesetzentwurf habe ich in der ersten Lesung ausführlich Stellung genommen und die Bedenken der Republikaner vorgetragen. Verschiedene Punkte wurden heute von den Vorrednern angesprochen; ich will auf eine Wiederholung verzichten.

Der Gesetzentwurf sieht unter anderem vor, dass künftig das Hindernis der Bedarfsprüfung im Verfahren für die Bestellung öffentlich bestellter Vermessungsingenieure entfällt. Daraus kann geschlossen werden, dass das Wirtschaftsministerium entlastet werden soll. Diese Entlastung geht uns Republikanern aber nicht weit genug. Zur weiteren Entlastung der Ministerialbürokratie sollen Einzelfälle nicht auf der Ebene der Ministerien bearbeitet werden.

Allein die Bestellung von öffentlich bestellten Vermessungsingenieuren durch das Wirtschaftsministerium soll, wie im Gesetz vorgesehen, beibehalten werden. Angelegenheiten wie Aufsicht, Bestimmung und Verlegung des Amtssitzes sowie Genehmigung zur Vornahme einzelner Arbeiten außerhalb des Amtssitzes sollen in die Zuständigkeit einer Institution übertragen werden. Dafür bietet sich das Landesvermessungsamt als Landesoberbehörde an. Diese Behörde nimmt ja bereits heute den Amtseid für die öffentlich bestellten Vermessungsingenieure ab und händigt diesen die Bestellungsurkunde aus.

Wir Republikaner haben deshalb den Antrag gestellt, dass in Artikel 1 Nr. 4 § 11 Abs. 4 des Vermessungsgesetzes wie folgt geändert wird:

Das Landesvermessungsamt legt den Amtsbezirk und den Amtssitz, von dem aus der öffentlich bestellte Vermessungsingenieur tätig wird, im Einvernehmen mit ihm fest. Die Verlegung des Amtssitzes bedarf der Zustimmung des Landesvermessungsamts.

Wenn Sie, Frau Gräßle, vorhin von einem Schritt in die richtige Richtung gesprochen haben, so ist das ein zweiter Schritt in die richtige Richtung. Zwei Schritte in die richtige Richtung sind aber besser als einer.

(Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Das sehe ich anders!)

Deswegen bitten wir um die Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Staatssekretär Dr. Mehrländer.

Staatssekretär Dr. Mehrländer: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Gesetzentwurf stellt einen Baustein der Reformmaßnahmen im Vermessungswesen dar; denn er bringt mehr Deregulierung, er bringt mehr Wettbewerb zwischen ÖbVs und staatlichen Vermessungsämtern, und er bringt ein Mehr an Kostentransparenz. Im Übrigen arbeiten wir an einer Gebührenverordnung. Sie wird bald in Kraft treten.

Es besteht Einvernehmen, dass weitere Schritte folgen müssen. Diese Schritte beinhalten einmal, dass der notwendige Personalabbau in der Vermessungsverwaltung weitergehen wird. Von Sozialabbau kann dabei nicht die Rede sein. Der Personalabbau wird im Rahmen der Fluktuation möglich sein. Im Übrigen darf ich daran erinnern, dass die bestehende tarifliche Altersteilzeitregelung für Angestellte natürlich auch im Vermessungsbereich angewandt wird. Ich glaube, darauf müsste man bei dieser Gelegenheit einmal hinweisen.

(Beifall der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU)

Es wird damit weitergehen, dass die Vermessungsbehörden in Zukunft neue Aufgabenfelder im Zusammenhang mit anderen Landesverwaltungen bekommen. Ich denke da besonders daran, dass die Vermessungsverwaltung seit Mitte dieses Jahres mit der Flurneuordnungsverwaltung enger zusammenarbeitet; von dieser Zusammenarbeit wurde eben schon gesprochen. Dabei gibt es sowohl bei der Planung

(Staatssekretär Dr. Mehrländer)

und Durchführung der Vermessungsarbeiten als auch bei der Aktualisierung des Liegenschaftskatasters Synergieeffekte. Das spart Kosten und beschleunigt die Flurneuerungsverfahren. Wir denken auch hier an eine weitere Intensivierung der Zusammenarbeit. Wir greifen, Herr Abg. Hofer, auch gerne den Vorschlag auf, dies hinsichtlich der Personalstellen zu prüfen.

Das gilt auch im Hinblick darauf, dass die Grundbuchverwaltung in den nächsten Jahren das elektronische Grundbuch einrichtet. Auch hier erwarten wir durch die Mitwirkung der Vermessungsverwaltung mehr Know-how aus der Führung digitaler Systeme.

Ich möchte noch kurz zu anderen Punkten, die hier angesprochen worden sind, Stellung nehmen.

Wichtig erscheint mir, bei der Bestellung von Vermessungsingenieuren auf Folgendes hinzuweisen: Bisher war die Bestellung von öffentlich bestellten Vermessungsingenieuren nur möglich, Herr Abg. Hildebrandt, wenn hierfür ein öffentliches Interesse bestand.

(Zuruf des Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen)

– Genau. – Künftig ist die Bestellung möglich, soweit das öffentliche Interesse an einem geordneten Vermessungswesen nicht entgegensteht. Ich meine, auch das ist eine wesentliche Erleichterung.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen)

Zum Thema Bestellung von Vermessungsingenieuren in Gemeinden mit städtischen Vermessungsdienststellen: Das ist hier ganz klar. Unser Ziel ist es, das Berufsrecht für die ÖbVs innerhalb des Landes einheitlich zu gestalten. Uns erscheint ein gesondertes Zulassungsverfahren in Städten mit eigenen Vermessungsdienststellen daher nicht vertretbar. Wir wollen die Zulassung von ÖbVs nach denselben rechtlichen Kriterien wie im Landesbereich.

Im Übrigen: Jede Stadt hat es heute schon in der Hand, ihr Leistungsangebot selbst zu steuern. Das gilt auch künftig. Ich meine auch, dass wir es den Kommunen zumuten können, sich auf mehr Wettbewerb einzustellen.

Stichwort: Zugang von Bewerbern des gehobenen Dienstes zum öffentlich bestellten Vermessungsingenieur.

(Zuruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Beim gehobenen Dienst soll jetzt auf drei Jahre reduziert werden.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

Damit wird der im Laufe der Zeit gestiegenen Qualität der Ausbildung zum gehobenen vermessungstechnischen Verwaltungsdienst Rechnung getragen. Eine weiter gehende Reduzierung halten wir allerdings nicht für vertretbar. Sie müssen auch sehen, dass bei der Universitätsausbildung doch eine breitere Ausbildung gegeben ist.

Zum Änderungsantrag der Republikaner:

(Abg. Rapp REP: Der ist gut!)

Ich bitte Sie darum, diesen Antrag abzulehnen, da die Festlegung vor allem des Amtsbezirks eines ÖbVs eine so grundsätzliche Entscheidung ist, dass sie dem Wirtschaftsministerium als oberster Landesbehörde für den Vermessungsbereich vorbehalten sein muss.

Zusammenfassend: Weitere Schritte werden folgen. Wir werden mit dem Personalabbau in der Verwaltung fortfahren und damit weitere Privatisierungspotenziale schaffen. Wir werden die Konzentration der Vermessungsdienststellen in Kürze zu realisieren beginnen. Wir werden durch Einsatz modernster Kommunikations- und Satellitentechnologien die Vermessungsdienstleistungen weiter verbessern und die rechtlichen Rahmenbedingungen weiter fort-schreiben und den sich ändernden Anforderungen an den Dienstleistungssektor Vermessung anpassen.

Ich bitte Sie daher, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur **A b s t i m m u n g**. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses, Drucksache 12/4401.

Ich rufe auf

Artikel 1

Änderung des Vermessungsgesetzes

Ich lasse zunächst über die Nummern 1 bis 3 abstimmen. Wer den Nummern 1 bis 3 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Den Nummern 1 bis 3 ist einstimmig zugestimmt.

Wir kommen zum Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 12/4501-2, und zwar zunächst zur Ziffer 1. Mit diesem Änderungsantrag wird die Einfügung einer neuen Nummer 4 in Artikel 1 vorgeschlagen. Wer diesem Änderungsantrag der Fraktion der SPD zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Unruhe)

Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich rufe nun Artikel 1 Nr. 4 des Gesetzentwurfs auf. Zu § 11 Abs. 1 rufe ich den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 12/4501-1, auf. Wer dem Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich lasse nun über § 11 Abs. 1 in der vorliegenden Fassung abstimmen. Wer diesem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mit großer Mehrheit angenommen.

(Stellv. Präsident Birzele)

Ich rufe § 11 Abs. 2 und hierzu die Ziffer 2 des Antrags der Fraktion der SPD, Drucksache 12/4501-2, auf. Danach soll in Absatz 2 im ersten Spiegelstrich statt „mindestens ein Jahr“ „mindestens zwei Jahre“ gesetzt werden und im zweiten Spiegelstrich statt „mindestens vier Jahre“ „mindestens zwei Jahre“. Ich lasse über diesen Änderungsantrag abstimmen. Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich lasse nun über § 11 Abs. 2 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses, Drucksache 12/4401 Ziffer 1, abstimmen. Es soll das Wort „vier“ durch das Wort „drei“ ersetzt werden. Wer der Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses zu § 11 Abs. 2 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mit großer Mehrheit angenommen.

Ich rufe nun § 11 Abs. 3 in Artikel 1 Nr. 4 der Gesetzesvorlage auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mit großer Mehrheit angenommen.

Ich rufe nun den Absatz 4 in § 11 und hierzu den Antrag der Abg. Schonath u. a. REP, Drucksache 12/4501-4, auf. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich lasse nun über § 11 Abs. 4 bis einschließlich Abs. 7 in der Fassung des Gesetzentwurfs abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mit Mehrheit angenommen.

Ich rufe nun die Nummern 5 bis 7 des Artikels 1 auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe nun die Ziffer 3 des Antrags der Fraktion der SPD, Drucksache 12/4501-2, auf. Es soll eine neue Nummer 8 eingefügt werden. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich rufe auf

Artikel 2

Änderung der Gemeindeordnung

Ich mache darauf aufmerksam, dass in Ziffer 2 der Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses auf Drucksache 12/4401 ein geänderter Wortlaut des Einleitungssatzes vorgeschlagen wird. Wer Artikel 2 in der Fassung der Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einigen Enthaltungen so beschlossen.

Ich rufe nunmehr – ich vermute, dass Sie damit einverstanden sind – die

Artikel 3 bis 7

zusammen auf. – Sie sind damit einverstanden. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Ge-

genprobe! – Enthaltungen? – Mit großer Mehrheit so beschlossen.

Meine Damen und Herren!

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 28. Oktober 1999 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Vermessungsgesetzes und anderer Gesetze“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. –Danke. Wer stimmt gegen das Gesetz? – Wer enthält sich? – Dem Gesetz wurde mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe nun noch den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 12/4501-3, auf. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Mit großer Mehrheit bei einigen Enthaltungen abgelehnt.

Meine Damen und Herren, damit ist der Tagesordnungspunkt 5 erledigt.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 14. April 1999 – Bericht über die Europapolitik der Landesregierung im Jahre 1998/1999 – Drucksachen 12/3930, 12/4433

Berichterstatter: Abg. Junginger

Das Präsidium hat für die Aussprache gestaffelte Redezeiten bei einer Grundredezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Herr Abg. Schmid, Sie haben das Wort.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Mein lieber Schmid!)

Abg. Roland Schmid CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Gedanke, sich nach Krieg und Zerstörung wieder auf die gemeinsamen Wurzeln der Völker Europas zu besinnen und damit Freiheit, Sicherheit, aber auch Wohlstand für alle zu gewährleisten, ist zum herausragenden Ziel der deutschen Politik geworden. Dieses Ziel wird von der CDU-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg in vollem Umfang mitgetragen.

Dieses Ziel kann aber nur Bestand haben, wenn es von den Menschen in unseren Gemeinden, in den Regionen und Ländern mitgetragen und vor allem auch gewollt wird. Dafür, meine Damen und Herren, hat die Landespolitik eine wichtige Scharnierfunktion. Wir müssen vor Ort die europäische Idee mit Leben erfüllen,

(Beifall bei der CDU)

(Roland Schmid)

das heißt, unseren Bürgerinnen und Bürgern den Geist der europäischen Idee beständig vermitteln, den Prozess der Annäherung begleiten, aber auch darauf achten, dass er nicht die bestehende Vielfalt erstickt und in umfassender Gleichheit endet. Das bedeutet, dass wir den von Brüssel und Berlin belassenen Spielraum auch wirklich aktiv nutzen müssen,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Wohl wahr!)

dass wir die die Gemeinsamkeit betonenden Programme der EU in Anspruch nehmen, gute Anregungen aufnehmen und umsetzen. Das bedeutet aber auch, dass wir im Wettbewerb der Bundesländer und der Regionen Europas mitmischen und den großen Sachverstand und die Erfahrung der Menschen in unserem Land in den europäischen Einigungsprozess einbringen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, diesen Zielen ist die Landesregierung gerecht geworden. Der vorliegende Bericht gibt eine komplexe Übersicht über die Europapolitik des Landes. Er zeigt die Entwicklungen auf und hebt vor allem die Schwerpunkte Währung, Agenda 2000 und Erweiterungen hervor. In diesem Zusammenhang möchte ich auch auf unseren Antrag zum Partnerschaftsprogramm hinweisen. Hier kann man einen konkreten Beitrag zur Förderung der Beitrittsfähigkeit weiterer europäischer Länder leisten. Gerade daran wird deutlich, was möglich ist und dass sehr viel auf ganz unterschiedlichen Feldern getan wird.

Lassen Sie mich nur wenige Schwerpunkte nennen. Nach dem Wegfall der innereuropäischen Grenzschränken lässt sich innere Sicherheit natürlich nur dann gewährleisten, wenn die Staaten Europas bei der Bekämpfung der Kriminalität eng zusammenwirken. Hierbei können wir auf gute Erfolge, viele sinnvolle Projekte und den notwendigen gemeinsamen Willen, dem Verbrechen keine Chance zu lassen, verweisen.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Sehr gut! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abgeordneter, einen Moment bitte. Ich bitte um etwas mehr Ruhe.

Bitte schön, Herr Abg. Schmid, fahren Sie fort.

Abg. Roland Schmid CDU: Ein weiterer wichtiger Punkt ist, im Interesse von Arbeit und Wirtschaft die Grundlagen für eine europaweite Mobilität zu schaffen. Dies dient den Menschen und muss gerade von uns in Baden-Württemberg als Herausforderung begriffen werden.

(Beifall des Abg. Rech CDU – Abg. Hans-Michael Bender CDU: Richtig!)

Das Land Baden-Württemberg, das auf Bildung, Ausbildung und Forschung zu Recht stolz ist, bringt das Kapital, das wir haben, zum Nutzen des eigenen Landes, aber auch Europas ein.

Die Vielfalt der Ansatzpunkte ist also beeindruckend. Noch beeindruckender ist, mit welchem Engagement und

welcher Konsequenz die Landesregierung diese Möglichkeiten nutzt. Sie lässt sich dabei nicht nur von dem Gedanken leiten, den gegebenen Handlungsspielraum zu nutzen, sondern auch davon, die Inanspruchnahme der zur Verfügung stehenden Programme als Chance zu begreifen, in Baden-Württemberg selbst vorwärts zu kommen.

Wir wollen nicht nur an der Umsetzung der Vorgaben, sondern auch an der Gestaltung teilhaben. Wir wollen die Vielfalt in Europa sichern und deshalb eine Erweiterung der Gestaltungsspielräume der Regionen und der Bundesländer erreichen.

(Abg. Rech CDU: Gut!)

Vor lauter Erweiterungsprozessen, an denen alle mitwirken wollen, die wir auch mittragen wollen, dürfen wir aber die Verbesserung der bestehenden Strukturen, die stärkere Beachtung des Subsidiaritätsgrundsatzes und vor allem eine gerechtere Verteilung der Lasten Europas nicht vergessen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Hans-Michael Bender CDU: Sehr gut!)

Dabei wollen wir aus Baden-Württemberg heraus die etwas zu früh eingeknickte Bundesregierung gern zu weiteren Vorstößen drängen.

(Abg. Schmiedel SPD: 16 Jahre konntet ihr es machen!)

– Da wachen Sie auf, immer dann. Das wundert uns schon arg. Das einzige Wort, das die SPD-Fraktion in ihrem Geiste noch bewegt, ist die Zahl 16. Mehr können Sie nicht mehr bringen.

(Abg. Rudolf Hausmann SPD: Ihr habt ein kurzes Gedächtnis! – Abg. Schmiedel SPD: Das muss man immer wieder sagen!)

– Sie dürfen nachher gern reden. Ich bin schon sehr gespannt.

(Abg. Drexler SPD: Wenn Sie frei sprechen würden, das wäre was!)

Der Bericht der Landesregierung zur Europapolitik ist uns wichtig, und die Einbindung des Parlaments, auch um mögliche Schwerpunkte für die Zukunft anzuregen, ist notwendig, um den Prozess der europäischen Einigung auf breiter Basis in Deutschland mitzutragen und mitzugestalten. Europa ist und bleibt eine Herausforderung für Bund, Länder, Wirtschaft und für jeden einzelnen Menschen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Wettstein.

Abg. Wettstein SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte zu Beginn meiner Ausführungen vier Forderungen nennen, auf die es meines Erachtens in der gegenwärtigen Situation der Europapolitik ankommt.

Erstens: Wir brauchen mehr Kooperation zwischen den einzelnen mittelständischen Unternehmen in Europa.

(Wettstein)

Zweitens: Es wäre Zeit, der SPD-Forderung in diesem Hause nachzukommen, einen Europaausschuss einzurichten.

Drittens: Wir brauchen geringere Nettozahlungen Deutschlands für die EU.

(Abg. Rapp REP: Da hat er Recht!)

Viertens: Wir müssen den europäischen Integrationsprozess vorantreiben.

Was den Bericht der Landesregierung anbelangt, habe ich eigentlich darauf gewartet, dass Herr Schmid das Positive aus diesem Bericht hervorheben würde. Aber offenbar hat er gar nichts gefunden.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Er hat gewusst, dass Sie ihn gelesen haben!)

Ich möchte mich auf wenige Dinge in diesem Bericht konzentrieren, bei denen ich der Meinung bin, dass Verbesserungen notwendig sind.

(Abg. Seimetz CDU: Aha, nur wenige!)

– Exemplarisch, Herr Kollege.

Was zum Beispiel die „Vier Motoren für Europa“ anbelangt, ist unter der Rubrik „Wirtschaft“ nur angeführt, dass es eine Arbeitsgemeinschaft gibt, Arbeitsgruppen, die in Barcelona und Mailand getagt haben. Ansonsten ist nichts aufgeführt. Meine Damen und Herren, wenn man bedenkt, dass die „Vier Motoren für Europa“

(Abg. Deuschle REP: Die stottern!)

seinerzeit von Ministerpräsident Späth deshalb ins Leben gerufen worden sind, dass man wirtschaftlich zusammenarbeitet, dann ist äußerst blamabel, was da zusammengefasst worden ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Hans-Michael Bender CDU: Herr Kollege Wettstein, das ist doch die leichteste Übung! Sie wissen doch, dass die Regionen bestens zusammenarbeiten!)

– Herr Kollege Bender, jetzt warten Sie einmal ab. – Das ist auch insofern blamabel, als in dieser Hinsicht einiges passiert ist. Ich habe doch in den vergangenen Jahren immer gefordert, dass Kooperationsbörsen stattfinden. Davon ist in dem Bericht nicht die Rede, obwohl Kooperationsbörsen stattgefunden haben. Aber das ist offenbar nicht bis zum Staatsministerium durchgedrungen.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Drexler: Das ist ja katastrophal!)

Dass Kooperationsbörsen stattgefunden haben, weiß ich aus Seite 11 der Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums zu dem von mir initiierten Antrag Drucksache 12/4285. Dieser Hinweis richtet sich nur an das Staatsministerium, damit es das nachlesen kann. In dieser Stellungnahme ist nämlich von Kooperationsbörsen die Rede. Das halte ich für ganz wichtig. Ich sage das auch nicht, damit die nächsten Berichte deshalb besser werden sollen, um der Landesregierung die Möglichkeit zu geben, sich besser

darzustellen. Vielmehr bin ich der Meinung – ich gehe davon aus, dass der Bericht von einigen gelesen wird –, dass die Unternehmen wissen müssen, dass dies vom Land gefördert wird, und es zu mehr Kooperationen kommen muss. Das ist doch unsere Zielsetzung bei der ganzen Sache.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Weiser CDU: Vereinzelt Beifall!)

Ich nehme an, Herr Bender, dass Sie das genauso sehen wie ich.

(Abg. Schmiedel SPD: Der ist sprachlos!)

Ich habe vorhin davon gesprochen, dass wir einen Europaausschuss brauchen, weil die Mitwirkung der Länder in Artikel 23 des Grundgesetzes geregelt ist und die Länder bei all dem, was in Europa in Gang gebracht wird, auch mehr Kompetenzen bekommen haben.

(Abg. König REP: Die Länder? Im Gegenteil!)

– Selbstverständlich die Länder. Ich meine den neuen Artikel 23 des Grundgesetzes. Der frühere Artikel 23 hat den Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland geregelt.

(Abg. Drexler SPD: Das kennt der Kollege noch nicht! Das hat er noch nicht gelesen!)

Ich halte einen Europaausschuss auch deshalb für wichtig, weil die Europapolitik für die einzelnen Länder immer wichtiger wird. Mit einem Europaausschuss hätten wir ein besseres Forum.

Im Bericht der Landesregierung wird der Eindruck erweckt – Ähnliches hat ja der Kollege Schmid versucht –, während der Kanzlerschaft von Kohl sei die Europapolitik prima gelaufen, und seitdem Schröder Kanzler sei, sei diesbezüglich eine Stagnation eingetreten.

(Abg. Roland Schmid CDU: Was wahr ist, darf man sagen!)

– Wenn in dem Bericht steht, das Gipfeltreffen des Europäischen Rats in Wien habe die anstehenden drängenden Probleme nicht gelöst, frage ich Sie, ob es in der Vergangenheit einen Ratstreffen gegeben hat, der die drängenden Probleme alle gelöst hat.

(Abg. Kluck FDP/DVP: Aber selbstverständlich!)

Ich stelle nur fest, dass man auf dem Berlin-Gipfel, zum Beispiel in der Frage der Nettozahlungen, durchaus einen Schritt weitergekommen ist, Fortschritte erzielt hat.

(Abg. Roland Schmid CDU: Einen Schritt vor, zwei zurück!)

Die Nettozahlungen Deutschlands sind nämlich dadurch eingefroren worden, dass der Haushaltszuwachs für die EU eingefroren wurde. Außerdem erhält Deutschland über den Strukturfonds jährlich 1 Milliarde DM mehr an Rückflüssen. Davon profitieren zum Beispiel auch Mannheim und der Neckar-Odenwald-Kreis.

(Abg. Drexler SPD: Donzdorf auch!)

(Wettstein)

In Berlin ist es nicht gelungen, den Sonderrabatt abzuschaffen, der Großbritannien eingeräumt wurde. Aber diesen hat Herr Kohl 1984 der Regierung Thatcher zugestanden.

(Abg. Rudolf Hausmann SPD: Typisch!)

Darin liegt nämlich die Ursache. Man kann es doch jetzt nicht den Sozialdemokraten in die Schuhe schieben,

(Abg. Seimetz CDU: Warum nicht?)

dass sie nicht alles wegbringen, was uns Herr Kohl da eingebrockt hat.

(Beifall bei der SPD – Abg. Rudolf Hausmann SPD: So ist es! 16 Jahre! – Gegenruf des Abg. Roland Schmid CDU: König der Legende!)

Herr Kollege Schmid, wenn Sie von der Agenda 2000 und gleichzeitig von der Erweiterung der Europäischen Union sprechen, muss ich Ihnen vorhalten: Wenn es uns nicht gelingt, davon wegzukommen, dass 48 % des gesamten EU-Etats in den Agrarhaushalt fließen, können wir die EU-Erweiterung nicht finanzieren. Das muss man ganz klar sehen.

(Abg. Hauk CDU: Das stimmt doch schon gar nicht! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Das stimmt!)

Wenn wir schon bei der Erweiterung der EU sind: Ich habe heute gelesen, dass es in der FDP große Diskussionen zwischen Herrn Gerhardt und Herrn Kinkel darüber gibt,

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

ob man die Türkei überhaupt aufnehmen könne.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Denn – so die Meinung Ihres Parteivorsitzenden, Frau Fauser – die Türkei gehöre nicht zu Europa.

Meine Damen und Herren, man kann geteilter – –

(Unruhe – Dem Redner wird das Ende der Redezeit angezeigt.)

– Herr Präsident, ich komme bald zum Ende.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Herr Schmiedel, Sie sollten zu diesem Thema ruhiger sein!)

Man kann über dieses Thema durchaus diskutieren. Man kann darüber diskutieren, ob die Türkei zuerst die Menschenrechtsfragen in Ordnung bringen muss, bevor wir überhaupt in Beitrittsverhandlungen einsteigen, oder ob sie das während der Beitrittsverhandlungen machen kann. Aber eines geht jedenfalls nicht: Es geht nicht, dass man den Beitritt der Türkei unter der Überschrift „Türkei verletzt Menschenrechte“ ablehnt und in Wirklichkeit die Türkei überhaupt nicht in die EU aufnehmen will.

(Zurufe der Abg. König REP sowie Bloemecke und Seimetz CDU – Unruhe)

Dies ist unehrlich. Im Übrigen braucht die Türkei auch eine Perspektive, weil wir sie sonst wirtschaftlich in die Ar-

me der USA und innenpolitisch in die Arme der Islamisten und damit des Iran treiben. Das muss verhindert werden.

(Zurufe von den Republikanern – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

(Abg. Roland Schmid CDU: Das Ende ist noch fern!)

Abg. Wettstein SPD: Ich wäre dankbar, wenn sich Herr Wirtschaftsminister Döring in diese Diskussion einschalten könnte. Herr Staatssekretär, vielleicht kann man das bewirken, noch ehe er Nachfolger von Herrn Gerhardt wird, damit gerade diese Frage bereinigt wird.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Zum dritten Mal! – Abg. Roland Schmid CDU: Zum dritten Mal zum Schluss!)

Ich stelle fest: Die Erweiterung der Europäischen Union darf nicht überstürzt erfolgen. Sie muss solide erfolgen. Gleichzeitig muss die Integration der einzelnen Staaten in die Europäische Union vorangetrieben werden. Letzteres hat sogar Vorrang.

(Abg. Roland Schmid CDU: Jetzt können Sie eigentlich noch einmal zum Schluss kommen!)

Wir Sozialdemokraten stehen zu dem, was wir 1925 auf dem Parteitag in Heidelberg beschlossen haben: Wir fordern die Vereinigten Staaten von Europa.

(Beifall bei der SPD – Abg. Roland Schmid CDU: Der letzte Satz war der beste! Das war Programm für die nächsten 100 Jahre!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Hildebrandt.

Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Anlass für die heutige Diskussion über die Europapolitik ist der Bericht der Landesregierung über die Europapolitik des Jahres 1998. Ich will hoffen, dass die Verzögerung der Beratung dieses Berichts die Landesregierung nicht dazu geführt hat, den Bericht über die Europapolitik 1999 nicht schon längst in Arbeit zu haben, sodass wir die Sachen das nächste Mal ein bisschen zeitnaher und problemnaher diskutieren können. Ich komme noch einmal darauf zurück.

Meine Damen und Herren, ein starkes Europa braucht eine nachhaltige Entwicklung. Das Europa des 21. Jahrhunderts muss mehr sein als nur das Europa der Kaufleute. Die Verwirklichung der Umweltunion muss den gleichen Stellenwert bekommen wie die politische Union, die Wirtschafts- und Währungsunion und die soziale Union. Wir brauchen eine ökologische Union in Europa. Sie alle haben unschwer erkannt, dass das Zitate des Ministerpräsidenten dieses Landes, Erwin Teufel, sind.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Das haben wir schon gemerkt! – Abg. Maurer SPD: Darauf wäre ich nicht gekommen!)

(Dr. Hildebrandt)

An Ihren Reaktionen sehe ich, dass das doch beinahe ein Rätsel für Sie geworden ist.

(Abg. Roland Schmid CDU: Das kann man nicht sagen! Wir haben verstanden!)

Wir haben bei diesem Zitat ein zweifaches Problem.

(Abg. Deuschle REP: Eben! Und von wem kommts?)

Ein Mitglied des Ausschusses der Regionen in Brüssel, der Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg, Erwin Teufel, hat dort einen Text für eine ökologische Union in Europa eingebracht. Dieser Text hat aus zwei Gründen bisher wenig Bedeutung für die Politik hier in Baden-Württemberg. Er hat erstens deshalb wenig Bedeutung, weil in dem komplizierten Institutionengefüge und bei den mangelnden Kompetenzen für diesen Ausschuss der Regionen die Bedeutung dieses Textes nicht sehr hoch eingeschätzt wird. Zweitens wird die Bedeutung dieses Textes auch deshalb nicht sehr hoch eingeschätzt, weil sich die Zielangabe, die in ihm enthalten ist und die wir leidenschaftlich teilen – die Zielangabe einer ökologischen Union in Europa und einer Politik für ein nachhaltiges Europa –, in der praktischen, konkreten Politik des Landes Baden-Württemberg so wenig wieder finden lässt. Das ist ein entscheidender Schwachpunkt nicht nur der ökologischen Politik dieser Landesregierung, sondern auch ihrer europäischen Politik.

Wie man damit umgeht, dass es erstens offensichtlich Institutionen in Europa gibt, die sich für Deklamationen eignen, und dass diesen Deklamationen zweitens eine gegenteilige Politik gegenübersteht, das müssten wir hier im Landtag klären. Wir haben nämlich ein drittes Problem, wenn wir uns hier im Landtag nicht zeitnah und problemnah genug mit den Entscheidungen auf europäischer Ebene auseinandersetzen.

Wie sieht es denn mit den Schwerpunkten einer solchen ökologischen Politik in Europa aus? Jeder kann mit eigenen Augen sehen, wie die europäische Einigung ein Problem nach sich zieht, nämlich die Zunahme des Verkehrs, vor allem auf unseren Straßen. Zu den Aufgabenschwerpunkten europäischer Politik muss es doch gehören, die europäischen Verkehrsmagistralen, die großen Verkehrsverbindungen Europas, so zu gestalten, dass nicht der Lastwagen- und der Schwerlastwagenverkehr der Sieger in der ganzen Geschichte ist. Wo sind aber dazu die Initiativen des Landes Baden-Württemberg? Wo ist die Unterstützung des Landes Baden-Württemberg für eine Politik der Schweiz, den Alpentransfer auf die Schiene zu verlegen und vom Lastwagen und von der Straße herunterzukriegen?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Fehlanzeige!)

Wo ist die Unterstützung für eine entsprechende Gestaltung des Alpentransfers in Österreich? Wo ist die Unterstützung für den Übergang des Schwerverkehrs von der Straße auf die Schiene? In allem ist Fehlanzeige in der Landespolitik Baden-Württembergs.

(Abg. Kluck FDP/DVP: Falsch!)

Die Frage ist: Wo bleibt die Nachhaltigkeit, wenn sie nicht schon in den Debatten des Ausschusses der Regionen verschwunden ist?

Ein zweites Beispiel: Die Forschungsmittel und Forschungsanstrengungen sollen erheblich aufgestockt bzw. verstärkt werden, denn Technologie und Forschung sind Voraussetzungen für Zukunftsfähigkeit. Auch das unterstützt die Europäische Union. Was macht die Landesregierung? Anstatt zu einem Leitbild nachhaltiger Forschung und nachhaltiger Technologiepolitik zu kommen, unterstützt sie unterschiedslos Gen- und Biotechnologie und bringt die Technologie und die Forschungstätigkeiten im Lande nicht auf die Richtung und die Schiene, wo sie wirklich zukunftsfähig sind. Die Haushaltsmittel für regenerative Energien sind in der Amtszeit dieser Regierung, der schwarz-gelben Koalition, drastisch zusammengestrichen worden. Sie gingen von 30 Millionen DM auf 9 Millionen DM im Jahr zurück. Baden-Württemberg hat damit die niedrigsten Fördermittel eines deutschen Flächenlands überhaupt. Wenn das die Praxis der Landesregierung ist, ist es eben auch nicht richtig, nach Brüssel zu gehen und dort in Worten für ökologische Politik in Europa einzutreten.

Ganz anders verhält sich die Landesregierung in Fragen der Beschäftigungspolitik, wo sie europäische Initiativen nicht einfordert, sondern – im Gegenteil – konterkariert. Die Mittel des Europäischen Sozialfonds, für ein Instrumentarium regionaler Strukturförderung, für Qualifikation, Förderung und aktive Arbeitsmarktpolitik sind erhöht worden, und zwar mit dem Zweck, eigene Mittel der Länder zu mobilisieren und die Regionen zu stärken. Wir lesen mit Erstaunen in dem Bericht, dass diese Mittel im Berichtszeitraum nur zu 60 % ausgeschöpft worden sind.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Aha!)

Wo bleibt da eine aktive, mit Europa abgestimmte Sozialpolitik des Landes Baden-Württemberg?

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Da haben die Angst vor Sozialpolitik!)

Der Europäische Sozialfonds wird Baden-Württemberg in den folgenden sechs Jahren 432 Millionen DM anbieten. Der Sozialminister hat schon darauf Bezug genommen, dass er entsprechend darauf eingehen werde. Wir werden deutlich darauf achten müssen, dass das überhaupt passiert, dass also in Baden-Württemberg die Möglichkeiten europäischer Politik überhaupt ausgenutzt werden.

Ich komme zum Schluss. Wenn ich darf, Herr Präsident, will ich noch einmal auf den Ausgangspunkt zurückkommen.

(Heiterkeit)

– Ich wollte fragen, ob ich noch einen Schlusssatz sagen darf, nämlich zur Verfahrensweise, wie wir hier im Lande damit umgehen.

Der Bericht von Richard von Weizsäcker, Jean-Luc Dehaene und David Simon über den Zustand der Europäischen Union hat das Defizit hervorgehoben, wie unübersichtlich die Handlungsebenen der Europäischen Union sind und dass sie ein Legitimations- und Rechenschafts-

(Dr. Hildebrandt)

pflichtdefizit hat. Das Beste, was wir bisher im Landtag getan haben, ist, dass wir vielleicht nicht davor kapituliert haben. Wir brauchen eine institutionelle Absicherung der europäischen Diskussion, der Meinungsbildung hier in diesem Landtag, um zum Beispiel auch die Legitimation unseres Ministerpräsidenten bei seiner Tätigkeit im Ausschuss der Regionen ein bisschen zu stärken, weil er vorher mit seinen Initiativen hier durch das Parlament gegangen ist und sich dort hat auf die Finger schauen lassen müssen. Wir brauchen also einen institutionalisierten Europaausschuss, damit wir die Europapolitik, die stattfindet, nicht mehr unter „ferner liefen“ und mit einer Verzögerung von einem Dreivierteljahr hier im Landtag diskutieren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Schweikert.

Abg. Lieselotte Schweikert FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn der europäische Einigungsprozess seine derzeitige Dynamik behält, werden der Europäischen Union in absehbarer Zeit 25, vielleicht sogar 30 Staaten angehören. Eine derartige Erweiterung macht umfassende Reformen im institutionellen Bereich der Europäischen Union erforderlich. Die bisherigen Strukturen, die in den Fünfzigerjahren für eine Gemeinschaft von sechs Staaten geschaffen wurden, sind überholt. Die Arbeitsweise der europäischen Institutionen ist schwerfällig und wenig transparent, die Koordination ist häufig mangelhaft, die Handlungsfähigkeit unzureichend und die Führungsschwäche der Kommission offenkundig.

Eine um weitere Staaten vergrößerte Europäische Union wird nur dann funktionieren, wenn ein neuer institutioneller Rahmen politische Handlungsfähigkeit garantiert. Bei den in Angriff zu nehmenden institutionellen Reformen wird auch die politische Grundsatzfrage zu beantworten sein, ob eine politische Union in Europa, die diesen Namen verdient, bei einer Erweiterung der Gemeinschaft auf 25 oder 30 Staaten nicht ins Reich der Illusionen gehört.

Meine Damen und Herren, die Erweiterung der Europäischen Union wird einerseits die Heterogenität der Europäischen Gemeinschaft erheblich verstärken. Andererseits ist die Erweiterung aber die beste Garantie für wirtschaftliche Stabilität, für demokratische Strukturen und für eine dauerhafte Sicherung von Frieden in Europa.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Zur Erweiterung gibt es keine Alternative. Sowohl für die Bundesrepublik Deutschland als auch für unser Bundesland Baden-Württemberg sind mit dem Erweiterungsprozess vor allem positive Auswirkungen verbunden. Dies wird im vorliegenden Bericht der Landesregierung zur Europapolitik deutlich beschrieben. Deutschland wird in jedem Fall vom Beitritt der osteuropäischen Staaten wirtschaftlich profitieren. Ein gerade für unsere Wirtschaft wichtiger Absatzmarkt wird in vollem Umfang in den Binnenmarkt integriert werden.

(Abg. Deuschle REP: Die polnische Mafia auf jeden Fall!)

Schon heute trägt Deutschland etwa die Hälfte des Handels der Europäischen Union mit Osteuropa. Wenn sich die Experten nicht täuschen, wird Deutschland ungefähr ein Drittel des Nettogewinns der Osterweiterung für sich verbuchen können.

(Abg. Käs REP: Mit wie viel Kosten?)

Besonders für Baden-Württemberg hat die Osterweiterung der EU wirtschaftliche Vorteile.

(Zuruf des Abg. Deuschle REP)

So machte beispielsweise allein der Handel mit Polen, Tschechien und Ungarn im ersten Halbjahr 1998 6 % des Import- und 4,6 % des Exportvolumens des Landes aus.

Oder ein anderes Beispiel, die Beziehungen Baden-Württembergs zu Ungarn: Dieser Staat gehört inzwischen zu den zehn größten Außenhandelspartnern Baden-Württembergs.

(Abg. Deuschle und Abg. Käs REP: Ohne Aufnahme!)

Die Interessen unseres Bundeslandes beschränken sich in Europa natürlich nicht nur auf die Wirtschaft, sondern erstrecken sich auch auf verschiedene Politikfelder, und als Grenzland inmitten Europas ist Baden-Württemberg von jeher an guten Beziehungen zu seinen europäischen Nachbarn gelegen. Auch dafür gibt der vorliegende Bericht eine Fülle von Informationen.

Erwähnt sei in diesem Zusammenhang, dass Baden-Württemberg bei der grenzüberschreitenden Kooperation in Europa eine Vorreiterrolle übernimmt. Insbesondere die Gemeinschaftsinitiativen INTERREG können sich sehen lassen. Diese grenzüberschreitenden Kooperationen sind praktische europäische Politik auf der unteren Ebene. Europa besteht nun einmal nicht nur von oben her, sondern Europa muss von unten her aufgebaut sein.

(Beifall des Abg. Rech CDU – Abg. Rech CDU: Jawohl!)

Meine Damen und Herren, die Länder haben nach unserer Verfassung die Kulturhoheit. Damit sind ihnen vielfältige Möglichkeiten gegeben, ihre Bildungs- und Kulturpolitik auch europäisch auszurichten.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Auf diesem Gebiet hat sich inzwischen eine Menge getan. Ich denke dabei nur an die Fachhochschulen in Baden-Württemberg, die als erste Hochschulen europaweite Partnerschaften und Kooperationen eingegangen sind und schließlich europäische Ausbildungsgänge binationaler oder trinationaler Art eingerichtet haben. Auch die Universitäten des Landes haben nach anfänglichem Zögern inzwischen nachgezogen.

Aber das alles genügt noch lange nicht. Nach wie vor studieren zu wenig Baden-Württemberger an europäischen Universitäten, und umgekehrt gibt es zu wenig Studenten aus den europäischen Nachbarstaaten an den Hochschulen unseres Bundeslandes.

(Abg. Rech CDU: In Bruchsal gibt es viele!)

(Lieselotte Schweikert)

Im Bereich der Schulen bestehen zwar Austauschprogramme, doch sie sind unzureichend. Hier besteht Nachholbedarf, und dabei ist insbesondere auch das berufliche Schulwesen einzubeziehen.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

Wichtig ist, dass wir uns mehr Gedanken darüber machen, wie zum Beispiel effektive Austauschprogramme im Bildungsbereich zustande kommen können. Auch in Zeiten knapper Haushalte dürfen wir nicht kurzfristig denken und planen.

Ich möchte deshalb anregen, dass die Landesregierung von Baden-Württemberg die Initiative zur Einrichtung eines deutsch-polnischen Jugendwerks ergreift, analog zum deutsch-französischen Jugendwerk. Damit könnte unseren polnischen Nachbarn auf ihrem Weg nach Europa vor dem Hintergrund einer schwierigen gemeinsamen Geschichte ein positives Zeichen gegeben werden.

Meine Damen und Herren, die Möglichkeiten für das Land Baden-Württemberg, Europapolitik zu gestalten und darauf Einfluss zu nehmen, sind vielfältig. Auch europäische Gremien bieten sich dafür an, vor allem der Ausschuss der Regionen.

Es liegt nicht nur im Interesse der deutschen Bundesländer, sondern auch im Interesse der europäischen Regionen, dass das viel beschworene Subsidiaritätsprinzip zur Anwendung kommt.

Ich bin davon überzeugt, dass Europa als Zentralstaat nicht funktionieren wird. Regionalisierung, Subsidiarität und Föderalismus sind als wesentliche Gestaltungselemente einer europäischen Gemeinschaft, der mehr als 20 Staaten angehören, unverzichtbar. Darauf hinzuwirken, ist unsere landespolitische Aufgabe.

Meine Damen und Herren, Europapolitik muss mit Herz und Verstand gestaltet werden, vor allem der jungen Generation zuliebe, die genau wie wir in Demokratie, Freiheit und Frieden leben dürfen und leben können soll.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Käs.

Abg. Käs REP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Als Vertreter der einzigen wirklich fundamental EU-kritischen Fraktion, nämlich der Republikaner, möchte man hier in einigen Fällen doch deutlich widersprechen. Fünf Minuten Redezeit sind wenig, und ich möchte mich deshalb auf ein paar ganz wesentliche Punkte beschränken.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Birgit Kipfer: Für Sie ist das zu viel!)

– Das hören Sie natürlich nicht gern. Das ist mir schon klar.

Insbesondere das, was Kollege Wettstein in Bezug auf die Türkei gesagt hat, reizt schon zu einer Reaktion. Da wurde

von Unehrlichkeit bei der Diskussion über die Frage der Aufnahme der Türkei gesprochen. Ich darf hier für meine Fraktion festhalten: Wir sagen hier ganz offen, dass wir die Aufnahme der Türkei in die Europäische Union ablehnen,

(Beifall bei den Republikanern)

und zwar mit einer ganz zentralen Begründung: Wir sagen: Die Türkei ist kein Teil Europas und insbesondere kein Teil des Kulturraumes Europa und hat deshalb in der Europäischen Union nichts zu suchen. Wir unterwerfen uns hier auch nicht den geopolitischen Wünschen der Vereinigten Staaten auf Einbindung der Türkei in den westlichen Werteraum. Hier geht es letztendlich um unsere Interessen und um unser Geld, und darauf müssen wir achten und nicht so sehr auf die Interessen anderer.

(Beifall bei den Republikanern)

Ich möchte mich auf die Fragen der Erweiterung der Europäischen Union konzentrieren und hier einmal einen Aspekt ansprechen, der von meinen Vorrednern überhaupt noch nicht tangiert worden ist, der aber auch wichtig ist. Die Erweiterung der Europäischen Union nach Osten verschiebt unsere Sicherheitsgrenze – im Sinne der inneren Sicherheit – weiter nach Osten in einen Raum, der sich der Kontrolle und den Schutzmaßnahmen weitestgehend entzieht.

(Zuruf der Abg. Lieselotte Schweikert FDP/DVP)

Unsere Grenze wäre nach der Aufnahme Polens praktisch eine unmittelbare Grenze zu Weißrussland und zur Ukraine. Was an Kriminalität aus Osteuropa herüberzukommen droht, ist jetzt nur zu ahnen und noch nicht abzusehen. Ich frage mich jetzt: Wer finanziert die Sicherungsmaßnahmen Polens an dessen Ostgrenze, die dann EU-Außengrenze sein würde? Wer finanziert das? Der Nettohauptzahler der Europäischen Union, die Bundesrepublik Deutschland, und damit letztendlich auch der Steuerzahler in Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Kluck FDP/DVP: Wollt ihr austreten?)

– Ob wir austreten wollen? Wir würden durchaus über diese Frage nachdenken, Herr Kluck.

(Unruhe)

– Das hören Sie nicht gern. Das ist mir schon klar. – Die Frage ist doch – und darüber steht in diesem Papier nichts drin –, was in Bezug auf die Sicherheitslage nach einer Osterweiterung geschehen wird. Hierüber wird auch den Leuten draußen sehr viel Sand in die Augen gestreut. Es wird beruhigt.

(Zuruf der Abg. Lieselotte Schweikert FDP/DVP)

Die Situation ist jetzt schon schlimm genug. Gehen Sie mal nach Berlin, dann wissen Sie, was dort los ist. Die Situation ist jetzt schon schlecht genug, und diese Fragen werden in diesem Papier nicht im Geringsten behandelt.

Auch wirtschaftliche Probleme gibt es. In diesem Papier wird eine interessante Zahl genannt. In Polen leben zum

(Käs)

Beispiel 25 % der Menschen von der Landwirtschaft. Vor einigen Monaten war eine Delegation polnischer Diplomaten und Fachleute hier im Landtag und hat erklärt: Das sind Winziggüter und Winzighöfe, die gar nicht imstande sind, für den Markt zu produzieren, sondern sich gerade selber ernähren können.

Dass es hier enorme Strukturschwankungen und Strukturveränderungen geben wird, steht sogar in dem Papier: 25 % der Bevölkerung, von denen 80 % demnächst wiederum wegen der Angleichungsmaßnahmen Arbeit und Brot verlieren werden. Ich frage Sie jetzt, die Sie das alles befürworten: Wohin werden sich die Arbeit und Brot suchenden Leute denn wenden? Werden sie nach Weißrussland gehen? Werden sie in die Ukraine gehen? Nein, sie werden in den Westen gehen.

(Zuruf des Abg. Kluck FDP/DVP)

Ich frage: Wer bezahlt das dann? In dem Papier steht, man könne Freizügigkeit nur dann gewähren, wenn die Sozialsysteme angeglichen sind. Das heißt doch: Entweder bauen wir unsere Sozialsysteme auf deren Niveau ab, oder wir erhöhen deren Sozialleistungsniveau. Doch wer finanziert das denn? Der Hauptnettozahler der Europäischen Union, die Bundesrepublik Deutschland. Das ist etwas, was man ablehnen muss, vor dem man die Bürger warnen muss und was man auch hier im Parlament sagen muss.

(Beifall bei den Republikanern)

Zu einem anderen Aspekt komme ich noch am Schluss; ich sehe, die Redezeit neigt sich dem Ende zu.

(Abg. Hauk CDU: Gott sei Dank!)

Dieser Aspekt ist der Spielraum für Entscheidungen, von denen hier gesprochen wird. Hier wurde ein Europaausschuss gefordert. Ich frage mich: Wofür? Wir haben heute eine Beschlussvorlage, die „Kenntnisnahme“ vorsieht. Wir haben dann einen Europaausschuss und reduzieren die Diskussion in europapolitischen Fragen, die für unser Land von zentraler Bedeutung sind, auf „Kenntnisnahme“. Wir müssen uns in diesem Haus einmal überlegen, wie das Selbstverständnis eines frei gewählten deutschen Landtags ist, der sich bei solchen Dingen auf „Kenntnisnahme“ beschränken muss. Hier ist politische Arbeit zu leisten, und dazu fordere ich die Landesregierung auf.

Danke schön.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort erhält Herr Abg. Hauk.

(Abg. Schmiedel SPD: Der hat doch gar keine Redezeit mehr!)

– Herr Schmiedel, lassen Sie das die Sorge des amtierenden Präsidenten sein.

Abg. Hauk CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die verbleibende Redezeit und die Äußerungen des Kollegen Käs fordern doch zu einer Republik heraus. Lieber Kollege Käs, was Sie hier betreiben und

was die Republikaner betreiben, ist nichts anderes als ein Akt der politischen Brandstiftung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der SPD –
Abg. Käs REP: Wir sagen die Wahrheit, und Sie vertuschen die Wahrheit!)

Sie kommen heute hierher und fordern den Austritt aus der Europäischen Union. Es gibt aber nur eines festzuhalten: 50 Jahre Friede und Freiheit in Deutschland und die erfolgreiche Wiedervereinigung waren nur möglich, weil wir fest in einer Wertegesellschaft der demokratischen Staaten integriert waren

(Beifall der Abg. Lieselotte Schweikert FDP/DVP)

und weil wir keine Isolationspolitik betrieben, sondern uns den europäischen Nachbarn geöffnet haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte noch zu zwei Bereichen Stellung nehmen. Der Herr Kollege Wettstein hat den Agrarhaushalt beklagt.

(Abg. Schmiedel SPD: Er hat das Richtige gesagt!)

Da muss man Ursache und Wirkung klar auseinander halten. Die Landwirtschaft wurde in den Römischen Verträgen europäisiert, wenn man so will. Jetzt kann man nicht sagen: Wir müssen den Agrarretat einfach wieder herunterbügeln, weil alles unzeitgemäß ist. Vielmehr muss die Politik der Verantwortung, die sie damals übernommen hat, auch heute noch gerecht werden.

(Abg. Schmiedel SPD: Wie lange denn noch?)

Das heißt natürlich auch – –

Stellv. Präsident Weiser: Herr Hauk, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Wettstein?

Abg. Hauk CDU: Sofort, wenn ich meinen Satz beendet habe.

Das heißt natürlich auch, dass wir erst nach und mit einer Übergangsphase eine anders geartete europäische Agrarpolitik einleiten können.

Herr Kollege Wettstein.

Abg. Wettstein SPD: Herr Kollege, wie stellen Sie sich die Finanzierung vor, wenn die Beitrittskandidaten, mit denen jetzt verhandelt wird – vorwiegend und in starkem Maße Agrarländer –, zu uns kommen und wenn wir es in der Agrarpolitik bei der bisherigen Regelung belassen?

Abg. Hauk CDU: Herr Kollege Wettstein, niemand wollte es bei der bisherigen Regelung belassen.

(Abg. Schmiedel SPD: Jetzt einmal heraus damit!
Was wollen Sie denn ändern?)

Der Agrarkommissar hat – Sie werden sich daran erinnern – zwei verschiedene Bereiche vorgeschlagen, zum einen eine Absenkung der Marktordnungsausgaben auf etwa 40 Milliarden DM.

(Abg. Schmiedel SPD: Aha!)

(Hauk)

Da hatten wir deshalb Probleme, weil wir sagten: Dies geschieht ohne einen entsprechenden Flächen- oder Prämienausgleich für die Landwirtschaft.

Das Zweite – das haben Sie in den Agenda-Verhandlungen versiebt –

(Abg. Schmiedel SPD: Na, na! Fair bleiben!)

war, dass er – jetzt kommen wir zu Baden-Württemberg und den Regionen – in der Agrarpolitik und in der Entwicklung ländlicher Räume eine zweite Säule aufbauen wollte, die es ermöglicht, auch regionale Schwerpunkte zu setzen und nicht nur direkt am Tropf von Brüssel zu hängen.

Das haben Sie, Herr Kollege Wettstein – nicht Sie persönlich, aber Ihre Bundesregierung –, versiebt.

(Abg. Capezuto SPD: Was habt ihr denn 16 Jahre lang gemacht? – Abg. Schmiedel SPD: 16 Jahre haben Sie Zeit gehabt!)

Noch ein Letztes zum Thema Europaausschuss. Herr Kollege Dr. Hildebrandt, Sie sagen, wir bräuchten einen Europaausschuss im Landtag. Ich halte das für den falschen Weg.

(Zuruf des Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen)

Europa muss in allen Politikfeldern stattfinden, das heißt auch, in jedem Fachausschuss und in jedem Fachressort unseres Landes.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Zum Abschluss: Wenn Sie zu Recht den Erweiterungsprozess ansprechen, dann sollten wir als Baden-Württemberger uns auch die Frage stellen, ob wir nicht aktiv in diesen Erweiterungsprozess eintreten sollten. Wir haben die „Vier Motoren“ in Europa, wir haben Regionalpartnerschaften –

(Abg. Schmiedel SPD: Vier Motoren, die nicht laufen!)

Stellv. Präsident Weiser: Herr Abgeordneter, ich muss Sie auf das Ende Ihrer Redezeit hinweisen.

Abg. Hauk CDU: Ich beende meine Ausführungen, Herr Präsident.

Was hindert uns daran, auch in Beitrittsländern nach regionalen Partnerschaften zu suchen, um auch dort einen aktiven Beitrag zur Heranführung zukünftiger neuer Mitgliedsstaaten zu leisten?

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Staatssekretär Stächele.

Staatssekretär Stächele: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Europabericht geht heute in

die dritte Runde. Herr Hildebrandt, Sie haben gemeint, es sei eine Verzögerung. Aber es sei doch daran erinnert, dass er bereits im April eingebracht wurde.

Wir haben in einer großen Debatte ersten Grund gemacht und dann in den Ausschüssen debattiert, um jetzt zum Abschluss zu kommen.

Ich will kurz auf das eingehen, was gesagt wurde. Ich stelle fest, zumindest bei der demokratischen Opposition,

(Zuruf des Abg. Deuschle REP)

dass im Grundansatz eine Zustimmung zu dem besteht, was engagiertes Europaengagement anbelangt.

Frau Schweikert, Sie sprechen mir aus dem Herzen, wenn Sie sagen, A und O sei, dass wir Europafähigkeit der jungen Generation herstellen. Alles, was an neuen Ideen einfällt, ist gut und sollte diskutiert werden. Allerdings kann ich Sie in einem beruhigen: Es gibt das Deutsch-Polnische Jugendwerk bereits.

(Abg. Lieselotte Schweikert FDP/DVP: Ah ja!)

Es wäre vielleicht einmal interessant, sich mit den Kriterien auseinander zu setzen. Vielleicht kann man da und dort für Baden-Württemberg noch mehr aktivieren.

Lieber Herr Wettstein, zu der Aufforderung, die Unternehmen in Europa sollten noch mehr zusammenarbeiten: Ich habe manchmal eher den Eindruck, dass uns die Unternehmen schon weit davongelaufen sind, dass wir als Politiker und in der Politikgestaltung eher hinterherhinken. Unternehmen in Europa klarzumachen, dass Kooperation beginnen sollte, wäre fast vermessen und liefe hinterher.

(Abg. Schmiedel SPD: Mittelständische Unternehmen! – Zuruf des Abg. Wettstein SPD)

Zum Europaausschuss will ich im Grunde nur das bekräftigen, was Peter Hauk gesagt hat. Ich habe vor einigen Jahren auch ernsthaft darüber nachgedacht, aber mittlerweile ist es angesichts der Themenfülle, die Europa anbelangt, angesichts dessen, was sich in den einzelnen Sachressorts abspielt, wohl richtiger, dass wir Europa auf die Ressorts, auf die Fachausschüsse verteilen und insofern für alle Parlamentarier das Ohr am europäischen Munde halten und demzufolge alle in das einbeziehen, was geht.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Lieselotte Schweikert FDP/DVP)

Nach den „Vier Motoren“ zu fragen, Herr Wettstein, ist ein berechtigtes Anliegen. Ich kann es mir ersparen, heute darauf einzugehen, weil Ihre Anfrage bereits am 1. Dezember beantwortet sein wird und dann im Wirtschaftsausschuss ausführlich dazu Stellung genommen werden wird,

(Zuruf des Ministers Dr. Repnik)

was in Sachen „Vier Motoren“ gegangen ist und was vielleicht darüber hinaus gehen könnte. Ich muss sagen, Herr Kollege Hauk, die Idee, die „Vier Motoren“ um einen fünften Motor Richtung Osteuropa zu ergänzen, könnte viel-

(Staatssekretär Stächele)

leicht bereits am 1. Dezember mit Gegenstand der Diskussion sein.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Lieselotte Schweikert FDP/DVP)

In Sachen Agraretat – Sie sagten, dass es mit 48 % zu viel sei – kann man sich nicht ganz verkneifen: Der Agraretat wäre erheblich gesenkt worden, wenn es tatsächlich zur Kofinanzierung gekommen wäre; aber die ist leider auf dem Weg in den Elysée aus der Tasche

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Entschwunden ist!)

der deutschen Verhandlungsführer gefallen.

Herr Hildebrandt, mit der ökologischen Union rennen Sie offene Türen ein. Kein Geringerer als unserer Ministerpräsident hat sie hier bei seiner Regierungserklärung angekündigt, und er hat es dann mit einem Antrag im Ausschuss der Regionen umgesetzt. Ich gebe jetzt den Ball zurück: Es wäre Sache des Außenministers Fischer, dass er via Rat über das Parlament dafür Sorge trägt, dass aus diesem wertvollen Ansatz aus Baden-Württemberg auch tatsächlich konkrete Politik wird.

(Beifall bei der CDU)

Im Übrigen zum Ausschuss der Regionen: Da sollte man vielleicht das Klagelied etwas einschränken. In Sachen Europa sollte man für das dankbar sein, was sich schon bewegt hat. Wir sind uns einig, dass der Amsterdamer Vertrag tatsächlich auch den Ausschuss der Regionen nach vorne gebracht hat. Es gibt das Antragsrecht, das abgesicherte Erklärungsrecht und das Anhörungsrecht. Wir wissen, dass natürlich noch das Klagerecht fehlt. Dazu gibt es aber jüngere Rechtsprechung, sodass auch das auf dem Weg ist. Ich sehe immer das, was erreicht ist. Nach Amsterdam ist der Ausschuss der Regionen durchaus ein kompetentes Sprachrohr der Regionen in Europa.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Rau CDU: Sehr richtig!)

Eines kann allerdings nicht ganz unbeantwortet bleiben. Herr Hildebrandt, wenn Sie darauf hinweisen, man müsste sich um europäische Verkehrsstransversalen kümmern, können wir da in Baden-Württemberg in der Tat mitreden; denn durch den Kahlschlag aus Bonn sind wir drauf und dran, auf europäischer Ebene vertragsbrüchig zu werden.

(Zurufe von der CDU)

Wenn wir wirklich Europapolitik machen wollen, sollten wir zum Beispiel am Oberrhein die Rheintalbahn und die Rheintalautobahn so ausbauen, wie wir das gegenüber der Schweiz zugesichert haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich bin für europäische Verkehrsstransversalen, aber bitte nicht nur als Reden im Parlament, sondern auch ganz konkret, wenn es darum geht, Verkehrsinvestitionen zu beschließen. Ich sehe die Kollegen vom Oberrhein an. Wir

wissen, was das bedeutet. Wenn dort nicht bald etwas geschieht, werden wir in den europäischen Verkehrsflüssen geradezu ersaufen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Schmiedel SPD: 16 Jahre lang hätten Sie ausbauen können! – Abg. Wettstein SPD: Sie wissen, wer vorher die Kasse in Bonn registert hat!)

Nun zu dem, dass wir als Baden-Württemberger unseren Anteil in Brüssel abholen sollten. Wohl kaum ein Ressort hat so kräftig und berechtigt abgeholt – ich sage nicht abgesehen – wie unser Wissenschaftsministerium. Wir sind im Moment dabei, die Grundlagen für das fünfte Rahmenprogramm im Bereich der Forschung für den Zeitraum von 1999 bis 2002 aufzubauen. Wenn Sie sich einmal die Übersicht geben lassen, die immer wieder einmal in Landtagsdrucksachen veröffentlicht wird, können Sie feststellen, dass das Forschungsland Baden-Württemberg nach besten Kräften Komplementärfinanzierung aus Brüssel abgerufen hat. Wenn ich unseren Sozialminister anschau, weiß ich, dass dann, wenn aufgrund der neuen Finanzierungsgrundlage für die nächsten fünf Jahre Geld kommt, unser Sozialminister der erste sein wird, der weiß,

(Zuruf von den Republikanern: Jetzt ist das Sozialministerium dran!)

was mit diesen 60 Millionen DM pro Jahr Gutes anzufangen ist. Allerdings muss man hinzufügen, dass dann auch eine entsprechende Komplementärfinanzierung im Land selbst notwendig ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, nun noch ein paar grundsätzliche Anmerkungen: Herr Professor Weidenfeld hat unlängst formuliert – ich halte das für wichtig und will das auch bewusst vor meine Ausführungen stellen –: Europa steht vor der Vollendung, aber es braucht für diesen Qualitätssprung der Integration ganz gewaltige strategische Weichenstellungen.

Es ist gut, wenn das Land Baden-Württemberg bei diesen Weichenstellungen als Akteur dabei ist. Bei dem Europabericht handelt es sich um eine Bestandsaufnahme. Er zeigt auch Handlungsansätze auf. Ganz wichtig ist aber, dass er dem Parlament die Möglichkeit gibt, das, was an weiterer Europapolitik erkennbar ist, parlamentarisch zu begleiten.

Der Berichtszeitraum 1998/99 war europapolitisch gesehen wirklich ein angefüllter, spannender Berichtszeitraum. Es geht schnell verloren, was da alles passiert ist. Einführung des Euro! Agenda 2000! Es ist gar keine Frage, dass das wichtige Beschlüsse sind, auch wenn man stellenweise die Beschlüsse kritisch betrachten und würdigen muss. Besonders sind aber die Beschlüsse zur Osterweiterung zu nennen.

In der öffentlichen Diskussion wird viel zu wenig gesehen – auch in den Parlamenten wird das zu wenig betrachtet –, was letztlich in dem Berichtszeitraum die Ratifizierung des Amsterdamer Vertrags an Kompetenzerweiterung für die europäische Ebene gebracht hat.

(Staatssekretär Stächele)

Meine Damen und Herren, wenn ich einmal aufzähle, was in diesem Zeitraum alles möglich gewesen ist, will ich gerne mit Genugtuung sagen: Auch die europäischen Institutionen haben in diesem Zeitraum einen Neuanfang gewagt. Ich will nicht überbewerten, dass das Europäische Parlament neue Mehrheiten erhalten hat, aber betonen, dass in das Europäische Parlament ein neues Selbstbewusstsein eingezogen ist. Dieses neue Selbstbewusstsein des Europäischen Parlaments hat sich bereits in der Bildung der Kommission widerspiegelt. Wenn Sie genau hingesehen haben, was Prodi jetzt an Richtlinien für die neue Kommission herausgegeben hat, dann werden Sie festgestellt haben, dass das im Grunde ein deutlicher, ein akzeptabler, ein erfreulicher Weg hin zu einer parlamentarischen Demokratie ist, auch auf der europäischen Ebene.

(Abg. Capezzuto SPD: Guter Mann!)

Das ist etwas, was man sich merken sollte. Wenn da und dort dann nationale Egoisten durchbrechen, sollte man immer wieder schauen, sie in Grenzen zu halten und einen entsprechenden Ausgleich zu finden.

In diesen Zeitraum fiel – das sei auch erwähnt, weil es für die deutsche Europapolitik wichtig war – die deutsche Ratspräsidentschaft. Ich will jetzt nicht die Beschlüsse und Aktivitäten der deutschen Ratspräsidentschaft von oben bis unten und von links nach rechts kritisieren. Ich gebe zu: Wenn man als Bundesregierung neu im Amt ist, gleich in diese Fußstapfen treten zu müssen, ist nicht ganz einfach. Das Einzige, was wir kritisieren und was als Kritik auch bestehen bleibt – das ist auch heute wieder formuliert worden –, ist, dass wir Zweifel haben, ob man im Interesse der von Deutschland gewollten Kofinanzierung alles nur Mögliche unternommen hat, um insbesondere dann beim Endspurt in Berlin noch an Bord zu bleiben, um diese Pfunde einzubringen, oder ob man sie – so ist unsere Vermutung – leider ohne Gegenleistung fallen gelassen hat.

(Beifall bei der CDU)

Was die deutsche Ratspräsidentschaft und überhaupt die deutsche Europapolitik angeht, gibt es vielleicht einen Punkt, den wir aus Baden-Württemberg besonders kritisch beobachten und auch kritisch begleiten müssen. Das ist die Frage, wie Deutschland mit Frankreich umgeht, oder, besser gesagt, wie das deutsch-französische Verhältnis sich in Zukunft gestaltet. Sicherlich, diese Beziehung ist immer eine Frage der Personen. Mitterrand und Kohl konnten ganz gut miteinander. Kohl hatte sicher Recht, wenn er in dieser Woche im „Focus“ formuliert hat: Es fehlt halt immer wieder ein bisschen Sensibilität der jetzigen Regierung für das, was das deutsch-französische Verhältnis bedeutet.

Ich denke, dass wir als Baden-Württemberger, als Grenzland zu Frankreich und über Jahrzehnte hinweg ausgestattet mit glänzenden Beziehungen zur französischen Politik, mit dazu beitragen müssen, dass die deutsch-französische Politik stabil und Anker der europäischen Einigungsbewegung bleibt und dass diese Beziehung immer wieder neu auf Vordermann gebracht wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

An die Adresse der Grünen: Sicherlich war auch nicht ganz glücklich – um es bescheiden zu formulieren –, was Herr Trittin in den ersten Tagen gemacht hat. Er hat sich bei der Geschichte mit der Kernenergie ein bisschen wie der Elefant im Porzellanladen verhalten. Aber ich denke, er hat dazugelernt.

(Abg. Rech CDU: Der lernt nicht dazu!)

Jedenfalls war die Reaktion in Brüssel auf die Deutschen alles andere als hilfreich. Ich habe es selbst im Gespräch mit Beamten verspürt: Jetzt haben wir die Probleme jahrzehntelang aufgearbeitet, und jetzt von heute auf morgen kommt der Deutsche wieder als Oberlehrer,

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

um den Europäern zu zeigen, wo es langzugehen hat.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Wettstein SPD: Nicht übertreiben, Herr Staatssekretär! – Abg. Birgit Kipfer SPD: Das steht Ihnen nicht! – Zuruf des Abg. Dr. Birk CDU)

Meine Damen und Herren, ich denke, die Wahl zum Europäischen Parlament und jetzt die Bildung der Kommission, insbesondere auch die Verflechtungen, die der Amsterdamer Vertrag mit sich gebracht hat, werden uns endlich ermöglichen, dass wir aus dem Stadium eines „aufgeklärten Absolutismus“, wo die Technokraten aus Brüssel das Geschäft machen, heraustreten und allmählich eine parlamentarische Demokratie auch auf der europäischen Ebene heranwächst.

Für uns muss das bedeuten, dass wir auch als Landesparlament noch mehr als bisher zu den mit neuem Gewicht ausgestatteten Parlamentariern auf der europäischen Ebene Kontakt suchen und uns dort einbringen. Ich lade Sie herzlich ein, dass wir diese Kontaktaufnahme gemeinsam in Brüssel oder in Straßburg vornehmen. Ich denke, es lohnt sich immer mehr, mit den Mitgliedern des Europäischen Parlaments „ins Geschäft zu kommen“, weil sie nicht mehr zahlos sind, sondern sie haben jetzt Rechte gegenüber der Kommission, und – schauen Sie den Amsterdamer Vertrag an – sie haben mehr und mehr Rechte zur europäischen Politikgestaltung, so wie wir uns das letztendlich auch vorstellen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Natürlich müssen wir als Länder auch Entwicklungen sehen wie etwa jetzt auf dem Gipfel von Tampere, wo sich die Europäische Union ganz neue, weit reichende Ziele gesteckt hat. Das Entscheidende ist: Nach Binnenmarkt und nach Währungsunion muss jetzt auch das Europa der Menschen, der Wertegemeinschaft und damit der parlamentarischen Demokratie kommen. Es geht um den dritten Korb, der ganz energisch angegangen wird, das Europa des gemeinsamen Rechtsraums, namentlich festgemacht an der Asylpolitik, der Rechtspolitik, der Innenpolitik, der Migrationspolitik und anderem mehr, zu schaffen.

(Staatssekretär Stächele)

In Tampere sind natürlich noch keine abschließenden konkreten Beschlüsse herausgekommen. Das konnte man in dieser Form auch nicht erwarten. Aber was in Tampere herausgekommen ist, das ist ein Instrument, das man immer wieder einsetzt und das auch bei der Währungsunion ganz vorzüglich geklappt hat. Man hat sich nämlich die Pflicht zur Erstellung eines Weißbuchs auferlegt und zur Berichterstattung über das, was in Sachen Korb 3 – Innen-, Rechtspolitik, Migrations- und Asylpolitik – in den nächsten Jahren geschieht. Man hat sich selbst unter einen Handlungszwang gestellt, das heißt, es lohnt sich, das, was sich nach Tampere bei diesen Themen entwickelt, aufmerksamst zu beobachten.

Sicherlich gab es auch einige im Bremserhäuschen. Bei der Asylpolitik waren es die Franzosen und die Briten. Aber insgesamt steht die Europäische Union beim Korb 3, nämlich dem gemeinsamen Rechtsraum, unter Handlungszwang. Interessant ist dabei, die Grenzziehung mitzuverfolgen, wo dieser neue Bereich, nämlich dieser gemeinsame Rechtsraum, ureigenste Länderkompetenzen berührt. Meine Damen und Herren, es lohnt sich schon, genau hinzuschauen.

Mit dieser Thematik eng verbunden ist das, was im Weiteren ansteht. Das eine ist der Übergang zu einer Verfassungsdiskussion, zu einer Diskussion über eine Grundrechtscharta. Neu dabei ist, dass man nicht nur ein Vertragsgeflecht machen will, sondern dass man das im Grunde staatsähnlich aufbauen will mit einer gemeinsamen Verfassung, beginnend mit einem Grundrechtskatalog. Das ist elementar, das ist konstitutionell für das, was wir gemeinsam wollen: die politische Union.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Sehr richtig!)

Ein Zweites ist neu, und da müssen wir zusehen, dass wir als deutsche Bundesländer den Fuß drin behalten. Erstmals geht es nicht als Entwurf der Kommission über den Rat, sondern – das ist das Ergebnis des letzten Gipfels – man wird unter Beteiligung des Europaparlaments mit 16 Abgeordneten, der Nationalparlamente mit 30 Abgeordneten, schließlich mit einem Kommissionsmitglied und 15 Nationalregierungen eben dieses Gremium einsetzen, das den ersten Entwurf für eine Grundrechtscharta bringen soll.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Roman Herzog!)

Erstens geht es darum, dass die Bundesländer dabei sind. Die Zahl der Mitglieder aus den deutschen Parlamenten ist nicht groß, also ist es wichtig, auch da den Fuß drinzubehalten.

Zweitens war für mich überraschend, welcher engen Zeithorizont man sich da gesetzt hat. Bereits mit der französischen Ratspräsidentschaft, also nach der portugiesischen, das heißt im Dezember 2000, soll feierlich proklamiert werden, was künftig die europäische Grundrechtscharta ausmacht. Das ist interessant mitzuverfolgen.

Gleiches gilt für die zweite Konferenz, die auf die Schiene gesetzt worden ist und bei der es darum geht, die Europäische Union handlungsfähig zu erhalten, das heißt, ihr die Chance zu geben, Beitritte zu vollziehen. Sie kennen die zweite Konferenz, nämlich die konstitutionelle Konferenz, etwas, was auch uns berührt.

Unter dem Strich gesehen hat in Europa eine echte Verfassungsdebatte begonnen. Wem es mit Länderkompetenzen ernst ist, wem es mit Subsidiarität ernst ist, der muss sich ab sofort aktiv an dieser Verfassungsdiskussion beteiligen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie einmal genauer hinschauen, stellen Sie fest, dass das alles nicht so ganz ohne ist. Ich möchte nur kurz darauf hinweisen, was alles darin steckt. Über Jahre waren wir stolz auf den Artikel 23, im Speziellen auf den Absatz 5. Dieser Artikel 23 hat den Ländern – eine Herausforderung für den föderalen Staat – die Möglichkeit gegeben, über unsere nationalen Regierungen und dann über den Europäischen Rat Länderinteressen nachhaltig einzubringen, soweit wir zuständig sind. Wenn man jetzt darangeht, Kompetenzen für Europa neu zu beschreiben, wenn es vorrangig darum geht, die Mehrheitsentscheidung und auch das Gewicht im Rat neu zu formulieren, dann ist davon mittelbar das betroffen, was wir uns erobert haben. Denn wenn der Empfänger unserer Sendungen letztlich der Rat ist, kann es uns nicht gleichgültig sein, wie er besetzt ist, wie das nationale Gewicht, das unsere Sendung mitnehmen muss, im Europäischen Rat zur Geltung kommen kann.

Schließlich, meine Damen und Herren, ein paar Sätze gehören dazu, wenn man über Europa spricht: Die größte Herausforderung – so möchte ich es einmal nennen – seit Anfang der Jahre der Europäischen Union ist die ganze Geschichte mit dem Beitritt. Beitritt – Sie spüren es –: eine Frage, die nicht von heute auf morgen gelöst werden kann, die auf der anderen Seite unter einem gewissen Zeithorizont steht. Immerhin wollen weitere fast 30 % der europäischen Bevölkerung zur Europäischen Union dazukommen.

Das Zweite – das bringt die Schwierigkeiten –: Sie bringen allerdings nur etwa 11 % des Bruttosozialprodukts ein. Da kann es natürlich schnell zu Verwerfungen kommen. Ich denke, die Vorgehensweise, wie man sie im Moment sehen kann, ist akzeptabel.

Herr Hildebrandt, Sie haben im Ausschuss angesprochen, ob man denn diesen Beitritt energisch genug angeht. Ich denke, so, wie man es gemacht hat, ist es richtig. Man setzt ein Datum, 2002. Im Jahr 2002 wird nicht etwa entschieden, wer nun beitreten kann, sondern im Jahr 2002 – das ist auch der letzte Beschluss von Helsinki – wird in jedem Einzelfall entschieden, welche Staaten denn nun beitriffs-fähig sind und wie viel Zeit sie letztendlich noch brauchen, um tatsächlich beitreten zu können. Das heißt, man setzt im Grunde beide unter Druck. Die Beitrittskandidaten müssen ihre Hausaufgaben erfüllen, gewaltige Veränderungen, Reformen in ihren Ländern vornehmen, und die Aufnehmenden wiederum setzen sich insofern unter Druck, dass sie der historischen Pflicht nachkommen,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

diese Beitritte zu vollziehen.

Ich bitte auch in der Diskussion immer wieder zu bedenken und auch in den Gesprächen mit Vertretern der Beitrittskandidaten immer wieder deutlich zu unterstreichen: Diese ganzen Prozesse, auch diese Zeithorizonte dienen letztlich beiden Seiten. Ich gestehe für uns: Je stärker die Reform-

(Staatssekretär Stächele)

prozesse wirken, je mehr sich die Wirtschaftssysteme angeglichen haben, umso weniger Sorge vor einer Flut von Arbeitnehmern, einer Arbeitnehmerfreizügigkeit, die wir nicht verkraften können. Das gestehe ich zu. Oder auch im Agrarbereich: Je länger es geht, umso mehr die Möglichkeit, etwa in einem Staat wie Polen mit 25-prozentigem Anteil der Erwerbsbevölkerung in der Agrarwirtschaft umzustellen.

Aber auf der anderen Seite – das muss im Gespräch mit Beitrittskandidaten immer wieder betont werden –: Es dient ja auch zum Schutz der Beitrittskandidaten. Wenn die nämlich jetzt hier und heute

(Abg. Haasis CDU: Genau so ist es! – Beifall der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU)

kämen, würden die ganzen ost- und mittelosteuropäischen Industrien zusammenbrechen, weil sie dem europäischen Wettbewerb hinten und vorne nicht standhalten können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der SPD)

Also, Beitritte: keine Panikmache, keine Angstmache, sondern es ist eine historische Herausforderung. Es gibt zum Beitritt dieser Staaten überhaupt keine Alternative,

(Abg. Haasis CDU: Keine Alternative! – Beifall der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU)

und es ist im Grunde eine historische Herausforderung, der wir auch gerecht werden wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Ich komme zum Schluss.

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen – Heiterkeit)

Aber Sie sehen: Die europäische Thematik birgt einiges an Themen und einiges an Sprengstoff.

Eines zum Schluss: Wir haben im Moment auf der europäischen Ebene die ganzen Programmformulierungen. Für uns interessant: INTERREG. Hierbei ist für uns zu beachten – und das ist ganz wichtig –: Bisherige INTERREG-Programme werden sich auch wie bisher zu 70 % auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit erstrecken. Allerdings – und da mein Appell auch an die Freunde der Fraktionen der Grünen und der SPD –: Es wird natürlich bei dem Anteil, der Deutschland insgesamt zufällt, ein ganz massiver Wettstreit entstehen zwischen den INTERREG-Programmen bei uns Richtung Frankreich, Schweiz und Österreich und dem, was Länder für Initiativen in Richtung Beitrittskandidaten als ihren sicherlich berechtigten Anteil künftig abverlangen. Das ist das eine.

Das Zweite: In diesen Programmen ist jetzt die interregionale Zusammenarbeit neu dabei. Darunter fällt genau das, was der Kollege Peter Hauk angesprochen hat: Regionen in Europa.

Das Dritte, was darunter fällt – und das sollten wir als Landesparlamentarier auch im Auge behalten –, ein drittes Kapitel, das jetzt beschrieben ist: die transnationale Zusam-

menarbeit. Da ist Baden-Württemberg und da sind europäische Dimensionen, die man beachten muss, eingebettet in einen so genannten nordwesteuropäischen Raum. An uns liegt es, den Europäern in Brüssel zu sagen: Das kann es nicht sein; denn unsere Wirtschaftsbeziehung zum Alpenraum ist mit Sicherheit genauso stark wie die zu Norditalien. Wir dürfen diese Dinge nicht außer Acht lassen; denn was einmal in Programmen strukturell gezogen ist, das kann sich, über lange Zeit wirkend, unter Umständen nachhaltig negativ auswirken.

Sie haben mir dankbar zugehört.

(Heiterkeit)

Ich hoffe, ich habe Interesse an weiterer Europapolitik geweckt.

(Beifall der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU)

Gehen wir in den Ausschüssen daran, und gehen wir daran, mit den Ausschüssen in Brüssel Kontakt zu suchen.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Minister Dr. Repnik: Der richtige Mann zum richtigen Zeitpunkt am richtigen Platz, der Stächele! – Abg. Rech CDU: Mister Europa! – Abg. Schmiedel SPD: Die längste Rede des Tages!)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, mir liegen in der Aussprache keine weiteren Wortmeldungen vor.

Der Ständige Ausschuss empfiehlt Ihnen auf Drucksache 12/4433, von der Mitteilung der Landesregierung vom 14. April 1999, Drucksache 12/3930, Kenntnis zu nehmen und den Antrag der Abg. Roland Schmid u. a. CDU, Drucksache 12/4123, für erledigt zu erklären. – Ich stelle die Zustimmung des Landtags zur Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses fest. Vielen Dank.

Damit ist Punkt 6 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Sozialministeriums – Verkaufsoffene Sonntage und Ladenschlussgesetz – Drucksache 12/4136

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion bei gestaffelten Redezeiten.

Das Wort hat Herr Abg. Hofer.

Abg. Hofer FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die FDP/DVP-Fraktion bringt das Thema Ladenschluss als vorgezogene Initiative ein, weil es, wie wir wissen, sehr aktuell ist. Erstens liegen die von der Bundesregierung 1996 in Auftrag gegebenen Gutachten zum Ladenschlussgesetz nun vor. Sie enthalten stichhaltige Argumente für eine weitere Liberalisierung, zumindest das Gutachten des Ifo-Instituts. Zweitens haben sich die Einzelhandelsverbände in Sachen Ladenschluss gewis-

(Hofer)

sermaßen vom Saulus zum Paulus gewandelt und plädieren nun in ebenfalls erstaunlicher Offenheit für eine weitere Liberalisierung.

(Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen:
Keineswegs! Sie haben wohl die Pressemeldungen
nicht gelesen!)

Drittens hat unser Koalitionspartner im Land auf seinem letzten Landesparteitag ebenfalls einen entsprechenden Beschluss gefasst. Der Bundeswirtschaftsminister und die Wirtschaftsminister der Länder haben letzte Woche zu diesem Thema getagt und mehrheitlich noch Prüfungsbedarf angemeldet, aber grundsätzlich Übereinstimmung in Sachen weiterer Liberalisierung gefunden. Man sucht noch nach einer Mittelstandsklausel. Dagegen ist nichts einzuwenden.

Für die Gewerkschaften ist eh alles klar. Sie halten es mit Vorliebe mit Artikel 1 der alten mecklenburgischen Staatsverfassung, der da lautet: Es bleibt alles beim Alten.

Der Bundeskanzler und die Bundesregierung versuchen aus Gründen, die ich, glaube ich, hier nicht erläutern muss, wieder Punkte bei den Gewerkschaften zu sammeln. Dabei könnte das Petitum von Verbrauchern, Betrieben, Verbänden und Gutachtern nach weiterer Liberalisierung eigentlich nur eine geflügelte Antwort erhalten: Wir haben verstanden.

Stattdessen besteht einiger Grund zur Besorgnis, dass man auf dem Weg ist, die falschen Konsequenzen zu ziehen. Nichts gegen ein weiteres grundsätzliches Nachdenken. Das hätte man sich bei anderen gesetzgeberischen Taten der Bundesregierung auch gewünscht. Aber es fehlt hier ganz offensichtlich wohl doch am Willen, dort zu handeln, wo Handlungsbedarf besteht.

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Zum heiß diskutierten Thema Sonntagsverkauf möchte ich für meine Fraktion eines ganz unmissverständlich voranstellen: Man braucht nicht besonders fromm und nicht besonders klerikal eingestellt zu sein, um Sonn- und Feiertage grundsätzlich verkaufsfrei zu halten.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der
CDU)

Ein Blick in die Verfassung genügt, und wohl auch die Erkenntnis, dass wir Menschen unser Leben doch nicht nur im Interesse des Funktionierens der Marktwirtschaft geschenkt bekommen haben.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr gut!)

Deshalb kann und soll es unserer Meinung nach bei derzeit vier verkaufsoffenen Sonntagen im Jahr bleiben. Über die sollen dann allerdings die Gemeinden frei entscheiden können, ohne Rechtsverordnung,

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/
DVP: Sehr gut!)

ohne Rechtsaufsichtsprobleme, ohne Auslegungsakrobatik, welche Veranstaltung denn nun markt- und messe-

ähnlich sei, kurz, alles ohne dieses Brimborium von Bürokratie.

(Zuruf von der FDP/DVP: Sehr gut!)

Aus der Stellungnahme zu unserem Antrag ergibt sich im Übrigen auch, dass die Gemeinden bei verkaufsoffenen Sonntagen bisher sehr verantwortungsvoll verfahren sind. Allerdings habe ich den Eindruck, dass die so frappierende Abstinenz in den Regierungspräsidien Freiburg und Tübingen nicht nur mit landsmannschaftlichen Eigentümlichkeiten zu erklären ist, sondern sicherlich auch auf Einfluss von oben – ich meine nicht: von ganz oben – beruht, nämlich von den Regierungspräsidien. Dieses Problem wäre ja dann mit der Neuregelung auch beseitigt.

Meine Damen und Herren, der Sonntagsschutz ist allerdings nur dann zu vertreten und praktisch auch nur dann durchzuhalten, wenn damit eine weit gehende Aufhebung der Ladenschlusszeiten an Werktagen verbunden ist. Der Gag Sonntagsverkauf verliert dann an Zugkraft, wenn werktags, insbesondere auch am Samstag, dem eigentlichen Einkaufstag, die Begrenzungen weitgehend entfallen.

In den Bundesländern, vor allem in den neuen Bundesländern, findet ja geradezu eine abenteuerliche Gesetzesauslegung statt. Was als Reiseproviant auf Bahnhöfen, als Freizeit- und Badeartikel in Kurbädern, als Devotionalien in Wallfahrtsorten gedacht ist, entpuppt sich als Verkauf von Stereoanlagen, Abendgarderobe, Autozubehör etc. Ist der Begriff „Saison“ zu Ende, ist eben über das ganze Jahr hinweg Rambazamba und Saison.

Also Fazit für unsere Fraktion: klare Regelung am Sonntag, viermal in freier kommunaler Entscheidung, werktags dagegen sollen die Ladeninhaber, wenn sie wollen, ihre Geschäfte entsprechend den Kundenwünschen öffnen dürfen. Natürlich werden ob solcher Liberalisierung – das möchte ich betonen – die Umsätze nicht explodieren. Das weiß ich auch. Natürlich gehen die Konzentrationsbewegungen im Einzelhandel so oder so weiter.

(Abg. Deuschle REP: Die werden dadurch verstärkt, Herr Hofer!)

Das Problem der Innenstädte und der Einkaufsstädte wird zudem schneller, als wir denken, vom Thema „elektronischer Handel“ überlagert werden. Wenn ich Ihnen sage, dass allein in meiner Stadt 20 % aller Haushalte – sprunghafte Steigerung inbegriffen – bereits über einen Internetanschluss verfügen, weiß man, was da kommen wird.

(Abg. Haas CDU: Völlig überzogen!)

Und der Beschäftigungsrückgang im Einzelhandel ist auch durch die Liberalisierung, die wir 1996 hatten, nicht aufgehoben worden. Ob dieser Rückgang durch die Liberalisierung verursacht worden ist, ist eine ganz andere Frage. Eines aber ist sicher, meine Damen und Herren: Wer nicht flexibel ist, kann bald dichtmachen. Das gilt für den Handel wie für alle anderen Branchen.

(Abg. Haas CDU: Das ist bei der FDP/DVP aber auch so! – Heiterkeit – Abg. Brechtken SPD: Das war seit Wochen der beste Zwischenruf vom Haas!)

(Hofer)

Gerade der Mittelstand, dessen Stärke es ist, flexibel auf veränderte Marktstrukturen zu reagieren und auf Kundenwünsche einzugehen, weiß das. Deshalb ist es auch nicht verwunderlich, dass immer mehr Einzelhändler selber mehr Gestaltungsfreiheit durch liberalisierte Ladenschlusszeiten wünschen. So kann man sich mit Service auch gegenüber anderen Konkurrenten behaupten.

(Beifall der Abg. Lieselotte Schweikert FDP/DVP)

Ob dann die Innenstädte alle schon ab 20 Uhr veröden, ist eine ganz andere Frage.

Im Übrigen habe ich nichts dagegen, auch nach einer Mittelstandsklausel Ausschau zu halten, die für Innenstädte gilt.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Fazit: 1996 hat man der heiligen Kuh Ladenschluss erstmals nach 40 Jahren in Deutschland einen kleinen Schubser gegeben, und zwar nach einer riesigen Debatte, über die die halbe, ja sogar die ganze Welt, glaube ich, den Kopf geschüttelt hat. Jetzt, drei Jahre später, wird es Zeit, die Kuh vollends vom Eis zu bringen. Wir sollten in Baden-Württemberg entsprechend initiativ werden.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Frau Abg. Schweizer.

Abg. Rosely Schweizer CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir führen hier eine höchst aktuelle Diskussion, getrieben von einer Wirklichkeit, die sich Tag für Tag verändert. Wir können über einen, über zwei oder drei verkaufsoffene Sonntage im Jahr verschiedener Meinung sein, aber die Realität ist schon: Internet kennt keinen Sonntag.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist so! Ja!)

Im letzten Jahr, 1998, wurden weltweit Waren und Dienstleistungen im Wert von 150 Milliarden Dollar über das Internet vertrieben. In zwei Jahren werden es 450 Milliarden Dollar sein. Das ist ein gewaltiger Sprung, eine gewaltige Umsatzsteigerung. Das lassen sich die Anbieter nicht entgehen. Auch der deutsche Einzelhandel lässt sich den Umsatz in diesem Medium nicht entgehen.

Wir haben inzwischen in der Küche Mikrowellenherde mit einer Scannerleiste, über die ich mit Produkten fahren kann, und dann wird automatisch die Bestellung an den nächsten Laden weitergeleitet.

(Abg. Dr. Schlierer REP: Jetzt wird es interessant!)

Dieser Laden macht Home Delivery, bringt es auch noch nach Hause.

(Abg. Deuschle REP: Gibt es für „Home Delivery“ auch ein deutsches Wort? – Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen: Aber das Fleisch kommt nicht virtuell oder digital?)

– Virtuell brauche ich das nicht. Ich brauche die Milch in der Küche auf dem Tisch.

(Abg. Deuschle REP: Wenn sie sauer wird!)

Diese Läden gibt es. Sie heißen erstaunlicherweise „Onkel Emma“.

Wir haben davon abgesehen 14 Milliarden DM Umsatz im Versandhandel. Auch das darf man nicht vergessen. Wir haben 350 000 Verkaufsautomaten in Deutschland mit einem Umsatz von 3,5 Milliarden DM im Jahr. Die Tankstellenpächter erwirtschaften den Lebensunterhalt für sich und ihre Familie inzwischen zunehmend mit dem Laden und nicht mehr mit dem Benzin.

(Abg. Mühlbeyer CDU: Das ist klar bei der Besteuerung!)

Demnächst steht an der Tankstelle: „Hier kocht der Tankwart persönlich.“

(Abg. Dr. Schlierer REP: Benzinsuppe!)

Auch diese Trends gibt es schon. BP nennt das zum Beispiel „Petit Bistro“, und Esso nennt es „Snack and Shop“. Also auch die Gastronomie wird demnächst zunehmend unter den Tankstellen zu leiden haben.

(Zuruf des Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen)

Dazu kommen dann Bahnhöfe, Flughäfen, Multiplexkinos, Entertainmentcenters – der Variation sind da keine Grenzen gesetzt. Es ist einfach ein gewaltiger Wandel im Handel gerade zu spüren.

(Abg. Schmiedel SPD: Was will die CDU? Was will die jetzt?)

Warum? Weil sich natürlich die Bevölkerung auch wandelt.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

26 % Singlehaushalte, 42 % berufstätige Frauen, 58 % Doppelverdienerhaushalte haben wir inzwischen.

(Zuruf des Abg. König REP)

Und der Verbraucher entscheidet eben nicht so, wie wir als Politiker es wollen, sondern er entscheidet mit den Füßen, mit den Rädern, mit dem Computer, und das ist das Entscheidende.

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es, ja! – Abg. Schmiedel SPD: Was will die CDU? – Abg. Maurer SPD: Was machen wir jetzt?)

Der Hauptverband des Deutschen Einzelhandels hat das erkannt, wie Herr Hofer schon gesagt hat, hat eine Kehrtwende gemacht.

(Abg. Deuschle REP: Das hat mich übrigens auch gewundert!)

Ich habe extra noch einmal bei unserem Verband in Baden-Württemberg nachgefragt, wer denn dort vertreten war.

(Rosely Schweizer)

Von den 125 Delegierten, die zu 80 % für die Freigabe der Ladenschlusszeiten gestimmt haben, waren über drei Viertel kleine und mittlere Unternehmer.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Jetzt schau her!)

Es wird ja immer gesagt, nur die Großen hätten das entschieden. Das stimmt nicht.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Jetzt schau her!)

Aber da besteht eben die Einsicht, dass der Handel im Wandel ist und dass man neue Wege finden muss.

Gleichzeitig hat aber bei dieser Versammlung auch der gesamte Handel klargemacht, dass er an einer sehr restriktiven Haltung gegenüber Sonn- und Feiertagsverkauf festhalten wird.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Da haben sie auch gut daran getan!)

– Da haben die sehr gut gehandelt.

(Zuruf des Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen)

Die Einzigen, die noch nicht richtig schlau geworden sind, sind eigentlich die Gewerkschaften. Die hinken wieder einmal hinterher, aber sie werden es vielleicht auch noch begreifen.

(Abg. König REP: Das glaube ich nicht!)

Die Privilegierung von Familienbetrieben à la Gerhard Schröder halte ich für völlig unmachbar.

(Zuruf des Abg. Deuschle REP)

Denn nehmen wir nur einmal Tengelmann. Tengelmann ist absolut ein Familienunternehmen. Diese Aussage ist einfach nicht machbar.

(Lachen bei der SPD – Abg. Haas CDU: Das muss man zur Kenntnis nehmen! Das ist so! – Abg. Birzele SPD: Aber das war ja nicht gemeint! Die Familie Tengelmann betreibt den Laden nicht allein! – Weitere Zurufe, u. a. der Abg. Schmiedel und Capezzuto SPD)

– Natürlich ist das ein Familienunternehmen. Oder wollen Sie mir widersprechen?

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ehe Sie alle Kriterien beieinander haben, die dann zum Schluss relevant sind, ob und gegebenenfalls wann jemand aufmachen darf oder nicht, ersticken wir in Bürokratismus.

Die CDU ist der Meinung,

(Abg. Schmiedel SPD: Jetzt!)

dass die Sonn- und Feiertagsruhe ein so hohes Gut ist, dass man es absolut verteidigen und erhalten sollte.

(Beifall bei der CDU und der SPD – Abg. Birzele SPD: Richtig!)

Also muss die Anzahl der verkaufsoffenen Sonntage auf ein Minimum begrenzt werden.

(Abg. Birzele SPD: Richtig!)

Je großzügiger die Öffnung an den Werktagen gehandhabt wird, umso deutlicher kann man den Sonntag als Tag der Ruhe, der Religion, der Familie und der Besinnung erhalten.

(Beifall bei der CDU – Abg. Birzele SPD: Das ist ein Fehlschluss! – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Die überwiegende Mehrheit der Menschen in Deutschland ist übrigens der Meinung, dass man nicht unbedingt sieben Tage in der Woche rund um die Uhr einkaufen muss.

(Zuruf des Abg. Birzele SPD)

Sie wollen eine Sonn- und Feiertagsruhe, sie wollen, dass der Sonntag als Ruhetag erhalten bleibt. Ob das auch im Jahr 2010 noch der Fall ist, können wir alle miteinander heute nicht sagen. Also wird es eine Lösung auf Zeit sein. Aber wir haben als politisch Verantwortliche überhaupt keine Not, jetzt und heute anders zu entscheiden und damit ein so hohes Gut wie die Sonn- und Feiertagsruhe zur Disposition zu stellen.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Nagel.

Abg. Nagel SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! In Artikel 3 unserer Landesverfassung heißt es:

Die Sonntage und die staatlich anerkannten Feiertage stehen als Tage der Arbeitsruhe und der Erhebung unter Rechtsschutz.

Im gemeinsamen Wort der Kirchen unter dem Titel „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ wird ausgeführt:

Ein unersetzliches Gut der Sozialkultur ist der Sonntag. Der Schutz des Sonntags ist immer mehr dadurch bedroht, dass ihm ökonomische Interessen vorgeordnet werden. Der Sonntag muss geschützt bleiben. Als Tag des Herrn hat er einen zentralen religiösen Inhalt. Er ist auch gemeinsame Zeit der Familie, der Freunde und Nachbarn und damit ein wichtiges kulturelles Gut, das nicht zur Disposition gestellt werden darf.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die SPD-Fraktion sagt Nein zu einer Entwicklung, die den grundgesetzlich garantierten Schutz des arbeitsfreien Sonntags immer weiter aushöhlt und den Sonntag generell vermarkten und als Verkaufstag zulassen will.

(Beifall bei der SPD)

Wir sagen Nein zu einer Entwicklung, die immer mehr Beschäftigten den Sonntag als wichtigstes Element des arbeitsfreien Wochenendes raubt, ihre Familien zu zersplittern droht

(Zuruf von der SPD: Genau!)

(Nagel)

und ihre Teilnahme am gesellschaftlichen Leben einengt.

(Beifall bei der SPD)

Wir sagen auch Nein zu einer Entwicklung, die eine atem- und ruhelose Gesellschaft produziert, die nur noch den Konsum im Mittelpunkt hat.

(Abg. Drexler SPD: Sonst wird man so wie der Pfister! – Heiterkeit)

Für uns hat der Sonntag Schutzcharakter. Der Sonntag schützt den arbeitenden Menschen, die Familie, die gottesdienstliche Feier und die persönliche Gestaltung von Zeit.

(Zuruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Das schafft die notwendige Zeit für Erholung, Begegnung, Besinnung und Lebensgestaltung.

Wir begrüßen daher die Aussagen des Herrn Sozialministers in seiner Erklärung vom 5. August dieses Jahres, dass eine Ausweitung der Ladenöffnungszeiten am Sonntag nicht infrage kommt.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Behringer CDU – Abg. Pfister FDP/DVP: Wir haben vier! Das reicht völlig aus!)

Die Festlegung der verkaufsoffenen Sonntage auf maximal zwei pro Jahr und Gemeinde – ereignisunabhängig – wird von der SPD-Fraktion mitgetragen, Herr Minister.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen sowie des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Zuruf von der SPD: Sehr gut!)

In den letzten Wochen und Monaten stand auch der Ladenschluss an Werktagen in der öffentlichen Diskussion. Die Meinungen hierzu gehen auseinander – bei den Beschäftigten, bei den Händlern, den Landesregierungen, der Bundesregierung, bei den Parteien und somit auch bei der SPD-Landtagsfraktion. Auch Mitglieder meiner Fraktion halten das gültige Ladenschlussgesetz für nicht mehr auf der Höhe der Zeit. Interessen von Verbrauchern und Händlern werde nicht genügend Rechnung getragen, das Kaufverhalten der Kunden habe sich rapide geändert, das Ladenschlussgesetz stehe dem entgegen. Eine Ausweitung bzw. komplette Abschaffung des Ladenschlussgesetzes solle möglich sein. Selbstverständlich gibt es in meiner Fraktion auch andere Stimmen, so auch meine.

Die bisherigen Verlängerungen der Ladenöffnungszeiten haben nicht den versprochenen Effekt gezeigt. Der Umsatz ist nicht gestiegen; er stagniert nach wie vor. Es ist nicht mehr Personal eingestellt worden. Im Gegenteil, wegen der infolge der längeren Öffnungszeiten gestiegenen Kosten wurde Personal abgebaut. Ich sage: Die Menschen brauchen nicht mehr Zeit zum Einkaufen, sie brauchen mehr Geld zum Einkaufen.

(Allgemeine Heiterkeit – Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen und der FDP/DVP – Abg. Dr. Schlierer REP: Deswegen die Forderung: Geld für alle! – Abg. Dr. Birk CDU: Macht eine gescheite Steuerreform!)

Wir dürfen auch nicht den Schutz der im Einzelhandel Beschäftigten aus den Augen verlieren. Überwiegend Frauen mit schlechten Arbeitsbedingungen und schlechter Bezahlung sind die Betroffenen. Vielleicht sollten sich diejenigen, die die Ladenöffnungszeiten gern bis in die Nacht ausdehnen wollen, einmal überlegen, wie die berufstätigen Frauen mit dem derzeitigen ÖPNV nachts aus den Städten in die Randgemeinden und die Gemeinden des Umlands kommen können.

(Beifall bei der SPD)

Auch beim Handel wird es Gewinner und Verlierer geben. Das sehe ich anders als Frau Schweizer; sie ist nicht mehr da. Unter den Verlierern werden viele Familienbetriebe und mittelständische Läden sein. Alleine Veränderungen beim Ladenschluss werden die gegenwärtige Problematik im Handel nicht lösen können. Es wird auf die Attraktivität der Innenstädte ankommen, und mit dem Thema Erlebnis-einkauf wird zukünftig über Anteile am Wettbewerb entschieden, weil sich das Verhalten und die Erwartung der Verbraucher tatsächlich merklich geändert haben.

Ein Augenmerk sollten wir alle auch darauf richten, dass in immer mehr kleinen Gemeinden, aber auch in Stadtteilen und Vororten von größeren Städten der Einzelhandel ausstirbt. Dies wirft große Probleme auf, vor allem für ältere Menschen, für Menschen, die nicht mehr oder nur noch eingeschränkt mobil sind. Der Laden um die Ecke ist so gut wie nicht mehr vorhanden.

Dabei müssen wir uns – da beziehe ich alle hier mit ein –, die wir mobil sind, an die eigene Nase fassen. Wir können nicht die Erhaltung solcher kleinen Läden von Tante Emma um die Ecke fordern, wenn wir selbst als Mobile unsere Einkäufe auf der grünen Wiese tätigen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CDU)

Alles in allem: Das Thema Ladenschluss wird uns weiter beschäftigen. Die SPD-Fraktion hat den Dialog mit den Beteiligten bereits aufgenommen, vor wenigen Tagen mit dem Baden-Württembergischen Handwerkstag. Dort will man übrigens – das war das Ergebnis – keine Veränderung oder Ausweitung der Ladenöffnungszeiten. Sie wissen, bei den Handwerkern gibt es auch viele, die einen kleinen Laden mit betreiben. Dort will man also keine Erweiterung.

Wir werden weiter mit den Selbstständigen, dem Einzelhandelsverband und den Gewerkschaften sprechen. Wir wollen dazu beitragen, dass Lösungen gefunden werden, die dem Handel nützen, ohne dass dabei die Beschäftigten oder die kleinen Familienbetriebe unter die Räder kommen.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Dr. Hildebrandt.

Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! „Der Streit um die Sonntagsöffnung spitzt sich zu.“ Das war die Überschrift eines Artikels im Sommer dieses Jahres, also zu einer Zeit, als die FDP/DVP-Fraktion ihren Antrag, den wir heute behandeln, eingebracht hat. Sie hat den Antrag damit begründet, dass Bewegung in die Diskussion um die Sonntagsarbeit

(Dr. Hildebrandt)

und die Ladenschlusszeiten gekommen sei. Sie hat hinzugefügt, eine zu restriktive Auslegung der Ladenschlusszeiten und der Sonntagsarbeit würde Baden-Württemberg von der Entwicklung abkoppeln. Daran muss man erinnern, vor allem auch nach dem, was Sie hier vorgetragen haben.

Jetzt hören wir aus der Landesregierung, man wolle den Schutz des Sonntags stärken. Das entspricht im Übrigen auch dem Konsens, der sich insgesamt in der Öffentlichkeit herzustellen scheint, und das aus gutem Grund. Aber festhalten muss man, dass der FDP-Liberalismus in Bezug auf den Sonntag schon eine Niederlage erhalten hat, und das auch aus gutem Grund. Wir erinnern uns noch gut an das, was Herr Rexrodt vor einem halben Jahr oder Herr Döring dazu gesagt haben. Nicht der Schutz des Sonntags ist ein Anachronismus, sondern die immer wieder angefachte Debatte darüber.

Wir begrüßen, dass die Landesregierung zu einer Politik zum Schutz des Sonntags zurückfinden will. Wir wollen aber auch daran erinnern, dass sie noch vor einem Jahr eine neue Bedarfsgewerbeordnung im Kabinett verabschiedet hat, die in elf Dienstleistungsbereichen zusätzliche Ausnahmeregelungen zum Sonntagsarbeitsverbot vorsieht und die aus gutem Grund den Zorn der Kirchen und den Protest der Gewerkschaften hervorgerufen hat.

Ich begrüße, wenn jetzt gesagt wird, dass der Sonntag nicht zur Disposition steht, erinnere aber daran, dass es weiteren Korrekturbedarf in der Politik der Landesregierung dazu gibt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Hat der Staat denn das Recht, so wird gefragt, den Leuten vorzuschreiben, wann sie was einkaufen?

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Umgekehrt ist es ja!)

Das ist, wie ich finde, eine unsinnige Frage, denn darum geht es nicht. Der freie Tag, der Ablauf der Woche mit einem freien siebten Tag ist eine uralte gesellschaftliche Einrichtung, die nur lebt, wenn sie in einer gemeinschaftlichen Vereinbarung festgelegt wird. Diese Vereinbarung kann niemand anders treffen als die durch Wahl legitimierten Gremien, das heißt die Parlamente. Jeder soll selbst entscheiden, wie er leben will und was er zum Beispiel am Sonntag machen will. Aber wenn alle zu jeder Zeit alles machen können, wird niemand mehr frei sein. Die völlige Flexibilisierung der Arbeitszeit ist asozial, sie zerstört die Verlässlichkeit und den Frieden der gleichen Lebensbedingungen, und sie führt zu Unfrieden in der Gesellschaft und auch zu Unfreiheit. Deshalb ist der Sonntag überhaupt erfunden worden. Er ist ein Geschenk der jüdischen Tradition an die Welt, und er war ein scharfes und ein starkes Gesetz, das mit starken Sanktionen bewehrt wurde, weil nicht nur der Herr und die Frau, nicht nur Sohn und Tochter, sondern auch Knecht und Vieh und der Fremdling, der in unserem Hause Gast ist, zur Einhaltung der Sonntagsruhe verpflichtet wurden. Warum? Weil es auch damals schon wirtschaftliche und gute Gründe gab, am Sonntag zu arbeiten, und weil gerade die, die abhängig sind, gerade die, die nicht selbst entscheiden können, des Schutzes bedürfen,

um den freien Tag überhaupt leben und einhalten zu können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn man die Debatte jetzt verfolgt, hat man den Eindruck, dass der Streit um den Sonntag nachträglich eher als eine Brechstange gebraucht wird, um die Diskussion um den Ladenschluss wieder anzuheizen und zu entwickeln.

Herr Kollege Nagel hat vorgetragen, dass man unterschiedlicher Meinung sein kann, wie man mit dem Ladenschlussgesetz über die Woche hin verfährt. Das ist auch in meiner Fraktion so.

Ich will aber darauf hinweisen, dass der Beschluss des Hauptverbands des Einzelhandels anders interpretiert werden muss, als das hier getan wird. Ganz eindeutig geht daraus hervor, dass, wenn es den Schutz des Sonntags gibt, sich der Einzelhandel nicht verschließen will, zu einer Änderung während der Woche zu kommen. Ganz deutlich ist herauszulesen, was für ein Druck dahinter steht, dass der Verband überhaupt zu diesem Beschluss gekommen ist.

Wer sich umhört – der CDU-Bundestagsabgeordnete meines Wahlkreises hat das getan – und fragt, welche praktischen Auswirkungen es hat, wenn wir auf eine gesetzliche Regelung verzichten – Schon jetzt schließen die Geschäfte nicht um 20 Uhr, sondern um 19 Uhr, weil die Zeit zwischen 19 Uhr und 20 Uhr Kosten verursacht, aber zu wenig genutzt wird. Meine These ist: Wenn wir das ändern, wird sich an der Praxis nicht viel ändern.

Wirklich Bedürfnis besteht, und zwar von verschiedenen Seiten – und wir müssen klar herausarbeiten, welche Seiten welche Bedürfnisse äußern –, am Samstag für die vier Stunden zwischen 14 und 18 bzw. die Zeit zwischen 16 und 18 Uhr.

Erstens: Ich meine, dass es richtig ist, dass wir weiter eine gesetzliche Grundlage haben und die Öffnungszeiten nicht den Geschäften frei überlassen.

Zweitens: Ich meine, dass wir genau diskutieren müssen, was mit dem Samstag ist, wenn wir uns einig sind, dass der Sonntag geschützt wird. Was ist denn mit dem Wochenende, Herr Kollege Nagel? Die Small Faces haben vor 30 Jahren so schön vom „lazy Sunday afternoon“ gesungen. Dann hieß es da: „Monday, I got Friday on my mind.“

Wenn wir den Samstag zum Arbeitstag und geregelten Werktag machen, dann ist das kein Wochenende mehr. Dann fehlt uns das „Saturday night fever“ genauso wie der „blue Sunday“. Ich bin dafür, dass wir uns gemeinsam dafür einsetzen, dass der Samstag als Wochenendtag für alle Familien erhalten bleibt. Das heißt, um 18 Uhr sollte auch am Samstag Schluss sein. Darüber muss man reden. Wir sind da in der Fraktion nicht bei allem gleicher Meinung.

Man muss aber sehen, dass der Kampf um die Ladenöffnungszeiten ein entscheidendes Bedürfnis befriedigt. Er wird nämlich als scharfe Waffe im Verdrängungswettbewerb benutzt, den wir auf dem Gebiet des Einzelhandels haben. Diesen Verdrängungswettbewerb sollten wir nicht in der Richtung anheizen, dass die Kleinen und der Mittelstand über den Deich gehen und nur noch die großen, kapi-

(Dr. Hildebrandt)

talstarken Konzerne übrig bleiben – dies mit Folgen auf der strukturpolitischen Ebene mit mehr Verkehr, auf der familienpolitischen Ebene durch weniger Zusammenleben in der Familie, auf frauenpolitischer Ebene dadurch, dass mehr Frauen abends und am Samstag arbeiten, und auf strukturpolitischer Ebene, dass wir Städte bekommen, die wir nicht wieder beleben können. Welche Ausnahmen wir regeln, könnten wir vielleicht zum Schluss der weiteren Diskussion überlassen.

Lassen Sie mich zum Schluss noch einen Gesichtspunkt ansprechen.

Stellv. Präsident Weiser: Herr Abgeordneter, ich darf Sie auf das Ende Ihrer Redezeit hinweisen.

Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, ich komme zum Ende.

Lieber Herr Kollege Hofer, Ihr Hauptargument, das sei nicht zeitgemäß, ist ein schwaches und oberflächliches Argument. Die Modernisierung besteht nicht darin, alle Regelungen aufzuheben. Unsere Gesellschaft braucht Reformen, aber sie leidet nicht an Stillstand, sondern sie leidet an zu viel Bewegung. Sie leidet an einer ständigen Beschleunigung der Produktion und Konsumtion, bei der eines nicht herauskommt, was den Zuwachs an Wohlstand und Lebensqualität ausmacht, nämlich mehr freie Zeit.

Jede Reform muss daran gemessen werden, ob sie für die, die davon betroffen sind, mehr freie Zeit schafft oder nicht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und des Abg. Dr. Walter Müller SPD)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Deuschle.

Abg. Deuschle REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das bisher geltende Ladenschlussgesetz wird immer stärker durchlöchert. Die Entwicklungen in den neuen Ländern, zum Beispiel in Sachsen, aber auch in Berlin, das Gutachten des Ifo-Instituts sowie der Beschluss des Hauptverbands des Deutschen Einzelhandels vom 18. Oktober 1999 haben eine Dynamik in die Diskussion gebracht. Deshalb ist eine grundsätzliche Debatte über den Ladenschluss notwendig.

Zu Beginn möchte ich schon eines deutlich machen: Wir Republikaner haben mit unserer Kritik am 1996 veränderten Ladenschlussgesetz Recht gehabt. Wir haben damals schon erkannt, dass dieser erste Liberalisierungsschritt eine Eigendynamik in Richtung auf eine vollständige Aufhebung der damals geänderten Ladenschlusszeiten auslösen würde.

Was hat sich seitdem getan?

Erstens: Der Konzentrationsprozess im Einzelhandel hat sich weiter zulasten der Klein- und Mittelbetriebe verschärft. Umsatz- und Ertragsrendite dieser Betriebe sind rückläufig. Zahlreiche Kleinbetriebe mussten schließen.

Zweitens: Durch die Verlängerung der Öffnungszeiten ist es zu keinem erkennbaren Umsatzwachstum gekommen. Was wir zur Kenntnis nehmen, ist eine Verlagerung der

Umsätze sowohl zeitlich innerhalb der verlängerten Tagesöffnungszeiten als auch branchenintern hin zu den Großbetrieben.

Drittens: Die durchschnittliche wöchentliche Öffnungsdauer im Einzelhandel hat sich seit 1995 von rund 45 Stunden pro Woche auf durchschnittlich 50 Stunden erhöht. Dies zeigt, dass sich der Prozess der Selbstausschöpfung der Einzelhändler und ihrer Familien verstärkt hat.

Wenn nun das Ifo-Institut in seinem Gutachten davon spricht – ich zitiere –:

„Die kleinen und mittleren Geschäfte haben häufig nicht die günstigen absatz- und kostenwirtschaftlichen Voraussetzungen, um mithilfe von Skaleneffekten und einer hohen Bekanntheit die abendlichen und samstäglichen verlängerten Öffnungszeiten wirtschaftlich positiv zu benutzen“,

muss ich sagen: Dies ist eine ganz zynische, unwissenschaftliche Argumentation. Wir Republikaner wollen keine Krämergesellschaft, in der nur noch kommerzielle Interessen den Ton angeben.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

Eine weitere Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten würde zu einer Anarchisierung des Handels führen, die voll zulasten der kleinen Einzelhändler ginge, die dann dem Druck der großen Handelsketten und Konzerne noch weniger gewachsen wären als heute. Es mag zwar im Sinne der Deregulierung sein, alle Lebensbereiche einer kommerziellen Perspektive zu unterwerfen, es gibt aber bei jeder Liberalisierung einen Punkt, an dem die Deregulierung in Anarchie umschlägt. Anarchie führt unweigerlich dazu, dass sich das Recht des Stärkeren durchsetzt. Am Ende dieser Entwicklung würden dann nur noch seelenlose Verkaufslandschaften stehen, wie sie heute schon in Ansätzen bekannt sind. Der Einzelhändler um die Ecke bedeutet ein Stück Lebensqualität, für die es sich einzusetzen lohnt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Republikanern)

Wer sich dennoch für eine weitere Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten engagiert, demonstriert damit, dass ihm die Interessen der vielen kleinen Einzelhändler letztlich völlig egal sind.

Neben diesen ökonomischen Aspekten möchte ich auf den religiösen sowie den kulturellen Aspekt eingehen.

Es ist kein Zufall, dass neben sechs Tagen der Arbeit ein siebter Tag in der Woche geschaffen worden ist, an dem sich die Menschen in dieser schnelllebigen Zeit besinnen sollen. Gerade in Zeiten einer sich aufgrund der Globalisierung schnell ändernden Welt, eines multimedialen Kapitalismus brauchen die Menschen Zeit dafür, sich wenigstens an einem Tag auf das Wesentliche konzentrieren zu können, meine Damen und Herren. Man braucht Zeit, um sich mit Freunden, Verwandten und Bekannten, in der Kirchengemeinde und in Vereinen vom Alltagstrott zu lösen. Gerade in einer Gesellschaft, die in Tausende von Einzelinteressen auseinander fällt, ist es notwendig, dass ein fester

(Deuschle)

Bestandteil von Werten vermittelt und gemeinsam gelebt wird.

(Zuruf des Abg. Kluck FDP/DVP)

Dazu benötigt man einen Zeitpunkt, an dem alle dafür Zeit haben.

Es geht ja auch um die Bewahrung eines Kulturguts der christlich-abendländischen Tradition, das sich in Jahrhunderten entwickelt hat. Wir müssen auch an die Menschen in der Zukunft denken. Wenn wir heute den Sonntag opfern, brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn unser Land immer nihilistischer wird. Es ist auch kein Zufall, dass die Aktionen gegen den Sonntag aus Teilen der neuen Bundesländer kommen, in denen die kommunistische SED mit ihrer antichristlichen Atheismuspolitik leider einen durchschlagenden Erfolg gehabt hat. Dass nun ein CDU-Wirtschaftsminister in Sachsen hier mitmacht, ist zu bedauern. Wir tragen im Übrigen den Vorschlag des Sozialministers von Baden-Württemberg mit, die Zahl der verkaufsoffenen Sonntage von vier auf zwei zu reduzieren.

Gestern hatten wir an dieser Stelle eine Debatte über das Ehrenamt. Wenn wir heute einen weiteren Schritt in Richtung Liberalisierung gehen, dann können wir unsere Anstrengungen für die Vereine vergessen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Republikanern – Dem Redner wird das Ende seiner Redezeit angezeigt.)

– Ich komme gleich zum Schluss.

Das gilt im Übrigen auch für den Samstagnachmittag. Wie viele Jugendmannschaften haben ihre Spiele schon am Samstagnachmittag? Wo sollen denn die Betreuer herkommen, wenn sie auch am Samstagnachmittag arbeiten müssen?

(Abg. Kiesswetter FDP/DVP: Einkaufen müssen!)

Meine Damen und Herren, es gibt genügend Gründe, den Sonntag, aber auch den Samstagnachmittag zu schützen. Für uns Republikaner gilt hier:

(Zuruf des Abg. Kluck FDP/DVP)

Die Bewahrung unserer Werte und unserer Gemeinschaft ist wichtiger als die Vertretung privatkapitalistischer Interessen.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Pfister FDP/DVP: Lernen Sie erst einmal, sich zu benehmen! Das ist besser, als hier Reden zu halten! Das ist ja unglaublich! Der redet von Werten! Sie müssen sich erst einmal zu benehmen lernen, Herr Kollege! – Gegenruf des Abg. Dr. Schlierer REP: Sie sind doch völlig wertfrei, Herr Kollege Pfister!)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Hofer.

Abg. Hofer FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zum Thema Sonntag gibt es ellenlange Ausführungen, die auch nicht mehr sagen, als man mit einem Satz sagen kann.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Sehr richtig!)

Ich habe mit einem Satz gesagt, dass wir völlig darin übereinstimmen, dass der Sonntag verkaufsfrei sein soll. Wenn ich von bis zu vier verkaufsoffenen Sonntagen spreche, andere von zwei Sonntagen sprechen, dann hängt das in starkem Maße davon ab, in welchem Umfang am Werktag die Möglichkeit zum Einkaufen besteht.

Wenn Sie, Herr Hildebrandt, vorhin gesagt haben: „Das fällt euch jetzt ein?“, dann ist das einfach unzulässig. Unser Fraktionsvorsitzender hat am 21. Juni in einer Landespresskonferenz – darüber wurde erfreulicherweise auch breit berichtet – expressis verbis genau das Gleiche gesagt.

Wenn ich ein Fazit zum Thema Sonntag ziehen soll, sage ich: Transparente einrollen, Unterschriftenlisten beenden. Wenn es nach dem baden-württembergischen Landtag geht, ist das überhaupt keine Frage: Der Sonntag soll grundsätzlich verkaufsfrei sein.

Wenn ich bezüglich des Werktags ein Fazit ziehe, kann ich sagen: Die Grünen wollen den Werktag auch liberalisieren. 50 % der SPD verhalten sich nicht so wie der Bundeskanzler und wollen auch liberalisieren. Dann bleiben nur die Republikaner dagegen. Es gibt also eine breite Mehrheit für eine Liberalisierung, natürlich nicht übers Knie gebrochen. Ich habe auch, wie gesagt, nichts dagegen, noch einmal darüber nachzudenken. Aber der Trend ist doch eindeutig.

Für meine Person sage ich zum Beispiel frank und frei: Für mich ist das kein Gebetbuch, etwa rund um die Uhr einkaufen zu wollen. Dabei tun wir übrigens so, als sei das Einkaufen ein Vergnügen. Für manche Hausfrau ist es aber eine elende Last, wenn sie die Einkäufe schleppen muss.

(Zuruf von der FDP/DVP: Genau! – Abg. Deuschle REP: Für manche Männer auch!)

Sie ist froh, wenn sie es einmal sein lassen kann.

Zum Thema E-Commerce gibt es schon Experimente. Aus Amerika – und Ähnliches machen wir hier auch schon experimentell – gibt es hervorragende Beispiele, wie man das gerade so anbinden kann, dass die kleinen örtlichen Händler zum Zuge kommen. Die Hausfrau, die dort E-Commerce macht, füllt ihre Sprudelkästen und das, was man so schwer tragen kann, automatisch über den örtlichen Händler auf. Das ist immer derselbe. Ein bisschen Fantasie, das meine ich mit Beweglichkeit. Raus aus diesen eingefahrenen Kreisen, wo wir doch genau merken, dass das nicht weiterführt.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Natürlich muss ich an die Mitarbeiter denken. Ich muss zum Beispiel an die Mitarbeiter in meinem Rathaus denken, die am Freitag am liebsten um 12 Uhr mittags Schluss machen würden und am Vormittag am liebsten noch einen Freizeitausgleich hätten. Das geht aber nicht mit den Kunden zu machen. Kundenorientiert war der mittelständische Einzelhandel schon immer, und die Kunden haben ihre Vorstellungen eindeutig artikuliert. Darauf ist einzugehen bis zu den Grenzen, die wir gesetzt haben.

Vielleicht darf ich noch einen Punkt erwähnen. Natürlich haben sogar die großen Betriebe im Lebensmittelbereich

(Hofer)

nicht immer alles ausgenutzt. Sie nutzen schon heute nicht alle zugelassenen Öffnungszeiten aus.

(Abg. Haas CDU: Ja, warum denn?)

Das Schild „Durchgehend geöffnet“ werden Sie an kaum einem Laden finden. Vielmehr wird versucht, die Zeiten nach Möglichkeit so zu setzen, dass sie für den Kundenwunsch günstig sind, dass man konkurrenzfähig ist.

Ich verneine nicht, dass es wie bei allen Änderungen Sieger und Verlierer geben wird. Natürlich hat man darauf zu achten, dass die Kleineren, die Familienbetriebe, nicht untergebuttert werden. Aber mit Artikel 1 der mecklenburgischen Staatsverfassung zu sagen – ich wiederhole es –: „Es bleibt alles beim Alten“, und dann zu meinen, das würde den kleinen Betrieben genügen, ist verkehrt. Die kleinen Betriebe haben längst erkannt, dass das eine Fehlleitung ist, gegen die man angehen muss.

Ich betrachte das, was hier gesagt worden ist, als ganz ermutigend.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Wir fühlen uns voll bestärkt!)

Ich stelle sehr viel Übereinstimmung fest. Deswegen bin ich auch sicher, dass wir das bestehende Ladenschlussgesetz sehr bald nicht mehr vorfinden werden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Schuhmacher.

Abg. Schuhmacher CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zuerst möchte ich einige Sätze zu den Ladenöffnungszeiten sagen, weil ich als Marktwirtschaftler und als Wirtschaftler überhaupt selbstverständlich gerne dafür bin, möglichst viel Freiheiten zu lassen.

Wir haben ja jetzt schon Beschränkungen. Ich erinnere zum Beispiel an das Urteil zu den Gartenwirtschaften. Ich erinnere daran, dass unsere Discos auch einmal schließen müssen. Deswegen wäre eine festgelegte Schlusszeit sicher kein Beinbruch.

Bei allen Einzelhandelsbetrieben, die vor allen Dingen Familienbetriebe sind, wären natürlich Familienangehörige die Betroffenen,

(Abg. Deuschle REP: Eben! Sehr richtig!)

wenn wir die Öffnungszeiten endlos ausdehnen würden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Deuschle REP)

Hier wären es vor allem die Familienangehörigen und die Frauen. Wie wollen diese Betriebe dann einen Nachfolger finden? Auch daran müssen wir denken.

Ein Drittes: Wir reden viel über Verbraucherschutz. Ist es denn eine Kultur, wenn wir heute Brötchen aus Polen kaufen und sie dann in den Tankstellen aufbacken?

(Zuruf des Abg. Dr. Schlierer REP)

Ist dies noch Verbraucherschutz? Auch das muss einmal gesagt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Republikaner)

Wenn wir die Ladenöffnungszeiten endlos ausdehnen, sind eindeutig der Mittelstand und die ländlichen Räume die Verlierer.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Republikaner)

Wenn heute Erlebniskauf angesagt ist, gehört der ländliche Raum erst recht zu den Verlierern. Denn dann setzt sich am Samstag die ganze Familie ins Auto und fährt in die großen Zentren. Die Läden in unseren kleinen Städten bleiben leer oder werden leerer. Deswegen müssen wir hier etwas tun.

Herr Nagel, Sie haben Recht: Entscheidend für die Einkäufe sind nicht nur die Öffnungszeiten, sondern ist in der Tat das konjunkturelle Umfeld, die Kaufkraft der Menschen.

Ich möchte jetzt noch einige Sätze zum Sonntagsschutz sagen. Wir sind eine große Wirtschaftsnation geworden. Wir werden dies nur bleiben – davon bin ich felsenfest überzeugt –, wenn wir auch wieder eine große Wertegemeinschaft werden.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Republikaner)

Zu diesen Werten gehört in unserem Land der Sonntag. Der Sonntag ist aus unserer Sicht ein Rechtsgut. Er ist aber nur so viel wert, wie dies die Gesellschaft in ihren Wertvorstellungen und Maßstäben auch als Wert anerkennt, erkennt und praktiziert.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Dafür müssen wir immer wieder werben!)

– Dafür müssen wir werben. Das ist richtig.

Der Sonntag muss Zeit der Begegnung sein – auch als christlicher Sonntag. Ich freue mich, dass Sie, Herr Nagel, dieses Bekenntnis abgelegt haben. Ich möchte das ausdrücklich unterstreichen.

Wir lesen in den Zeitungen, dass Depressionen die Volkskrankheit Nummer 1 in unserem Land sind. Das kommt doch irgendwoher. Wir müssen den Menschen Zeit zur Begegnung, Zeit füreinander und Zeit zum Atemholen lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich sage das ganz bewusst, weil ich oft auch am Sonntag arbeiten muss.

Ich habe neulich an einem Wanderparkplatz einen Spruch gelesen, der mir sehr gut gefallen hat. Peter Rosegger hat gesagt: „Gib dem Sonntag eine Seele und der Seele einen Sonntag.“ Ich glaube, dies sind wichtige Sätze, die wir berücksichtigen müssen. Deswegen muss aus meiner Sicht der absolute Sonntagsschutz in der Rangordnung eindeutig oben stehen.

(Beifall des Abg. Bloemecke CDU)

(Schuhmacher)

Über ein bis zwei verkaufsoffene Sonntage pro Jahr müssen wir uns mit unserem Koalitionspartner verständigen. Dazu sind wir bereit. Auch wir unterstützen unseren Sozialminister voll auf dieser Linie.

(Beifall bei der CDU)

Was die Werktagsregelung und die Ladenöffnungszeiten anbelangt, so ist dies sicher Angelegenheit des Einzelhandels. An uns soll eine Verlängerung der Öffnungszeiten nicht scheitern.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat der Herr Sozialminister.

Sozialminister Dr. Replik: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sonntagsschutz und Ladenöffnungszeiten sind in aller Munde. Nachdem die Gutachten des Ifo-Instituts, München, und der Sozialforschungsstelle, Dortmund, herausgegeben worden sind – Herr Hofer, diese Gutachten widersprechen einander übrigens völlig –, ist die Diskussion neu entfacht worden. Bund, Länder, Kirchen, Sozialpartner, Verbände, meine Partei, Ihre Partei, wer auch immer: Alle sagen etwas zu den Öffnungszeiten. Die Fülle der Vorschläge ist kaum mehr zu überbieten. Sie reicht vom Beibehalten des derzeitigen Zustands bis zur völligen Freigabe der Ladenöffnungszeiten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese aktuelle Diskussion führt dazu – ich sehe die Gefahr –, dass wir wichtige Leitlinien in unserer gesellschaftlichen Ordnung aus den Augen verlieren. Das dürfen wir nicht zulassen.

Besondere Bedeutung messen ich und die Landesregierung in diesem Zusammenhang auch dem Schutz von Sonn- und Feiertagen zu. Der Sonntagsschutz hat Verfassungsrang. Das muss man sehr deutlich sagen. Er kann damit auch überhaupt nicht zur Disposition gestellt werden.

Darüber hinaus hat das natürlich auch eine gesellschaftliche Dimension. Das ist schon wiederholt angesprochen worden. Wir brauchen einen Tag der Ruhe in der Woche und des Luftholens im hektischen Alltagsbetrieb. Wir brauchen einen Tag für die Familie und einen Tag der Besinnung. Er hat eine christliche Tradition, und auch dazu stehe ich.

Ich glaube, hierüber gibt es einen sehr breiten Konsens in dieser Gesellschaft. Dieser Konsens, der auch zwischen Kirchen und Gewerkschaften besteht, ist viel breiter, als viele Forderungen nach einer totalen Freigabe und Liberalisierung überhaupt vermuten lassen. Übrigens: Die Mehrheit der Verbraucher sieht keine Notwendigkeit für die Öffnung der Geschäfte an Sonn- und Feiertagen.

(Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Er schickt seine Frau zum Einkaufen!)

– Lieber Herr Jacobi: Meine Frau kann von montagmorgens um 7 Uhr bis samstagnachmittags um 14 Uhr oder um 16 Uhr und unter der Woche jeden Tag bis abends 20 Uhr einkaufen gehen.

(Abg. Rosely Schweizer CDU: Mein Mann aber nicht! – Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Schön für Ihre Frau! Meine kann es beispielsweise nicht!)

Wenn mir jemand sagt, dass diese Zeit zum Einkaufen nicht ausreicht, dann möchte ich wirklich wissen, wie viel Zeit er dann noch braucht.

Aus alledem folgt zumindest: Bei der Novellierung des Ladenschlussrechts hat der Schutz von Sonn- und Feiertagen für uns höchste Priorität.

(Abg. Kluck FDP/DVP: Höchste!)

Ich sage noch eines dazu, Herr Hofer: nicht vier verkaufsoffene Sonntage. Wir von der Landesregierung gehen schon ein ganzes Stück weiter. Wir wollen die Zahl der verkaufsoffenen Sonntage reduzieren, zurückfahren.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der SPD und der Republikaner – Abg. Deuschle REP: Sehr gut! – Abg. Hofer FDP/DVP: Was? – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Wie viele von den Sonntagen sollen gestrichen werden?)

Uns sind vier verkaufsoffene Sonntage zu viel. Herr Hofer, ich habe so langsam das Gefühl, dass Sie in Ihrer Fraktion ein Verständigungsproblem haben. Es gibt eine Übereinkunft mit Ihrem Landesvorsitzenden,

(Abg. Kluck FDP/DVP: Gab es einmal!)

besprochen mit Ihrem sozialpolitischen Sprecher, nach der wir sagen: Der Kompromiss besteht aus zwei verkaufsoffenen Sonntagen im Jahr, nicht vier.

(Abg. Dr. Schlierer REP: Das hätten wir gar nicht gedacht! – Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Lächerlich! – Unruhe)

Stellv. Präsident Weiser: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herr Abg. Hofer?

Sozialminister Dr. Replik: Bitte, ja.

Stellv. Präsident Weiser: Herr Abg. Hofer, Sie haben das Wort zu einer Zwischenfrage.

Abg. Hofer FDP/DVP: Herr Minister, würden Sie mir Recht geben, dass wir dieses Thema der zwei oder vier verkaufsoffenen Sonntage daran geknüpft haben,

(Abg. Brechtken SPD: Das ist genau der Fehler!)

dass dann wenigstens werktags eine entsprechend größere Liberalisierung eintritt?

Und zweitens: Wissen Sie, dass gerade kleine Städte und Gemeinden in Ballungsräumen versuchen, durch verkaufsoffene Sonntage auch gegenüber den großen Städten Möglichkeiten des Verkaufs zu schaffen?

(Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Genau! So ist es! – Abg. Brechtken SPD: Deshalb ist die Liberalisierung am Werktag falsch!)

Sozialminister Dr. Repnik: Herr Hofer, zum Ersten haben Sie natürlich Recht. Aber Sie haben bestätigt, dass die zwei Sonntage stimmen. Sie haben das bestätigt. Wir haben das gehört. Sie stimmen dem zu.

(Zuruf des Abg. Kluck FDP/DVP)

Das war übrigens zusammen mit der Liberalisierung der Öffnungszeiten an Samstagen beredet worden. Darüber können wir sprechen. Sie bestätigen jedenfalls, dass Sie dem auch zugestimmt haben.

(Unruhe)

Sie hören das. Das ganze Haus hört das: Die FDP/DVP ist für zwei verkaufsoffene Sonntage im Jahr.

(Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: So schnell kriegt ihr die herum?)

Das Zweite ist – das muss man auch ganz klar und deutlich sagen, Herr Hofer; das ist ganz wichtig –: Warum müssen denn die kleineren Städte im ländlichen Raum etwas machen? Weil die großen Städte permanent aufmachen und weil die kleineren Städte Angst haben, dass sie ihren Umsatz verlieren. Deshalb müssen sie auch etwas tun.

Im Übrigen bin ich den Oberverwaltungsgerichten sehr dankbar. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir hatten ja die überzogenen Öffnungen im Osten. Sie waren gesetzwidrig. Beispielsweise hat ja auch ein CDU-Minister in Sachsen versucht, auf solche Art und Weise Tatsachen zu schaffen.

(Abg. Deuschle REP: Eben!)

Insofern kann man vom „wilden Osten“ sprechen.

(Abg. Brechtken SPD: Wilde Ost-CDU!)

Die Oberverwaltungsgerichte haben allerdings bestätigt, dass dies gesetzwidrig war. Sie haben den Sonntagsschutz in der Tat bestätigt.

Wie sieht es in Baden-Württemberg aus? In Baden-Württemberg haben wir in den letzten Jahren schlichtweg festgestellt, dass mehr und mehr Städte und Gemeinden verkaufsoffene Sonntage zugelassen haben. Die Zahl der verkaufsoffenen Sonntage ist gestiegen, und die Zahl der Gemeinden, die solche Sonntage angesetzt haben, ist auch gestiegen. Ich meine, wir sollten diese Aufwärtsspirale stoppen. Viele Gemeinden veranstalten solche verkaufsoffenen Sonntage eben nur, weil die Nachbargemeinde genau das Gleiche tut. Viele Inhaber von kleineren Familienbetrieben haben mich angeschrieben und haben gesagt: Stopp diesen Unsinn; wir brauchen auch einmal Luft zum Atmen.

(Beifall der Abg. Haasis und Ingrid Blank CDU)

Herr Hofer, Sie sind Oberbürgermeister. Ihre Verwaltung geht am Freitag um 12 Uhr in die Ferien und kommt am Montagmorgen um 7 oder um 8 Uhr ins Büro.

(Abg. Dr. Schlierer REP: A wa! Montagnachmittag wahrscheinlich! – Abg. Brechtken SPD: Die meisten zwischen halb neun und neun Uhr! – Zuruf des Abg. Deuschle REP – Unruhe)

Wenn jemand einfach nur den Kopf schüttelt und so abwinkt, dann redet er manchmal wie ein Blinder von der Farbe.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen)

Ich hatte bis letztes Jahr ein Einzelhandelsgeschäft, eine Apotheke. Ich weiß, wovon ich spreche. Wenn Sie manchmal spüren würden, wie man schon unter der Woche organisieren muss, wenn man Not- und Nachtdienst hat, wäre Ihnen klar, dass das für einen normalen Familienbetrieb überhaupt nicht zu leisten ist. Die Sieger einer solchen Deregulierung . . .

Stellv. Präsident Weiser: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Sozialminister Dr. Repnik: . . . – gleich, Herr Kluck – wären in der Tat, wenn man von 0 bis 24 Uhr aufmachen wollte, die großen Betriebe auf der grünen Wiese. Eine Mittelstandskomponente, die Sie vorschlagen, hält doch gar nicht stand. Deswegen sollten wir auch daran denken, was wir den Leuten damit antun würden, wenn die Geschäfte wirklich von 0 bis 24 Uhr öffnen könnten. Wer arbeitet denn dann?

(Abg. Birzele SPD: Sehr richtig! Der Mann hat Recht, wo er Recht hat!)

In kleinen Familien die Angehörigen. Ich möchte wissen, wo da noch irgendwo ein Familienleben stattfinden kann.

Deswegen sage ich: Wir sollten diese ganzen Gespräche in sehr großer Ruhe führen. Wir müssen bei allem immer den Mittelstand, die Familien und die Frauen und Kinder im Blick haben, weil die die Regelung schlichtweg ausbaden müssen. Deswegen werde ich hin und her abwägen, wie wir es machen können. Aber ich sage Ihnen heute schon zu, dass die Landesregierung dieses Thema sehr restriktiv angehen wird. Wir wollen den Sonntag schützen, die Öffnungszeiten an Samstagen erweitern und ansonsten unter der Woche so restriktiv wie möglich verfahren.

Jetzt ist erst Herr Kluck dran und dann Herr Hofer, wenn ich das sagen darf.

(Heiterkeit)

Stellv. Präsident Weiser: Entschuldigung, die Regierung darf vieles, sie darf auch die Redezeit entsprechend ausnützen, aber die Geschäftsführung liegt beim Präsidenten.

(Heiterkeit)

Herr Kluck, Sie haben das Wort.

Abg. Kluck FDP/DVP: Herr Minister, ist Ihnen bekannt, dass niemand beabsichtigt, irgendwen zu zwingen, seinen Laden zu einer bestimmten Zeit aufzumachen?

(Zurufe von der SPD und den Republikanern: Oje!)

Sozialminister Dr. Replik: Herr Präsident, als Erstes muss ich um Entschuldigung bitten, dass ich mich da eingemischt habe. Natürlich erteilen Sie das Wort.

Natürlich ist das bekannt, Herr Kluck. Das ist jedem bekannt. Nur, das eine ist doch klar: Wer kann es machen? Das können die großen Betriebe machen, die mit irgendwelchen billigen Kräften rund um die Uhr, also auch nachts, arbeiten können. Und die Familienbetriebe, der Mittelstand, können dies nicht leisten. Die bleiben auf Dauer auf der Strecke. Das sage ich Ihnen voraus.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Weiser: Herr Abg. Hofer.

Abg. Hofer FDP/DVP: Herr Minister, ich frage, weil Sie mich mehrfach angesprochen haben: Würden Sie mir darin Recht geben, dass die Frage der verkaufsoffenen Sonntage gegenüber der grundsätzlichen Entscheidung, den Sonntag verkaufsfrei zu halten, sicher die untergeordnete ist? Punkt eins.

Die zweite Frage: Ist Ihnen bekannt, dass in den meisten Kommunen, jedenfalls in denen, die mir bekannt sind, die Anträge auf verkaufsoffene Sonntage von dem Bund der Selbstständigen bzw. von den Handels- und Gewerbevereinen gestellt werden und nicht von Stadtverwaltungen?

Sozialminister Dr. Replik: Zum Ersten möchte ich Ihnen sagen, dass für mich der Schutz des Sonntags nicht untergeordnet, sondern sehr übergeordnet ist.

Zum Zweiten weiß ich natürlich, dass Anträge oft vom Bund der Selbstständigen oder Einzelhandelsverbänden in einer Stadt ausgehen. Dennoch sollten wir dafür sorgen, dass dies nicht ausufert. Deswegen werden wir daran arbeiten, dass wir einen Sonntag oder maximal zwei Sonntage im Jahr freigeben. Lasst den Rest bitte für die Leute zum Schnaufen, für die Familie und wen auch immer.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Weiser: Herr Minister, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Hildebrandt?

Sozialminister Dr. Replik: Gerne, Herr Präsident.

Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen: Können Sie sich vorstellen, Herr Minister, dass diese Anträge auf verkaufsoffene Sonntage in einzelnen Kommunen von den dortigen Einzelhandelsverbänden gerade dadurch entstehen, dass durch die Möglichkeit der verkaufsoffenen Sonntage die verschiedenen benachbarten Kommunen in einen ruinösen Standortwettbewerb getrieben werden?

Sozialminister Dr. Replik: Herr Hildebrandt, ich habe dies vorhin schon angesprochen. Anträge werden oft deshalb gestellt, weil das auch die Nachbargemeinde gemacht hat. Dann haben wir irgendwann rundum nur noch Gemeinden, die verkaufsoffene Sonntage beantragen. Dadurch zieht dann jeder nach. Deswegen auch hier bitte Reduzierung auf maximal zwei Sonntage. Ich glaube, dann sind wir auf dem richtigen Weg.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der SPD –
Zurufe von der SPD: Sehr richtig!)

Stellv. Präsident Weiser: Herr Minister, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Kluck?

Sozialminister Dr. Replik: Bitte.

Stellv. Präsident Weiser: Herr Abg. Kluck, Sie haben das Wort.

Abg. Kluck FDP/DVP: Herr Minister, betrachten Sie den Handels- und Gewerbeverein Rottenburg als verlängerten Arm eines schrankenlosen Kapitalismus?

(Heiterkeit – Abg. Birzele SPD: Noch zwei solcher Zwischenfragen, und Herr Abg. Kluck hat seinen Ruf gefestigt! – Abg. Dr. Schlierer REP: Die Kommunikation innerhalb der Regierungsfractionen!)

Sozialminister Dr. Replik: Nachdem ich selbst Mitglied des Handels- und Gewerbevereins Rottenburg bin – –

(Lebhafte Unruhe)

Stellv. Präsident Weiser: Herr Abg. Kluck hat den Herrn Minister gefragt und sonst niemanden.

(Große Heiterkeit)

Sozialminister Dr. Replik: Herr Kluck, ich bin Mitglied des HGV Rottenburg und deswegen befangen.

(Große Heiterkeit)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, mir liegen in der Aussprache keine weiteren Wortmeldungen vor.

Beim Antrag der Fraktion der FDP/DVP handelt es sich um einen Berichtsantrag. Ich gehe davon aus, dass dieser Antrag durch die heutige Aussprache für erledigt erklärt werden kann. – Die antragstellende Fraktion stimmt zu. Es ist so beschlossen.

Punkt 7 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

a) Große Anfrage der Fraktion Die Republikaner mit der Antwort der Landesregierung – Wirtschaftsspionage und ihre Auswirkungen auf die baden-württembergische Wirtschaft – Drucksache 12/4186

b) Antrag der Fraktion Die Republikaner und Stellungnahme des Innenministeriums – Wirtschaftsspionage und ihre Auswirkungen auf die Wirtschaft in Baden-Württemberg – Drucksache 12/4410

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: fünf Minuten für die Begründung des Antrags, fünf Minuten Grundredezeit je Fraktion für die Aussprache über beide Punkte bei gestaffelten Redezeiten, fünf Minuten für das Schlusswort zur Großen Anfrage.

Herr Abg. Krisch, Sie haben das Wort.

(Anhaltende Unruhe)

Abg. Krisch REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Anfang dieser Woche hatte ich Gelegenheit, als Teilnehmer einer Landtagsdelegation das US-Hauptquartier in Stuttgart-Vaihingen zu besuchen. Dieser Besuch bestätigte mir die Politik der US-Regierung:

Erstens: Militärische Ziele der USA sind durchzusetzen; Priorität 1.

Zweitens: Wirtschaftliche Interessen von US-Unternehmen sind durchzusetzen. Das ist Priorität 2 der US-Regierung.

Vergleiche ich das mit deutscher Politik, mit einer Politik, die die Wirtschaft in Spionagefällen allein lässt, die vor den ehemaligen Besatzungsmächten kuschelt, einer Gehorsamspolitik, einer Politik, die kein französischer, kein englischer und kein amerikanischer Politiker sich leisten könnte, finde ich das beschämend.

(Beifall bei den Republikanern)

Das, was ich sage, sind keine Neuigkeiten. Ich zitiere aus der „Los Angeles Times“ vom Juli 1995. Danach hat US-Präsident Clinton die CIA aufgefordert, als oberste Priorität Wirtschaftsspionage auch bei befreundeten Staaten durchzuführen.

(Abg. Capezzuto SPD: Sauerei!)

Das wurde von Dr. Rannacher vom Landesamt für Verfassungsschutz vor einer Woche bestätigt.

Die Bürgerrechtsvereinigung Omega aus England hat schon 1998 einen Bericht an die EU gemacht, in dem festgestellt wurde, dass sämtliche E-Mails, Telefongespräche und Faxe innerhalb Europas von der National Security Agency, der NSA, aufgenommen und an die USA weitergeleitet werden. Im Kalten Krieg hatten die Amerikaner ein globales, weltweites Überwachungssystem gegen militärische Ziele. Dieses System, jetzt „Echelon“ genannt, wird nunmehr weltweit gegen befreundete Regierungen, gegen Parteien, gegen Organisationen und vor allem gegen Wirtschaftsunternehmen ausgenutzt.

(Abg. Deuschle REP: Unter Bezug auf die anhaltende Unruhe, vor allem bei der SPD: Das scheint die anderen nicht zu interessieren!)

Der bekannteste Fall ist der Fall der Firma Enercon in Aurich, die dummerweise Schaltpläne und Informationen auf elektronischem Wege nach den USA weiterleitete. Als sie in den USA die eigene Erfindung zum Patent anmelden wollte, hatte der größte amerikanische Konkurrent die Erfindung schon längst zum Patent angemeldet. Im Wissen, dass es sich um Wirtschaftsspionage und Diebstahl handelte, haben amerikanische Behörden dieses US-Unternehmen gestützt. Nach unserem Wissen hat keine deutsche Behörde und keine deutsche Regierung die Firma Enercon unterstützt. Das Ganze kam nur durch die Indiskretion eines früheren Mitarbeiters der NSA an die Öffentlichkeit. Schaden allein für Enercon 100 Millionen DM! Ein Schaden, ein Fall für ein Unternehmen.

An diesem Spionagesystem Echelon sind beteiligt die USA, Großbritannien, Kanada, Neuseeland und Australien. Alle Ministerien dieser Staaten haben das Recht, Spionageaufträge an das System Echelon weiterzugeben, Wirt-

schaftsspionageaufträge, die dann in diesen Staaten zum Vorteil der eigenen Unternehmen und der eigenen Industrie ausgenutzt werden.

Der Skandal: Die größte US-Abhörstation aus diesem Echelon-System in Europa befindet sich in Bad Aibling in Bayern.

Alles, was ich hier sagte, wurde schon vor längerer Zeit in einem Bericht innerhalb der EU diskutiert, und zwar in einer Arbeitsgruppe STOA. Das ist die Gruppe zur Bewertung wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Optionen. Alles, was ich eben sagte, wurde in diesem Bericht niedergelegt.

Jetzt ist Baden-Württemberg als Hochtechnologieland bevorzugtes Ziel ausländischer Geheimdienste, und Erkenntnisse über die Angriffe befreundeter Staaten – die USA sind ein befreundeter Staat – müssen der Landesregierung vorliegen. Das ist zum Beispiel im IHK-Magazin „Wirtschaft“, Ausgabe 2/99, festgehalten. Auch im „Spiegel“ vom 29. März ist zu lesen: Die USA haben keine Hemmung, wirtschaftliche Konkurrenz zu bekämpfen, vor allem politischer Partnerstaaten. Im US-Periodikum „Foreign Policy“ ist zu lesen: Für die amerikanische Regierung sind militärische Alliierte wirtschaftliche Gegner.

Großbritannien hat sich schon 1995 über die Spionagetätigkeit der CIA in England beschwert, wobei ich das als Heuchelei betrachte; denn Großbritannien ist als Echelon-Mitglied an der Ausspionierung von Partnerstaaten innerhalb der EU beteiligt.

Frankreich macht in gleicher Richtung auf eigene Rechnung weiter.

Zusammengefasst zu Teil 1: Seit Jahren liegen Daten vor, die kriminelle Wirtschaftsspionage befreundeter Mächte in Deutschland beweisen. Zu Stellungnahme und Position der Landesregierung rede ich in Teil 2.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Ruder.

Abg. Ruder CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es gehört schon viel dazu, sich in Ruhe solche Zumutungen, wie sie eben ausgebreitet worden sind, anzuhören.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Christine Rudolf SPD)

Denn in Wirklichkeit geht es den Republikanern nicht darum, unserer Wirtschaft zu helfen, sondern es geht ihnen darum, die mit uns befreundeten Staaten und das Ausland insgesamt wieder einmal in einem Bereich verdächtig zu machen, wo es keinen Verdacht geben kann.

(Beifall bei der CDU – Abg. Deuschle REP: Das ist eine Argumentation! Total neben der Kappe!)

Meine Damen und Herren, wie ernst die Republikaner es meinen – –

(Abg. Deuschle REP: Das ist doch primitiv!)

– Ich trage Ihnen gerade vor, was primitiv ist, Herr Deuschle. Ausgerechnet Sie!

(Ruder)

Meine Damen und Herren, in der Begründung zum Antrag der Republikaner steht, die Landesregierung habe die Große Anfrage lustlos und oberflächlich beantwortet. Die offenkundig zur Schau gestellte Geringschätzung des verfassungsmäßig garantierten Rechts der parlamentarischen Kontrolle durch die Opposition sei ein nicht akzeptabler Vorgang.

Meine Herren Republikaner, damit haben Sie sich endgültig von denen verabschiedet, die in diesen Fragen ernst genommen werden wollen.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von den Republikanern)

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen jetzt einmal eines, und zwar aus einer langjährigen Erfahrung sowohl im administrativen als auch im parlamentarischen Bereich: Es hat immer zu den ganz besonderen Qualitäten dieses Hauses gehört – übrigens auch der Landesregierung, gleich, unter welchen Mehrheitsverhältnissen –, dass wir in Fragen der inneren Sicherheit zum einen einen vernünftigen Umgang miteinander pflegten und zum anderen genau wussten, wo solche Fragen ausgetragen werden, nämlich dort, meine Damen und Herren, wo es unsere Verfassung vorsieht,

(Zuruf des Abg. Krisch REP)

beispielsweise bei der Beratung des Berichts des Landesamts für Verfassungsschutz im Ständigen Ausschuss. Es gibt auch das Gremium nach Artikel 10 des Grundgesetzes; da mögen Sie nicht dabei sein, das mag auch seine guten Gründe haben. Meine Damen und Herren, dort müssen wir uns ernsthaft mit den Fragen auseinandersetzen, aber nicht vor einer breiten Öffentlichkeit.

(Beifall bei der CDU – Widerspruch bei den Republikanern – Abg. Dr. Schlierer REP: Missachtung des Plenums! Ganz klar ausgedrückt!)

– Hoffentlich steht es so im Protokoll.

Meine Herren, dann kommen Sie daher und werfen der Landesregierung vor, sie habe oberflächlich geantwortet.

(Abg. Krisch REP: Verantwortungslos!)

Die Landesregierung ist in ihrer Stellungnahme bis an den Rand des gerade noch Vertretbaren gegangen, um Ihre Fragen zu beantworten, die Sie, wie ich weiß, bei einer durch das Landesamt für Verfassungsschutz veranstalteten Tagung des Innenministeriums aufgesaugt haben.

Meine Damen und Herren, aus diesem Grunde möchte ich abschließend sagen: Ich denke, dass wir in der breiten Mehrheit dieses Hauses hinter unseren Verfassungsorganen stehen und dies in der Weise zum Ausdruck bringen, dass wir nicht unqualifiziert kritisieren, unqualifiziert verdächtigen und damit letztlich denjenigen Vorschub leisten, die meinen, im Felde der Wirtschaftsspionage abkassieren zu können.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Wettstein.

Abg. Wettstein SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte einmal völlig losgelöst von den Beweggründen der Fraktion Die Republikaner

(Abg. Rapp REP: Sie sind meistens völlig losgelöst!)

die Frage aufwerfen: Was ist die Aufgabe unseres Verfassungsschutzes in dieser Situation? Fakt ist einfach, dass die Geheimdienste anderer Länder bei uns Wirtschaftsspionage betreiben.

(Abg. Deuschle REP: Richtig!)

– Ich möchte von Ihnen keinen Beifall, weil das Thema bei Ihnen in die Kiste gepackt wird: Was macht das Ausland bei uns alles Übles, und wie großzügig sind wir dagegen gegenüber dem Ausland. Das ist doch die Masche, die Sie hierbei verfolgen.

Ich möchte einfach einmal ganz sachlich feststellen, dass die ausländischen Geheimdienste bei uns Wirtschaftsspionage betreiben und dadurch unserer Wirtschaft Schaden zugefügt wird. Nun ist es natürlich so, dass ein relativ großer Schaden angerichtet werden kann, wenn zum Beispiel der russische Geheimdienst bei uns spioniert, weil die Russen so ziemlich alles verwenden können, was sie bei uns ausspionieren.

Etwas anderes ist es, wenn der US-Geheimdienst CIA bei uns Wirtschaftsspionage betreibt, und das ist leider Faktum. Da ist der materielle Schaden wahrscheinlich etwas geringer

(Zuruf des Abg. Deuschle REP)

– ich sage: wahrscheinlich –, als wenn Russland Wirtschaftsspionage betreibt. Die Spionage hat zumindest eine völlig andere Qualität, wenn die Spionageorganisation eines befreundeten Landes bei uns spioniert.

(Abg. Deuschle REP: Das ist ja noch schlimmer!)

Das muss man einfach feststellen.

(Abg. Deuschle REP: Eben!)

Ich habe erst kürzlich durch eine Fernsehsendung mitbekommen, dass sich die USA, nachdem ein Spionagefall offenkundig geworden war, weil einer, der bei der CIA mitgewirkt hatte, übergelaufen ist, unwahrscheinlich arrogant gezeigt haben. Winfried Penner, der Mitglied des Geheimdienste-Kontrollgremiums im Deutschen Bundestag ist, hat im Fernsehen gesagt, die USA stehen in diesem Fall auf dem Standpunkt: Wir sind die Supermacht, und ihr seid nur eine Mittelmacht; so ist eben das Leben.

So kann es meines Erachtens nicht sein. Deswegen, Herr Kollege Ruder, genügt es meines Erachtens auch nicht, dass dann, wenn der Verfassungsschutz aufspürt, dass die CIA bei uns Wirtschaftsspionage betrieben hat, dies dem Kontrollgremium berichtet wird. Das Kontrollgremium ist

(Wettstein)

zur Verschwiegenheit verpflichtet. Der Akt der Spionage muss öffentlich gemacht werden.

(Abg. Krisch REP: Richtig!)

Wenn die CIA bei uns solche Schweinereien betreibt – wenn ich Freunde ausspioniere, ist das einfach als moralische Schweinerei zu bezeichnen –,

(Abg. Deuschle REP: Sehr richtig!)

hätte ich gerne, dass das öffentlich gemacht wird, damit wir die USA auf diese Art und Weise wenigstens etwas unter Druck setzen können. Wenn es eine Möglichkeit gibt, so etwas abzustellen, dann nur dadurch, dass es in die Öffentlichkeit kommt.

Ich habe versucht, das sachlich darzustellen, damit wir vielleicht zu Lösungen kommen, die wir gemeinsam tragen können.

(Beifall bei der SPD – Abg. Käs REP: Sehr lobenswert!)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Frau Abg. Schlager.

Abg. Sabine Schlager Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich tue jetzt mal so, als ginge es den Republikanern um eine ernsthafte Debatte, obwohl die Rede von Herrn Krisch wenig Anlass dazu gibt, und lege die sachlichen Argumente meiner Fraktion in dieser Frage dar.

Aufgabe des Staates bei der Wirtschaftsspionage ist es, erstens die Firmen auf die Gefahren hinzuweisen, zweitens die Firmen über die Möglichkeit der Vorbeugung zu beraten, etwa über Verschlüsselungstechniken, und drittens polizeilich einzugreifen, wenn konkrete Straftaten vorliegen.

Auf allen drei Ebenen ist das Land tätig, und wir sehen keinen Grund, die Zuständigkeit des Bundesnachrichtendienstes auszuweiten.

Wichtig bei der Prävention gegen Wirtschaftsspionage ist die internationale Zusammenarbeit. Auch wenn die Republikaner lieber nationale Lösungsstrategien sehen würden, so müssen sie sich doch in ihrem Antrag auf die Erkenntnisse der EU-Arbeitsgruppe stützen.

Die Aufklärungsarbeit der Landesregierung, zum Beispiel das Symposium Spionageabwehr, ist ein wichtiger Beitrag zur Prävention gegen Wirtschaftsspionage. Die baden-württembergische Wirtschaft braucht sensibilisierte und wachsame Unternehmen, die wissen, wie sie sich schützen können, und dies dann in ihrer Eigenverantwortlichkeit und im eigenen Interesse auch tun. So etwa kann man sinngemäß die Verfassungsschutzberichte 1997 und 1998 zu diesem Thema zusammenfassen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Abgeordneten der CDU und der SPD)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Kiesswetter.

Abg. Kiesswetter FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Das Landesamt für Verfassungs-

schutz verfügt über keine eigenen gesicherten Erkenntnisse, dass die elektronische Kommunikation innerhalb Europas so, wie in der Großen Anfrage dargestellt, überwacht, aufgezeichnet und ausgewertet wird.

Allerdings gehen verschiedene Autoren und Journalisten davon aus, dass die genannten Staaten ein computergesteuertes Abhörsystem mit der Bezeichnung Echelon betreiben, das dazu genutzt wird, die elektronische Kommunikation routinemäßig abzuhören; der elektronische Kommunikationsverkehr würde dabei automatisch auf bestimmte Suchbegriffe hin überprüft und bei entsprechenden Treffern ausgewertet. Insgesamt gehen die Verfasser in ihren Beiträgen davon aus, dass Echelon mittlerweile gezielt auch zur Überwachung der multimedialen Kommunikation westeuropäischer Unternehmen eingesetzt werde.

Es wird vermutet, dass fremde Staaten das Instrument der Spionage einsetzen, um an diese Informationen zu gelangen; denn was verraten ist, kann nicht mehr verkauft werden. Die gravierenden Folgen der Wirtschaftsspionage für einzelne Unternehmen liegen auf der Hand: Verschlechterung der eigenen Verhandlungsposition, Verlust von Marktanteilen, Gewinneinbußen und Abbau von Arbeitsplätzen. Im Extremfall ist sogar die Existenz eines Unternehmens in Gefahr.

Im Hinblick auf die Globalisierung der Wirtschaft wird der technologische Vorsprung nur noch eine kurzlebige Erscheinung sein, wenn es nicht gelingt, das kostenintensiv erarbeitete Wissen so zu schützen, dass diejenigen den wirtschaftlichen Nutzen haben, die auch die Kosten für Forschung und Entwicklung aufbringen.

(Abg. Deuschle REP: Genau!)

Wirtschaft und Staat kommt hier eine besondere Verantwortung zu. Sie sind quasi zur Sicherheitspartnerschaft verpflichtet. Ein vertraulicher Umgang mit Informationen und Hinweisen ist für die Behörde schon wegen ihres gesetzlichen Auftrags selbstverständlich.

Die Bekämpfung der von fremden Staaten ausgehenden Wirtschaftsspionage gehört zu den Aufgaben des LfV. Aufgrund seiner durch Gesetz eingeschränkten Befugnisse muss sich das LfV bei den Gegenmaßnahmen auf die Information, Aufklärung und Beratung der Betroffenen beschränken. Schwerpunkte bilden dabei personelle, organisatorische, bauliche, technische und rechtliche Präventionsmaßnahmen. Deshalb sollen Verdachtsmomente für Geheimnisverrat der Spionageabwehr des Landesamts für Verfassungsschutz mitgeteilt werden. Bislang kommen nur 3 % der Hinweise aus der Wirtschaft selbst. Für eine erfolgreiche Arbeit sind die Sicherheitsbehörden aber dringend auf entsprechende Informationen angewiesen. Deshalb hat das LfV bereits in der Vergangenheit durch eine Vielzahl von Broschüren, Informationsveranstaltungen, Vorträgen, Einzelgesprächen und Beratungen und durch vielfältige Kontakte mit der Wirtschaft, den Kammern und Verbänden die Unternehmen des Landes auf die Gefahren der Wirtschaftsspionage hingewiesen, Bekämpfungskonzepte entwickelt und auf die Einrichtung von Abwehrmaßnahmen hingewirkt. Dabei wurden auch die besonderen Gefahren, die durch das Abhören der elektronischen Kommunikation drohen können, deutlich gemacht.

(Kiesswetter)

Am 24. Juni 1999 hat das Innenministerium zusammen mit dem Wirtschaftsministerium und in Kooperation mit dem Industrie- und Handelskammertag und dem Landesamt für Verfassungsschutz im Haus der Wirtschaft in Stuttgart das Symposium „Spionageabwehr – ein Beitrag zur Sicherung des Technologiestandorts Baden-Württemberg“ durchgeführt. Ein Hauptanliegen der Veranstalter bestand darin, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die weiterhin latente Gefährdung der Wirtschaft und wirtschaftsnaher Bereiche, zum Beispiel der universitären Forschung, durch Wirtschaftsspionage und unkontrollierten Know-how-Abfluss zu lenken. Viele Sicherheitsfachleute sehen das Thema Wirtschaftsspionage als aktueller denn je an.

Dagegen wird beobachtet, dass die Mehrzahl der Bürger und leider auch die Wirtschaft selbst noch immer überrascht sind, wenn die Wirtschaftsspionage in Sicherheitskreisen als ernsthaftes Problem behandelt wird.

Die Initiative der Politik, sich gezielt mit der Problematik der Wirtschaftsspionage auseinander zu setzen und gemeinsam mit der Wirtschaft nach Möglichkeiten zur Abwehr von Ausspähungsaktivitäten zu suchen, wurde von der IHK begrüßt.

Im Interesse aller Beteiligten bedarf es eines vertrauensvollen, intensiven und permanenten Informationsaustauschs, um das Dunkelfeld der Ausspähung durch fremde Nachrichtendienste aufzuhellen, das Problembewusstsein der heimischen Wirtschaft zu stärken und Gegenmaßnahmen ergreifen zu können.

Wir unterstützen deshalb den Plan, ein Gremium aus Vertretern der Wirtschaft, der Kammern, der Sicherheitsverbände, des Innenministeriums und des Landesamtes für Verfassungsschutz mit dem Ziel ins Leben zu rufen, gemeinsam gegen Spionage vorzugehen. Wirtschaftsspionage schadet nicht nur dem betroffenen Unternehmen, sondern der gesamten Industrie und somit dem Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg. Wir erwarten von diesem Gremium, dass es für dieses Thema sensibilisiert, ein neues Problembewusstsein schafft und den Grundstein für eine neue Sicherheitspartnerschaft zwischen Wirtschaft und Staat legt.

Nur wenn Hinweise aus der Wirtschaft kommen, kann eine kompetente und wirksame Beratung gegeben werden. Wenn das gelingt, kann Schaden von der Wirtschaft des Landes abgewendet werden. Die Unternehmen müssen sensibilisiert werden und die geeigneten Maßnahmen ergreifen, um sich vor einem ungewollten Technologietransfer zu schützen. Ein Appell an die Wirtschaft lautet, die eigenen Produkte und Marken patentieren bzw. schützen zu lassen und die dafür vorhandenen Beratungseinrichtungen, zum Beispiel das „Informationszentrum Patente“ im Haus der Wirtschaft, intensiv zu nutzen.

Die Bekämpfung der Wirtschaftsspionage gehört nicht zu den Aufgaben des Bundesnachrichtendienstes. Eine Initiative zu einer entsprechenden Erweiterung seines Aufgabebereichs wird von uns nicht betrieben.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Hans-Michael Bender CDU)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Krisch.

Abg. Krisch REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Ruder, als einziger Redner haben Sie nichts zur Sache gesagt. Als Vorsitzender des Innenausschusses haben Sie versucht, diesem Parlament einen Maulkorb zu verpassen. Sie haben versucht, eine Diskussion über Dinge zu unterbinden, die schon längst in der Öffentlichkeit diskutiert werden. Das ist unerhört und für mich unverständlich.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Ruder
CDU: Das ehrt mich!)

Herr Kollege Ruder, unsere Große Anfrage wurde am 29. Juni, wenige Tage nach dem Symposium „Spionageabwehr“, das mein Vorredner erwähnte, eingebracht.

Die Antwort der Landesregierung auf unsere Fragen ist deshalb beschämend, weil im Wissen um Milliarden Schäden, die unserem Land durch Wirtschaftsspionage entstehen, die Landesregierung unwillig ist, Fragen dieses Parlaments zu beantworten.

Unsere Reaktionen auf Antworten der Landesregierung wie „wir haben keine eigenen Erkenntnisse“ oder „eine Bestätigung liegt uns nicht vor“ oder „zur Gegenmaßnahme bei Spionage ist unsere Aufgabe die Beratung“, Herr Kollege Ruder, sind mit Recht so begründet, wie Sie das vorhin zitierten.

Vergleichen Sie die Reaktion der Landesregierung mit dem Verhalten der amerikanischen Regierung. Ich nehme jetzt dieses konkrete Beispiel. Dort wird, zu Recht oder zu Unrecht, in jedem Fall das Interesse des eigenen Staates vorgezogen. Sie wollen uns hintenansetzen. Ich schäme mich für das, was Sie zuvor sagten.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Ruder
CDU: Sehr gut! Vielen Dank!)

Stellv. Präsident Weiser: Kollege Krisch, Sie haben sich nicht für den Kollegen Ruder zu schämen. Ich würde einmal über mich selber nachdenken.

Abg. Krisch REP: Okay.

Herr Kollege Ruder, nochmals: Spionage ist die ekelhafteste Form der Gewalt, ein Vertrauensbruch zwischen Freunden

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Denken Sie doch an Mata Hari!)

– jetzt seien Sie ruhig! – und ein Grund zur Aufkündigung von Verträgen.

Der wirkliche Skandal ist zum Beispiel die folgende Antwort der Landesregierung – das ist unglaublich –: Eine offizielle Bestätigung der Staaten Australien, Großbritannien, Kanada, Neuseeland über eine Überwachung der elektronischen Kommunikation durch diese Staaten liegt nicht vor.

Stellen Sie sich vor: Ein Taschendieb klaut Ihnen die Uhr, und Sie erhalten keine offizielle Bestätigung dieses Taschendiebs, dass er die Uhr geklaut hat, und dann ist für Sie der Fall erledigt. Das können Sie vielleicht so machen, aber wenn das eine Landesregierung macht, ist das verantwortungslos.

(Krisch)

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner –
Abg. Ruder CDU: Ihnen hat der Taschendieb et-
was anderes geklaut!)

Skandalös ist es dann, wenn der gleiche Präsident des Lan-
desamts, der diesem Parlament die Antwort verweigert,
und der gleiche Staatssekretär im Innenministerium,

(Abg. Ruder CDU: Den gibt es gar nicht! – Abg.
Rückert CDU: Das ist das Wirtschaftsministeri-
um!)

der jetzt nicht da ist – Herr Mehrländer –, der ebenfalls die
Antwort verweigert, vor wenigen Tagen, am 22. Oktober
1999, im Deutschlandradio selber Folgendes sagten und
der Öffentlichkeit, nicht dem Parlament mitteilten – ich zi-
tiere Herrn Mehrländer –:

Industriespionage ist ein verbreitetes Mittel, das von
Staaten angewendet wird, um sich Vorteile zu ver-
schaffen.

Baden-Württemberg werde bevorzugtes Ziel sein, und der
Schaden werde hier besonders hoch sein. Und da wollen
Sie die Diskussion verweigern!

(Abg. Ruder CDU: Quatsch! Eine böswillige Un-
terstellung!)

Rannacher sagte im Radio über Echelon, das über Fern-
meldesatelliten betrieben wird:

Über dieses System werden Daten aus dem Wirt-
schaftsbereich abgegriffen. Eine direkte Beweisfüh-
rung ist uns nicht möglich, aber die Fülle der Indizien
schafft uns Gewissheit, und alle Wege führen nach Bad
Aibling.

Auf unsere Anfrage sagt der gleiche Herr Rannacher, er
wisse von nichts. Der Öffentlichkeit sagt er es, im Radio
erzählt er es, und dem Parlament verweigert er die Ant-
wort.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Welche Vorschläge hät-
ten Sie denn? – Abg. Kluck FDP/DVP: Der be-
schäftigt sich zu sehr mit euch! – Gegenruf des
Abg. Käs REP: Der solls halt mal lassen und sich
seinen weiteren Aufgaben zuwenden!)

– Oh, Herr Kluck.

In der gleichen Radiosendung hat ein Herr Werner Britsch,
Sicherheitschef von Daimler-Chrysler, gesagt: Die USA
räumen der Sicherheit der Wirtschaft einen extrem hohen
Stellenwert ein. Dort gibt es den „Economic Espionage
Act“ von 1996, ein Gesetz gegen Industriespionage. In
Deutschland gibt es nichts Vergleichbares.

Jetzt frage ich Sie: Warum eigentlich? Vergleiche ich die
Aussagen von Rannacher, Mehrländer und Woll im
Deutschlandfunk mit den Antworten der Landesregierung,
dann muss ich sagen: Diese Herren – ich will das Wort „lü-
gen“ vermeiden – hintergehen dieses Parlament und lassen
Abgeordnete ganz bewusst im Unklaren über das wahre
Ausmaß der Schäden,

(Abg. Kluck FDP/DVP: Das haben wir doch gera-
de gehört!)

die Industriespionage unserem Land zufügt.

(Abg. Kiesswetter FDP/DVP: Sie haben doch mei-
ne Ausführungen gehört!)

Stellv. Präsident Weiser: Aber ich lasse Sie nicht im Un-
klaren darüber, dass Ihre Redezeit schon längst abgelaufen
ist.

Abg. Krisch REP: Ich bin, Herr Präsident, mir darüber im
Klaren, und ich komme auch zum Ende.

Wir haben hier den Antrag gestellt, eine Bundesratsinitia-
tive zu ergreifen mit dem Ziel, dem Bundesnachrichten-
dienst die Aufgabe zu übertragen, Wirtschaftsspionage ak-
tiv zu bekämpfen.

(Abg. Kiesswetter FDP/DVP: Aber nicht zu betrei-
ben!)

Das ist erforderlich. Wir bitten Sie, diesem Antrag zuzu-
stimmen.

Wenn die Landesregierung und die Verantwortlichen im
Landesamt für Verfassungsschutz nicht bereit sind, sich in
dieser Richtung zu bewegen und für die Wirtschaft dieses
Landes etwas zu unternehmen, dann sollten diese Herren
den Hut nehmen,

(Zuruf des Abg. Kluck FDP/DVP)

denn sie sind für eine Tätigkeit in einer verantwortlichen
Position nicht mehr tragbar.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat der Herr Innenmi-
nister.

Innenminister Dr. Schäuble: Herr Präsident, meine Da-
men und Herren! Das Landesamt für Verfassungsschutz
hat über Wirtschaftsspionage in Baden-Württemberg keine
eigenen Erkenntnisse, aber wir können Wirtschaftsspiona-
ge in Baden-Württemberg natürlich auch nicht ausschlie-
ßen.

(Zurufe der Abg. Deuschle und Eigenthaler REP)

So ist der Ausgangssachverhalt.

Ich muss übrigens gleich darauf hinweisen: Hätten wir Er-
kenntnisse, dann könnte, gerade wenn es um Wirtschafts-
spionage durch einen befreundeten Staat oder überhaupt
durch einen anderen Staat ginge, nicht eine Landesregie-
rung allein irgendwo tätig werden, sondern wir müssten
das immer mit der jeweiligen Bundesregierung und dem
Auswärtigen Amt abstimmen, denn bekanntlich ist die
Pflege der auswärtigen Beziehungen Sache der Bundesre-
gierung. Das muss von Anfang an klar sein.

Vor diesem Hintergrund machen wir es, glaube ich, in Ba-
den-Württemberg nach allseitiger Auffassung mit Ausnah-
me der Republikaner – aber das tut uns jetzt nicht beson-
ders weh – richtig. Es ist zutreffend darauf hingewiesen

(Minister Dr. Schäuble)

worden, dass wir seitens des Landesamts für Verfassungsschutz zusammen mit dem Wirtschaftsministerium eine große Veranstaltung im Haus der Wirtschaft durchgeführt haben. Diese Veranstaltung hatte unter anderem das Ziel, die Wirtschaft für die Problematik der Wirtschaftsspionage – auch das hat jemand in dieser Debatte gesagt – zu sensibilisieren. Das ist bei dieser Veranstaltung nach unserem Gesamteindruck auch gut gelungen. Denn es ist eine bekannte Tatsache, dass die Wirtschaft dazu neigt, diese Problematik zu unterschätzen.

In der Folge haben wir zusammen mit der Wirtschaft in Baden-Württemberg, sprich ihren Verbänden, einen Arbeitskreis gegründet; auch darauf ist hingewiesen worden. Dieser Arbeitskreis hat seine Arbeit bereits aufgenommen.

Um es noch einmal festzuhalten: Das Landesamt für Verfassungsschutz kann den einzelnen Wirtschaftsunternehmen die Eigenvorsorge gegen Wirtschaftsspionage nicht abnehmen.

(Abg. Sabine Schlager Bündnis 90/Die Grünen:
Soll es auch nicht!)

Das ist Sache der Wirtschaft. Aber wir informieren, wir beraten, und wir tauschen uns aus. Wir ermuntern auch, eventuelle Hinweise seitens der Wirtschaft an das Landesamt für Verfassungsschutz heranzutragen. Es gibt ja einen grundlegenden Unterschied zwischen Landesamt für Verfassungsschutz und Staatsanwaltschaft. Auch darauf ist übrigens bei der Veranstaltung im Haus der Wirtschaft hingewiesen worden. Die Wirtschaft braucht keine Scheu zu haben, das Landesamt für Verfassungsschutz über eventuelle Feststellungen bei der Wirtschaftsspionage zu informieren, denn das Landesamt für Verfassungsschutz kann, wenn es gewünscht wird, jederzeit Diskretion zusichern. Demgegenüber unterliegt die Staatsanwaltschaft bekanntlich dem Legalitätsprinzip. Das heißt, die Wirtschaft kann sich, wenn sie Hinweise hat, ohne Probleme dem Verfassungsschutz anvertrauen, weil der Verfassungsschutz im Unterschied zur Staatsanwaltschaft entsprechende Hinweise diskret behandelt, wenn es gewünscht wird.

Summa summarum stelle ich einfach fest: Was das Thema Wirtschaftsspionage angeht, tut das Landesamt für Verfassungsschutz alles, was im Rahmen seiner Möglichkeiten liegt. Ich bin dankbar dafür, dass dies mit Ausnahme der Fraktion Die Republikaner im ganzen Haus so gesehen wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der SPD
sowie des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, mir liegen in der Aussprache keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich glaube, wir können die Große Anfrage nach der heutigen Aussprache für erledigt erklären. – Das hohe Haus stimmt zu.

Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 12/4410. Abschnitt I Ziffern 1 bis 5 sind Berichtsbegehren. Sie sind mit der heutigen Diskussion sicherlich auch erledigt. – Das ist der Fall.

Ich rufe Abschnitt II auf. Wer diesem Abschnitt zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer dagegen

stimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Das Letztere war eindeutig die Mehrheit. Abschnitt II ist abgelehnt.

Ich rufe Abschnitt III auf. Wer diesem Abschnitt zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer dagegen stimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Meine Damen und Herren, auch dieser Abschnitt ist mehrheitlich abgelehnt.

Damit ist Punkt 8 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 9** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Sozialministeriums – Sozialhilfemissbrauch – Drucksache 12/2823

Das Präsidium hat als Redezeiten für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion bei gestaffelten Redezeiten festgelegt.

Herr Abg. Haas, Sie haben das Wort.

Abg. Haas CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ziel der Sozialhilfe ist es, die Hilfeempfänger so weit wie möglich zu befähigen, unabhängig von ihr zu leben.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Hierzu muss der Hilfeempfänger nach Kräften mitwirken.

So steht es sinngemäß in § 1 des Bundessozialhilfegesetzes.

Wir sind der Auffassung, dass deshalb von den gesetzlichen Möglichkeiten, Sozialhilfeempfänger zur Arbeit heranzuziehen, verstärkt Gebrauch gemacht werden muss. Sozialhilfe kann nur vorübergehend eintreten und dabei helfen, die Eigenkräfte des Hilfeempfängers zu entfalten

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

und sie für eine verantwortliche Lebensgestaltung einzusetzen.

Diese gesetzgeberische Vorgabe verfolgt nicht nur das Ziel, öffentliche Mittel einzusparen bzw. die Sozialhilfekassen zu entlasten. Es soll auch die soziale Treffsicherheit erhöht und Spielraum für eine Beratung geschaffen werden, die zu einem Ausweg aus dem Sozialhilfebezug verhelfen soll.

(Abg. Dr. Gisela Meister-Scheufelen CDU: Sehr richtig!)

Dieser Weg, meine Damen und Herren, ist für die betroffenen Menschen hilfreicher, als durch Broschüren à la SPD-Bundestagsfraktion die Menschen zu Betrug und Missbrauch zu verleiten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Brechtken SPD: Na, na, na!)

Ich bin der festen Überzeugung, dass wir am 24. Oktober auch deshalb ein gutes Wahlergebnis erzielt haben, weil

(Haas)

wir deutlich gesagt haben: Das Bundessozialhilfegesetz ist uneingeschränkt anzuwenden, der Missbrauch ist zu reduzieren, und wir müssen versuchen, dem Sozialhilfebetrug stärker auf die Spur zu kommen. Dazu haben wir eine erfolgreiche Initiative gestartet, um den Datenabgleich zu ermöglichen und den Mehrfachbezug von Sozialhilfe zu verhindern. Allein dadurch ist in verschiedenen Landkreisen ein sechs- bis siebenstelliger Betrag eingespart worden.

(Abg. Christine Rudolf SPD: In welchen denn?)

Das Gesetz hat die Voraussetzungen für Eigenverantwortung und Selbsthilfe geschaffen. Dem Einzelnen soll keinesfalls abgenommen werden, was er selbst oder die Gemeinschaft bewältigen kann.

(Abg. Dr. Gisela Meister-Scheufelen CDU: Sehr gut!)

Es gibt eine Umfrage der CDU in Baden-Württemberg, worin als wichtiges politisches Anliegen der Bevölkerung auch zum Ausdruck kommt: Wir müssen den Missbrauch im Sozialleistungssystem stärker bekämpfen.

(Zuruf der Abg. Christine Rudolf SPD)

Über die Hälfte der Befragten hat dies als wichtiges politisches Anliegen vorgebracht, insbesondere um das Sozialhilfesystem insgesamt zu sichern und nicht scheitern zu lassen.

Es gilt vor Ort zu prüfen, meine Damen und Herren, welche Sozialhilfeempfänger für Arbeiten herangezogen werden können. Dabei ist es für uns überhaupt keine Frage, dass Kranke und Alleinerziehende, die für die Kindererziehung und die Kinderbetreuung da sein müssen, ausgenommen sind. Es gibt eine Reihe von guten Beispielen dafür, wie selbst Menschen, die seit längerer Zeit arbeitslos waren, wieder in den allgemeinen Arbeitsprozess zurückgeführt werden konnten.

Für die Kommunen rechnet sich die Organisation von Beschäftigung für Sozialhilfeempfänger. Je nach Familienstand machen sich die Maßnahmen nach 3 bis 24 Monaten durch die eingesparten Sozialhilfegelder bezahlt.

Viele Kreise und Gemeinden – aber leider noch nicht alle – haben konkrete Schritte veranlasst. Dort, wo Maßnahmen veranlasst wurden, ist in der Regel auch ein parteipolitischer Konsens erreicht worden. Ich kann das zumindest für die beiden kommunalen Gremien, in denen ich tätig bin, bestätigen.

(Zuruf der Abg. Dr. Gisela Meister-Scheufelen CDU)

Die Anträge auf Sozialhilfe werden in diesen Kreisen und Gemeinden eingehend geprüft. Das heißt, die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Antragstellers werden intensiv überprüft und ermittelt. Es wird beleuchtet, wie die Einkommensverhältnisse sind, wie sich die verschiedenen Einkommen darstellen. Dort spielt beispielsweise das Thema Schwarzarbeit eine Rolle. Es wird beleuchtet, ob eheähnliche Gemeinschaften bestehen, es werden die Wohnverhältnisse geprüft, es wird der Kraftfahr-

zeugbesitz geprüft, und es wird geprüft, ob ein Bedarf an einmaligen Hilfen gegeben ist.

(Abg. Zeller SPD: Das wissen wir doch alles! Warum erzählt er das eigentlich?)

– Ich erzähle das insbesondere, weil in der Broschüre der SPD-Bundestagsfraktion stand, dass der Kfz-Besitz umgangen werden kann, indem man das Fahrzeug einem Dritten überträgt. Das können Sie nachlesen, Herr Zeller.

(Abg. Zeller SPD: Das haben Sie schon vor zwei Jahren behauptet!)

– Das braucht man nicht zu behaupten. Das kann man nachlesen.

(Abg. Brechtken SPD: Ja! Nennen Sie uns einmal die genaue Fundstelle!)

– Die Broschüre kann ich Ihnen besorgen.

(Abg. Brechtken SPD: Die habe ich!)

– Dann lesen Sie es nach.

(Abg. Brechtken SPD: Ich möchte von Ihnen gern die Seite wissen! – Gegenruf des Abg. Mühlbeyer CDU: Der Zeller weiß alles!)

Wir sind uns darüber im Klaren, dass das Land der kommunalen Seite keine definitiven Vorschriften machen kann. Die Kommunen sind die Sozialhilfeträger und haben darüber zu entscheiden, wie das Geschäft gemacht wird. Aber die Gemeinden sitzen, gerade was die gemeinnützige Arbeit angeht, in der Tat am längeren Hebel und haben die besten Einflussmöglichkeiten.

Diese Diskussion – daran will ich noch einmal erinnern, auch die SPD – ist ja vor einigen Jahren gerade durch das SPD-regierte Bremen ausgelöst worden. Dort hat man nämlich festgestellt: Wenn man die Antragsteller hat unterschreiben lassen, dass sie zur Arbeit verpflichtet seien, haben dort sogar 27 % den Antrag nicht mehr weiterverfolgt.

(Abg. Dr. Gisela Meister-Scheufelen CDU: Ja! Hört, hört!)

Das ist – das will ich deutlich sagen – nur ein Nebeneffekt. Für uns, für die CDU-Fraktion, ist wichtig, dass man mit diesen Maßnahmen möglichst viele in den ersten Arbeitsmarkt vermitteln kann,

(Abg. Dr. Gisela Meister-Scheufelen CDU: Sehr richtig!)

dass eine soziale Stabilisierung für die Familie und für den Arbeitnehmer erfolgt. Darin sind die Gemeinden, die sich besonders anstrengen, auch außerordentlich erfolgreich. Das geht einmal, wie Sie wissen, über die §§ 18 ff. des Bundessozialhilfegesetzes, aber es funktioniert zunehmend auch über private Vermittler. Wir haben im Landkreis Emmendingen die private Vermittlung, auch auf meine Initiative hin, eingeführt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Gisela Meister-Scheufelen CDU: Sehr gut! – Abg. Dr. Birk CDU: Verdienstvoll! – Oh-Rufe von der SPD)

(Haas)

Ich kann Ihnen hier verraten, dass der private Vermittler von mir auf dieses Thema aufmerksam gemacht wurde. Er hat innerhalb von sechs Monaten 18 langzeitarbeitslose Sozialhilfeempfänger in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt.

(Abg. Brechtken SPD: Der Mann ist richtig gut!
Jetzt weiß ich, warum die Debatte beantragt worden ist!)

Deswegen ist diese Arbeit außerordentlich wertvoll. Die Organisation dieser Arbeit und die Maßnahmen insgesamt – das will ich auch einmal sagen – sind keine angenehme Arbeit für die Berater in den Behörden. Es ist viel einfacher, jemandem zu sagen, er könne sich soundso viel Geld an der Kreiskasse oder der Gemeindekasse abholen. Aber jemanden davon zu überzeugen, dass ihm gegebenenfalls, wenn er die Arbeit nicht annimmt, die Sozialhilfe gekürzt wird, ist eine wesentlich unangenehmere Arbeit. Da, meine ich, muss auch viel konsequenter vorgegangen werden.

(Abg. Dr. Gisela Meister-Scheufelen CDU: Ja!
Sehr gut!)

Es gibt beispielhafte Gemeinden, die entsprechend § 25 BSHG sagen: Wer die Arbeit nicht annimmt, dem wird die Sozialhilfe in der ersten Woche um 25 %, in der zweiten Woche um 30 % gekürzt, und in der darauf folgenden Woche gibt es keine Leistungen mehr.

(Zuruf des Abg. König REP)

Das ist zumutbar, auch weil die Arbeit zumutbar ist: an fünf Tagen je fünf Stunden. Deswegen kann ich die Kommunen nur ermuntern, auf diesem Weg weiterzumachen.

Das Sozialministerium unterstützt die Maßnahmen der Gemeinden ja mit der Hilfe zur Arbeit. Dort ist vor längerer Zeit eine Arbeitsgruppe eingesetzt worden, die mit den kommunalen Landesverbänden Ziele festgelegt hat, insbesondere das Ziel, Langzeitarbeitslosen eine berufliche Perspektive zu eröffnen.

Ich will jetzt nicht weiter auf die baden-württembergische Variante des Einstiegsmodells eingehen. Aber auch sie ist eine Möglichkeit für die Langzeitarbeitslosen und für die Sozialhilfeempfänger, einen zusätzlichen Anreiz zu bekommen, Arbeit anzunehmen.

Ein weiterer Punkt, den wir auf den Weg gebracht haben, ist die Pauschalierung der Sozialhilfe, meine Damen und Herren. Dazu gibt es ja auch eine Bundesratsinitiative. Damit wird in dem „Massengeschäft“ Sozialhilfe Spielraum frei, um eben genau die Beratung heraus aus der Situation, die Auswegberatung, zu intensivieren und den Menschen zu helfen.

(Abg. Dr. Gisela Meister-Scheufelen CDU: Sehr gut!)

Insgesamt müssen die Themen Sozialleistungsmissbrauch, Steuerhinterziehung und Subventionsbetrug auf der Agenda bleiben. Das heißt, wir müssen auch weiterhin die gesetzliche Auskunftspflicht des Bundesamts für Finanzen einfordern. Das war eine Initiative, bei der wir leider nicht erfolgreich waren.

Ich möchte zusammenfassen, meine Damen und Herren: Möglichst viele Menschen müssen aus ihrer Notlage herauskommen. Es muss ihnen herausgeholfen werden, sie müssen „herausberaten“ werden. Das ist der unbequemere Weg für die Behörden – ich habe das schon gesagt –, aber die bessere Sozialpolitik und die größte Garantie, Missbrauch oder Betrug zu eliminieren und den wirklich bedürftigen Menschen die Sozialhilfe zukommen zu lassen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Dr. Müller.

(Abg. Brechtken SPD: Gib ihnen noch eine Chance!)

Abg. Dr. Walter Müller SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die SPD ist dafür, Missbrauch von Sozialhilfe zu bekämpfen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Brechtken SPD: Sehr gut!)

Wir sind dafür, Missbrauch zu bekämpfen, wo immer es ihn gibt, egal, ob es sich um Sozialleistungen oder um Steuerhinterziehung handelt.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Renate Thon Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Brechtken SPD: Sehr richtig!)

Aber, meine Damen und Herren, genauso hart müssen die Ursachen von Sozialhilfebedürftigkeit bekämpft werden. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an das Programm der neuen Bundesregierung zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit.

(Abg. Brechtken SPD: Sehr richtig!)

Man kann nicht den Missbrauch bekämpfen, aber auf die Ursachen nicht eingehen. Das gehört zusammen. Wir machen beides.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Wer das eine tut und das andere lässt, betreibt auch Missbrauch. Er betreibt Missbrauch an Tausenden von Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfängern, die zu Unrecht in ein schiefes Licht gerückt werden.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, wir haben die gleiche Debatte wie heute schon im Oktober 1997 geführt. Ich habe mein Manuskript von damals wieder hervorgeholt. Man kann es weitgehend verwenden. Mir ist ein Rätsel, warum die CDU – damals waren es die Republikaner – jetzt diese Debatte führen will. Das Land ist in der Sache überhaupt nicht zuständig. Zuständig sind die Kommunen, und zuständig ist der Bund.

(Abg. Renate Thon Bündnis 90/Die Grünen: So ist es! – Abg. Haas CDU: Dann muss man einmal an den Bund appellieren!)

(Dr. Walter Müller)

Ich will Minister Vetter zitieren, der am 9. Oktober 1997 bei der letzten Debatte sagte:

Das Bundessozialhilfegesetz ermöglicht beinahe alles. Es gibt im Grunde genommen kein Hindernis, Leute in Arbeit zu bringen. . . Das Bundessozialhilfegesetz sagt im Grunde genommen, alle zumutbare Arbeit müsse aufgenommen werden. Wer sie nicht aufnimmt, muss Kürzungen hinnehmen.

Das heißt, der Bund hat gehandelt. Die Rechtslage ist unverändert.

(Abg. Brechtken SPD: Der Vetter ist ein guter Mann! – Gegenruf des Abg. Birzele SPD: Deshalb wurde er ja entlassen! – Heiterkeit bei der SPD)

Sie haben zum Zweiten die Zuständigkeit der Kommunen. Herr Kollege Haas, ich kann die mit Ihrem Antrag angestrebte Debatte nur so verstehen, dass Sie der Handlungsfähigkeit und Entschlossenheit der Kommunen in Baden-Württemberg misstrauen.

(Abg. Haas CDU: Das ist doch nicht wahr! Kommen Sie einmal zur Sache!)

Es ist schon eine etwas eigentümliche Diskussion. Im Bereich des Kindergartengesetzes und der Psychiatrie verweisen Sie auf die Kommunen und sagen, das betreffe die örtliche Selbstverwaltung. Aber wenn es darum geht, ein Kampagnethema aufzugreifen, ist plötzlich das Land zuständig.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Brechtken SPD: So ist es!)

Herr Kollege Haas, Sie haben heute eine Chance vertan. Sie hätten zum Beispiel flankierende Maßnahmen erklären können. Was macht das Land im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit, im Bereich der Langzeitarbeitslosigkeit? Ich habe gedacht, Sie stellten heute neue Programme in diesem Bereich vor. Genau das ist nicht geschehen.

(Abg. Brechtken SPD: Altersteilzeit, damit man einstellen kann!)

Wir werden Ihre Worte an dem messen, was Sie im Doppelhaushalt für diesen Personenkreis bringen. Sonst bleibt der Verdacht, dass Sie heute wieder einmal Stammtische bedienen wollen und Vorurteile pflegen wollen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der SPD: Sehr richtig! – Abg. Haas CDU: Sie haben nicht zugehört! Ihre Rede haben Sie vorher geschrieben, ohne mir zuzuhören!)

Meine Damen und Herren, Sie wissen, wir haben in Baden-Württemberg etwa 300 000 Sozialhilfeempfänger. Sie wissen genau, dass eine große Zahl davon Kinder unter 18 Jahren sind, dass es Pflegebedürftige sind, die Sie da mit in den Topf werfen.

(Abg. Haas CDU: So ein Schwachsinn! Die Rede hätten Sie nachher schreiben müssen!)

Der eigentliche Topf, über den Sie hier in Baden-Württemberg reden, hat ein Volumen von insgesamt etwa 80 Millionen bis 100 Millionen DM.

(Abg. Christine Rudolf SPD zur CDU: Schauen Sie sich doch die Statistik an!)

Darum geht es Ihnen heute.

Was Sie ganz verschwiegen haben, ist eine Debatte über den Missbrauch unseres Sozialsystems insgesamt.

(Abg. Haas CDU: Das habe ich doch gesagt!)

Sie reden jetzt vom Sozialhilfesystem. Da geht es beim Bund um 50 Milliarden DM. Unser Sozialsystem umfasst aber 1,2 Billionen DM. Herr Kollege Haas, da geht es zum Beispiel um illegale Beschäftigung.

Mir fällt gerade noch ein: Sie haben das Blättchen der SPD-Bundestagsfraktion erwähnt. Das haben Sie auch schon vor zwei Jahren getan. Schon damals haben wir zu Ihnen gesagt, dass das eine Arbeitsloseninitiative war und dass die SPD-Fraktion das zurückgezogen hat. Sie bringen es immer noch. Sie müssen in diesen Fragen einmal auf den aktuellen Stand kommen.

(Abg. Renate Thon Bündnis 90/Die Grünen: Er lernt einfach nicht dazu! – Abg. Brechtken SPD: Herr Haas ist einfach langsam!)

Beim Thema „Sozialmissbrauch und illegale Beschäftigung“ geht es um ganz andere Dimensionen. Es geht zum Beispiel auch um Missbrauch im Bereich des Gesundheitssystems.

(Abg. Birzele SPD: Sehr richtig!)

Herr Kollege Haas, wir haben vor wenigen Wochen von missbräuchlichen Abrechnungen im Bereich der Laborärzte in Höhe von 1 Milliarde DM gelesen.

(Abg. Brechtken SPD: Und die Zahnärzte! – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Alles nicht belegt!)

Wenn Sie das hochrechnen, stellen Sie fest, dass die Sozialhilfeempfänger ganz Baden-Württembergs zehn Jahre bescheißen können, um überhaupt die Dimension der wenigen Laborärzte zu erreichen.

(Beifall bei der SPD)

Sie sollten also die Ursachen erkennen und insgesamt in dieser Diskussion die Kirche im Dorf lassen.

(Abg. Haas CDU: Kommen Sie einmal zum Thema, Herr Müller!)

Ich will Ihnen, Herr Kollege Haas, zum Abschluss noch zitieren, was Ihr Minister Vetter zu diesem Thema sagte:

Ich wehre mich gegen ein Auseinanderdividieren in eine Zweiklassengesellschaft, ein Auseinanderdividieren in Drückeberger und Arbeitswillige, meine Damen und Herren, und eine überzogene Diskussion um den Missbrauch von Sozialhilfe – eine überzogene Diskussion. Es sind Menschen, die Anspruch darauf haben,

(Dr. Walter Müller)

dass man ihre Sache hört. (. . .) Dazu brauche ich aber keinen großen Wortschwall abzulassen,

(Beifall bei der SPD – Abg. Brechtken SPD: Sehr gut! Der Vetter ist Klasse!)

sondern da brauche ich nur zu sagen: „Das muss gemacht werden.“ Und es wird gemacht.

(Abg. Renate Thon Bündnis 90/Die Grünen: So ist es! – Abg. Haas CDU: Das tut Ihnen weh, dass wir das machen!)

– Herr Kollege Haas, das machen aber die Kommunen und nicht Sie mit Ihrem Geschwätz hier im Landtag.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Brechtken SPD: Sehr gut! – Abg. Renate Thon Bündnis 90/Die Grünen: So ist es!)

Herr Kollege Haas, zuständig sind die Kommunen. Im Gegensatz zu Ihnen vertrauen wir den Kommunen. Wir haben das Prinzip: Die Treppe wird von oben nach unten gekehrt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Frau Abg. Thon.

(Abg. Haas CDU: Immerhin gibt es eine interministerielle Arbeitsgruppe, in der die Kommunen sitzen!)

Abg. Renate Thon Bündnis 90/Die Grünen: Ruhe, Herr Haas!

Stellv. Präsident Weiser: Frau Thon, das ist nicht Ihre Aufgabe. Ich möchte Sie ausdrücklich darauf aufmerksam machen.

Abg. Renate Thon Bündnis 90/Die Grünen: Entschuldigung!

Stellv. Präsident Weiser: Sie haben nämlich auch dazwischengesprochen.

Abg. Renate Thon Bündnis 90/Die Grünen: Ich habe Sie nicht verstanden.

Stellv. Präsident Weiser: Sie haben auch dazwischengerufen,

(Lebhafte Heiterkeit)

ohne dass Sie von Herrn Haas gerügt worden sind, weil er die Zuständigkeiten im Parlament kennt.

(Lebhafte Heiterkeit – Beifall des Abg. Krisch REP – Abg. Stephanie Günther Bündnis 90/Die Grünen: Sie haben aber auch reingeschwätzt! – Oh-Rufe)

Abg. Renate Thon Bündnis 90/Die Grünen: Ich habe mich schon entschuldigt. – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Von 35 angeschriebenen Landkreisen haben 31 recht ausführlich aufgezeigt, welche Maßnahmen sie ergreifen, um Sozialhilfemissbrauch aufzudecken, ihm vorzubeugen und ihn zu verhindern. Das ist eine interessante Ausführung, auf die man immer wieder zurückgreifen kann. Mir hat auch ganz gut gefallen, was da drin steht.

Weniger gefallen hat mir, was in der Begründung der Antragsteller zu ihrem Antrag zu lesen war. Da schimmert wieder die Auffassung durch, die meisten Sozialhilfeempfänger wollten ja gar nicht arbeiten, sondern sich in der sozialen Hängematte ausruhen.

(Abg. Haas CDU: Immerhin ein Viertel in Bremen!)

Auch die Rede von Herrn Haas ging in diese Richtung.

(Abg. Haas CDU: An welcher Stelle, bitte?)

Ich möchte dies doch ganz deutlich zurückweisen. Ich denke, dass sich Menschen, die Sozialhilfe beziehen, keineswegs in einer bequemen Hängematte befinden.

(Abg. Haas CDU: Mit keinem Wort habe ich das gesagt!)

Verstehen Sie mich richtig: Ich habe überhaupt nichts dagegen, dass man Sozialhilfemissbrauch aufdeckt.

(Abg. Haas CDU: Natürlich haben Sie etwas dagegen!)

Ich weiß, dass es ihn gibt.

(Zuruf des Abg. Rapp REP)

Es gibt Missbrauch auf allen Ebenen und in vielen Bereichen. Es ist schon einiges genannt worden. Ich denke an das Thema „Steuerhinterziehung in nicht unbeträchtlicher Höhe“. Auch die illegale Beschäftigung ist erwähnt worden, bei der oft Menschen ausgebeutet werden, damit sich manche unseriöse Arbeitgeber der Pflicht zur Sozialversicherung entziehen können.

(Abg. Haas CDU: „Zumutbar“ heißt das!)

– Herr Haas, Sie haben wieder gar nicht zugehört. Vielleicht sollten Sie doch nicht so viel dazwischenrufen, damit Sie besser zuhören können.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Wir sind nicht in der Schule!)

Auf alle Fälle gibt es diesen Missbrauch, und es gibt ihn zum Beispiel auch beim Datenschutz.

Ich sage auch, dass wir den Missbrauch auf allen Ebenen verhindern sollten und in der Regel auch bestrafen sollten, je nachdem. Daran gibt es nichts zu deuteln, und das will ich auch nicht tun. Aber ich denke, dass sich bei der Missbrauchsdiskussion gerade bei der Sozialhilfe einige Mythen entwickelt haben, die sich auch hartnäckig halten, zum Beispiel der Mythos, den ich schon genannt habe, vom Ausruhen in der sozialen Hängematte.

(Zuruf des Abg. Haas CDU)

Ein weiterer Punkt ist, das Ausmaß und die Höhe, gerade was bewusstes Hintergehen angeht, viel zu hoch anzusetzen.

(Abg. Haas CDU: Schwarzarbeit!)

– Zur Schwarzarbeit gehören immer zwei. Das wissen Sie auch.

(Renate Thon)

Die Betrugsrate und was dabei herauspringt haben glücklicherweise nicht die Dimension, die oft an die Wand gemalt wird. So können Sie zum Beispiel über den Landkreis Biberach nachlesen, dass man beim Missbrauch einmaliger Leistungen gerade einmal auf eine Quote von 0,052 % kam. Das ist also wahrlich nicht der Rede wert.

(Abg. Haas CDU: Man hat vorher schon intensiver die Missbrauchsmöglichkeiten geprüft!)

Ich möchte daher lieber das Interessantere, was aus der Stellungnahme der Landesregierung hervorgeht bzw. was die Landkreise mitgeteilt haben, herausstellen.

(Abg. Haas CDU: Was Ihnen besser ins Konzept passt!)

Wie ein roter Faden zieht sich die Erkenntnis hindurch, dass Hilfe zur Arbeit und entsprechende Beratung die beste und effektivste Methode sind, um Missbrauch vorzubeugen und ihn einzudämmen.

(Abg. Mühlbeyer CDU: Das hat Herr Haas doch gesagt!)

Zu den Angeboten der Hilfe zur Arbeit gehört natürlich auch eine qualifizierte Beratung durch gutes und ausreichendes Personal. So kann man zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Zum einen bekämpft man den Missbrauch, zum anderen eröffnet man den Hilfebeziehern eine Perspektive aus der Arbeitslosigkeit heraus.

(Zuruf des Abg. Haas CDU)

Meistens sind das ja Langzeitarbeitslose, und wir wissen, dass die immer Probleme haben, sich wieder relativ einfach in den Arbeitsmarkt einzugliedern. Insofern ist Beratung da eine sehr gute Maßnahme.

Der Grundgedanke des BSHG ist ja, Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten. Das wird am besten erfüllt, indem man das macht, was die Städte und Landkreise hier aufgezählt haben, dass es sehr unterschiedliche und fantasievolle Beschäftigungsprojekte gibt und dass sich diese auch weiterentwickeln werden. Ich möchte den Städten und Kreisen für diese Maßnahmen ausdrücklich danken.

Ich denke auch, dass sich die Zusammenarbeit mit den Arbeitsämtern vor Ort, die teilweise begonnen hat, weiterentwickeln muss, um hilfreich zu sein.

Wenig hilfreich ist dagegen der automatische Abgleich mit der Kfz-Zulassungsstelle – eigentlich als eine Möglichkeit nach § 117 Abs. 3 BSHG gedacht –, denn man liest, dass da sehr wenige Ergebnisse herausgekommen sind und dass die Kosten meistens höher als das waren, was man einsparen oder aufdecken könnte. Ich halte das auch für einen sehr sensiblen Bereich; denn dabei geht es auch um den Datenschutz.

Ein anderer sensibler Punkt und ein Grund, warum wir dieses Thema nicht überstrapazieren sollten, ist, dass das eigentlich – das hat der Kollege Dr. Müller schon gesagt – eine originäre kommunale Aufgabe ist, und mit Recht weisen die Städte und Landkreise darauf hin, dass es sich um ihre Aufgabe in der kommunalen Selbstverwaltung han-

delt. Ich denke, wir sollten den Kommunen da wirklich sehr viel Vertrauen schenken.

Einen weiteren heiklen Punkt sehe ich darin, dass man die Beratungsdienste des allgemeinen sozialen Dienstes mit der Missbrauchsbekämpfung verquickt. Ich denke, das muss man auseinander halten. Beratungs- und Kontrollfunktion sind nur begrenzt miteinander vereinbar. Also auch hier nicht überstrapazieren.

Auch den angedeuteten obligatorischen Hausbesuch nach Antragstellung – also wirklich bei jedem, der einen Antrag gestellt hat – halte ich für völlig überzogen. Das sollte nicht die Regel werden.

Das Fazit ist für mich: Gegen Missbrauch muss man vorgehen, aber an erster Stelle sollte die Beratung stehen. Falls möglich – wir kennen ja auch die verschiedenen Gruppen; manche können auch nicht arbeiten; es sind die Kinder genannt worden, die allein erziehenden Frauen usw. –, sollte die Chance auf Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt mit der Beratung an erster Stelle stehen.

Stellv. Präsident Weiser: Frau Abg. Thon, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Hauk?

Abg. Renate Thon Bündnis 90/Die Grünen: Sofort. Ich bin gleich fertig.

Am besten sollte im Sinne des Bundessozialhilfegesetzes Hilfe zur Selbsthilfe geleistet werden. So kann man den Menschen, die Sozialhilfe beziehen, am besten helfen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Hauk.

Stellv. Präsident Weiser: Bitte.

Abg. Hauk CDU: Frau Kollegin Thon, warum halten Sie die obligatorischen Hausbesuche für überzogen?

Abg. Renate Thon Bündnis 90/Die Grünen: Ich muss Ihnen ganz persönlich sagen: Damit unterstellen Sie, dass jeder Sozialhilfeempfänger jemand ist, der arbeiten könnte. Ich meine, wenn man Hausbesuche sofort nach Antragstellung macht, dann können Sie ja sehen, dass sehr viele Menschen gar nicht arbeiten können. Warum muss ich da nachschauen, ob der vielleicht schwarz arbeitet?

(Abg. Brechtken SPD: Schleierfahndung!)

Es gibt ältere Leute, es gibt Kinder, es gibt allein erziehende Frauen. Ich möchte nicht in einer Gesellschaft leben, wo ich grundsätzlich jedem Menschen, der einen Antrag auf eine Leistung stellt, misstrauere. Das wäre hier der Fall.

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Dr. Noll.

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist bedauerlich, dass solche Debatten immer so ein bisschen nach dem gleichen Strickmuster laufen. Die einen weisen auf Steuerhinterziehung und die anderen auf Sozialhilfemissbrauch hin. Ich finde, das macht wenig Sinn.

(Zuruf des Abg. Moser SPD)

(Dr. Noll)

Wir wissen alle: Missbrauch muss auf allen Ebenen bekämpft werden. Das ist keine Frage. Gerade im Bereich Sozialhilfe müssen wir natürlich ein bisschen sensibel sein. Denn – das ist schon angedeutet worden – zwei Drittel der Sozialhilfekosten betreffen einen Bereich – Kinder, Behinderte, Pflegebedürftige –, wo wir überhaupt nicht über Missbrauch diskutieren müssen.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Sagen Sie das mal dem Kollegen Haas! Der glaubt das nicht!)

Vielmehr betrifft das Leute, die dieses soziale Netz, das für sie weiß Gott keine Hängematte ist, brauchen. Aber genau deshalb, weil wir für diese Leute, weil es da eine steigende Tendenz gibt – das hat viele Ursachen, gerade im Bereich der Behinderten –, Geld brauchen, müssen wir bei dem anderen Drittel schauen, was wir tun können, um das Geld für diejenigen, die es wirklich brauchen, zielgenau zur Verfügung zu haben.

(Beifall des Abg. Kluck FDP/DVP – Abg. Kluck FDP/DVP: Sehr richtig!)

Für dieses Drittel, über das wir im Grunde genommen diskutieren, muss man in der Tat schauen, dass das soziale Netz zum „sozialen Trampolin“ wird, dass sie nämlich aus der Situation, in der sie sich befinden, herauskommen.

Ich denke auch, wir sollten einmal klarmachen, dass die meisten arbeitslosen Menschen in aller Regel wirklich froh wären, wenn sie durch dieses Trampolin aus ihrer Situation herauskommen könnten. Ich bin trotzdem dankbar für diese Anfrage, weil sie ein sehr schönes Ergebnis gebracht hat: dass im Grunde genommen alle Missbrauchskontrollen sicherlich auch Effekte erzielen, dass aber sehr viel mehr Effekte durch Anreize geschaffen werden.

Man braucht sich nur die Zahlen anzusehen; Frau Thon hat schon davon gesprochen. Im Bereich Biberach sind durch Missbrauchskontrolle 0,052 % eingespart worden, während für den Anreiz, nämlich die Hilfe zur Arbeit, im Bereich Böblingen in einem Jahr 1,7 Millionen DM und im Bereich Alb-Donau 3,5 Millionen DM ausgegeben werden. Wir sehen also, wo wir den Schwerpunkt setzen müssen.

Ich finde, es hat auch etwas mit Liberalität zu tun, wenn man den Menschen nicht von vornherein etwas Schlechtes unterstellt, sondern davon ausgeht, dass sie dann, wenn wir ihnen helfen und Anreize bieten, durchaus bereit sind, wieder für sich selbst zu sorgen.

(Beifall bei der SPD und der FDP/DVP)

Da möchte ich auch auf meinen Kreis Esslingen hinweisen, der, Herr Haas, genau das Gleiche wie Emmendingen gemacht, nämlich eine private Agentur eingesetzt hat. Sie hat es tatsächlich geschafft, Nischen aufzuspüren, was die normale Arbeitsverwaltung schlicht und einfach nicht zu leisten in der Lage war. So viel übrigens nur zu dem Thema der privaten Arbeitsvermittlung, das ja bei Ihnen immer auch ein bisschen ein Reizthema ist.

Dann war es aus baden-württembergischer Sicht sicher ein richtiger Schritt, mehr in die Richtung einer Pauschalierung der Hilfen zu gehen. Denn wenn wir Bürokratie abbauen, setzt das Kapazitäten frei, und ich finde es richtig,

wenn wir die Leute mehr für eine aktivierende Betreuung einsetzen können.

Im Übrigen denke ich, dass es sich wirklich lohnt, in unserem gesamten Sozialhilfesystem einmal darüber nachzudenken, wie wir dieses System, das wirklich einige Unebenheiten enthält, langfristig auf eine einigermaßen überschaubare und einigermaßen gesicherte Basis stellen können.

Da möchte ich einfach noch einmal an das Bürgergeld erinnern. Ich glaube, es wäre richtig, zu versuchen, zumindest in Teilbereichen in diese Systematik einzusteigen. Herr Minister, ich bin gespannt, ob wir mit dem Einstiegsgeld, das diese Idee ein bisschen vorwegnimmt, in Kürze vielleicht endlich in die Gänge kommen und erste Ergebnisse bekommen.

Übrigens hat sich eine Unebenheit in dem System bei der Kindergelderhöhung gezeigt. Das sage ich jetzt in Richtung von Herrn Kuhn, der leider nicht da ist. Wenn er im Moment durch die Lande reist, brüstet er sich und sagt: Den Belastungen für die Kommunen muss man die Entlastungen gegenrechnen. Und was zieht er da heran? Die Entlastung bei der Sozialhilfe durch das erhöhte Kindergeld, was den Kommunen nämlich voll angerechnet wird. Da ist es natürlich ein bisschen komisch, wenn man andererseits sagt: Das wollen wir aber beseitigen. Da stimmt wie bei der Rentengeschichte die ganze Argumentation nicht.

(Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen:
Verlassen Sie sich darauf, wir werden das korrigieren!)

– Aber dann stimmt Ihre Argumentation nicht mehr, dass Sie die Kommunen entlasten. Das muss man nur einmal sagen.

(Zuruf der Abg. Renate Thon Bündnis 90/Die Grünen)

Ich sage nicht, dass es nicht richtig wäre.

(Abg. Moser SPD: Was ist Ihr Vorschlag?)

Eine andere Unebenheit, auf die man immer wieder hinweisen muss, gibt es bei den eheähnlichen Gemeinschaften. Das ist der Punkt, wo die Abgrenzung sehr schwer ist. Im Sozialhilferecht sieht man auf eheähnliche Gemeinschaften. Aber umgekehrt spielen sie im Steuerrecht keine Rolle.

Ich denke, die Debatte, wie wir zu besseren Lösungen kommen, sollte völlig unaufgeregt weitergeführt werden.

(Abg. Haas CDU: Dazu ist der Müller aber nicht in der Lage!)

Ich denke, wir haben, vor allem auf kommunaler Ebene, erste Schritte getan. Die Antwort hat gezeigt, dass da sehr viel Fantasie und Kreativität eingesetzt werden, um für die, die arbeitswillig sind, das soziale Netz zum „sozialen Trampolin“ zu machen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Krisch.

Abg. Krisch REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Haas, Sie haben Ihren Diskussionsbeitrag mit dem Hinweis auf Sozialhilfeempfänger bei gemeinnützigen Arbeiten eröffnet. Dafür danke ich Ihnen; denn Sie haben in Ihrer Aussage im Wesentlichen das wiederholt, was ich in der 33. Plenarsitzung in der von uns beantragten Aktuellen Debatte gesagt habe. Ich verweise auf die Seiten 2481 bis 2492 des Plenarprotokolls.

Ich habe in jener Diskussion darauf hingewiesen, dass wir zu dem Thema Sozialhilfemissbrauch Problemlösungen anbieten wollen, um Sozialhilfeempfänger vom Missbrauch abzubringen. Im Sinne einer vernetzenden Politik haben wir auch auf die große Sogwirkung durch die gute Sozialhilfe in Deutschland auf arme Staaten in der EU und auf den Zwang hingewiesen, dass wir wegen falscher Gesetze Einwanderer so wie jene Deutschen behandeln müssen, die unseren Sozialstaat durch eigene Leistungen aufgebaut haben.

(Beifall bei den Republikanern)

Ich weise auf die Hilflosigkeit unserer Politik gegenüber Schlepperbanden hin, und ich nenne den Fall Neshe. Ich habe damals in dieser Aktuellen Debatte ausdrücklich gesagt – und jetzt zitiere ich –: Jene Menschen, die die Sozialhilfe missbrauchen, und auch jene Ausländer, die unser System ausnützen, sind daran nicht schuld. Das ist die Schuld jener Politiker, die Gesetze machen, die den Missbrauch unserer Sozialhilfe erst ermöglichen, die Gesetzesfolgekosten und die Auswirkungen falscher Gesetze überhaupt missachten.

Jetzt kurz zu einer Definition, was meine Fraktion eigentlich unter Sozialhilfemissbrauch versteht: Es ist ein Bruch geltenden Rechts. Darüber gibt es keine Diskussion. Aber wir gehen weiter. Wir betrachten als Sozialhilfemissbrauch auch jene Gesetzgebung, die durch falsche Wirkung der Gesetzgebung unseren Sozialstaat langfristig zerstören wird.

Ein Beispiel: In den „Stuttgarter Nachrichten“ vom 14. August dieses Jahres stand ein Artikel, der zeigte, dass ein arbeitsloser Ausländer mit vier Kindern durch Sozialhilfe und sämtliche Leistungen annähernd 1 000 DM mehr Einkommen hat, als ein arbeitender Deutscher mit der gleichen Kinderzahl verdient. Das ist Sozialhilfemissbrauch durch geltendes Recht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Republikanern)

In der Stellungnahme der Landesregierung zu dem CDU-Antrag fordert die Landesregierung die Möglichkeit der Überprüfung von Vermögen und von Einkommensangaben und eine Auskunftspflicht für Banken und Lebensversicherungen. In dieser Stellungnahme beklagt die Landesregierung, dass Sozialhilfeträger kaum Möglichkeiten haben, festzustellen, ob nicht angegebene Konten existieren.

Meine Damen und Herren, Sie waren 16 Jahre lang in der Bundesregierung und sind seit Jahrzehnten hier in der Landesregierung. Warum setzen Sie diese Forderung nicht schon längst durch? Sie hätten die Möglichkeit dazu ge-

habt. Sie argumentieren, dass derartige Regelungen bereits für die Arbeitslosenhilfe existieren. Warum setzen Sie das nicht rechtlich auch auf dem anderen Gebiet durch?

Die Thematisierung des Sozialhilfemissbrauchs, so, wie sie hier diskutiert wird, über Datenabgleich, Ermittlungsdienste, sonstiges, geht, meine Damen und Herren, im Prinzip am Kern der Sache vorbei. Was bei uns seit Jahren stattfindet, widerspricht dem Gedanken des Sozialstaats. Der Sozialstaat ist doch auf einer Solidargemeinschaft und auf einer Verantwortungsgemeinschaft aufgebaut. Wenn sich der Einzelne nicht mehr in diese Solidargemeinschaft eingebunden fühlt, hat er doch gar keinen zwingenden Grund mehr, sich für andere solidarisch einzusetzen. Daraus ergibt sich Missbrauch unseres Sozialsystems. Sie sollten endlich begründen, wie ein Sozialstaat eine Zukunft haben kann, wenn es den solidarischen Nationalstaat nicht mehr gibt. Ich erinnere an Aussagen von Dr. Kurt Schumacher, dessen Partei ich angehörte, als die SPD noch Schumacher-Politik betrieb.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Oh!)

Meine Damen und Herren, es gibt kein Land auf der Welt, das vergleichbare Regelungen in der Sozialpolitik hat

(Zuruf des Abg. Mühlbeyer CDU)

zulasten der steuerpflichtigen Bevölkerung wie die Bundesrepublik. Diese Lasten – und das ist ganz wichtig – betreffen auch jene Ausländer, die hier mit dauerhaftem Bleiberecht leben.

„Die Sozialhilfe ist zu verlockend“, dieser Satz stammt von Justizminister Goll. Und er sagt weiter, es dürfe doch nicht sein, dass ein arbeitender Strafvollzugsbeamter mit Frau und zwei Kindern weniger Geld verdient, als er bekäme, wenn er Sozialhilfe bezöge. Der Mann hat Recht. Justizminister Goll könnte doch etwas dagegen unternehmen.

(Dem Redner wird das Ende seiner Redezeit angezeigt.)

Der Herr Präsident klingelt mich raus; er zeigt an, die Redezeit sei zu Ende.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Er kegelt Sie raus!)

Ich möchte deshalb zusammenfassen: Es geht nicht allein, meine Damen und Herren, um die Bekämpfung von Sozialhilfemissbrauch; der Begriff ist, wie ich soeben andeutete, verschieden interpretierbar. Es geht im Prinzip um die Zukunft unseres Sozialstaats. Wir Republikaner fordern die Landesregierung auf, endlich Schritte zu unternehmen, die die Sicherung unseres Sozialstaats langfristig gewährleisten.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. List.

Abg. List CDU: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Es wäre nicht notwendig gewesen, hier nochmals ans Rednerpult zu treten, wenn nicht Herr Müller gemeint hätte, er müsse zu einem polemischen Rundum-

(List)

schlag ansetzen, wobei das Thema ja „Sozialhilfemissbrauch“ heißt.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Wo ist er denn?)

Wir haben überhaupt nichts anderes abgefragt. Wir haben überhaupt nicht abgefragt, ob Laborärzte – das ist ja seine eigene Berufsgruppe –

(Abg. Moser SPD: Er ist Gynäkologe! Keine Ahnung!)

Missbrauch betreiben oder wie es mit der Jugendarbeitslosigkeit ist. Wobei Herr Müller offensichtlich übersehen hat, dass Baden-Württemberg europaweit die geringste Jugendarbeitslosigkeit hat.

(Zuruf von der CDU: Wo ist denn Herr Müller?)

– Ich weiß nicht, wo er ist. – Seine Klagen in diese Richtung gehen also völlig ins Leere. Auch Steuerhinterziehung war nicht das Thema, sondern Sozialhilfemissbrauch.

Deshalb muss man noch ein paar Sätze zu dem Thema sagen, das Herr Kollege Haas mit aller Sachlichkeit und nicht in der Weise, wie er interpretiert worden ist, abgehandelt hat.

Es ist und bleibt eines der großen Ärgernisse für unsere Bevölkerung, dass es doch sehr viele Menschen in unserem Land gibt, die Sozialhilfemissbrauch betreiben. Das ist eine große soziale Ungerechtigkeit. Das ist vor allem eine große Ungerechtigkeit denen gegenüber, die auf die Sozialhilfe angewiesen sind und denen wir sie überhaupt nicht streitig machen.

(Beifall bei der CDU)

Herr Kollege Noll, Sie haben zu Recht gesagt, dass es überhaupt nicht um diejenigen geht, die auf die solidarische Hilfe der Gemeinschaft angewiesen sind. Es geht um diejenigen, die das System missbrauchen. Da im Land die Verhältnisse sehr unterschiedlich sind und die Praxis der Verfolgung von Sozialhilfemissbrauch sehr unterschiedlich ist, war es ganz richtig, das Thema hier einmal zur Sprache zu bringen.

(Abg. Birzele SPD: Wen wollen Sie damit beeinflussen, Sie als Kommunalpolitiker?)

Jetzt lassen Sie uns das einmal entwickeln. – Genau diejenigen, die das Instrument, das der Bund uns an die Hand gibt, nicht praktizieren. Das ist der entscheidende Punkt. Auch das ist eine Ungerechtigkeit.

Ich möchte nur einmal das zitieren, was der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetags sagt, der unverdächtig ist, unserer Partei anzugehören. Er hat erklärt: Rund ein Viertel der Sozialhilfeempfänger, denen Arbeit angeboten wurde, haben sie abgelehnt. In diesen Fällen sei die Sozialhilfe gekürzt worden oder die Betroffenen hätten ihren Antrag auf Sozialhilfe selbst zurückgezogen.

Ich kann das aus eigener Erfahrung heraus bestätigen. Meine Stadt ist Delegationsgemeinde des Landkreises Ludwigsburg für die Sozialhilfe. Bei uns haben etwa 15 % der Antragsteller, nachdem wir gleichzeitig mit dem Sozialhil-

feantrag den Verpflichtungsbescheid zu gemeinnütziger Arbeit aushändigen, ihren Antrag nicht weiterverfolgt. 15 %! Das macht hochgerechnet auf das Jahr mit den Sanktionen mit 25 und 30 % Abschlag einen Betrag von rund 300 000 DM aus. Hochgerechnet auf den Kreis Ludwigsburg ergibt das einen Betrag von rund 3 Millionen DM. Um den lohnt es sich schon zu diskutieren.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Weiser: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Birzele?

Abg. List CDU: Ja, natürlich.

Abg. Birzele SPD: Herr Kollege List, mich interessiert, wie hoch die Prozentzahl der Sozialhilfebezieher, bezogen auf die Gesamtzahl und nicht nur bezogen auf die Zahl der neuen Antragsteller, war.

(Zuruf des Abg. Mühlbeyer CDU)

Abg. List CDU: Der Sozialhilfeantrag muss immer wieder gestellt werden.

Stellv. Präsident Weiser: Die Frage ist zunächst an Herrn Kollegen List gestellt, Herr Kollege Mühlbeyer.

(Abg. Mühlbeyer CDU: Ich wollte auch eine Frage stellen!)

Sie sind an der Reihe, wenn diese Frage beantwortet ist.

Abg. List CDU: Die Sozialhilfe läuft nicht automatisch weiter. Sie muss immer wieder erneut beantragt werden. Ungefähr 15 % der Antragsteller haben über zwei Jahre hinweg – ich kann Ihnen nachher die Statistik zeigen, wenn Sie die interessiert – ihren Antrag nicht weiterverfolgt, nachdem sie den Verpflichtungsbescheid zu gemeinnütziger Arbeit bekommen haben.

Stellv. Präsident Weiser: Herr Kollege List, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage, und zwar des Herrn Abg. Mühlbeyer?

Abg. List CDU: Jawohl.

Abg. Mühlbeyer CDU: Herr Abg. List, wären Sie bereit, Herrn Kollegen Birzele mitzuteilen, dass sich der Bereich des Sozialhilfemissbrauchs ausschließlich mit der Thematik der Hilfe zum Lebensunterhalt befasst und im Rahmen der Hilfe zum Lebensunterhalt der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetags erklärt hat, dass das die Prozentzahl ist? Außen vor bleibt bei der Diskussion um den Missbrauch die Hilfe in besonderen Lebenslagen, die Behinderte und andere betrifft.

(Zuruf von der CDU: Das hat die SPD nicht begriffen! – Abg. Birzele SPD zu Abg. Mühlbeyer CDU: Weshalb teilen Sie mir das nicht selbst mit?)

Abg. List CDU: Das, was Herr Kollege Mühlbeyer angeführt hat, ist absolut richtig.

Lassen Sie mich zusammenfassend Folgendes sagen: Die CDU-Fraktion hat überhaupt keinen Zweifel und lässt überhaupt keinen Zweifel, dass diejenigen, die auf die Hil-

(List)

fe der Gemeinschaft angewiesen sind, einen Rechtsanspruch auf Sozialhilfe haben. Darum kann es überhaupt nicht gehen, sondern es geht um diejenigen, die das System ausnutzen und missbrauchen. Ich denke, dass es schon legitim ist, auch in einer solchen Diskussion darauf hinzuweisen, dass das nicht ohne Sanktionen hingenommen werden kann.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat der Herr Sozialminister.

Sozialminister Dr. Repnik: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die CDU hat mit dem Antrag ein sehr brisantes Thema aufgegriffen und hat auch gemerkt, dass die Diskussion darüber hin und her geht. Wir reden heute in der Tat über Sozialhilfemissbrauch oder Sozialhilfebetrug und über gar nichts anderes. Wir reden weder über Steuerbetrug noch über Wirtschaftskriminalität, noch über Ausländerrecht, noch über Asylbewerber, sondern über Sozialhilfemissbrauch.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Reden wir mal über Themenmissbrauch! – Zuruf des Abg. König REP)

Der Kollege Haas hat als einziger der Redner auch Lösungswege aufgezeigt – Herr Noll, Sie natürlich auch, Entschuldigung. Deswegen habe ich überhaupt nicht verstanden, in welcher Form er dann diskreditiert worden ist. Er hat sachlich und klar und deutlich gesprochen.

(Beifall der Abg. Dr. Carmina Brenner und Dr. Inge Gräßle CDU)

Im Übrigen meine ich, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, dass auch die Bevölkerung sehr empfindlich reagiert, wenn sie merkt, dass in Einzelfällen Sozialhilfemissbrauch oder sogar Sozialhilfebetrug getrieben wird, wenn sie merkt, dass es Leute gibt, die Sozialhilfe erschleichen. Deswegen sollten wir auch alles tun, damit so etwas nicht vorkommen kann. Sozialhilfebetrug ist für mich kein Kavaliersdelikt. Das Erschleichen von Sozialhilfeleistungen ist Betrug, und zwar ohne Wenn und Aber. Es ist Betrug an der Gemeinschaft

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

und bringt leider die in Misskredit, die Sozialhilfe brauchen.

(Beifall der Abg. Dr. Noll FDP/DVP und Dr. Inge Gräßle CDU)

Es ist kein Kampagnethema für die Stammtische der CDU, sondern wir wollen, dass der Betrug bekämpft wird und nicht die Sozialhilfeempfänger.

Die Landesregierung hat im September 1997 eine Arbeitsgruppe zu diesem Thema auf den Weg gebracht.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Schade, dass Herr Müller das nicht mehr hört! – Gegenruf des Abg. Moser SPD: Du kannst ja mit ihm ein Viertele trinken!)

– Herr Müller ist für heute Abend entschuldigt. Er hat mir den Grund gesagt; ich will das nicht extra ansprechen.

(Abg. Haas CDU: Aber es wäre trotzdem wichtig, dass man ihm das schickt!)

Die Landesregierung hat gemeinsam mit den kommunalen Landesverbänden, dem Innenministerium, dem Justizministerium und Praktikern die derzeitigen Erkenntnisse aufbereitet, das bestehende Instrumentarium zur Aufdeckung und Bekämpfung des Missbrauchs bewertet und insbesondere auch Vorschläge für weitere Überlegungen gemacht.

Aus Anlass des Antrags haben wir bei den Städten und Landkreisen abgefragt, welche Maßnahmen überhaupt ergriffen werden. Als Ergebnis kann Folgendes festgestellt werden: Es gibt viele Möglichkeiten, die man jetzt schon ergreifen kann; aber zum Teil werden sie in den Städten noch nicht ergriffen, weil sie eben manchmal „lästig“ sind. Man will die Flure leer kriegen, man will sich nicht unbedingt mit Sozialhilfeempfängern herumstreiten. Auch hat man da und dort Probleme, wenn man irgendwelche Leistungen nicht zugesteht, auf die manche Leute einen Anspruch zu besitzen meinen. Dennoch glaube ich auch und will das noch einmal ganz klar und deutlich sagen: Massenweise schwarze Schafe werden wir auf Dauer natürlich nicht aufdecken. Das wurde aber hier auch von CDU- und FDP/DVP-Seite überhaupt nicht gesagt. Wir reden nicht von Massen, sondern wir reden von Einzelfällen. Aber die Einzelfälle sind deswegen so lästig, weil sie die Stammtischgespräche beherrschen. Deswegen müssen wir alles tun, um den Sozialhilfebetrug zu bekämpfen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Herr Haas hat es schon angesprochen: Was kann man tun? Auf der einen Seite müssen wir verstärkt Datenabgleich machen, nicht nur bei den Kfz-Stellen. Es geht inzwischen auch schon bei den Banken. Wir haben inzwischen die Erlaubnis bei den Banken. Nur: Es muss getan werden. Da kann ich mir nicht von einem Landkreis und einem Landrat sagen lassen: Das macht zu viel Geschäft. Es muss getan werden, und auch wir können hierzu beitragen.

Wenn wir merken, dass Sozialhilfe missbraucht wird, muss dies selbstverständlich auch zur Anzeige kommen. Die Zusammenarbeit zwischen Sozialamt und Polizei muss funktionieren, damit man auch deutlich darstellen kann: Hier wurde Sozialhilfe missbraucht.

(Beifall bei der CDU)

Wir im Ministerium listen gerade auf, was man gesetzlich alles tun kann, und wir machen gemeinsam mit den kommunalen Landesverbänden eine Liste. Wir werden diese Liste – weil es immer heißt: kommunale Selbstverwaltung – auch den Landkreisen und Delegationsgemeinden vorlegen und sagen: Leute, dann macht es doch endlich. Damit werden wir irgendwann das Gespräch nicht mehr haben nach dem Motto „Die alle missbrauchen die Sozialhilfe“, sondern dann wird irgendwann gesagt werden: Aha, die tun was gegen den Missbrauch. Dann wird die Sozialhilfe nicht mehr diskreditiert.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich glaube, meine Damen und Herren, Missbrauch und Betrug werden durch Polemik nicht bekämpft. Deswegen sa-

(Minister Dr. Replik)

ge ich klar und deutlich: Die meisten Sozialhilfeempfänger nehmen diese Hilfe zu Recht in Anspruch.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: So ist es!)

Wenn wir wollen, dass die Sozialhilfe nicht in Misskredit gerät, müssen wir dafür sorgen, dass sie auch von uns allen akzeptiert wird. Sie wird von den Bürgerinnen und Bürgern akzeptiert, wenn sie wissen: Die Bedürftigen bekommen sie und der Rest eben nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das ist richtig!)

Deswegen sage ich: Diese Landesregierung wird im Rahmen ihrer Möglichkeiten, Herr Kluck, alles tun, um Sozialbetrug zu verhindern. Sie wird sich immer dafür einsetzen, dass diejenigen, die das Geld brauchen, es auch bekommen.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP sowie des Abg. Krisch REP)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Bei dem Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 12/2823, handelt es sich um einen Berichtsantrag. Ich gehe davon aus – –

(Abg. Haas CDU: Überweisung! – Gegenruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Was?)

Bitte, Herr Abg. Haas.

Abg. Haas CDU: Wir erwarten in einigen Wochen einen ergänzenden Bericht des Ministeriums. Ich schlage deshalb vor, den Antrag an den Sozialausschuss zu überweisen.

(Abg. Moser SPD: Kann das der Minister bestätigen? – Minister Dr. Replik: Ja!)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, es ist der Antrag gestellt, den Antrag an den Sozialausschuss zu überweisen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? –

(Abg. König REP: Uns ist es egal!)

Bei einigen Enthaltungen ist so beschlossen.
Damit ist Punkt 9 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 10** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 12/4468, 12/4486, 12/4487, 12/4488, 12/4489

Die Liste der Petitionen liegt Ihnen vor. Es ist beantragt, die Petitionen 12/1988 und 12/1989 – Drucksache 12/4487 – an den Petitionsausschuss zurückzuverweisen. – Sie stimmen zu. Im Übrigen stelle ich fest, dass den Beschlussempfehlungen des Petitionsausschusses zugestimmt ist.

Ich rufe **Punkt 11** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 12/4440

Sie stimmen den Beschlussempfehlungen zu.

Ich rufe **Punkt 12** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Schreiben des Staatsgerichtshofs vom 27. Juli 1999 – Normenkontrollverfahren der Gemeinden Allensbach, Mühlhausen-Ehingen, Volkertshausen und der Stadt Singen betr. § 35 FAG – Drucksache 12/4494

Berichterstatter: Abg. Dr. Reinhart

Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu.

Ich rufe schließlich **Punkt 13** der Tagesordnung auf:

Kleine Anfragen – Drucksachen 12/4439, 12/4443

Die Kleinen Anfragen sind in der Zwischenzeit schriftlich beantwortet worden.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende der heutigen Tagesordnung. Ich darf die nächste Sitzung auf den 24. November 1999, 10:00 Uhr einberufen. Die Tagesordnung wird vom Präsidium aufgestellt und Ihnen rechtzeitig zugesandt.

Ich bedanke mich für Ihre aktive Mitarbeit, schließe die heutige Sitzung und wünsche Ihnen noch einen schönen Abend.

Schluss: 18:44 Uhr